

Bericht des Bundesrates

vom 2. April 2026

**über Motionen und Postulate der
eidgenössischen Räte im Jahr 2025**

Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2025

Bericht des Bundesrates vom 2. April 2026

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31. Dezember 2025).

Kapitel I enthält alle Vorstösse, deren Abschreibung der Bundesrat beantragt. Die Vorstösse in Kapitel I sind mit dem Titel sowie dem auf Curia Vista publizierten eingereichten Text aufgeführt. Kapitel I richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Die Vorstösse in Kapitel II sind nur mit Titel aufgeführt. Kapitel II richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 enthält eine Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2025 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2025 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Die vollständigen Texte der Vorstösse befinden sich auf Curia Vista.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

2. April 2026

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Herr Guy Parmelin
Der Bundeskanzler: Herr Viktor Rossi

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I:	An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten	5
Kapitel II:	An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind.....	53
Anhang 1:	Übersicht über im Berichtsjahr 2025 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.....	95
Anhang 2:	Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2025 noch hängigen Motionen und Postulate	97
	Abkürzungsverzeichnis	128

Kapitel I

An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 19.3435 Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen umfassenden Bericht über die Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Parlamentes und der Stimmberechtigten zu verfassen. Dieser Bericht soll eine Strategie enthalten, wie der Bundesrat gedenkt, die objektive Meinungsbildung des Stimmvolkes in Zukunft zu garantieren. Ein präziser Massnahmenplan zur Verhinderung von Fehlinformationen bei Volksabstimmungen soll präsentiert werden.

Die parlamentarische Verwaltungskontrolle hat Anfang 2023 eine Evaluation zur Kommunikation der Behörden vor Abstimmungen durchgeführt. Der darauf gestützte Bericht der GPK-N (abrufbar unter www.parlament.ch > Services > News > Behördenkommunikation vor Abstimmungen) wurde am 21. November 2023 und die Stellungnahme des Bundesrates dazu am 30. Januar 2024 verabschiedet (abrufbar unter www.parlament.ch > Services > News > Medienmitteilungen> 31.1.2024). Der Bundesrat setzte die Empfehlungen um, und gegenwärtig überprüfen die zuständigen Kommissionen die Umsetzung. Der Postulatsbericht vom 26. Februar 2025 «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger» in Erfüllung des Postulats 21.4168 Dandrès, das eine ähnliche Stossrichtung verfolgte, wurde am 26. Februar 2025 verabschiedet. Schliesslich hat der Bundesrat die EFK am 26. September 2024 ersucht, die Qualitätssicherung bei der Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Parlament und Stimmberechtigten zu überprüfen. Der entsprechende Bericht, der sieben Empfehlungen umfasst, wird dem Bundesrat Anfang 2026 zur Stellungnahme und zum Beschluss über das weitere Vorgehen unterbreitet. Angesichts der bereits geleisteten und noch kommenden Arbeiten zu den im Postulat angesprochenen Themen, insbesondere zur Umsetzung der Empfehlungen der EFK, ist es nicht zielführend, einen weiteren Bericht zu erstellen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung

2022 P 21.4168 Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Christian Dandrès)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht darüber vorzulegen, wie Fehlinformationen, die der Bundesrat im Rahmen von Abstimmungskampagnen verbreitet, am besten angefochten oder korrigiert werden können.

Postulatsbericht vom 26. Februar 2025 «Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3042 Positiv geprägte Vision einer 10-Millionen-Schweiz (Judith Bellaiche)

Eingereichter Text:

Das BFS sieht in seinem Referenzszenario ein Bevölkerungswachstum auf 10 Millionen EinwohnerInnen in der Schweiz vor. Auch wenn dieses Szenario mit vielen Unsicherheiten behaftet ist, wirft es hohe Wellen und sorgt in der Bevölkerung für Verunsicherung. Es wird derzeit bewusst dafür genutzt, um übertriebene Darstellungen zu verbreiten und Ängste zu schüren. Stattdessen sollte dieses Szenario Anlass dazu geben, proaktiv eine bedarfsgerechte, zukunftsorientierte Grundlage für unser Land zu erarbeiten und eine positiv geprägte Vision einer 10 Millionen Schweiz zu entwickeln. Daraus müssen Planungsziele und Massnahmen abgeleitet werden. Denn problematisch ist eine 10 Millionen Schweiz nur, wenn wir es versäumen, unsere Versorgung und Infrastruktur entsprechend anzupassen.

Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Schweiz in die Zukunft zu führen und das erforderliche Fundament dafür zu bauen. Ein Beobachten und Ad-Hoc Reagieren auf externe Einflüsse und Krisen reicht nicht mehr aus. Aus diesem Grund fordern wir den Bundesrat auf, in einem Bericht das Zukunftsbild einer 10 Millionen Schweiz zu konkretisieren, in welchem Chancen positiv umgesetzt und Herausforderungen durch die Definierung von Lösungen, Planungszielen und konkreten Massnahmen systematisch bewältigt werden. Die Auswirkungen einer 10 Millionen Schweiz, insbesondere (aber nicht ausschliesslich) auf

- Grundversorgung
- Wohnraum
- Verkehrskapazität (multimodal)
- Schule und Bildung
- Gesundheitsversorgung
- Altersvorsorge,

sollen identifiziert und entsprechende Planungsziele formuliert werden. Dabei soll auch der Finanzierungsbedarf der Massnahmen und die Auswirkungen auf unseren Wohlstand benannt werden.

Postulatsbericht vom 26. November 2025: «Demografische Entwicklung der Schweiz – Chancen und Herausforderungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3958 Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, welche Technologien angewendet werden können, um den Internet-Datenverkehr zwischen den Stellen der Bundesverwaltung, zwischen der Bundesverwaltung und den bundesnahen Unternehmen, zwischen der Bundesverwaltung und den Kantonen sowie zwischen der Bundesverwaltung und dem Publikum in kritischen Bereichen gegen Cyberangriffe zu sichern. Insbesondere soll er im Bericht das Potential der unterschiedlichen Kommunikationsinfrastrukturen prüfen, die es ermöglichen, den Datenfluss geographisch zu definieren und damit besser gegen externe Angriffe zu schützen. Er zeigt im Bericht das Verhältnis zwischen den erwarteten Nutzen und den erwarteten Kosten dieser Technologien auf.

Postulatsbericht vom 29. Oktober 2025 «Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2023 P 23.3970 Bericht des Bundesrates zu den Brics-Staaten (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt Bericht zu erstatten, wie er den Einfluss der BRICS-Staaten in den nächsten Jahren auf die Weltordnung einschätzt und mit welcher Strategie die Schweiz den BRICS als Staatengruppe begegnen wird.

Der Bundesrat hat am 26. Februar 2025 den Aussenpolitischen Bericht 2024 (BBl 2025 715) verabschiedet. Das thematische Schwerpunktkapitel des Aussenpolitischen Berichts war in Erfüllung des Postulats 23.3970 der BRICS-Staatengruppe gewidmet. Der Bericht analysiert die Genese der BRICS-Staatengruppe, deren Ziele sowie deren Positionierung und Einfluss in den Bereichen Multilateralismus, Weltwirtschaft, Finanzen, Umwelt, Frieden und Sicherheit. Der Bundesrat zeigt auf, mit welcher Strategie die Schweiz der BRICS-Staatengruppe begegnet. Der Aussenpolitische Bericht 2024 wurde von der Bundesversammlung zur Kenntnis genommen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Völkerrecht

2023 P 22.4411 Strategie Digitale Souveränität der Schweiz (Heidi Z'graggen)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er "Digitale Souveränität" für die Schweiz definiert; wie er den Stand der digitalen Souveränität unseres Landes beurteilt; welche übergeordnete, umfassende Strategie zur Stärkung der staatspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich als von höchster Bedeutung einzuordnende digitale Souveränität unseres Landes er zu ergreifen gedenkt.

Der Bericht definiert gestützt auf diese übergeordnete Strategie allenfalls gesetzgeberischen Handlungsbedarf, Prioritäten, einen Zeitplan für die Umsetzung der notwendigen Massnahmen und macht Aussagen zur Bereitstellung der notwendigen Mittel, um die dringendsten und erfolversprechendsten Projekte zur Stärkung/Erreichung der digitalen Souveränität rasch umzusetzen.

Postulatsbericht vom 26. November 2025 «Digitale Souveränität der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

2022 P 21.3122 Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Claudia Friedl)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, eine Strategie für die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und die Friedensförderung zu erstellen, welche die sozioökonomischen Grundbedingungen für die aktive Teilhabe von Frauen in diesen Themenfeldern garantiert.

Postulatsbericht vom 25. Juni 2025 «Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung – Strategischer Rahmen, Schwerpunkte, Aktivitäten und Herausforderungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Ressourcen

2022 P 22.3751 Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Corina Gredig)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwiefern die Karrieresysteme im Aussendepartement angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten einer Anpassung bedürfen.

Der Bericht soll die Situation und Herausforderungen der verschiedenen Karrieresysteme im EDA sowohl aus Sicht der Arbeitnehmenden, als auch aus Sicht des Arbeitgebers aufzeigen. Ausserdem sollen die Personalstrategien beziehungsweise Karrieresysteme anderer Länder untersucht und aufgezeigt werden, welche Länder eine Aussen- und Entwicklungspolitik führen ohne spezifische Karrieren. Die Vor- und Nachteile dieser Personalsysteme sollen analysiert und Handlungsoptionen für eine zeitgemässe und nachhaltige Personalpolitik formuliert werden.

Postulatsbericht vom 12. Dezember 2025 «Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2020 P 20.3456 Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, in Ergänzung seines in Beantwortung des Postulats 18.3092 verfassten Berichts "Depakine-Skandal. Untersuchung der Situation in der Schweiz" vom 6. Dezember 2019 folgende Punkte in einem zusätzlichen Bericht zu prüfen:

- 1. Mögliche Verfahren zur beschleunigten Ausarbeitung und Anwendung von Massnahmen, sobald die negativen Auswirkungen eines Medikaments klar nachgewiesen sind;*
- 2. Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit bei der Einnahme von Medikamenten, namentlich die Verpflichtung der Pharmaunternehmen zu einer engeren und transparenten Zusammenarbeit;*
- 3. Rechtsschutz für Opfer, die sich beim Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) im Rahmen von deren Entschädigungsverfahren (Depakine) melden, bis zum Abschluss dieses Verfahrens.*

Eine Minderheit der Kommission (Glarner, Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Riniker, Rösti, Sauter, Schläpfer) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 13. Juni 2025 «Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 21.4137 Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie (Marianne Binder-Keller)

Eingereichter Text:

Aus der neusten Publikation "TANGRAM" Nr. 45 vom 27. September 2021 der Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) geht hervor, dass im Jahr 2020 antisemitische Vorfälle und Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie sich verstärkt haben.

Der Bundesrat wird gebeten in einem Bericht die Erkenntnisse über antisemitische Vorfälle an Kundgebungen und bei deren Vorbereitungen von Corona-Massnahmegegnern der kantonalen Polizei-Corps und Staatsschutz-Organen sowie die der damit befassten Bundesbehörden darzulegen. Weiter soll der Bundesrat mögliche oder geplante Massnahmen gegen diese Entwicklung auf Bundesebene prüfen. Z.B. die schweizweite systematische Erfassung von antisemitischen Vorfällen und Taten durch die Bundesbehörden, um radikale Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Postulatsbericht vom 27. August 2025 «Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 23.4183 Medikamentenpreise. Vereinfachte Regeln für Medikamente in Spitälern, um Kosten zu senken (Dobler)

Eingereichter Text:

Der Markt und die Anforderungen für die Beschaffung von Medikamenten für Spitäler, ist ein anderer als für Privatkunden. Es macht Sinn, damit Kosten gesenkt werden können, die beiden Märkte unterschiedlich zu regulieren.

Der Bundesrat wird beauftragt die Regulierungen für den Kauf von Medikamenten für Spitäler zu vereinfachen, um die Kosten zu senken:

- 1. Aufgrund der Annahme des Vorstosses 22.4423 Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen soll die Packungsbeilage für ~~Medikamente zum Einsatz in Spitälern~~ Arzneimittel, welche ausschliesslich von Medizinalpersonen angewendet werden und auf deren Packung ein QR-Code angebracht ist, neu optional und nicht mehr verbindlich sein.*
- 2. Heute müssen Generikahersteller alle Darreichungsformen, Dosierungen oder abweichende Packungsgrössen anbieten, um eine Zulassung zu erhalten. Neu soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass Generikahersteller und Originalpräparatherstellern eine Zulassung auch für ein einzelnes Produkt (nur eine Darreichungsform, Packungsgrösse und Dosierung) erhalten, sofern es an ein Spital verkauft wird. Der Markt zwischen Spital und Privatkunden soll bei der Zulassung unterschieden werden.*

Per 1. Dezember 2025 hat die Swissmedic die überarbeitete Wegleitung «Packmittel für Humanarzneimittel» publiziert. Damit kann bei Arzneimitteln, die ausschliesslich von Medizinalpersonen verwendet werden, auf eine beige packte Fachinformation verzichtet werden. Voraussetzung ist, dass auf der äusseren Verpackung ein zweidimensionaler Barcode (z. B. QR-Code) angebracht wird, der direkten Zugang zur Fachinformation ermöglicht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2022 M 21.4418 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Marianne Maret)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizerische Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtung der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen.

2022 M 21.4470 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtungen der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen.

2022 M 21.4471 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Tamara Funicello)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtungen der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen.

2022 M 22.3011 Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizweite Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtungen der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen.

Eine Minderheit der Kommission (Tuena, Gafner, Haab, Herzog Verena, Huber, Keller Peter, Umbricht Pieren) beantragt, die Motion abzulehnen.

Die erste nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt wurde am 11. November 2025 von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider lanciert. Sie wurde vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in Zusammenarbeit mit einer breiten Allianz von Bund, Kantonen, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft entwickelt. Sie ist auf mehrere Jahre angelegt und richtet sich an verschiedene Zielgruppen.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 21.4215 Für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt (Laurence Fehlmann Rielle)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine obligatorische Schulung für Polizeikräfte zum Thema sexuelle Gewalt und zur Gewalt gegen Frauen im Allgemeinen, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention gefordert, eingeführt werden soll.

Seit Jahren fordern Fachleute, dass die Polizeikräfte eine Pflichtschulung zu dieser Thematik absolvieren müssen, damit den Opfern Gehör geschenkt wird, ohne dass sie sexistischen Vorurteilen, die in Vergewaltigungsfällen noch immer häufig sind, ausgesetzt sind. Die Schweiz hatte versprochen, eine solche Schulung vorzusehen, doch bis heute haben der Bund und die Kantone dieses Versprechen nicht wirklich umgesetzt. Da es mehrere Polizeischulen in unserem Land gibt, ist es unerlässlich, dass der Bund dafür sorgt, dass bestimmte Anforderungen auf koordinierte Weise angewendet werden. Ausserdem ist es nötig, dass die Beziehung zwischen den Behörden und den Opfern systematisch evaluiert wird, um die Abläufe und die Arbeit der Polizeikräfte zu verbessern.

Postulatsbericht vom 5. Dezember 2025 «Verpflichtung zu Aus- und Weiterbildung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3016 Von Gewalt betroffene Minderjährige und junge Erwachsene. Welche Lösungen gibt es in den einzelnen Regionen? (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Bereich der Schutzplätze für von Gewalt betroffene Minderjährige und junge Erwachsene in Zusammenarbeit mit den Kantonen eingehend zu analysieren, in welchen Regionen welche Angebote bestehen, und die Zielgruppe differenziert festzulegen.

Eine Minderheit der Kommission (Umbricht Pieren, Gafner, Gutjahr, Haab, Herzog Verena, Keller Peter, Nantermod, Tuena, Wasserfallen Christian) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 25. Juni 2025 «Gewaltbetroffene Minderjährige und Erwachsene. Bestandesaufnahme und vorrangige Bedürfnisse bezüglich Unterkünften in den Regionen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Gesundheit

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen im KVG dahingehend anzupassen, dass Krankenversicherungen Anreize schaffen können, damit der Beitritt zu einem Pflege- bzw. Fallmanagement-Programm (Case Management) für kostenintensive Patienten attraktiver wird.

Mit der Botschaft vom 7. September 2022 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2, BBl 2022 2428) hat der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der koordinierten Versorgung vorgeschlagen. Mit dem Vorschlag zur Einführung eines neuen Leistungserbringers «Netzwerk der koordinierten Versorgung», der eine den Patientenbedürfnissen entsprechende medizinische Betreuung «aus einer Hand» anbieten soll, wurde das Anliegen der Motion aufgenommen. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung fand aber die Massnahme «Netzwerk der koordinierten Versorgung» keine Mehrheit und wurde abgelehnt. Das Parlament hat indessen in der genannten KVG-Änderung eine Bestimmung verabschiedet, wonach die Versicherer ihre Versicherten gezielt über kostengünstigere Leistungen, die Wahl von geeigneten besonderen Versicherungsformen und präventive Massnahmen informieren dürfen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2019 P 18.4098 Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, der die Situation der Kostenübernahme bei Medikamenten für krebskranke Kinder aufzeigt und mögliche Handlungsfelder darstellt, um Fälle von Ungleichbehandlungen zu vermeiden.

Insbesondere soll der Bericht aufzeigen:

- *Unter welchen Voraussetzungen die Krankenkassen die Kosten von Medikamenten für krebskranke Kinder übernehmen;*
- *mögliche Lösungen für die Rückerstattung der Kosten von Medikamenten, die bereits im Ausland zugelassen wurden, aber in der Schweiz noch nicht;*
- *wie man Ungleichbehandlung bei den Kostenübernahmen von sogenannten Off-Label-Use-Medikamenten vermeiden kann.*

Postulatsbericht vom 20. August 2025 «Vergütung von Arzneimitteln für krebskranke Kinder II».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulates als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3086 Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Vorteile einer Langzeitnachbetreuung ("suivi post-réhabilitation à long terme", Spralt) zu prüfen. Darunter versteht man eine Betreuung durch körperliche Aktivitäten, die auf Menschen mit Querschnittslähmung zugeschnitten sind. Im Bericht sollen die Vorteile dieser Programme für die betroffenen Personen sowie die finanziellen Folgen einer Kostenübernahme durch die Sozialversicherungen (Unfallversicherungsgesetz (UVG), Krankenversicherungsgesetz (KVG) usw.) dargestellt werden.

Postulatsbericht vom 19. Dezember 2025 «Einordnung und Finanzierungsvoraussetzungen von bewegungstherapeutischen Massnahmen nach SPRALT im Rahmen der Sozialversicherungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Leistungen, die in der notwendigen Qualität effizient und kostengünstig erbracht werden, in den Tarifstrukturen für die Kinderspitäler sowohl für ambulante als auch für stationäre Behandlungen sachgerecht abgebildet und

kostendeckend vergütet werden. Gegebenenfalls unterbreitet er dem Parlament die dazu erforderlichen Gesetzentwürfe, allenfalls auch im Rahmen eines neuen Finanzierungsmodells ambulant/stationär.

2020 M 19.4120 Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Erlassentwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin zukünftig in den Sozialversicherungstarifen adäquat abgebildet werden.

Von Seiten des Bundes wurden die Themen bereits vor der Einreichung der beiden Motionen aufgenommen. Ebenso wurden mit den Akteuren Gespräche geführt. So konnte erreicht werden, dass die Behandlungen von Kindern im stationären Bereich inzwischen ausreichend finanziert sind. Im ambulanten Bereich gab es entscheidende Entwicklungsschritte. Der Bundesrat hat am 30. April 2025 das Gesamt-Tarifsystem bestehend aus Tardoc und den ambulanten Pauschalen genehmigt. Dieses System ersetzt ab dem 1. Januar 2026 das System Tarmed und bildet die Besonderheiten der Grundversorgung einschliesslich der Kinder- und Jugendmedizin besser ab. Weiter haben die Tarifpartner die Organisation für ambulante Arzttarife (OAAT) eingesetzt, die sich seit anfangs 2024 operativ um die Pflege und Weiterentwicklung der ambulant-ärztlichen Tarifstrukturen kümmert. Die Kinder- und Jugendmedizin gehört zu den Schwerpunktthemen, die von der OAAT für die Weiterentwicklung des Gesamtpreisystems festgelegt wurden. Somit können Anliegen zur Abbildung der Kindermedizin auch direkt bei der OAAT eingebracht werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der beiden Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.4264 Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit eine bedarfsgerechte Behandlung und Betreuung aller Menschen am Lebensende schweizweit gewährleistet ist, unter Berücksichtigung der allgemeinen und spezialisierten Angebote der Palliative Care in allen Versorgungsbereichen, ambulant, stationär sowie an Schnittstellen. Die Kantone sind in geeigneter Weise einzubeziehen.

Der Bundesrat kommt im Bericht vom 25. Juni 2025 in Erfüllung der Motion 20.4264 «Finanzierung der Palliative Care» (abrufbar unter www.bag.admin.ch > Services > Publikationen > Bundesratsberichte) zum Schluss, dass die Ziele der Motion grundsätzlich mit den bestehenden rechtlichen Grundlagen sowie mit bereits beschlossenen Anpassungen erreicht werden können. Zu Letzteren zählten insbesondere die einheitliche Finanzierung der Pflegeleistungen ab 2032 und die Einführung der neuen Tarifstruktur Tardoc ab 2026. Zusätzlich seien spezifische Problemfelder im Rahmen des bestehenden rechtlichen Rahmens gezielt anzugehen. Der Bericht enthält deshalb entsprechende Empfehlungen. Als Übergangsmassnahme bis zur Einführung der einheitlichen Finanzierung der Pflegeleistungen hat der Bundesrat zudem das EDI beauftragt, für Pflegeleistungen, die im Rahmen der spezialisierten Palliative Care erbracht werden, den OKP-Beitrag nach Artikel 7a der Krankenpflege-Leistungsverordnung (SR 832.112.31) zu erhöhen. Die Arbeiten dazu sind im Gang.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3220 Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)

Eingereichter Text:

Es soll eine umfassende Studie über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, da diese in ihrem Alltag stark von den Auswirkungen von Covid-19 betroffen sind. Der Bundesrat wird beauftragt, Kinder und Jugendliche ins nationale Human-Biomonitoring-Programm aufzunehmen. Die daraus gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse sollen die bestehenden Wissenslücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schliessen und ihre gesundheitliche Situation in der Schweiz verbessern.

Das Pilotprojekt für eine nationale Gesundheitsstudie wurde 2023 abgeschlossen. Bei Einreichung des Postulats war es zu weit fortgeschritten, um dessen Anliegen zu berücksichtigen. Die Schweizer Gesundheitsstudie war als Forschungsinfrastruktur mit Erhebung von Daten und Proben in der Schweizer Bevölkerung geplant und sollte Kinder und Jugendliche einschliessen. Die Maximalvariante der Studie sollte 10–12 Millionen Franken pro Jahr kosten. Mit Blick auf die finanzielle Lage des Bundes wurde das gesamte Projekt allerdings im Frühjahr 2025 sistiert.

Das Bundesamt für Gesundheit hat sich jedoch mit den Wissenslücken rund um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen intensiv beschäftigt und ein *Minimal Set of Indicators* definiert. Von diesen Indikatoren sind die meisten verfügbar. Aufbauend auf dem erwähnten Set wird Anfang 2026 der Monitoringbericht KidsHealthCH veröffentlicht. Das Kernanliegen des Postulats ist mit diesem Monitoringbericht aufgenommen und beantwortet. Ausserdem hat der Bundesrat dem Postulat 21.3457 WBK-N mit dem Postulatsbericht vom 4. September 2024 «Wie steht es um die psychische Gesundheit in der Schweiz und wie kann sie zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden? Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie» insofern Rechnung getragen, als dass der Aspekt Pandemie und psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen spezifisch betrachtet wurde.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3232 Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Gewinne und Einsparungen (Return on Investment) aufzuzeigen, die dank der Massnahmen erzielt wurden, die von Unternehmen für ihre Angestellten, die regelmässig Angehörige betreuen und pflegen, zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen wurden.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3196 Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden könnten, um die Ausstellung von Gefälligkeitszeugnissen durch Ärztinnen und Ärzte wirksam zu bekämpfen. Der Bericht soll auch eine Statistik der nachgewiesenen Betrugsfälle enthalten, die namentlich auf einer Umfrage bei den Arbeitgebern beruhen soll.

Postulatsbericht vom 15. Oktober 2025 «Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3505 Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie seine am 8. Mai 2015 beschlossenen Rahmenbedingungen betreffend Revision der Tarifstruktur "Tarmed" dahingehend zu ergänzen wären, dass

a. bis zum Vorliegen einer von allen massgebenden Tarifpartnern (insbesondere santésuisse, curafutura, FMH, H+) gemeinsam revidierten neuen Tarifstruktur, keine neuen Tarifsysteme genehmigt werden. Dies gilt sowohl für einen neuen Einzelleistungstarif wie für ambulante Pauschalen;

b. bis zum Vorliegen eines solchen neuen Tarifsystems, die bisherigen Positionen des Tarmed in all jenen Bereichen, in denen keine Unterversorgung besteht, ab 2023 gekürzt werden. Die Kürzungen erfolgen so, dass insgesamt kein OKP-Kostenwachstum über Tarmedpositionen resultiert;

c. das neue Tarifsystem nur Einzelleistungstarife beinhaltet, wo nach aktuellem wissenschaftlichem Kenntnisstand keine Pauschalen für ambulante Leistungen möglich sind. Der pauschalen Abgeltung ambulanter Leistung wird der Vorzug gegeben.

2024 P 24.3466 Kostenkontrolle bei der Einführung der neuen ambulanten Tarifstrukturen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen,

- 1. welche Massnahmen zu treffen sind, damit die ihm im Dezember 2023 zur Genehmigung eingereichte Patientenpauschaltarifstruktur für ambulante ärztliche Leistungen so schnell wie möglich und für möglichst viele Behandlungen eingeführt werden kann;*
- 2. ob TARDOC nur befristet genehmigt werden soll, dies mit der Auflage, dass eine weiterentwickelte Version von TARDOC ungerechtfertigte Kombinationsmöglichkeiten der Tarifpositionen verunmöglicht respektive einschränkt;*
- 3. welche weiteren Massnahmen möglich sind, um die genannten Abrechnungsmöglichkeiten in einem Einzelleistungstarif einzuschränken.*

2025 M 23.4527 Kostenneutralität von neuen ambulanten Tarifstrukturen sicherstellen (Bircher [Graber])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat soll im KVG den kosteneutralen Übergang zu neuen ambulanten Tarifstrukturen sicherstellen und durchsetzen, soweit dies nichts bereits von den Tarifpartnern oder seitens der neuen ambulanten Tariforganisation (OAA) garantiert wird.

Der Bundesrat hat am 19. Juni 2024 im Hinblick auf die in den Postulaten gewünschte Priorisierung der Pauschalen beschlossen, nicht nur Tardoc, sondern auch die ambulanten Patientenpauschalen teilweise zu genehmigen. Für die Einführung per 1. Januar 2026 verlangte er zudem eine von allen Tarifpartnern unterzeichnete Vereinbarung, die eine koordinierte Einführung der beiden Tarifstrukturen sicherstellt. Der entsprechende Tarifvertrag zu Tardoc und den ambulanten Pauschalen inklusive Regelungen für die Sicherstellung der statischen und dynamischen Kostenneutralität wurde vom Bundesrat am 30. April 2025 genehmigt. Die Genehmigung ist befristet für drei Jahre und der Bundesrat erwartet u. a. eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der ambulanten Pauschalen auf 34 Prozent der Bruttoleistungen. Am 5. November 2025 hat der Bundesrat weitere Änderungen und Ergänzungen des Gesamtpreissystems bestehend aus Tardoc und den ambulanten Pauschalen genehmigt, die ihm von den Tarifpartnern am 15. Juli 2025 vorgelegt worden waren. Die Organisation für ambulante Arzttarife, die von den Tarifpartnern Anfang 2024 eingesetzt wurde, wird die beiden Tarifstrukturen kontinuierlich pflegen und weiterentwickeln.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3867 Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, in dem er aufzeigt, mit welchen Massnahmen die Finanzierung der Betreuung von Menschen mit Demenz verbessert werden kann, unabhängig vom Ort, an dem diese Leistungen erbracht werden.

Eine Minderheit der Kommission (Aeschi Thomas, Amaudruz, Dobler, Glarner, Nantermod, Rösti, Schläpfer, Silberschmidt) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 19. November 2025 «Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.4016 Gerechte Krankenkassenprämien (Michel Matter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht darüber vorzulegen, ob die Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) nicht auf andere Weise berechnet werden könnten. Seit 1996 stiegen die Prämien in der Schweiz stärker als die Gesundheitskosten. Der Grundsatz, wonach die Prämien die voraussichtlichen Kosten decken müssen, entspricht nicht der Wirklichkeit. Die Krankenkassenprämien fussen auf falschen Annahmen. Die Berechnung, die auf den geschätzten Kosten des folgenden Jahres gründet, hat ihre Grenzen aufgezeigt. Im September 2019 erklärten die Krankenversicherer ihren Versicherten die Perspektiven für das Jahr 2020. Dabei stützten sie sich auf rein hypothetische Zahlen. Die Gesundheitskrise hat die Schwächen dieser Berechnungsart deutlich vor Augen geführt.

Darum ist es an der Zeit, über eine andere Art, die Krankenkassenprämien zu berechnen, nachzudenken und sich dabei auf das zu stützen, was sich im Bereich der Steuern oder der Sozialversicherungen für die Berechnung der Steuern oder der Altersvorsorge bewährt hat. Die Ratenzahlungen sollten nach der tatsächlichen Kostenentwicklung kalkuliert werden. Je nach tatsächlich angefallenen Kosten würde eine Rückerstattung vorgenommen oder ein zusätzlicher Betrag in Rechnung gestellt. Dank eines solchen Systems würden keine höheren Reserven als nötig angehäuft. Es käme nicht laufend zu überschüssigen Reserven. Es gäbe keinen von schwachen Börsenergebnissen abhängigen Nachholbedarf, um die Reserven wieder aufzufüllen, für den im heutigen System die Versicherten aufkommen.

Es gilt, die Mechanismen zur Festlegung der Prämien zu hinterfragen. Ein Paradigmenwechsel mit dem Übergang von einem System, das sich auf Schätzungen stützt, zu einem System, das Ratenzahlungen vorsieht, die korrigiert werden, wenn die tatsächlichen Kosten transparent vorliegen, ist notwendig.

Postulatsbericht vom 12. Dezember 2025 «Gerechte Krankenkassenprämien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2025 M 24.3977 Brustkrebs. Leben nach einer Mastektomie (Amaudruz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, alle Massnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit die Tarmed-Tarife für die Tätowierung des Brustwarzenhofs überprüft und so angepasst werden, dass sie den für diese Leistung nötigen Zeitaufwand und die dafür nötige Expertise besser widerspiegeln.

2025 M 24.4260 Brustkrebs. Leben nach einer Mastektomie (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, alle Massnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit die Tarmed-Tarife für die Tätowierung des Brustwarzenhofs überprüft und so angepasst werden, dass sie den für diese Leistung nötigen Zeitaufwand und die dafür nötige Expertise besser widerspiegeln.

Der Bundesrat hat am 30. April 2025 das Gesamt-Tarifsystem bestehend aus Tardoc und den ambulanten Pauschalen genehmigt. Dieses System ersetzt ab 1. Januar 2026 das System Tarmed. Der Bundesrat hat die von den Motionen bemängelten Tarifpositionen im Rahmen der Genehmigung von Tardoc geprüft und festgestellt, dass die Positionen zur Vergütung der Tätowierung des Brustwarzenhofs entsprechend angepasst wurden.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2025 P 24.4352 Definition von pflegenden Angehörigen (Hässig Patrick)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, eine Definition von pflegenden Angehörigen vorzuschlagen. Damit soll es möglich werden, die wachsende Zahl dieser Pflegenden statistisch zu erfassen und sie arbeitsrechtlich gebührend abzusichern.

Bericht des Bundesrates vom 15. Oktober 2025 «Pflegeleistungen von Angehörigen im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» (abrufbar unter www.bag.admin.ch > Services > Publikationen > Bundesratsberichte).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Statistik

2021 M 20.4260 Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen zentralen, standardisierten Zugang im Sinne eines "Daten Hub" zu den digitalen Daten und Prozessen der gesamten Bundesverwaltung zu schaffen. Mittels interoperablen, maschinenlesbaren und auf offenen Standards basierenden Echtzeit-Schnittstellen (sogenannte Microservices und APIs) soll der digitale Austausch zwischen den Bundesbehörden und den Behörden anderer Staatsebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft verbessert werden.

*Für die Steuerung und zügige Durchsetzung dieses und anderer Vorhaben mit Anspruch auf departementsübergreifenden Gültigkeit, sowie die Regelung der Interaktion zwischen Datenproduzent*innen und Datenbezügler*innen, schafft der Bundesrat zudem die notwendigen Governance-Strukturen.*

Der Bundesrat erarbeitet einen verbindlichen Umsetzungsplan und rapportiert jährlich über den Anteil (qualitativ und quantitativ) der gesamten Daten und Prozesse der Bundesbehörden, welche via Daten Hub erreichbar sind und wie diese genutzt werden.

Für die Umsetzung der Motion wurde als technisches Kernstück eine öffentliche Plattform entwickelt, auf der Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert werden (www.i14y.admin.ch). Kantone und Gemeinden können die Plattform ebenfalls nutzen. Mit dem Grundsatzentscheid, die elektronische Schnittstelle in der Informationstechnologie standardmässig zu verwenden (strategische Leitlinie API-First), wird deren Nutzung bereits bei der Konzeption von technischen Lösungen berücksichtigt. Die hierfür benötigten technischen Standards wurden erarbeitet. Seit November 2024 können sich Interessierte auf der erwähnten Plattform selbstständig einen Überblick über den aktuellen Stand der Datenlandschaft in der Verwaltung verschaffen. Dabei wird ersichtlich, dass sich die Zahl der dokumentierten elektronischen Schnittstellen im Jahr 2025 um rund ein Drittel erhöht hat. Damit sind die wichtigen Schnittstellen öffentlich dokumentiert. Informatikprojekte des Bundes werden dahingehend standardmässig überprüft. Mit der Schaffung des öffentlichen Verzeichnisses, den technischen Weisungen und den Governancestrukturen sowie der Dokumentation wurden die Forderungen der Motion umgesetzt. Schliesslich hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. November 2025 den Bericht «Programm Nationale Datenbewirtschaftung. Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung» verabschiedet (abrufbar unter www.bfs.admin.ch. > Nationale Datenbewirtschaftung > Publikationen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 20.3772 Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Christine Bulliard-Marbach)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Anzahl Kinder, die Zeuginnen oder Zeugen von häuslicher Gewalt sind, statistisch zu erfassen. Diese jährliche oder zumindest in regelmässigen Abständen geführte Statistik wird aufzeigen, wie viele Kinder in Haushalten gemeldet sind, in denen Polizeieinsätze aufgrund von häuslicher Gewalt stattfinden.

Der Bundesrat hatte die Ablehnung der Motion beantragt, da sich eine solche Statistik im Rahmen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht umsetzen lässt. Die PKS enthält keine Informationen über Zeuginnen und Zeugen häuslicher Gewalt. Es ist daher nicht möglich, im Rahmen der PKS wie gefordert eine regelmässige Statistik zu erstellen. Werden Kinder bei angezeigten Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (SR 311.0) Opfer häuslicher Gewalt, werden sie als geschädigte Personen erfasst. Die Daten zur häuslichen Gewalt werden jährlich im Rahmen der PKS publiziert und liefern bereits angemessene Ergebnisse zur Situation in den Kantonen.

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat zudem geprüft, ob zusätzliche Informationen, die im Rahmen einer spezifischen Studie zu den polizeilich registrierten Tötungsdelikten der Jahre 2019 bis 2023 gesammelt wurden und über die Informationen der PKS hinausgehen, die Forderung der vorliegenden Motion erfüllen könnten. Der Fragenkatalog wurde angepasst, um Informationen über die Anwesenheit von Kindern bei Tötungsdelikten in einer Partnerschaft oder in der Familie zu sammeln. Der Vorstand der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren hat die Lösung der vertieften Analyse zu Zeuginnen und Zeugen von Gewalt im Rahmen der Studie zu Tötungsdelikten unterstützt. Am 11. November 2025 hat das BFS die entsprechenden Ergebnisse im Bericht «Tötungsdelikte in der Schweiz 2019–2023 – Zusatzerhebung im Rahmen der polizeilichen Kriminalstatistik» veröffentlicht (abrufbar unter www.bfs.admin.ch > Statistiken > Kriminalität und Strafrecht > 11.11.2025). In einzelnen Kapiteln des Berichts wird auch beleuchtet, wie und in welcher Form Kinder Gewalt ausgesetzt sind.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.4500 Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden (Marcel Dobler)

Eingereichter Text:

Der Bund veröffentlicht jeweils die Statistik über die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern. Diese werden prominent in den Medien diskutiert. Aufgrund der festgestellten Unterschiede entsteht der Eindruck, dass die Wirtschaft Frauen beim Lohn

systematisch diskriminieren würde, ohne den als unerklärbar ausgewiesenen Gründen detailliert nachzugehen. Dieser Eindruck ist höchst problematisch und gezielt zu untersuchen.

Die Lohngleichheitsanalyse verursacht einen unerklärten Widerspruch, weil Firmen die bei der Einstellung Frauen bevorzugen würden, einen Wettbewerbsvorteil aufgrund der tieferen Kosten hätten. Neuere Untersuchungen wie das Wirtschaftsmonitoring des Kantons Zürich vom Dezember 2021 (Seite 17) stellen die erheblichen Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern nur bei den verheirateten Paaren fest, nicht aber bei den Ledigen über alle Altersstufen.

Diese Auswertungen legen den Schluss nahe, dass die Lohnunterschiede primär dadurch entstehen, weil Mütter nach der Geburt ihr Beschäftigungsspensum stark reduzieren oder für eine Zeit ganz dem Arbeitsmarkt fernbleiben.

Es ist wichtig, dass die Ursachen für diese Lohnunterschiede vertieft, neutral und wissenschaftlich untersucht werden. Dabei muss die Berufserfahrung, die Dauer der Arbeitsunterbrüche und die Dauer von Teilzeitpensen berücksichtigt werden. Die vom Bundesamt für Statistik verwendeten Daten zur Lohnanalyse liefern hier keine oder zu wenig detaillierte Angaben.

Der Bundesrat wird gebeten, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag geben, welche spezifisch den unerklärten Teil der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern mit neuesten wissenschaftlichen Methoden eingehend untersucht. Dabei sind mögliche Ursachen für Lohndifferenzen wie Mutterschaft, Erwerbsunterbrüche, Zivilstand, Berufserfahrung nach Altersstufen zu untersuchen.

Postulatsbericht vom 27. August 2025 «Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2019 P 19.3417 Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten.

Eine Minderheit (Pieren, Bigler, Dettling, Flückiger Sylvia, Glauser, Gutjahr, Herzog, Keller Peter, Tuena) beantragt die Ablehnung des Postulates.

Die Abschreibung des Postulats wurde in der Sommersession 2022 von den Räten (Entscheid NR 7.6.2022; Entscheid SR 9.6.2022) anlässlich der Beratung des Berichts des Bundesrates über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2021 (BBl 2022 858) abgelehnt. Das Parlament hat in der Wintersession 2025 die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.403 WBK-N durch das Bundesgesetz über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung (BBl 2026 33) beschlossen. Das Gesetz sieht neben einer Anpassung des Familienzulagengesetzes und der Einführung einer Betreuungszulage nach dem Regime der Familienzulagen die Einführung von Programmvereinbarungen vor, mittels derer der Bund die Kantone in ihren Bestrebungen zur Förderung institutioneller familienergänzender Kinderbetreuungsangebote unterstützen kann. In der Differenzbereinigung wurde auf die Aufnahme eines Förderbereichs der frühen Kindheit verzichtet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 M 19.3953 Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen fünfjährigen Monitoring-Zyklus zur Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Das gesamtschweizerische Monitoring soll auf bestehenden nationalen und kantonalen statistisch relevanten Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen der Bundesversammlung in Form eines alle fünf Jahre erstellten Berichtes zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Der Bericht nimmt eine vergleichende Analyse der Situationen in den Kantonen vor, analysiert die bestehenden Massnahmen zur Armutsprävention, zeigt auf der Grundlage von (echten) Longitudinalstudien Entwicklungen unter anderem im Bereich der Armutsgefährdung und der sozialen Durchlässigkeit auf und liefert steuerungsrelevantes Wissen für die beteiligten Akteure (Bund, Kantone, Gemeinden) im Bereich der Armutsprävention und -bekämpfung.

Bericht vom 26. November 2025 «Armutsmonitoring der Schweiz. Synthese. Bericht 2025» (abrufbar unter www.armutsmonitoring.ch).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.4425 Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den interessierten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern von Beschäftigten im Haushalt die Möglichkeit zu bieten, sämtliche Sozialversicherungen und die Steuern bei einer einzigen Anlaufstelle abrechnen zu können.

2021 M 20.4552 Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den interessierten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von Beschäftigten im Haushalt die Möglichkeit zu bieten, sämtliche Sozialversicherungen und die Steuern (Quellensteuer) bei einer einzigen Anlaufstelle abrechnen zu können.

Der von den Motionen verlangte Einbezug der obligatorischen Unfallversicherung ins vereinfachte Abrechnungsverfahren ist seit dem 1. Januar 2025 umgesetzt («vereinfachtes Abrechnungsverfahren plus»).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3454 Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Auswirkungen von Long-Covid:

- auf die Sozialversicherungen (insbes. IV) und

- zu den Armutsrisiken der Betroffenen;

- sowie auf die nötigen Anpassungen in den Prozessen z.B. der Aufteilung von resultierenden Kosten zwischen Arbeitgebenden, Krankentaggeldversicherern, IV, Krankenkassen und Betroffenen

- weitere nötige Massnahmen, die aus einer grösseren Anzahl von Long-Covid Betroffenen nötig würden

- weitere Risiken

Eine Minderheit der Kommission (Rösti, Aeschi Thomas, de Courten, Glarner, Schläpfer) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Auswirkungen von Long Covid».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3604 Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die aktuellen Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der ZAS innerhalb der Bundesverwaltung zu überprüfen und mögliche Verbesserungen in dem Sinne vorzuschlagen, dass die mit der Aufsicht verbundenen Aufgaben weiterhin von der Bundesverwaltung wahrgenommen, während die Durchführungsaufgaben aus der Bundesverwaltung ausgegliedert werden.

2022 M 21.4340 Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob es im Sinne des Mitberichts der Finanzkommission des Nationalrates vom 4. Oktober 2021 zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule (19.080) sinnvoll ist, die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) mit Compenswiss zusammenzulegen und diese neue Struktur in eine Sozialversicherungsanstalt des Bundes zu übertragen.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen des Postulats und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3741 Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Möglichkeit zur Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit zu untersuchen. Der Austausch der notwendigen Informationen und Erfahrungen zwischen den unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen und -bereichen im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzen würde dazu beitragen, die Lücken bei der Zusammenarbeit und der Koordination zu schliessen. Eine solche Beobachtungsstelle würde eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Politik der frühen Kindheit und die Entwicklung einer abgestimmten und den unterschiedlichen Situationen angepassten Strategie ermöglichen.

Die Arbeiten am Postulat wurden im Zusammenhang mit der Beratung der parlamentarischen Initiative 21.403 WBK-N sistiert. Das Parlament hat in der Wintersession 2025 die Umsetzung der parlamentarischen Initiative durch das Bundesgesetz über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung (BBl 2026 33) beschlossen. Das Gesetz sieht neben einer Anpassung des Familienzulagengesetzes und der Einführung einer Betreuungszulage nach dem Regime der Familienzulagen die

Einführung von Programmvereinbarungen vor, mittels derer der Bund die Kantone in ihren Bestrebungen zur Förderung institutioneller familienergänzender Kinderbetreuungsangebote unterstützen kann. In der Differenzbereinigung wurde auf die Aufnahme eines Förderbereichs der frühen Kindheit verzichtet. In diesem Zusammenhang entschied das Parlament auch, auf die Schaffung einer nationalen Statistik zur frühen Förderung zu verzichten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3961 Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten, eine volkswirtschaftliche Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, welche die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen Elternzeitmodellen unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) simuliert und abschätzt.

Eine Minderheit der Kommission (Aeschi Thomas, Amaudruz, de Courten, Dobler, Glarner, Herzog Verena, Hess Lorenz, Röstli, Schläpfer, Silberschmidt) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 19. Februar 2025 «Empirische Evidenzen und Machbarkeit einer gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Betrachtung verschiedener Elternzeitmodelle».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.4450 AHV. Prüfung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat (Eva Herzog)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, um die Problematik von Dividenden zulasten des AHV-Beitragssubstrats sowie rechtsgleich anwendbare Korrekturmöglichkeiten, welche weitergehen als die bisher praktizierte "einzelfall-gerechte Missbrauchsbekämpfung" aufzuzeigen.

Postulatsbericht vom 15. Oktober 2025 «Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3205 Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität? (Stefan Engler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem detaillierten Bericht eine Bestandesaufnahme zu den Themen Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention vorzunehmen.

Er prüft insbesondere folgende Fragen:

- *nehmen die von Minderjährigen in der Schweiz begangenen Straftaten und bezüglich welcher Delikte zu?*
- *in wievielen Fällen kommt es zu Verurteilungen und welche sind die ausgesprochenen Sanktionen (Strafen und Schutzmassnahmen)?*
- *werden Täter und Täterinnen immer jünger?*
- *lässt sich aus der Statistik eine Tendenz zunehmender Jugendgewalt auch in der Form von Cybermobbing, von Drogendelikten und von in Gruppen begangenen Straftaten herauslesen?*
- *wieso werden Jugendliche straffällig? Was für eine Rolle spielen Faktoren wie soziale Schicht, Urbanität, Geschlecht und Herkunft, Bildung und Arbeit und das Freizeitverhalten?*
- *wie wirken sich jugendstrafrechtliche Sanktionen hinsichtlich der Verhinderung zukünftiger Straftaten aus?*
- *welche sozialpolitischen Massnahme wirken präventiv? Bestehen Lücken in der Prävention?*
- *die Zusammenführung von jugendrichterlichen Aufgaben mit jenen des Kinderschutzes?*
- *besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf? Falls ja, in welchen Bereichen?*

Postulatsbericht vom 26. September 2025 «Jugendkriminalität, Wirksamkeit jugendstrafrechtlicher Sanktionen und Prävention».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4168 Situation der Mehrfachbeschäftigten in der zweiten Säule verbessern (Rechsteiner Thomas)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, abzuklären und in einem Bericht aufzuzeigen, wie in der zweiten Säule die Versicherungspflicht auch auf Arbeitnehmende, die für mehrere Arbeitgeber tätig sind, jedoch die Eintrittsschwelle für die berufliche Vorsorge nach BVG in der jeweils einzelnen Anstellung nicht erreichen, ausgeweitet werden kann.

Postulatsbericht vom 22. Oktober 2025 «Situation der Mehrfachbeschäftigten in der zweiten Säule verbessern».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 24.3221 13.AHV-Rente einmal pro Jahr auszahlen (Stark)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die vom Volk beschlossene 13. AHV-Rente einmal pro Jahr im November oder Dezember auszuzahlen.

Das Inkrafttreten der Vorlage zur Umsetzung der 13. Altersrente, einschliesslich der jährlichen Auszahlung, wurde vom Bundesrat per 1. Januar 2026 beschlossen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2022 P 20.4087 Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Christophe Clivaz)

Eingereichter Text:

Chlorothalonil ist in der Schweiz seit dem 1. Januar 2020 verboten. Im Trinkwasser sind allerdings problematische Abbauprodukte von Chlorothalonil festgestellt worden, insbesondere in den Kantonen Genf, Waadt, Freiburg, Bern, Aargau, Solothurn, Schaffhausen, Zug, Thurgau, Luzern, Zürich und Tessin.

Um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, müssen die Gemeinden die Konzentration der Abbauprodukte reduzieren, was dazu führt, dass sie gewisse Trinkwasserfassungen vom Netz nehmen, sich anderen Netzen anschliessen oder Wasser aus verschiedenen Quellen mischen müssen. Das Fassen von unbelastetem Wasser ist aber nicht überall möglich. In diesen Fällen muss das belastete Wasser in einem komplexen Verfahren gefiltert und gereinigt werden, was mit hohen Kosten und einem grossen Energieaufwand verbunden ist. In ihrer jüngsten Publikation schätzt die Avenir Suisse die Kosten, die durch den Einsatz von Pestiziden entstehen, auf 100 Millionen Franken pro Jahr, insbesondere wegen der Kosten für die Sanierung von Trinkwasserfassungen.

Der Bund hat in dieser Situation eine Verantwortung, denn er hat Chlorothalonil zugelassen und dessen Einsatz während mehrerer Jahrzehnte bewilligt. Offensichtlich hat er das Vorsorgeprinzip verletzt. Auch stellt sich die Frage der Verantwortung der Produzenten von Chlorothalonil, im Sinne einer "erweiterten Herstellerverantwortung". Die Frage wird zurzeit in der EU diskutiert.

Das Postulat 20.3408 Thorens Goumaz, in dem es um dasselbe Thema ging, wurde am 21. September 2020 im Ständerat mit einer einzigen Stimme Differenz abgelehnt. In seiner Antwort auf dieses Postulat äussert sich der Bundesrat zwar zu einzelnen Punkten, geht auf andere Punkte aber gar nicht richtig ein. Daher wird er beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in welchem:

- 1. die für die Sanierungsarbeiten nötigen Fristen veranschlagt werden;*
- 2. evaluiert wird, wie hoch das Risiko ist, dass ein Teil der Bevölkerung bis zum Abschluss der Sanierung kontaminiertem Trinkwasser ausgesetzt bleibt, sowie Massnahmen zur Risikoreduktion und zur Beschleunigung der Sanierungsarbeiten vorgeschlagen werden;*
- 3. die Kosten der Massnahmen und der Arbeiten, die die Gemeinden in Angriff nehmen müssen, geschätzt werden;*
- 4. Lösungen für die Finanzierung vorgeschlagen werden, mit denen die Gemeinden in ihren Aufgaben unterstützt werden, unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips.*

Postulatsbericht vom 29. Januar 2025 «Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4073 Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Manuel Strupler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, unter Einbezug der Akteure der Wertschöpfungskette und der Konsumenten, rasch die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die tierischen Eiweisse aus Schlachtnebenprodukten von Schweinen und Hühnern wieder als Futtermittel für allesfressende Nutztiere verwendet werden können.

2022 M 21.4125 Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Martina Munz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Anpassungen vorzunehmen, dass tierische Schlachtnebenprodukte für Tierfutter wieder verwendet werden können.

Der Bundesrat hat am 26. November 2025 die Änderung der Verordnung über tierische Nebenprodukte (AS 2025 785) verabschiedet. Diese ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten. Das Verbot der Verfütterung von tierischen Proteinen der Kategorie 3 an gewisse Nichtwiederkäuer wurde unter gleichzeitigem Erlass von adäquaten Sicherheitsmassnahmen gelockert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 M 20.3021 Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber (Martin Haab)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, gestützt auf seine Kompetenz in Artikel 13 des Lebensmittelgesetzes eine spezifische Deklarationspflicht für Erzeugnisse aus der Stopfmast von Gänsen und Enten nach dem Beispiel der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung auszuarbeiten.

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion am 28. Mai 2025 die Änderung der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV, AS 2025 369) verabschiedet. Die Änderung ist am 1. Juli 2025 in Kraft getreten. Bei Lebensmitteln tierischer Herkunft nach Anhang 2 LGV ist ein entsprechender Hinweis zur Herstellungsmethode anzugeben (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe j LGV). Eine Deklarationspflicht besteht insbesondere für Stopfleber.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 M 20.3835 Keine gesundheitsschädigenden Rückstände von verbotenen Pflanzenschutzmitteln in importierten Lebensmitteln (Christine Badertscher)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesundheitsrisiken durch Pflanzenschutzmittel (PSM) zu vermindern, indem er bei importierten Lebensmitteln:

- a. Grenzwerte für Rückstände von in der Schweiz zugelassenen Pflanzenschutzmitteln (PSM) prüft und reduziert;*
- b. Rückstände von nicht zugelassenen PSM verbietet und im Besonderen für alle PSM, die aus Gründen des Gesundheits- oder des Umweltschutzes verboten wurden, strikt die Nulltoleranz anwendet;*
- c. Die Nulltoleranz von 0,01 mg/kg überprüft und gemäss heutigen Laborstandards reduziert;*
- d. das Kontroll- und Sanktionssystem befähigt, die strikte Einhaltung zu garantieren.*

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat in den Revisionen der Verordnung des EDI über die Höchstgehalte für Pestizidrückstände in oder auf Erzeugnissen pflanzlicher und tierischer Herkunft (2023: AS 2023 789, 2024: AS 2024 247 und 754, 2025: AS 2025 388) für importierte Lebensmittel (z. B. Zitrusfrüchte, Gewürze) mehrere Tausend Rückstandshöchstgehalte für in der Schweiz nicht zugelassene Wirkstoffe im Sinne der Motion angepasst. Dabei wurden Rückstandshöchstgehalte für in der Schweiz nicht zugelassene Wirkstoffe (Clothianidin, Thiamethoxam) aus Umweltgründen und aufgrund ihrer unerwünschten, gesundheitlichen Auswirkungen (z. B. Carbendazim, Spirodiclofen) auf das tiefste Niveau (Bestimmungsgrenze) gesenkt und damit die strengsten Vorgaben gemacht. In diesem Rahmen wurden auch bei Rückstandshöchstgehalten für importierte Lebensmittel strengere Vorgaben als in der EU gemacht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.4275 Eine CO₂-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung einer CO₂-Etikette für alle unverarbeiteten Lebensmittel zu prüfen. Diese Etikette muss die Produktionsweise und die Art des Transports dieser Lebensmittel berücksichtigen. Im Sinne der Lesbar- und Verständlichkeit kann sich die Grafik der Etikette an diejenige der Energieetikette anlehnen. Die Masseinheit ist Gramm CO₂ pro Kilo des jeweiligen Lebensmittels.

Im Bericht sind auch die bereits ergriffenen Massnahmen der einzelnen Akteure zu evaluieren.

Eine Minderheit der Kommission (Haab, Keller Peter, Gafner, Gutjahr, Herzog Verena, Huber, Steinemann, Wasserfallen Christian) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 8. Oktober 2025 «Eine CO₂-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 21.4164 Anerkennung der EU-Zulassungsentscheide für Pflanzenschutzmittel (Philipp Matthias Bregy)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass die Schweizer Behörden EU-Zulassungsentscheide für Pflanzenschutzmittel (für die biologische wie für die konventionelle Landwirtschaft) anerkennen und entsprechende Zulassungen im gleichen Zeitrahmen erlassen. Dazu könnte Artikel 160 Absatz 6 LwG wie folgt ergänzt werden: "Entscheide der EU zur Genehmigung neuer Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Erneuerung und Überprüfung der Genehmigung von Wirkstoffen werden direkt übernommen. Zulassungen für Pflanzenschutzmittel der zentralen und/oder südlichen Zone der EU werden in der Schweiz im Rahmen des zonalen Zulassungsverfahrens (Art. 36 und 37, Verordnung EC No 1107/2009) übernommen."

Der Bundesrat hat am 20. August 2025 die totalrevidierte Pflanzenschutzmittelverordnung verabschiedet (AS 2025 565). Diese ist am 1. Dezember 2025 in Kraft getreten. Einerseits gelten in der EU genehmigte Wirkstoffe automatisch auch in der Schweiz als genehmigt. Andererseits wird es möglich sein, Pflanzenschutzmittel, die in den an die Schweiz angrenzenden EU-Mitgliedstaaten für die gleiche Verwendung bereits zugelassen sind, in der Schweiz vereinfacht zuzulassen. Dies unter der Voraussetzung, dass die Gesuchstellenden auch die Beurteilungsberichte der EU-Mitgliedstaaten einreichen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 M 23.3018 Problematischen Einsatz von Nutri-Score unterbinden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Nutri-Score so zu legen, dass die problematischen Effekte von Nutri-Score vermieden werden.

Der Nutri-Score ist gemäss der Lebensmittelgesetzgebung keine obligatorische Kennzeichnung. Zur Umsetzung der Motion sind somit keine rechtlichen Anpassungen nötig. Die Verwendung des Nutri-Scores wird weiterhin freiwillig sein. Der Bundesrat hat dies in seiner Antwort auf die Interpellation 25.4044 «Für die schweizweite Einführung des Nutri-Scores» bekräftigt. Wer den Nutri-Score verwenden möchte, muss sich aber an die Bedingungen von Santé publique France halten, da der Organisation die Marke Nutri-Score gehört.

Der Nutri-Score basiert auf einem Algorithmus, dessen wissenschaftlich validierte Parameter öffentlich zugänglich sind. Die Schweiz ist im internationalen Lenkungsausschuss vertreten und kann dort die Anliegen und Fragen der Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen zur Berechnung oder Anpassung des Algorithmus einbringen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Eingereichter Text:

Am 1. Januar 2018 werden die Änderungen des Sanktionenrechts (12.046) in Kraft treten, womit die Vollzugsbehörden die Möglichkeiten zum Einsatz des Electronic Monitoring erhalten. Der Bundesrat wird beauftragt, die Praxiserfahrungen mit dem Electronic Monitoring während den ersten drei Jahren seit Inkraftsetzung des Sanktionenrechts zu evaluieren und anschliessend einen Bericht vorzulegen. Es ist insbesondere zu prüfen, ob die Erfahrungen eine Ausweitung des Einsatzbereichs des Electronic Monitoring nahelegen.

Postulatsbericht vom 20. August 2025 «Evaluation des Electronic Monitoring».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3478 Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie die Beurteilung von Kinderbelangen schweizweit einheitlich geregelt werden kann und wie erreicht werden kann, dass alle Kinder vor Bundesgericht die gleichen Rechte haben, unabhängig vom Zivilstand der Eltern.

2019 P 19.3503 Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altarmatt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Evaluation durchzuführen zur in den Kantonen angewendeten Praxis zur Mediation und Intervention bei Streitigkeiten innerhalb getrennter Familien. Er soll analysieren, welche Instrumente (wie z. B. begleitete Besuchstreffe, angeordnete Beratungen, durchgeführte Zwangsmassnahmen usw.) welche Wirkung in Bezug auf den Elternkonflikt und das Kindeswohl entwickeln.

Basierend auf dieser Analyse und den gemachten Erfahrungen seit der Revision von Artikel 298 (gemeinsame elterliche Sorge als Regel) des Zivilgesetzbuches soll insbesondere dargelegt werden, mit welchen gesetzgeberischen und verfahrenstechnischen Anpassungen gewährleistet werden kann, dass schneller entschieden und konsequenter gehandelt werden kann, wenn amtlich verfügte oder vereinbarte Rechte und Pflichten nicht eingehalten werden (wenn z. B. einem Elternteil durch den anderen der Umgang mit dem gemeinsamen Kind verweigert wird).

2022 P 22.3380 Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Absprache mit den Kantonen zu prüfen, ob es zweckmässig wäre, eine Familiengerichtsbarkeit zu schaffen, die folgenden Grundsätzen entspricht:

1. Ein einziges Gericht ist für familienrechtliche Streitigkeiten im weitesten Sinne zuständig und damit insbesondere für Angelegenheiten, welche das Zivilgesetzbuch, das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, das Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen dem Zivilgericht, den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie den Zentralbehörden der Kantone und des Bundes zuweisen.

2. In familienrechtlichen Streitigkeiten ist ein Schlichtungsversuch obligatorisch, bevor die Sache ans Gericht gelangt.

3. Die Schlichtungsbehörde setzt sich aus Beisitzern zusammen, die auf Familienrecht spezialisiert und in Familientherapie ausgebildet sind. Es kann je nach Fall, mit dem es befasst ist, weitere Beisitzer hinzuziehen.

4. Die Schlichtungsbehörde kann Personen und Stellen beiladen, die mit den Parteien durch aktuelle oder frühere Familienstandsbeziehungen und durch Kindsverhältnis verbunden sein können oder nicht, wenn diese Beiladung zur Beilegung der Streitigkeit beitragen kann.

5. Die Schlichtungsbehörde kann den Fall so oft, wie sie es für notwendig hält, innerhalb einer festzulegenden Maximalfrist erneut verhandeln und den Fall bei Bedarf an die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder die zuständige Zentralbehörde überweisen.

6. Das Schlichtungsverfahren ist unentgeltlich.

Eine Minderheit der Kommission (Addor, Hess Erich, Reimann Lukas, Schwander, Steinemann, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.

2023 P 23.3047 Kesb-Zuständigkeiten bei Unterhalts- und Elternverträgen (Yvonne Feri)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, inwiefern landesweit Artikel 298a Absatz 3 ZGB durch die Kinderschutzbehörde umgesetzt wird, und zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, die KESB, im Sinne einer national einheitlichen Rechtsanwendung, zu beauftragen, den Unterhaltsvertrag und die Elternvereinbarung als Einheit zu betrachten und diese im Bedarfsfall zusammen mit den Eltern aushandeln.

2024 P 22.4540 Familienrechtliche Verfahren. Verfahrensdauer und Verzögerungen analysieren (Greta Gysin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen über die Gerichtsverfahren in familienrechtlichen Belangen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf den Entscheiden betreffend das Besuchsrecht sowie die Zuteilung und die Ausübung der elterlichen Sorge liegen. Der Bericht muss insbesondere Angaben enthalten zur Anzahl und zur Dauer der Verfahren (einschliesslich der Minima, der Maxima und der Mediane) pro Kanton und Gerichtsebene, und zwar für einen angemessenen Zeitraum (zum Beispiel 5 Jahre). Mit einer ergänzenden qualitativen Analyse ist aufzuzeigen, welche Faktoren und Gründe zu einer Verlängerung der Verfahren führen.

Postulatsbericht vom 6. Juni 2025 «Familiengerichtbarkeit und Familienverfahren: Bestandesaufnahme und Reformvorschläge».
Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 19.4638 Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie das Bauhandwerkerpfandrecht (Art. 837 ff. ZGB) angepasst werden könnte, um das Verhältnis zwischen Bauherren und Subunternehmern ausgewogener zu regeln. Zu prüfen ist insbesondere eine "Transparenzlösung", wonach das Pfandrecht nur für Leistungen greift, die erbracht wurden, nachdem der Bauherr vom Subunternehmer Kenntnis haben konnte.

Postulatsbericht vom 13. August 2025 «Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3501 Verbesserung der Situation von nichtbinären Personen (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, mit welchen Massnahmen die Situation von nicht binären Personen verbessert werden könnte, ohne dass dafür das binäre Geschlechtermodell rechtlich aufgegeben werden muss. Dazu ist eine Auslegeordnung mit möglichen Massnahmen zu erstellen, welche die Vor- und Nachteile der einzelnen Massnahmen und eine Einschätzung ihrer Umsetzbarkeit enthält. Für den Bericht sind sowohl die Erfahrungen der betroffenen Personen einzubeziehen als auch eine Übersicht über die Massnahmen zu erstellen, die im Ausland bereits eingeführt worden sind.

Eine Minderheit der Kommission (Steinemann, Buffat, Huber, Reimann Lukas, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 26. November 2025 «Verbesserung der Situation von nicht binären Personen: Auslegeordnung möglicher Massnahmen auf Bundesebene».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4328 Analyse des Unterhaltsbeitrags (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Gerichten, der Anwaltschaft und den betroffenen Institutionen zu prüfen und in einem Bericht darzulegen:

- *welche Wirkungen die Revision des Kindesunterhaltsrechts von 2015 auf die Berechnung des Unterhaltsbeitrags für das Kind, insbes. mit Bezug auf den Betreuungsunterhalt, hatte;*
- *welche Auswirkungen die aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Betreuungsunterhalt nach Abschaffung des Methodenpluralismus hat;*
- *wie erkannte Mängel und Schwierigkeiten beseitigt und die Situation verbessert werden könnte, insbesondere mit Bezug auf die Methode für die Berechnung des Betreuungsunterhalts.*

Postulatsbericht vom 26. September 2025 «Analyse des Kindesunterhaltsbeitrags».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 22.4559 Keine Kinderkopftücher in Schulen und Kindergärten. Eine Frage der Gleichberechtigung, des Kinderschutzes und nicht der Religion (Marianne Binder-Keller [de Quattro])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstatten, inwiefern, gestützt auf die Bundesverfassung Artikel 8 Absatz 1-3; Artikel 10 Absatz 2; Artikel 11 Absatz 1; Artikel 19, sowie Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g eine Grundlage geschaffen werden kann, welche allen Kindern an unseren Kindergärten und Schulen die gleichen Rechte und die gleichen Freiheiten garantieren und den Kinderschutz gewährleisten. In unseren Bildungseinrichtungen muss eine freie Entfaltung aller Kinder ohne Kinderkopftuch garantiert sein.

Kleidungsstücke, welche Unterordnung und Diskriminierung von muslimischen Mädchen ausdrücken, widersprechen obigen Artikeln der Bundesverfassung. Mit dem Grundsatz, dass sich religiöses Recht dem staatlichen unterzuordnen hat, soll auch die Rangierung von Artikel 8 gegenüber Artikel 15 geklärt werden. Sich auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu berufen, um Unterordnung zu rechtfertigen, kann nicht im Sinne der Verfassung sein.

Unsere Schulen sind ein Freiraum für die Ideale des Rechtsstaates: Freiheit und gleiche Rechte für alle. Diese Rechte sollen für alle Kinder gleichermaßen gelten und ebenso geschützt werden. Deshalb soll das Kopftuch für muslimische Mädchen mit sexualisierendem und diskriminierendem Charakter darin keinen Platz haben. Es hemmt die Entwicklung und Bewegungsfreiheit der Mädchen und widerspricht dem pädagogischen Ziel der Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Es macht Unterordnung und Sexualisierung (sichtbar) evident und schafft mit der irreführenden Argumentation der Religionsfreiheit eine Markierung und Unfreiheit für eine Minderheit von Mädchen, die es tragen.

Diese Minderheit darf - und mag sie auch klein sein - kein übergebarer Gegenstand der Betrachtung sein in unseren westlichen Gesellschaften, die unter dem Aspekt der Emanzipation zu den fortschrittlichsten der Welt gehören. Es geht nicht um Sonderrecht gegen Minderheiten, sondern um Recht für eine kleine Minderheit von Kindern.

Postulatsbericht vom 22. Oktober 2025 «Kinderkopftücher in der öffentlichen Schule».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2024 P 23.4349 Ressourcenüberprüfung beim Fedpol (Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Ressourcensituation des Bundesamtes für Polizei (fedpol) einer externen Prüfung zu unterziehen. Insbesondere ist zu prüfen, ob der vom Parlament im Rahmen der jährlichen Budgetprüfung bewilligte Personalbestand ausreicht, damit fedpol seinen gesetzlichen Auftrag erfüllen kann. Kommt die beauftragte Prüfungsstelle zu dem Schluss, dass fedpol seine Aufgabe aufgrund von Personalmangel nicht erfüllen kann, ist zu prüfen, inwieweit durch eine interne Umstrukturierung genügend Personal für die unterbesetzten Dienststellen freigesetzt werden könnte.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Ressourcenüberprüfung bei fedpol».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2021 P 20.4333 Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats einen detaillierten Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz zu unterbreiten. Insbesondere betreffend der Situation betreffend der Meinungsäusserungsfreiheit und der Überwachung.

Mit der Einreichung des Postulats hat die Kommission der Petition "18.2020 Pet. Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen, auch in der Schweiz!" Folge gegeben.

Eine Minderheit der Kommission (Estermann, Aebi, Binder, Büchel, Giacometti, Grüter, Köppel, Markwalder, Nidegger, Pfister, Portmann, Wehrli) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 12. Februar 2025 «Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 20.4344 Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht

- zu erheben ob und wie in den Kantonen Vorgaben betreffend die Protokollierung der Gespräche im Rahmen von Einbürgerungsverfahren bestehen und durchgesetzt werden

- mit den Kantonen Möglichkeiten zu klären, wie allfällige Lücken in der Umsetzung beseitigt werden können.

Postulatsbericht vom 5. November 2025 «Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3397 Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Gründe für die tiefe Zahl der Einreichung sowie für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen von in der Schweiz geborenen und/oder aufgewachsenen Personen vorzulegen. Der Bericht soll auch Aufschluss geben über die Art der Erledigung von Weiterzügen von negativen Einbürgerungsentscheiden.

Postulatsbericht vom 5. November 2025 «Einbürgerungen der zweiten Ausländergeneration».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 M 23.3032 Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Seit Jahren kooperiert Algerien nicht bei der Rückübernahme seiner eigenen Staatsangehörigen, wenn es um zwangsweise Rückführungen geht. Die kantonalen Behörden stehen vor immensen Problemen, da die Rückführungen nach Algerien nicht funktionieren.

Obwohl die Schweiz und Algerien ein gültiges Rückübernahmeabkommen unterzeichnet haben, lehnt Algerien zwangsweise Rückführungen per Sonderflug ab. Somit können algerische Staatsangehörige, die sich weigern, in ihr Heimatland zurückzukehren, de facto in der Schweiz bleiben. Diese Situation muss sich ändern.

Der Bundesrat wird aufgefordert:

- 1. In Brüssel bei einem der nächsten Treffen des JI-Rates, an dem die Schweiz teilnimmt, zu intervenieren;*
- 2. Formell die Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex auf Algerien zu beantragen. Dieser Artikel zielt darauf ab, Massnahmen gegen Länder zu ergreifen, die im Bereich der Rückkehr nicht kooperieren.*

Die Rückkehr nach Algerien war in der Vergangenheit anspruchsvoll. Der Schweiz ist es aber gelungen, im intensiven Dialog mit Algerien konkrete und substanzielle Verbesserungen auszuhandeln, weshalb die Kooperation mit Algerien im Rückkehrbereich derzeit als beanstandungsfrei bezeichnet werden kann. Diese positive Veränderung, die ohne Rückgriff auf Artikel 25a des Visakodex (ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1) erreicht werden konnte, spiegelt sich auch in den Statistiken wider; seit 2022 sind mehr als 1300 Personen freiwillig nach Algerien zurückgekehrt, und es wurden 546 Rückführungen durchgeführt. Im Jahr 2025 wurde die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Algerien im Bereich der Migration dank der Unterzeichnung einer unverbindlichen Absichtserklärung durch den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) am 30. Juni in Algier weiter verstärkt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 23.3837 Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Um die Anordnung von Administrativhaft für abgewiesene Asylsuchende, die unser Asylsystem missbrauchen, zu erleichtern, wird der Bundesrat beauftragt, die Wiedereinführung der Möglichkeit für die BAZ (Bundesasyl Zentren) zu prüfen, direkte Administrativhaft anzuordnen.

Postulatsbericht vom 8. Oktober 2025 «Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4171 Aktualisierter Bericht zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz (Gössi [de Quattro])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt,

- den 2012 veröffentlichten Bericht über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz ([08.000](#)) zu aktualisieren;*
- diesen mit den Auswirkungen der Zuwanderung auf das Schweizer Gesundheitswesen, die Finanzen des Bundes oder andere neue und relevante Bereiche zu ergänzen.*

Postulatsbericht vom 26. November 2025 «Aktualisierter Bericht des Bundesrates zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 24.3022 Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Würth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Anpassungen beim Schutzstatus S vorzunehmen. Insbesondere soll der Schutzstatus S aberkannt bzw. nicht wieder erlangt werden

- wenn eine Person für eine bestimmte Aufenthaltsdauer (z.B. 14 Tage) ausreist;
- wenn eine Person Rückkehrhilfe oder andere rückkehrorientierte Hilfen bezogen hat;
- wenn der Schutzstatus S missbräuchlich erlangt wurde.

Des weiteren soll sichergestellt werden, dass der Schutzstatus innerhalb des Dublin-Raums nur ein Mal erteilt wird.

2024 M 24.3035 Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Paganini)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Anpassungen beim Schutzstatus S vorzunehmen. Insbesondere soll der Schutzstatus S aberkannt bzw. nicht wieder erlangt werden

- wenn eine Person für eine bestimmte Aufenthaltsdauer (z.B. 14 Tage) ausreist;
- wenn eine Person Rückkehrhilfe oder andere rückkehrorientierte Hilfen bezogen hat;
- wenn der Schutzstatus S missbräuchlich erlangt wurde.

Des weiteren soll sichergestellt werden, dass der Schutzstatus innerhalb des Dublin-Raums nur ein Mal erteilt wird.

Den Anliegen der Motionen wurde durch zwei Praxisänderungen Rechnung getragen.

Zum einen hat das SEM zu Beginn des Jahres 2025 eingeführt, dass der Schutzstatus S bei Abwesenheit von mehr als zwei Monaten formell beendet wird. Bei einer Wiedereinreise der betroffenen Person in die Schweiz durchläuft diese das Schutzverfahren noch einmal von Anfang an. Dabei wird auch eine Schutzalternative in einem anderen Staat geprüft. Seit dem 1. November 2025 kommt auch die regionale Differenzierung im Sinne der Motion 24.3378 Friedli zur Anwendung.

Zum anderen hat der Bundesrat am 25. Juni 2025 entschieden, die Praxis im Zusammenhang mit Heimatreisen für Personen mit Schutzstatus S anzupassen und die erlaubte Aufenthaltsdauer im Heimat- oder Herkunftsstaat auf 15 Tage pro Halbjahr (statt wie zuvor 15 Tage pro Quartal) zu kürzen. Längere Aufenthalte im Heimat- oder Herkunftsstaat können zum Widerruf des Schutzstatus S führen. Die Umsetzung dieser Praxisänderung erfolgte zeitgleich mit der Umsetzung der Motion 24.3378 Friedli per 1. November 2025.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 P 24.3165 Wäre die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende auch in der Schweiz eine Möglichkeit? (Friedli Esther)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, was die Vor- und Nachteile von Bezahlkarten für Asylsuchende bringen, welche Gesetzesbestimmungen geändert werden müssten und ob und wie sie auch in der Schweiz eingeführt werden könnten.

2024 P 24.3478 Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Gemäss Art 82 AsylG sind die Kantone für die Ausrichtung von Leistungen für Asylsuchende und Schutzbedürftige zuständig.

Um die Attraktivität der Schweiz als Zielland für illegale Migration zu senken, wird in verschiedenen Kantonen geprüft, die Leistungen anstelle in Form von Bargeld neu mittels einer Zahlkarte zu leisten. Diese Karte kann zur Bezahlung von Leistungen verwendet werden – eine Barauszahlung von Guthaben ist ausgeschlossen.

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Kantone bei der Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene unterstützt werden können.

Er wird zusätzlich gebeten die Auswirkungen dieser Änderung der Verfahren auf die Kriminalität auszuwerten.

Eine Minderheit der Kommission (Klopfenstein Brogkini, Glättli, Gysin Greta, Marti Samira, Masshardt, Schläfli, Tschopp, Widmer Céline) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 M 24.3378 Schutzstatus S auf wirklich Schutzbedürftige beschränken (Friedli Esther)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den am 1. November 2023 erneut verlängerten Schutzstatus S auf Personen zu beschränken, die ihren letzten Wohnsitz in ukrainischen Regionen hatten, die ganz oder teilweise durch Russland besetzt sind oder in denen mehr oder weniger intensive Kampfhandlungen stattfinden.

Die Motion wurde von den eidgenössischen Räten in ihrem ersten Punkt angenommen. Zur Erfüllung hat der Bundesrat am 8. Oktober 2025 beschlossen, die bundesrätliche Allgemeinverfügung vom 11. März 2022 zur Gewährung des vorübergehenden Schutzes im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (*BBl 2022 586*) dahingehend anzupassen, dass bei Entscheiden über Schutzgesuche, die ab Inkrafttreten dieser Änderung ergehen, der Schutzstatus S nur für Personen gilt, die ihren letzten Wohnsitz in ukrainischen Regionen hatten, in denen sie aufgrund der Situation der allgemeinen Gewalt einer konkreten Gefährdung an Leib oder Leben ausgesetzt sind. Die geänderte Allgemeinverfügung trat am 1. November 2025 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2022 P 21.3815 Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Stefanie Heimgartner)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Verfassung dahingehend geändert werden kann, dass die Orientierungstage der Schweizer Armee auch für Schweizer Frauen obligatorisch werden.

Der Bundesrat hat das VBS am 4. März 2022 beauftragt, die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Frauen vertieft zu prüfen und dem Bundesrat bis Ende 2024 die Grundlagen zum Entscheid vorzulegen. Der Bundesrat hat am 15. Januar 2025 entschieden, einen obligatorischen Orientierungstag für Schweizerinnen einzuführen und hat das VBS beauftragt, bis Ende 2025 eine Vernehmlassungsvorlage vorzulegen. Am 12. November 2025 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Vorlage eröffnet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3740 Evakuierungsszenarien müssen im massiv grösseren Massstab gedacht und geplant werden (Maja Riniker)

Eingereichter Text:

Evakuierungsszenarien müssen in der Schweiz in massiv grösserem Massstab gedacht und geplant werden. Die Bewältigung von Massenbewegungen der Zivilbevölkerung muss in einem Konfliktfall eine der höchsten Prioritäten der Behörden sein.

Das Postulat soll aufzeigen, wie die Schweiz auf eine sehr grosse Evakuierung vorbereitet wäre und innert welcher Zeit wie viele Personen evakuiert werden könnten. Die Kommunikation mit der Bevölkerung inklusive der verwendeten Mittel (Eisenbahn, Individualverkehr) müssen dabei berücksichtigt werden. Die Planung und Verantwortlichkeiten müssen allen Akteuren bekannt sein. Über eine allfällige Übung sollte nachgedacht werden.

Es macht durchaus Sinn, die Gedanken nicht nur auf einen Kanton zu begrenzen, sondern in grösseren geografischen Regionen zu denken.

Postulatsbericht vom 5. November 2025 «Planung und Umsetzung von grossräumigen Evakuierungen in der Schweiz». Der Bericht gibt einen Überblick über den aktuellen Stand verschiedener Evakuierungskonzepte. Die identifizierten Lücken in einigen Handlungsfeldern werden im Rahmen weiterlaufender Arbeiten, namentlich des Vorhabens «Bevölkerungsschutz im bewaffneten Konflikt» vertieft analysiert und mit geeigneten Massnahmen geschlossen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2025 M 25.3000 Kapazitätserweiterung der Nitrochemie (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zeitgerecht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der RUAG MRO das notwendige Kapital für die geplante Kapazitätserweiterung der Nitrochemie bis im Mai 2025 zur Verfügung gestellt werden kann.

2025 M 25.3012 Kapazitätserweiterung der Nitrochemie (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zeitgerecht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der RUAG MRO das notwendige Kapital für die geplante Kapazitätserweiterung der Nitrochemie bis im Mai 2025 zur Verfügung gestellt werden kann.

Eine Minderheit der Kommission (Fivaz Fabien, Andrey, De Ventura, Fridez, Glättli, Molina, Seiler Graf, Zryd) beantragt, die Motion abzulehnen.

Der Bundesrat hat am 30. April 2025 die strategischen Ziele für die RUAG MRO Holding AG für die Jahre 2024–2027 unter Ziffer 3 (Finanzielle Ziele, 2. Ziel) und Ziffer 6 (Kooperationen und Beteiligungen, 1. Ziel) angepasst (BBl 2025 1518). Die RUAG darf damit eine Nettoverschuldung von höchstens einmal EBITDA ausweisen. Zudem geht die RUAG Kooperationen nur ein und erwirbt Beteiligungen nur, soweit sie zur Erbringung von Leistungen zugunsten der Schweizer Armee notwendig sind.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Gruppe Verteidigung

2018 M 18.3179 Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer Prozessvereinfachung, das Dienstbüchlein zu digitalisieren.

Mit der Änderung des Militärgesetzes per 1. Juni 2026 (BBl 2026 21) wird das physische Dienstbüchlein durch das Informationssystem Dienstmanager (DIM) abgelöst. Das physische Dienstbüchlein weist nicht nur die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach, es ist auch ein wichtiger Bestandteil der Verwaltungsprozesse der Armee: Es ermöglicht die Bewirtschaftung der persönlichen Ausrüstung, die Darstellung von medizinischen Entscheiden sowie die Administration von Dienstleistungen, Spezialausbildungen, Auszeichnungen und Brevets. Das neue Informationssystem DIM enthält alle im physischen Dienstbüchlein vorhandenen Informationen zu einer militärdienstpflichtigen Person und ausserdem weitere wichtige Daten wie Kontaktadressen, Notfallkontakte oder Bankverbindungen für Erwerbsersatz- und Soldauszahlungen. Zudem hat die dienstpflichtige Person die Möglichkeit, gewisse persönliche Daten selbstständig anzupassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.3410 Wie hoch sind die Gesamtkosten der Armee? (François Pointet)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Gesamtkosten unserer Armee vorzulegen. Die Berechnung muss insbesondere die folgenden Ausgaben berücksichtigen: Erwerbsersatzversicherungen, Erwerbsausfallentschädigungen zulasten der Arbeitgeber, Kosten für Stellvertretungen bei beruflicher Abwesenheit aufgrund von Militärdienst und von Bundesämtern oder staatsnahen Betrieben verursachte Kosten, die nicht im Verteidigungsbudget des VBS eingerechnet sind.

Postulatsbericht vom 19. Dezember 2025 «Kosten der Armee».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3209 Beschaffung von Drohnen für den militärischen Einsatz. Besteht Handlungsbedarf? (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Ist-Situation des Drohneinsatzes und den allfälligen Handlungsbedarf für die weitere Beschaffung und den Einsatz von Drohnen in der Schweizer Armee vorzulegen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie Drohnen- und Drohnenabwehrtechnologie für die Schweizer Armee, in Zusammenarbeit mit der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (STIB) und Hochschulen der Schweiz, entwickelt werden könnte und welche Chancen, Kosten und Risiken damit verbunden wären. Auch soll aufgezeigt werden, welche Voraussetzungen es für einen Erfolg braucht, z.B. wie durch kürzere Beschaffungs- und Einführungsprozesse der technologische Rückstand aufgeholt werden kann und wie allenfalls die Exportgesetzgebung anzupassen ist. Zudem sind alternative Finanzierungsmodelle wie Leasing zu prüfen.

Postulatsbericht vom 26. September 2025 «Beschaffung von Drohnen für den militärischen Einsatz. Besteht Handlungsbedarf?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4314 Allgemeine Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung der Kantone in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, eine allgemeine und vertiefte Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung des kantonalen Vollzugs in der Covid-19-Pandemie zu ziehen. Dabei wird er ersucht:

- 1. Die von Armee und Zivilschutz für die Kantone übernommenen Aufgaben und erbrachten Leistungen zu analysieren und im Hinblick auf die Finanzen, die Personalressourcen und die Logistik über diesen Einsatz Bilanz zu ziehen.*
- 2. Zu evaluieren, ob die verwaltungsinternen Prozesse für eine solche Mobilisierung von Armee und Zivilschutz angemessen sind.*
- 3. Im Hinblick auf künftige Krisen grösseren Ausmasses darzulegen, welche Lehren aus diesem Fall für die Unterstützung der Kantone durch Armee und Zivilschutz gezogen werden können*

Postulatsbericht vom 26. November 2025 «Allgemeine Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung der Kantone in der Covid-19-Pandemie».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 24.4261 Bericht zum Projekt "ERP Systeme V/ar" (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen,

- wo das Programm "ERP Systeme V/ar" (auch ERPSYSVAR genannt) steht, für das mit Bundesbeschluss vom 22.06.2020 ein Verpflichtungskredit von 240 Mio. Franken bewilligt worden war;

- ob der Entscheid des VBS, die Realisierungseinheit 8 (RE8, «Einsatzkritische Prozesse») in ein neues Projekt auszulagern, mit dem Bundesbeschluss vom 22.06.2020 vereinbar ist;

- in welchen Fristen und zu welchen Bedingungen RE8 gemäss früherer Planung weiterhin umsetzbar ist;

- wie das Ambitionsniveau der IKT-Architektur im VBS den vorhandenen finanziellen, personellen und technischen Ressourcen so angepasst werden kann, dass Risiken minimiert und Zeitpläne eingehalten werden können;

- wie die Gouvernanz zur Steuerung der grossen IKT-Projekte im VBS bei einem angepassten Ambitionsniveau auszugestalten sind;
- und darüber bis spätestens am 30.06.2025 Bericht zu erstatten.

Postulatsbericht vom 20. August 2025 «Bericht zum Programm "ERP Systeme V/ar"».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 M 22.3506 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, ausgehend vom Beispiel der Covid-19-Taskforce des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in der Covid-19-Krise die bestehenden Rechtsgrundlagen des Krisenmanagements anzupassen und zu ergänzen, um die Aktivitäten eines "Fach-Krisenstabs" in Krisenzeiten besser einzurahmen.

Auf der Grundlage dieser Rechtsgrundlagen sollte erstens bestimmt werden können, welches Departement (bzw. welche Departemente) und welches Bundesamt (bzw. welche Bundesämter) für das Krisenmanagement federführend sind.

Zweitens sollten in diesen Rechtsgrundlagen Grundsätze für den Krisenstab dieses Bundesamtes ("Fach-Krisenstab") festgelegt sein, namentlich zu folgenden Aspekten: Modalitäten der Einsetzung, Festlegung der Aufgaben, Führungsstrukturen, Schnittstellen mit dem Bundesrat und den anderen Akteuren des Krisenmanagements, finanzielle und personelle Ressourcen sowie Kommunikation.

2022 M 22.3507 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, ausgehend vom Beispiel der Covid-19-Taskforce des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in der Covid-19-Krise die bestehenden Rechtsgrundlagen des Krisenmanagements anzupassen und zu ergänzen, um die Aktivitäten eines "Fach-Krisenstabs" in Krisenzeiten besser einzurahmen.

Auf der Grundlage dieser Rechtsgrundlagen sollte erstens bestimmt werden können, welches Departement (bzw. welche Departemente) und welches Bundesamt (bzw. welche Bundesämter) für das Krisenmanagement federführend sind.

Zweitens sollten in diesen Rechtsgrundlagen Grundsätze für den Krisenstab dieses Bundesamtes ("Fach-Krisenstab") festgelegt sein, namentlich zu folgenden Aspekten: Modalitäten der Einsetzung, Festlegung der Aufgaben, Führungsstrukturen, Schnittstellen mit dem Bundesrat und den anderen Akteuren des Krisenmanagements, finanzielle und personelle Ressourcen sowie Kommunikation.

Auf der Grundlage seiner Eckwerte vom Frühjahr 2023 gab der Bundesrat am 15. Mai 2024 den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes in die Vernehmlassung. Am 1. Februar 2025 trat die Verordnung mit Beschluss des Bundesrats vom 20. Dezember 2024 in Kraft (KOBV, SR 172.010.8). Die neuen Rechtsgrundlagen für das Krisenmanagement wurden insbesondere auf der Grundlage der Lehren aus der Covid-Krise erarbeitet. So wurden u. a. auch Automatismen geschaffen, um rasch das federführende Departement bzw. Amt festzulegen und die Krisenorganisation einzusetzen. Die Verordnung regelt zudem den Einbezug der Kantone und der Wissenschaft als wesentliche Partner im Krisenmanagement des Bundes.

Basierend auf der KOBV wurde am 16. September 2025 das «Umsetzungskonzept der Basisorganisation im Rahmen der überdepartementalen Krisenorganisation der Bundesverwaltung» vom 1. September 2025 veröffentlicht (abrufbar unter: www.babs.admin.ch > Weitere Aufgabenfelder > Krisenorganisation der Bundesverwaltung > Übersicht > weitere Informationen – Dokumente > Umsetzungskonzept der BOK). Das Konzept beschreibt im Detail die Modalitäten der Krisenorganisation und insbesondere die Zusammensetzung, die Leistungen, die Prozesse und die Ressourcen der Basisorganisation für Krisenmanagement (BOK) ausserhalb, vor, während und nach der Krise. Unter anderem wird auch die überdepartementale Zusammenarbeit in der Krise inklusive der Schnittstellen zu anderen Stäben für die Ereignisbewältigung geregelt, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsgrundlagen für die bereits existierenden Fachkrisenstäbe.

Im Bereich Gesundheitskrisenvorsorge hat der Bundesrat am 21. März 2025 eine Änderung der Verordnung über die Koordination im Bereich des Sanitätsdiensts ([AS 2025 201](#)) gutgeheissen und per 1. Mai 2025 in Kraft gesetzt. Damit wurden die organisatorischen Grundlagen für die angestrebte Neuausrichtung des koordinierten Sanitätsdienstes geschaffen, um diesen effizienter sowie effektiver auf Krisensituationen vorzubereiten.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3508 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, so rasch wie möglich, aber spätestens im Jahr 2023, unter Einbezug aller betroffenen Akteure eine kritische Gesamtbilanz seiner Krisenorganisation zu ziehen. Der Bundesrat wird

ersucht, auf der Grundlage dieser Bilanz ein Konzept für die künftige Krisenorganisation des Bundes zu erstellen.

Zudem wird der Bundesrat gebeten, nach der Erstellung dieses Konzepts zu prüfen, welche Änderungen an allen das Krisenmanagement betreffenden Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Weisungen, strategischen Plänen und Konzepten - unter anderem am Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG), an der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) und an den Weisungen des Bundesrates über das Krisenmanagement - vorzunehmen sind.

Weiter wird der Bundesrat ersucht, zu prüfen, ob in den Rechtsgrundlagen und den Vorgaben für die von möglichen Krisen betroffenen spezifischen Themenbereiche (z. B. Epidemiebekämpfung, Stromversorgung, nukleare Sicherheit oder Bewältigung von Naturkatastrophen) Änderungen betreffend die Krisenorganisation vorzunehmen sind.

Vom Bundesrat wird verlangt, die Ergebnisse seiner Arbeiten in einem Bericht darzulegen.

2022 P 22.3509 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, so rasch wie möglich, aber spätestens im Jahr 2023, unter Einbezug aller betroffenen Akteure eine kritische Gesamtbilanz seiner Krisenorganisation zu ziehen. Der Bundesrat wird ersucht, auf der Grundlage dieser Bilanz ein Konzept für die künftige Krisenorganisation des Bundes zu erstellen.

Zudem wird der Bundesrat gebeten, nach der Erstellung dieses Konzepts zu prüfen, welche Änderungen an allen das Krisenmanagement betreffenden Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Weisungen, strategischen Plänen und Konzepten - unter anderem am Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG), an der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) und an den Weisungen des Bundesrates über das Krisenmanagement - vorzunehmen sind.

Weiter wird der Bundesrat ersucht, zu prüfen, ob in den Rechtsgrundlagen und den Vorgaben für die von möglichen Krisen betroffenen spezifischen Themenbereiche (z. B. Epidemiebekämpfung, Stromversorgung, nukleare Sicherheit oder Bewältigung von Naturkatastrophen) Änderungen betreffend die Krisenorganisation vorzunehmen sind.

Vom Bundesrat wird verlangt, die Ergebnisse seiner Arbeiten in einem Bericht darzulegen.

Auf der Grundlage einer kritischen Analyse der Krisenorganisation des Bundes definierte der Bundesrat im Frühjahr 2023 Eckwerte für eine Verbesserung und liess eine neue Verordnung ausarbeiten. Den Entwurf der neuen Verordnung über die Krisenorganisation des Bundes gab der Bundesrat am 15. Mai 2024 in die Vernehmlassung und am 1. Februar 2025 trat die Verordnung (KOBV, SR 172.010.8) mit Beschluss des Bundesrats vom 20. Dezember 2024 in Kraft. Eine Revision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes erwies sich als nicht notwendig. Basierend auf der KOBV wurde am 16. September 2025 das «Umsetzungskonzept der Basisorganisation im Rahmen der überdepartementalen Krisenorganisation der Bundesverwaltung» vom 1. September 2025 veröffentlicht (abrufbar unter: www.babs.admin.ch > Weitere Aufgabenfelder > Krisenorganisation der Bundesverwaltung > Übersicht > weitere Informationen – Dokumente > Umsetzungskonzept der BOK). Das Konzept beschreibt im Detail die Modalitäten der Krisenorganisation und insbesondere die Zusammensetzung, die Leistungen, die Prozesse und die Ressourcen der Basisorganisation für Krisenmanagement (BOK) ausserhalb, vor, während und nach der Krise. Unter anderem wird auch die überdepartementale Zusammenarbeit in der Krise inklusive der Schnittstellen zu anderen Stäben für die Ereignisbewältigung geregelt, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsgrundlagen für die bereits existierenden Fachkrisenstäbe.

Die neue Verordnung und das Umsetzungskonzept sind im Grundsatz für jede Krise anwendbar. Dies konnte im Laufe der Erarbeitung dieser Grundlagen auch bereits getestet werden. Andere Rechtsgrundlagen werden deshalb nach und nach im Lichte der KOBV angepasst bzw. neue Rechtsgrundlagen werden unter Berücksichtigung der KOBV erarbeitet.

Im Bereich Gesundheitskrisenvorsorge hat der Bundesrat am 21. März 2025 eine Änderung der Verordnung über die Koordination im Bereich des Sanitätsdiensts ([AS 2025 201](#)) gutgeheissen und per 1. Mai 2025 in Kraft gesetzt. Damit wurden die organisatorischen Grundlagen für die angestrebte Neuausrichtung des koordinierten Sanitätsdienstes geschaffen, um diesen effizienter sowie effektiver auf Krisensituationen vorzubereiten.

Zudem hat der Bundesrat am 20. August 2025 den Bericht «Neuausrichtung Koordinierter Sanitätsdienst KSD – Nationaler Verbund Katastrophenmedizin Katamed» (abrufbar unter www.babs.admin.ch > Weitere Aufgabenfelder > Übersicht > Nationaler Verbund Katastrophenmedizin Katamed (ehemals Koordinierter Sanitätsdienst KSD) > Weitere Informationen – Dokumente > Neuausrichtung Koordinierter Sanitätsdienst (KSD) vom 31. Oktober 2024) verabschiedet und die Erstellung eines nationalen Aktionsplans (NAP) mit konkreten Massnahmen in Auftrag gegeben, der spezifisch im Gesundheitsbereich bzw. Gesundheitskrisenbereich die benötigten personellen und finanziellen Ressourcen beziffert sowie die Finanzierung und Umsetzungsverantwortung zwischen Bund, Kantonen und Dritten klärt. Eine Massnahme des NAP verlangt auch die Überprüfung und voraussichtlich die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen des KSD bzw. von Katamed. Zudem hat der Bundesrat am 20. August 2025 zuhanden des Parlaments einen Entwurf zur Änderung des Epidemiengesetzes verabschiedet (BBl 2025 3118). Damit sollen die Erkenntnisse mehrerer Evaluationen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie berücksichtigt und umgesetzt werden.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4509 Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden?
(Marcel Dobler)

Eingereichter Text:

In der aktuellen Studie "Leistungssport Schweiz" wird deutliches Verbesserungspotential in Forschung, Entwicklung und Innovation im Schweizer Sport identifiziert. Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen und Kostenfolge dieses Potential ausgeschöpft werden kann.

- 1. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass Forschung, Entwicklung und Innovation ein wichtiger Erfolgsfaktor im Leistungssport ist?*
- 2. Wie erfolgt heute die Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport? Welche Stellen (Sportverbände, Universitäten, Hochschulen, Industrie) sind involviert? Wie erfolgt die Zusammenarbeit unter denselben?*
- 3. Wie schätzt der Bundesrat die heutige Situation in Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport ein? Wo liegen aus seiner Sicht Verbesserungspotenziale?*
- 4. Wo steht die Forschung, Entwicklung und Innovation im Vergleich zu den erfolgreichen, mit der Schweiz vergleichbaren Sportnationen?*
- 5. Wie könnte der Sport als Disziplin besser von den Fördergefässen des Bundes in Forschung, Entwicklung und Innovation profitieren?*
- 6. Wie und mit welchen Massnahmen kann der "Schweizer Weg" im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation optimiert werden?*

Postulatsbericht vom 5. Dezember 2025 «Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 24.3011 Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Eingereichter Text:

Die Durchführung der Women's EURO 25 ist eine Riesenchance für unser Land. Wie damals bei der Euro 2008 soll der Bund seine Verantwortung wahrnehmen und zusammen mit Kantonen und Host Cities für einen nachhaltigen, erfolgreichen Event sorgen. Der Bundesrat wird beauftragt, die Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 mit 15 Millionen Franken zu unterstützen und diese in den Bereichen Sportförderung, Landeskommunikation und öV-Ticketintegration einzusetzen. In den betroffenen Verwaltungseinheiten ist eine Kompensation von je mindestens 20% anzustreben.

Der Bund hat die Fussball-Europameisterschaft der Frauen (WEURO25), die vom 2. bis am 27. Juli 2025 in der Schweiz ausgetragen wurde, mit 15 Millionen Franken in den Bereichen Sportförderung, Landeskommunikation und ÖV-Ticketintegration unterstützt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Cybersicherheit

2023 P 22.3457 Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug (Stefan Müller-
Altermatt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen ist, welcher ein koordiniertes nationales Vorgehen im Bereich des Internetbetrugs ermöglicht. Der Erlass soll regeln, wie betrügerische Websites durch die Polizeien stillgelegt werden können, sobald sie nach Meldungen aus der Bevölkerung oder von Firmen durch die Behörden als solche erkannt wurden.

Der Bericht soll Aussagen enthalten darüber, ob mit den bestehenden Grundlagen die Koordination zwischen Nationalem Zentrum für Cybersicherheit (NCSC), Kantonspolizei und Registerbetreibern funktioniert und ob in Missbrauchsfällen schnell genug reagiert wird. Zur Beurteilung sollen Daten der vergangenen Jahre aus möglichst allen Kantonen beigezogen werden. Es soll geprüft werden, ob die Kompetenzen in diesem Dreieck richtig angesiedelt sind oder ob das NCSC im Sinne einer effektiven Betrugsbekämpfung neue Kompetenzen benötigt.

Postulatsbericht vom 19. November 2025 «Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3861 Chancen und Risiken von KI-Systemen in der Cybersicherheit (Gerhard Andrey)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, inwiefern das Aufkommen von Machine Learning, Deep Learning oder Large Language Models - landläufig als Künstliche Intelligenz (KI) bezeichnet - generell Cybersicherheit beeinflusst, welche

Chancen sich daraus ergeben und wie mit den Risiken umzugehen ist. Der Bericht soll ebenfalls aufzeigen, inwiefern die Nationale Cyberstrategie NOS den sich rasch verändernden KI-Entwicklungen gerecht wird und welche Schlüsse aus einer solchen Analyse zu ziehen sind.

Postulatsbericht vom 12. Dezember 2025 «Chancen und Risiken bei KI-Systemen in der Cybersicherheit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2023 P 23.3050 Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung? (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Eingereichter Text:

In Anbetracht des Koordinations- und Harmonisierungsbedarfs im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung wird der Bundesrat ersucht, in einem Bericht darzulegen, welches die weiteren Entwicklungsschritte des Projekts Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) sind und welche Massnahmen angedacht sind, um die Verbindlichkeit der Massnahmen der gemeinsamen Organisation von Bund und Kantonen zu steigern. Dabei ist auch das Szenario "Schaffung eines Digitalisierungsartikels in der Bundesverfassung" mit ersten inhaltlichen Rahmenbedingungen darzustellen.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2023 P 23.3445 Überprüfung des Instrumentariums der SNB (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht das Instrumentarium der Schweizerischen Nationalbank mit demjenigen anderer Zentralbanken zu vergleichen und Vorschläge auszuarbeiten, wie dieses zielgerichtet erweitert werden könnte (Lender of Last Resort-Problematik).

Der Bericht des Bundesrates vom 10. April 2024 «Bankenstabilität einschliesslich Evaluation gemäss Artikel 52 des Bankengesetzes» (abrufbar unter: www.efd.admin.ch > Finanzplatz > Too Big To Fail > Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität) enthält den internationalen Vergleich des Instrumentariums (Kapitel 9.2) sowie eine Beurteilung der Situation in der Schweiz (Kapitel 9.3). Mit den Eckwerten des Bundesrates vom 6. Juni 2025 (abrufbar unter: www.efd.admin.ch > Finanzplatz > Too Big To Fail) ist in einem zweiten Schritt die inhaltliche Stossrichtung für die entsprechenden Gesetzes- und Verordnungsänderungen zur Erweiterung des Potenzials zur Liquiditätsversorgung über den *Lender of Last Resort* definiert worden (vgl. Seite 12, Stossrichtung Liquidität stärken).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Personalamt

2023 P 23.3070 Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen, halböffentlichen und privaten Sektor für vergleichbare Stellen auf Bundes- und Kantonsebene miteinander zu vergleichen. Neben dem Lohn sollen hierbei auch nicht lohnabhängige Leistungen (Ferien, Arbeitszeiten, Rente usw.) berücksichtigt werden.

Dieser Bericht soll sich insbesondere auf die Bundesangestellten, die Angestellten der vom Bund kontrollierten Unternehmen und die Kantonsangestellten beziehen. Die Folgen des Wettbewerbs durch den öffentlichen Sektor sollen untersucht und Lösungsansätze zur Bekämpfung jeglicher Form von Dumping oder unlauterem Wettbewerb sollen ausgearbeitet werden.

2023 P 23.3087 Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Bauer)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen, halböffentlichen und privaten Sektor für vergleichbare Stellen auf Bundes- und Kantonsebene miteinander zu vergleichen. Neben dem Lohn sollen hierbei auch nicht lohnabhängige Leistungen (Ferien, Arbeitszeiten, Rente usw.) berücksichtigt werden.

Dieser Bericht soll sich insbesondere auf die Bundesangestellten, die Angestellten der vom Bund kontrollierten Unternehmen und die Kantonsangestellten beziehen. Die Folgen des Wettbewerbs durch den öffentlichen Sektor sollen untersucht und Lösungsansätze zur Bekämpfung jeglicher Form von Dumping oder unlauterem Wettbewerb sollen ausgearbeitet werden.

Postulatsbericht vom 5. Dezember 2025 «Vergleichsstudie über die Anstellungsbedingungen der Bundesverwaltung gegenüber dem öffentlichen, halböffentlichen und privaten Sektor».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Kern-Anliegen einer moderaten Besteuerung im Alter, das ja als solches von allen Parteien in der letzten Abstimmung anerkannt worden ist, unter Vermeidung eines vom Volk abgelehnten Systemwechsels wie folgt zu prüfen:

1. Die kantonal sehr unterschiedlichen Härtefall-Regeln, die heute überaus knausrig ausgestaltet sind, könnten massiv ausgedehnt werden, sodass Steuerpflichtige (nicht nur Senioren), welche ein eher bescheidenes Einkommen versteuern, keinen oder einen allenfalls reduzierten Eigenmietwert zu versteuern hätten. Die entsprechende Schwelle könnte bei etwa 50 000 bis 80 000 Franken steuerbarem Einkommen angesetzt werden.

2. Das Gewähren des Unternutzungs-Abzugs könnte in der ganzen Schweiz vorgeschrieben werden, wiederum allenfalls eingegrenzt auf bis und mit "mittelständische" Verhältnisse. Diverse Kantone lehnen diesen Abzug bis heute ab, obwohl er dem "Vorbild" der Eigenmietwertbesteuerung (DBG) entspricht.

Abzustützen wären diese Grundsätze auf Artikel 127 Absatz 2 der Bundesverfassung (BV, Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit) und Artikel 108 BV (Wohneigentumsförderung), zu verankern entweder im Steuerharmonisierungsgesetz/DBG oder in einem besonderen Erlass.

2021 M 20.4572 Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti [Petra Gössi])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit eine Verkürzung und Harmonisierung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, erreicht wird.

2023 M 23.3225 Steuerabzug der Kosten für die Installation von Ladeinfrastrukturen in Gebäuden (Marianne Maret [Petra Gössi])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Verordnungsänderungen vorzunehmen, damit die Installation von Ladeinfrastrukturen zu steuerlichen Abzügen berechtigt. Dadurch sollen die Eigentümerinnen und Eigentümer der Gebäude dazu bewegt werden, Ladestationen einzurichten, und die Entwicklung der elektrischen Mobilität soll so beschleunigt werden.

Das Parlament hat am 20. Dezember 2024 die Gesetzesvorlage zur parlamentarischen Initiative 17.400 «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» verabschiedet. Mit der Annahme des Bundesbeschlusses über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (BBl 2025 17) anlässlich der Volksabstimmung vom 28. September 2025 wird die Besteuerung des Eigenmietwerts abgeschafft.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen des Postulats und der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 16.3431 Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer zu unterbreiten, sodass von Gemeinwesen ausgerichtete Subventionen nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, sofern sie zur Erfüllung grundlegender gesetzlicher Aufgaben ausgerichtet werden. Solche Aufgaben sind beispielsweise die Pflege von Schutzwäldern oder der Betrieb der Feuerwehr zur Strassenrettung auf Bundesstrassen (zur Erfüllung dieser Aufgabe leitet der Bund Mittel an den Kanton und dieser weiter an eine Gemeinde oder an eine Organisation, an der keine oder nicht nur Gemeinwesen beteiligt sind). Ob die Finanzierung dieser Aufgaben aufgrund von Gesetzesbestimmungen oder von Programm- oder Leistungsvereinbarungen erfolgt, soll keinen Einfluss auf die steuerliche Behandlung haben. Dabei dürfen Gemeinwesen gegenüber privaten Anbietern nicht privilegiert behandelt werden.

Der Bundesrat hatte die Motion mit der Änderung vom 16. Juni 2023 des Mehrwertsteuergesetzes (AS 2024 438) zur Abschreibung beantragt, da er sie durch die mit der Teilrevision vorgeschlagenen Fiktionen, dass Subventionen sind, was die öffentliche Hand als solche bezeichnet, als umgesetzt erachtete. Die eidgenössischen Räte schrieben die Motion jedoch nicht ab, weil Subventionen nach wie vor zu einer Kürzung des Vorsteuerabzugs führen. Mit der am 26. September 2025 eingereichten parlamentarischen Initiative 25.477 «Der Zweckentfremdung von Mitteln des Bahninfrastruktur-Fonds den Riegel schieben» ist dieses Thema im Parlament hängig.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 23.3132 Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten (Ruedi Noser)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, das Mehrwertsteuergesetz wie folgt anzupassen:

- 1. Alle Ausnahmen in Artikel 21 MVVSTG, die den Gesundheitsbereich betreffen, werden aufgehoben.*
- 2. Versicherungsgesellschaften werden berechtigt, auf allen Behandlungskosten, die sie im Bereich der obligatorischen (und allenfalls auch der überobligatorischen) Kranken- und Unfallversicherung übernehmen/decken, den Vorsteuerabzug vorzunehmen.*

Er soll dazu ein umfassender Prüfbericht vorlegen, insbesondere soll aufgezeigt werden wie die MWSt Entlastung zu Gunsten der Prämienzahler gesichert werden kann.

Postulatsbericht vom 29. Oktober 2025 «Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit: Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3262 Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche verfassungskonforme Möglichkeiten bestehen, Startup-Unternehmen bei der Belastung durch Emissionsabgaben auf Eigenkapital zu reduzieren.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2022 M 21.3237 Transparenz beim Veredelungsverkehr (Marcel Dettling)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die betroffenen Kreise über die Entscheide der Verwaltung zu den Veredelungsverkehrsgesuchen im Agrarbereich automatisch zu informieren.

Der Bundesrat hat das Anliegen im Rahmen seiner Botschaft vom 24. August 2022 zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz sowie zur Totalrevision des vormaligen Zollgesetzes (neu Zollabgabengesetz) aufgenommen (BBl 2022 2724). Gemäss Artikel 29 Absatz 4 BAZG-VG (BBl 2025 2035) kann das Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit die interessierten Kreise über die nach Absatz 1 erteilten Bewilligungen und über die abgelehnten Gesuche informieren. Bei unkritischen Waren soll dabei grundsätzlich auf eine Information verzichtet werden. Die Referendumsfrist zum BAZG-VG ist am 9. Oktober 2025 unbenutzt abgelaufen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 23.3588 Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen,

- welche Produkte, die unter das Tabakproduktegesetz bzw. das Tabaksteuergesetz fallen, es heute gibt;*
- wie sich die Verkäufe dieser Tabakprodukte in den letzten 10 Jahren entwickelt haben und welche Entwicklungen zukünftig zu erwarten sind;*
- wie diese Produkte heute im Inland, wie auch im unliegenden Ausland steuerlich behandelt werden;*
- ob die heutige Kategorisierung noch zeitgemäss ist oder ob, insbesondere mit Blick auf neuere Produkte) eine Neukategorisierung angebracht wäre;*
- wie die Mindeststeuer flexibilisiert und beispielsweise am Durchschnitt des Marktpreises orientieren kann;*
- welche Auswirkungen die Steuern auf den Schwarzmarkt sowie auf den Einkaufstourismus haben können;*
- ob der Bundesrat mit einer limitierten Kompetenz zur Erhöhung der Tabaksteuer besser und gezielter auf Marktveränderungen reagieren könnte;*
- wie die Steuer zugunsten des Tabakpräventionsfonds auf alle Tabakprodukte sowie auf elektronische Zigaretten ausgeweitet werden kann.*

Eine Minderheit der Kommission (Amaudruz, Burgherr, Dettling, Hess Erich, Tuena) beantragt, das Postulat abzulehnen.

2025 P 24.4229 Eine starke Schweiz dank moderaten Tabaksteuern (Gugger)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, angesichts des Zustands des Bundeshaushaltes und AHV Fonds, folgende Punkte zu prüfen:

1. Erhöhung der Tabaksteuerbelastung für Zigaretten und andere Tabak- und Nikotinprodukte um 10%, als Beispiel Zigaretten von circa 51% auf circa 61%.

2. Längerfristige Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung für Zigaretten und andere Tabak- und Nikotinprodukte auf mindestens 75%, entsprechend der Empfehlung der WHO. Die Schweiz hat derzeit die niedrigste Gesamtsteuerbelastung für Zigaretten in Europa.

3. Die grundsätzliche Anpassung der Tabaksteuerkategorien welche auf die neuen Tabak- und Nikotinprodukte derzeit angewendet werden.

4. Die erwarteten Mehreinnahmen für den AHV Fonds dank der erhöhten Tabaksteuer

Postulatsbericht vom 19. Dezember 2025 «Gesamtschau des Tabak- und Tabakersatzmarkts».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2021 M 20.3409 Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen seiner Eignerstrategien darauf hinzuwirken, dass die öffentlichen Unternehmen des Bundes "Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten" als Zuschlagskriterium bei ihren Beschaffungen aufnehmen.

Die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren und die Beschaffungskonferenz des Bundes haben im Dezember 2024 die gemäss der Stellungnahme des Bundesrats zu dieser Motion zu erarbeitenden Empfehlungen zur Umsetzung eines Zuschlagskriteriums «Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten» inkl. Anhang (abrufbar unter > www.bkb.admin.ch > Themen, Instrumente und Vorlagen > Hilfsmittel > Empfehlungen) publiziert. Die für die Durchführung der Eignergespräche zuständigen Stellen wurden über die Publikation informiert. Sie haben die Unternehmen im Rahmen ihrer Eignerrolle darauf hingewiesen und dies dokumentiert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2019 M 18.3717 Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl zu gewähren, welche die einheimische Ölsaatenproduktion reduzieren. Der Bundesrat soll im Abkommen stufenweise Massnahmen vorsehen, die es erlauben, allfällige Palmölkonzessionen auszusetzen, falls diese die inländische Ölsaatenproduktion reduzieren. Ausserdem soll der Bundesrat im Abkommen Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion und zum nachhaltigen Handel von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

Die Motion fordert, dass im Rahmen der Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien keine Konzessionen für Palmöl gewährt werden, welche die einheimische Ölstaatenproduktion reduzieren. Ausserdem soll der Bundesrat Bestimmungen vorsehen, die einen Beitrag zur nachhaltigen Produktion und zum nachhaltigen Handel von Palmöl leisten, und sich an der Erarbeitung von internationalen Standards beteiligen.

Das am 1. November 2021 in Kraft getretene Umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (SR 0.632.314.271) sowie das am 23. Juni 2025 unterzeichnete Umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia erfüllen diese Vorgaben. Die Schweiz hat sichergestellt, dass die Abkommen die Schweizer Produktion von Raps- und Sonnenblumenöl nicht gefährden: Erstens werden die Zölle auf Palmöl aus Indonesien und Malaysia nicht vollständig abgebaut, sondern nur moderat gesenkt. Zweitens gilt dies nur für eine klar beschränkte Menge, die so abgestimmt wurde, dass die Palmölimporte in die Schweiz insgesamt nicht zunehmen werden. Und drittens müssen die Importeure nachweisen, dass das Palmöl unter Einhaltung strenger Nachhaltigkeitsbestimmungen produziert worden ist und in Tanks von 22 Tonnen transportiert wurde – ohne diesen Nachweis werden die Zollrabatte nicht gewährt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.3033 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

2019 M 19.3043 Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

In Erfüllung der Motionen präsentierte der Bundesrat 2022 zwölf Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Der Abschreibungsantrag dieser Motionen wurde von den Räten 2023 abgelehnt, da die Mehrheit der zwölf Vorhaben des Bundesrates zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz Anfang 2023 noch nicht umgesetzt gewesen war. Per Ende Dezember 2024 verabschiedete der Bundesrat bei zehn von zwölf Massnahmen eine Botschaft. Das Parlament trat bei einer Mehrheit der zwölf Vorhaben in beiden Kammern auf die Vorlage ein. Der Bundesrat will die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch über die zwölf Vorhaben hinaus verbessern. In seinem Bericht vom 22. Mai 2024 «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleistungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) verabschiedete er deshalb eine wirtschaftspolitische Agenda für die laufende Legislatur mit verschiedensten weiteren Vorhaben zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts (vgl. Kapitel 5). Der Abschreibungsantrag dieser Motionen wurde von den Räten im Herbst 2025 ein weiteres Mal abgelehnt. Am 26. November 2025 hat der Bundesrat ein Paket zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen geschlüsselt, welches einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Anliegens des Motionärs leistet (abrufbar unter: www.seco.admin.ch > Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik > Wirtschaftspolitik > Regulierung > weiterführende Informationen).

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 21.3900 Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials der Familienarbeit (Marianne Binder-Keller)

Eingereichter Text:

Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit erfordern auch einen Fokus auf den Stellenwert der Familienarbeit. Die in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten dürfen keine Lücke im CV bilden und steuerlich muss die Familienarbeit eine Berücksichtigung erfahren. Der Bundesrat wird um einen Bericht gebeten, wie das Potential der Familienarbeit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit den angemessenen Stellenwert erhält. Dies auch in Ergänzung des Postulates 20.4327, das einen Massnahmenplan zum Wiedereinstieg in die Arbeitswelt fordert.

2023 P 21.4227 Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Anerkennung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen (Marianne Binder-Keller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat ist gebeten, den volkswirtschaftlichen Nutzen der Familienarbeit (jährlich 6,5 Mia Arbeitsstunden) aufzuzeigen und mittels Zertifizierung oder anderer geeigneter Massnahmen der Familienarbeit die notwendige Anerkennung zukommen zu lassen. Als Aspekt der besseren Vereinigung von Familien- und Erwerbsarbeit soll Familienarbeit, ob für Männer oder Frauen, Teil der Arbeitsbiografie sein.

Postulatsbericht vom 19. Dezember 2025 «Familienarbeit als Ressource: Die arbeitsmarktliche Bedeutung von Skills aus Familienarbeit».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.3273 Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes. 24-Stunden-Betreuung durch Pendelmigrantinnen endlich dem Arbeitsgesetz unterstellen (Samira Marti)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche Optionen bestehen, um Betreuungsverhältnisse in privaten Haushalten dem Arbeitsgesetz zu unterstellen.

Postulatsbericht vom 5. Dezember 2025 «Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes. 24-Stunden-Betreuung durch Pendelmigrantinnen endlich dem Arbeitsgesetz unterstellen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3227 Die Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren brauchen Entwicklungsperspektiven und die grenzüberschreitende Vernetzung (Maya Graf)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie er die Entwicklungsdynamik der Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren durch die Teilnahme an europäischen Projekt- und Programmpartnerschaften optimal unterstützen kann. Konkret geht es um Initiativen und Programme, die grenzüberschreitende Themen behandeln, die die Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittstaaten fördern und/oder sie bei der Entwicklung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstützen.

Postulatsbericht vom 3. September 2025 «Entwicklungsperspektiven und grenzüberschreitende Vernetzung für die Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3444 Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zusammenschlusses von UBS und CS bezüglich Stabilität und Risiken für den Finanzplatz und die Gesamtwirtschaft vorzunehmen.

Er zeigt auf:

- wie der volkswirtschaftliche Nutzen für die Schweizer Binnenwirtschaft und den Exportsektor gesichert und weiterentwickelt werden kann

- ob allfälliger Handlungsbedarf in Bezug auf Kompetenzen, Ressourcen oder zusätzlicher Instrumente (Sektoruntersuchung) der Wettbewerbsbehörde besteht

Gegenüber der WEKO bringt er zum Ausdruck, dass eine korrekte Analyse des Zusammenschlusses von UBS und CS - die auch etwaige Auflagen zur Beseitigung wettbewerbsrechtlicher Bedenken beinhalten kann - vorgenommen werden soll.

Postulatsbericht vom 12. Dezember 2025 «Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3959 Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, inwieweit die Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor derzeit eingehalten werden und wo noch Mängel bestehen. Im Bericht ist auszuführen, mit welchen zusätzlichen Massnahmen die Durchsetzung und die Kontrolle der Sanktionen gegebenenfalls verbessert werden könnten. Ebenfalls soll im Bericht dargestellt werden, aus welchen Ländern heraus neu oder immer noch russische Rohstoffe gehandelt werden.

Eine Minderheit der Kommission (Köppel, Estermann, Gafner, Grüter, Page) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4062 Unterstützung von Schweizer KMU bei der Anwendung von ESG-Richtlinien (Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der die möglichen direkten und indirekten Auswirkungen neuer europäischer und internationaler Richtlinien im Bereich ESG (Umwelt, Soziales und Governance) auf die Schweizer KMU beleuchtet. Der Bericht soll identifizieren, welches insbesondere für Schweizer KMU die besonderen Herausforderungen sind, wenn sie ESG-Standards einführen möchten und welche Möglichkeiten es auf Stufe Bund gibt, deren Einführung zu unterstützen. Mit diesem Bericht soll auch aufgezeigt werden, wie andere Länder mit ähnlichen Rechtssystemen mit internationalen ESG Richtlinien umgehen.

Postulatsbericht vom 5. November 2025 «Unterstützung von Schweizer KMU bei der Anwendung von ESG-Richtlinien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4320 Revision des Aussenwirtschaftsgesetzes (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und darüber zu berichten, wie das Bundesgesetz über ausenwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201) und die einschlägigen Gesetze dahingehend zu ändern sind, dass materielle und prozessuale Grundsätze und Prinzipien für die Aufnahme von Verhandlungen und den Abschluss von Abkommen definiert werden.

Dabei sei insbesondere

- 1. festzulegen, welche Grundsätze im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte sowie der Umweltstandards beim Abschluss von Abkommen zu beachten sind;*
- 2. festzulegen, welche Grundsätze in den Bereichen der Eigentumsrechte, des Patenschutzes und der sonstigen Nicht-Diskriminierung von Schweizer Unternehmungen beim Abschluss von Abkommen zu beachten sind;*
- 3. der Bundesrat dazu zu verpflichten, seine Verhandlungsziele im Voraus den Aussenpolitischen Kommissionen offenzulegen und zu erläutern, inwiefern diese Ziele im Einklang mit den gemäss Punkt 1) und 2) definierten Grundsätzen stehen;*
- 4. zu regeln, dass die Aussenpolitischen Kommissionen frühzeitig zu informieren sind, sobald eine Verhandlungslösung als im Rahmen von bestehenden Verhandlungsmandaten und im Hinblick auf die Verhandlungsziele des Bundesrats schwer erreichbar einzuschätzen ist;*
- 5. ein Vernehmlassungsverfahren für Abkommen von wichtiger rechtssetzender Bedeutung einzuführen;*
- 6. zu präzisieren, wie die Auswirkungen von Abkommen in den bundesrätlichen Botschaften umfassend dargestellt werden;*
- 7. das fakultative Referendum für Abkommen mit wichtiger rechtssetzender Bedeutung festzuschreiben;*
- 8. die Durchführung von Abkommen zu vereinheitlichen und die Berichterstattung und unabhängige Überprüfung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkung zu verbessern.*

Eine Minderheit der Kommission (Portmann, Aebi Andreas, Büchel Roland, Estermann, Gössi, Grüter, Guggisberg, Markwalder, Page, Wehrli) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 12. Dezember 2025 «Revision des Bundesgesetzes über ausenwirtschaftliche Massnahmen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.4330 Verursacherprinzip bei Retouren im Online-Versandhandel anwenden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche Gesetzesänderungen nötig sind, um die Anwendung des Verursacherprinzips bei den Retouren im Online-Versandhandel zu gewährleisten. Dabei sind nebst verpflichtenden Bestimmungen auch finanzielle Anreize wie z. B. eine Lenkungsabgabe zu untersuchen.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Retouren im Online-Handel».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 23.3842 Covid-19-Härtefälle. Ein Liquidationsgewinn darf nicht gleichgesetzt werden mit einem Liquiditätsabfluss, der im System der Härtefallhilfen verboten ist (Johanna Gapany)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, damit die Bundesverwaltung einen Liquidationsgewinn aufgrund der Aufgabe der Tätigkeit nicht mehr mit einem Liquiditätsabfluss gleichsetzt, der nach der Covid-19-Härtefallverordnung verboten ist.

Umsetzung des Anliegens durch eine am 1. Mai 2025 in Kraft getretene Änderung der Covid-19-Härtefallverordnungen 2020 und 2022 (AS 2025 238).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2022 P 20.4202 Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Nadine Masshardt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird gebeten in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu prüfen, wie die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Grundbildung auf Sekundarstufe II und den Hochschulen (Universitäten/ETH) in Ergänzung zur bereits bestehenden Passerelle sinnvoll verbessert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob Berufs- und Fachmaturanden einen direkten Zugang zu einem universitären Lehrgang in ihrem Fachbereich ohne Passerelle gewährt werden kann.

Postulatsbericht vom 9. April 2025 «Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3878 Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen in einem Bericht die bisher ergriffenen Massnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in den MINT-Berufen darzulegen. Dieser Bericht soll insbesondere eine Analyse der Wirksamkeit dieser Massnahmen enthalten sowie eine spezifische Strategie. Mit dem Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

a) Welche quantitativen Ziele will der Bund in Bezug auf die Geschlechterverteilung in den MINT-Berufen erreichen und bis wann?

b) Welche bestehenden und neuen Massnahmen werden eingesetzt, um:

- die Geschlechterstereotypen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zu durchbrechen?

- Projekte zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in den MINT-Berufen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften auf allen Schulstufen zu fördern?

- das Interesse der Mädchen an Berufen mit geringem Frauenanteil (Informatik, Elektronik, Elektrotechnik, Physik, Bauwesen usw.) im schulischen und ausserschulischen Rahmen zu steigern?

- den Frauenanteil in den Ausbildungsgängen und Hochschulen für MINT-Berufe zu steigern?

- die Bemühungen des Industriesektors zu unterstützen, den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu bekämpfen und Frauen in den MINT-Berufen zu halten?

- die Auswirkungen der kantonalen Praxis zu evaluieren und Defizite zu ermitteln?

- die Massnahmen zur Förderung des Nachwuchses, insbesondere von Frauen, in den MINT-Berufen auf nationaler Ebene zu koordinieren?

Eine Minderheit der Kommission (Gutjahr, Gafner, Haab, Herzog Verena, Huber, Tuena, Wobmann) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 14. Mai 2025 «Nachwuchsförderung und Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 21.3839 Eidgenössische Technische Hochschulen. Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik (Jean-Pierre Grin)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen über die Ursachen der Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und über die Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen.

Postulatsbericht vom 14. März 2025 «Eidgenössische Technische Hochschulen: Studierende in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 21.4348 Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft (Andri Silberschmidt)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EDK zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie das unternehmerische Denken und Handeln (UDH) in der Bildungslandschaft verankert ist und wo und wie das UDH stärker verankert und im ganzen Bildungssystem besser aufeinander abgestimmt werden könnte. Dies sowohl in seinen Zuständigkeiten als auch in denjenigen Bildungsstufen mit kantonaler Zuständigkeit.

Postulatsbericht vom 26. November 2025 «Unternehmerisches Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.4267 Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EDK die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern einer Berufsmaturität an die Pädagogischen Hochschulen, die Voraussetzungen für die Studierfähigkeit sowie mögliche Verbesserungen zu prüfen. Dabei soll auch die Einführung einer neuen Berufsmaturitäts-Ausrichtung "Pädagogik" geprüft werden."

Postulatsbericht vom 9. April 2025 «Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3663 Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen (Diana Gutjahr)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche Chancen, Möglichkeiten und Potenziale sich aus dem Übertritt vom Gymnasium in die Berufsbildung ergeben und welche Massnahmen zu treffen sind, diese Möglichkeit besser bekannt zu machen und den Übertritt für betroffene Gymnasiastinnen und Gymnasiasten einfacher zu gestalten. Insbesondere sind Branchen zu lokalisieren, die bislang noch keine entsprechenden Anstrengungen im Sinne von "way-up"- Programmen unternommen haben, welche aber dazu motiviert werden könnten, Wege vom Gymnasium in die Berufsbildung aufzuzeigen und übertrittswilligen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten neue Perspektiven zu vermitteln.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die berufliche Grundbildung erhöhen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 P 23.3694 Obligatorische Sprachförderung an Berufsschulen (Martina Munz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt einen Bericht zu erstellen, wie die Förderung einer Fremdsprache, bzw. einer zusätzlichen Landessprache verbindlich in die Lehrpläne aller Berufe einbezogen werden kann, so dass die Lernenden mindesten das Sprachniveau der Sekundarstufe I behalten und den Anschluss an weiterführende Ausbildungen nicht verlieren.

Postulatsbericht vom 22. Oktober 2025 «Sprachförderung an Berufsfachschulen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Landwirtschaft

2020 M 18.3404 Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Umwandlung der Forschungsanstalt Agroscope in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit möglich ist. Ausser-dem soll er die Konsequenzen dieser Umwandlung – insbesondere in Bezug auf Kosten und Leistungen – evaluieren. Der Ausgestaltung der Corporate-Governance-Strukturen unter Einbezug einer Vertretung der landwirtschaftlichen Praxis ist dabei besondere Beachtung zu schenken. Bis zur Inkraftsetzung der neuen Rechtsform ist die seit 2017 bestehende Struktur- und Organisationsform durch einen neuen Agroscope-Rat zu ergänzen, der u. a. eine Vertretung aus der landwirtschaftlichen Praxis beinhaltet. Der Agroscope-Rat ist bei der strategischen Ausrichtung für die Festlegung der Forschungsziele zuständig.

Die geforderte Prüfung einer Umwandlung der Forschungsanstalt Agroscope in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit wurde durchgeführt. Der Bericht vom 2. April 2025 «Forschungsanstalt Agroscope als autonome

öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit» baut auf dem Gouvernance-Bericht des WBF auf und berücksichtigt die Entwicklungsschritte, die das Zukunftsprojekt durchlaufen hat.

Die zweite Forderung, die bestehende Struktur- und Organisationsform durch einen neuen Agroscope-Rat zu ergänzen, in dem insbesondere auch die landwirtschaftliche Praxis vertreten ist, ist umgesetzt. Seit Mai 2019 existiert der neue, erweiterte Agroscope-Rat, bestehend aus vier Mitgliedern aus der landwirtschaftlichen Praxis, drei Mitgliedern aus dem Bereich Forschung, Innovation und Wissenstransfer sowie je einer Vertretung aus dem Bundesamt für Umwelt, dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die Mitglieder des Agroscope-Rats werden durch den Vorsteher des WBF ernannt. Der Agroscope-Rat behandelt die strategische Ausrichtung von Agroscope im Bereich der Forschung. Im Rahmen des Verordnungspakets 2024/AP22+ wurde der neue, erweiterte Agroscope-Rat in der geänderten Verordnung über die landwirtschaftliche Forschung (AS 2024 652) verankert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 19.3494 Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Thomas Egger [Candinas Martin])

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die landwirtschaftliche Forschung von Agroscope für eine moderne Bewirtschaftung von Weiden im Berg- und Sömmerungsgebiet wesentlich auszubauen.

In der Zeit zwischen Einreichung und Überweisung der Motion hat der Bundesrat die Standortstrategie Agroscope mit einem zentralen Campus in Posieux (FR), zwei regionalen Forschungszentren in Changins (VD) und Reckenholz (ZH) sowie dezentralen Versuchsstationen verabschiedet (8. Mai.2020). Zur Umsetzung der Standortstrategie wurde am 21. Juni.2021 die dezentrale Versuchsstation «Alp- und Berglandwirtschaft» geschaffen. Diese entwickelt praxisorientierte Lösungen für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Betriebe im Berggebiet (weitere Informationen abrufbar unter: www.agroscope.admin.ch > Über uns > Standortstrategie > Versuchsstationen – Forschung mit der Praxis > Versuchsstation Alp- und Berglandwirtschaft). Sie wird von Agroscope über das ordentliche Budget und Effizienzgewinne finanziert. Inhaltliche Anliegen der Motion werden im Rahmen der Versuchsstation und im neuen Agroscope-Arbeitsprogramm 2026–2029 berücksichtigt. Es sind beispielsweise Projekte zur Entwicklung trockenheitsresistenter Grünlandmischungen speziell für die Berggebiete, zu Strategien gegen die Verbuschung und zur Stärkung der Kräuterproduktion geplant. Das Agroscope-Arbeitsprogramm 2026–2029 wurde im Dezember 2025 definitiv verabschiedet und wird Anfang 2026 publiziert. Das BLW finanziert zudem ein Projekt zur Stärkung des Bergackerbaus.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3875 Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird ersucht, anknüpfend an die bereits erfolgten Anpassungen eingehend zu prüfen, wie die Attraktivität des Gewässerschutzprogramms (Artikel 62a GSchG) erhöht und dessen nachhaltige Wirkung sichergestellt werden kann.

Er wird ersucht, auf der Grundlage dieser Prüfung festzulegen, welche Anpassungen am Programm erforderlich sind sowie ob neue Vollzugsgrundlagen geschaffen und die bestehenden Rechtsgrundlagen angepasst werden müssen.

Der Postulatsbericht vom 5. Dezember 2025 «Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft» wurde in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft, des Bundesamtes für Umwelt, der Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz, der Konferenz der Umweltämter der Schweiz, der Wasserversorger und der Agridea erarbeitet. Zudem flossen die Rückmeldungen einer Konsultation von weiteren Fachexpertinnen und -experten – u.a. der Projektleitenden der Gewässerschutzprojekte – in den Bericht ein.

Der Bericht zeigt, dass das Gewässerschutzprogramm zur Sanierung von Grundwasserfassungen beigetragen hat, dass jedoch ein Vollzugsdefizit beim planerischen Grundwasserschutz besteht, der die Grundlage für die Projekte darstellt. Was den ersten Teil des Auftrages – die Sicherung der nachhaltigen Wirkung des Programms – angeht, gibt es keinen Handlungsbedarf, da Ende 2023 mit der neuen Vollzugshilfe eine neue Sicherungsphase eingeführt wurde. Bezüglich des zweiten Teils des Auftrages – der Steigerung der Attraktivität des Programms – wurden neben dem Status Quo mehrere Optionen geprüft.

Der Bundesrat schlägt vor, die Ergebnisse der Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes abzuwarten, bevor entschieden wird, welche im Bericht vorgestellten Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des Programms weiterverfolgt werden sollen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 21.4446 Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien (Philippe Nantermod)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Lösungen vorzulegen, damit die kleinen Weinkellereien, die nur die eigene Ernte einkellern und deren Einkommen aus dem Weinbau eine Nebeneinnahme ist, von der Schweizer Weinhandelskontrolle befreit werden oder die Kontrollen für sie gelockert werden. Es kann auch untersucht werden, ob die Kantone mit dieser Kontrolle beauftragt werden könnten.

Vertreter von Vignoblesuisse, der Schweizerischen Vereinigung der Selbsteinkellernden Weinbauern, der Schweizer Weinhandelskontrolle und des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen kamen in einer Arbeitsgruppe des

Bundesamtes für Landwirtschaft zusammen. Es wurden Vereinbarungen zur Vereinfachung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien getroffen. Der Bundesrat hat am 5. November 2025 den Postulatsbericht «Vereinfachung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien» verabschiedet. Die vom Bundesrat angekündigten Änderungen der Weinverordnung werden im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungsaktes 2026 vorbereitet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 22.3116 Fotovoltaik in der Landwirtschaft. Potenzial besser ausschöpfen! (Thomas Rechsteiner)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie das zum grossen Teil brachliegende Potential zur Produktion von Solarstrom in der Landwirtschaft mobilisiert werden kann, um einen Beitrag zur Erreichung der hoch gesteckten Klima- und Energieziele der Schweiz zu leisten. Dabei ist darzulegen, mit welchen Massnahmen mehr Fotovoltaik-Anlagen auf den Dächern und an Fassaden von Scheunen und Bauernhäusern erstellt werden können. Zudem ist zu erläutern, was zu tun ist, um mehr Solaranlagen auf der grünen Wiese zu bauen.

Durch Anpassungen gesetzlicher Grundlagen wurde den im Postulat geäusserten Anliegen Rechnung getragen. Mit den Änderungen vom 29. September 2023 des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes (AS 2024 679) wurde die Energieförderung neu definiert. Die Landwirtschaft profitiert von erhöhten Boni und einer variablen Marktprämie; die Kosten für den Ausbau der Anschlussleitungen gehen nicht mehr zu Lasten der Betriebe.

Was Gebäude betrifft, werden alle Anlagen gefördert (Strukturverbesserungsverordnung, Art. 15, 26, 45, SR 910.113 und Energieförderungsverordnung, SR 730.03). Darüber hinaus besteht seit dem 1. Januar 2025 ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren oder für gewisse Fälle wurden die Baugenehmigungen ganz abgeschafft (Änderung vom 29. September 2023 des Raumplanungsgesetzes, Art. 18a, AS 2024 679). Weiter ist eine Solaranlage auf neuen grossen landwirtschaftlichen Gebäuden obligatorisch (Änderung vom 29. September 2023 des Energiegesetzes, Art. 45a, AS 2024 679).

Was die Grünflächen betrifft, so legt die Änderung vom 1. November 2023 der landwirtschaftlichen Begriffsverordnung (Art. 16, AS 2023 699) seit dem 1. Januar 2024 die Bedingungen für die Installation von Photovoltaikmodulen auf landwirtschaftlichen Flächen fest. Die administrativen Hindernisse für standortgebundene Solaranlagen (ausserhalb von Bauzonen) wurden mit der Änderung vom 29. September 2023 des Raumplanungsgesetzes (Art. 18a Abs. 1, AS 2024 679) und der Änderung vom 3. Juni 2022 der Raumplanungsverordnung (Art. 32c, AS 2022 357) beseitigt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 21.4157 Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Frédéric Borloz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a und 5 Absatz 2 der Weinverordnung aufzuheben (SR 916.140). Die 10-Jahresfrist für die Erneuerung von Rebflächen ist zu streichen.

2024 M 21.4210 Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a und 5 Absatz 2 der Weinverordnung aufzuheben (SR 916.140). Die 10-Jahresfrist für die Erneuerung von Rebflächen ist zu streichen.

Der Bundesrat hat am 29. Oktober 2025 eine Änderung der Weinverordnung (AS 2025 719) verabschiedet. Sie ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 M 24.3814 Stärkeres Engagement für die Einhaltung und die Anerkennung unserer AOP und IGP (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, sich stärker für die Einhaltung und die Anerkennung unserer AOP (Appellation d'Origine Protégée) und IGP (Indication Géographique Protégée) einzusetzen, und zwar nicht nur im Rahmen der Verhandlung zu Freihandelsabkommen, sondern auch gegenüber Ländern, die der Genfer Akte des Lissaboner Abkommens nicht beigetreten sind oder die nicht an Freihandelsabkommen gebunden sind.

Die Motion bestärkt den Bundesrat darin, seine bisherigen Bemühungen zur Verteidigung unserer AOP und IGP im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen fortzusetzen. Die Motion greift ein Anliegen auf, das bereits mit der vom Parlament überwiesenen Motion der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats 12.3642 beraten und verankert wurde. Der Bundesrat wurde bereits damals beauftragt, «beim Abschluss aller zukünftigen Freihandelsabkommen sowie bilateralen Handels- und Wirtschaftsverträgen die Verwendung von geografischen Herkunftsbezeichnungen nach Möglichkeit zu regeln.» So werden beispielsweise 110 Schweizer geografische Angaben und Ursprungsbezeichnungen durch das zwischen den EFTA- und den Mercosur-Staaten am 16. September 2025 unterzeichnete Freihandelsabkommen speziell geschützt, darunter auch zahlreiche Bezeichnungen für Schweizer Weine und Käse.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2025 M 22.3928 Stärkung der einheimischen Gemüseproduktion (Werner Salzmann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schweizer Gemüsegärtnerinnen und Gemüsegärtner und dem Handel den Anhang 1 der VEAGOG-Freigabeverordnung (SR 916.121.100) (sog. effektiv bewirtschafteten Phasen) auf den nächstmöglichen Zeitpunkt zu aktualisieren. Dabei sind die aktuellen inländischen Produktionsperioden (Saison) zu berücksichtigen. Ebenso sind die von Seiten Schweiz bei der WTO eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren.

Die von der Branche einvernehmlich vorgeschlagenen Änderungen wurden mit der Änderung vom 12. September 2024 von Anhang 1 der VEAGOG-Freigabeverordnung (AS 2024 532) umgesetzt. Die Änderung der Verordnung trat am 1. Januar 2025 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2025 M 24.3020 Schluss mit Kontrollen und Bürokratie, die unsere Bäuerinnen und Bauern zugrunde richten! (Page)

Eingereichter Text:

Niemand wird in unserem Land so stark kontrolliert wie die Bäuerinnen und Bauern. Die unzähligen Kontrollen durch viele verschiedene Organe erschwert unseren Landwirtinnen und Landwirten massiv das Leben. Nach den Arbeiten auf dem Feld geht es weiter: Auf die Bäuerin oder den Bauern warten stundenlange Büroarbeit und Dutzende Formulare, in denen immer wieder dieselben Angaben gemacht werden müssen. Der Bundesrat muss unverzüglich für die Vereinfachung dieser Kontrollen sorgen, diesem Polizeistaat ein Ende setzen und somit das Vertrauen in der Landwirtschaft wiederherstellen.

Der Aktionsplan «Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben» wurde am 4. September 2025 mit Bundesstellen, kantonalen Stellen, Kontrollstellen und Organisationen durch Bundesrat Guy Parmelin unterschrieben (abrufbar unter: www.blw.admin.ch > Finanzielle Unterstützung > Direktzahlungen > Anmeldung und Kontrollen > Weiterführende Informationen > Dokumente). Die Umsetzung des Aktionsplans mit rund 60 vereinbarten Massnahmen erfolgt ab 2026. Der Bundesrat hat am 29. Oktober 2025 eine Änderung der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (AS 2025 714) verabschiedet. Sie ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten. Mit den Anpassungen werden der risikobasierte Ansatz bei den Direktzahlungen noch stärker berücksichtigt und der Handlungsspielraum der Kantone sowie die Flexibilität bei der Umsetzung der Gewässerschutzkontrollen erhöht. Damit sollte die Anzahl der Grundkontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben um 10 Prozent zurückgehen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Wohnungswesen

2023 P 22.4289 Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Als Folge der allgemein gestiegenen Zinsen dürfte im ersten Quartal 2023 der hypothekarische Referenzzinssatz um 0,25 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent erhöht werden. Dies hat zur Folge, dass Mieten, die auf dem jetzigen Referenzzinsniveau basieren, um rund drei Prozent erhöht werden können. Bestandsmieten könnten laut Experten bis im Jahr 2024 um bis zu zehn Prozent steigen.

Der Bundesrat wird damit beauftragt, die Gründe für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 darzulegen. Die Untersuchung soll für alle Ebenen (aggregiert für die Schweiz, Städte, Agglomerationen und Gemeinden) durchgeführt werden wie auch spezifisch für die Städte Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich.

2023 P 22.4290 Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung (Damian Müller)

Eingereichter Text:

Vor allem in den Städten und den Agglomerationen übersteigt die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot. Seit Anfang 2022 ist die Leerwohnungsquote schweizweit von 1,54 Prozent auf 1,31 gefallen. Eine Studie der "Raiffeisen" Schweiz vom November 2022 kommt zum Schluss, dass die Schweiz unaufhaltsam auf eine Wohnungsnot zusteure.

Deshalb wird der Bundesrat beauftragt, in einem Bericht darzustellen:

a. die Gründe für die tiefe Leerwohnungsquote der Schweiz zu evaluieren.

b. Darauf basierend soll der Bundesrat Massnahmen evaluieren und darlegen, wie die tiefe Leerwohnungsquote entschärft werden kann - sowohl mittelfristig als auch langfristig.

Postulatsbericht vom 26. Februar 2025 «Mietpreisentwicklung und Wohnungsmangel in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2025 P 25.3114 Vollzugshilfe für die Interessenabwägung bei Siedlungsentwicklungsprojekten nach innen (Fehr Düsel)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren, insbesondere der Bauträgerschaft, eine Vollzugshilfe zu erarbeiten, die eine frühzeitige, konkrete und korrekte Durchführung der Interessenabwägung bei Projekten zur Siedlungsentwicklung nach innen ermöglicht.

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat am 4. September 2025 den Bericht «Interessenabwägung für eine qualitätsvolle Innenentwicklung. Eine Arbeitshilfe» publiziert (abrufbar unter www.bwo.admin.ch > Wohnungspolitik > Wohnungspolitik Bund > Aktionsplan Wohnungsknappheit). Mit dieser Arbeitshilfe lässt sich eine Interessenabwägung vornehmen, die sowohl kantonalen als auch gerichtlichen Anforderungen genügt. Die Arbeitshilfe ist Teil des Aktionsplans Wohnungsknappheit und erklärt im Detail, wie die Interessenabwägung funktioniert und wie sie sich bei Innenentwicklungsprojekten erfolgreich anwenden lässt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Zivildienst

2024 P 23.4348 Erhöhung des Kostendeckungsgrads des Bundesamtes für Zivildienst auf mindestens 100 Prozent
(Finanzkommission Nationalrat)

Eingereichter Text:

Zwecks Erhöhung des Kostendeckungsgrads des Bundesamtes für Zivildienst auf mindestens 100 Prozent bis ins Jahr 2027 wird der Bundesrat beauftragt, die Modalitäten für eine Erhöhung der Abgabe der Einsatzbetriebe für die mit den Zivildienstleistenden erhaltene Arbeitsleistung zu prüfen.

Dabei sind insbesondere die Möglichkeiten gemäss Abgaberecht, den Änderungsbedarf beim Zivildienstrecht und die zu erwartenden Auswirkungen im Vollzug des Zivildienstes, insbesondere bei den Einsatzbetrieben und Einsatzplätzen abzuklären.

Der Bundesrat legt dem Parlament die Ergebnisse seiner Prüfung bis zum Frühjahr 2025 vor.

Eine Minderheit der Kommission (Fehlmann Rielle, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Schneider Schüttel, Wettstein, Wyss) beantragt, das Postulat abzulehnen.

Postulatsbericht vom 19. Februar 2025 «Erhöhung des Kostendeckungsgrads des Bundesamtes für Zivildienst auf mindestens 100 Prozent.»

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Verkehr

2021 M 20.3696 Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Semesterberichte und den Zweijahresbericht über die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs zu ergänzen mit Zahlen zum Gefahrguttransport.

Bericht vom 19. November 2025 über die Verkehrsverlagerung Juli 2023–Juni 2025 (abrufbar unter www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Medien > Medienmitteilungen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 20.3736 Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Marco Romano)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass das Mendrisiotto via die Bahnhöfe Mendrisio und/oder Chiasso ins IC-Streckennetz, das die Schweizer Städte miteinander verbindet, eingebunden wird.

Mit der Einführung von zwei neuen Eurocity-Zügen nach Mailand sowie der Verlängerung eines Intercity-Zuges bis nach Chiasso gibt es seit dem 14. Dezember 2025 zwischen der Deutschschweiz und Chiasso einen durchgängigen Stundentakt des SBB-Fernverkehrs. Damit ist das Mendrisiotto stündlich mit Fernverkehrszügen an die Deutschschweiz angebunden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 21.4366 Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf. Strategische Studie (Roger Nordmann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem verschiedene Lösungen zur Verbesserung der Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf geprüft werden.

Verglichen werden sollen die Vor- und Nachteile der folgenden zwei Hauptoptionen:

- Bau einer völlig neuen Bahnlinie zwischen den Zonen Renens-Bussigny und Genf Cornavin-Genf Flughafen ohne Anbindung an die alte, seit 1858 bestehende Linie.

- Schrittweiser Bau mehrerer Abschnitte einer neuen Strecke mit Anbindung an die alte Bahnlinie, zum Beispiel bei Morges und Nyon, damit Schritt für Schritt eine vollständige Redundanz entsteht.

Betreffend die beiden Endpunkte der Verbindung sollen zudem folgende Möglichkeiten geprüft werden:

- Im Raum Lausanne: Bau einer direkten, weitgehend unterirdischen Linie, welche die Zone zwischen Lausanne und Malley mit jener um Morges verbindet, mit einem Bahnhof im Gebiet Universität/EPFL.

- Im Raum Genf: Ende der Verbindung entweder am Hauptbahnhof Genf Cornavin oder am Bahnhof Genf Flughafen.

Gegebenenfalls soll der Bundesrat im Bericht auch Überlegungen bezüglich der zweiten bedeutenden Bahnverbindung Lugano–Chiasso anstellen, der es ebenfalls an Redundanz mangelt.

2022 P 21.4518 Sicherer Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Olivier François)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zu überprüfen, wo im Bahnnetz grössere Risiken bestehen, und nötigenfalls ein Programm für Korrekturmassnahmen vorzuschlagen, um die Zuverlässigkeit und Redundanz der Fernverkehrslinien im schweizerischen Eisenbahnnetz zu gewährleisten.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Überprüfung der Redundanz und Zuverlässigkeit des schweizerischen Bahnnetzes».

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Energie

2022 P 21.4130 Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Bruno Storni)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob es angebracht ist, der Bundesversammlung einen Gesetzesentwurf vorzulegen oder Massnahmen zu treffen, um das Finanzierungsproblem bei den energetischen Gebäudesanierungen zu lösen. Er soll ausserdem einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Das aktuelle Finanzierungssystem (CO₂-Abgabe Gebäudeprogramm) funktioniert nur für Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit hohem Einkommen. Es reicht keinesfalls aus, um die festgelegten Ziele (CO₂-Reduktion um 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 und Null CO₂ bis 2050) zu erreichen. Es braucht zusätzliche finanzielle Anreize, die wirksamer sind.

Postulatsbericht vom 6. Juni 2025 «Finanzierungsmöglichkeiten für energetische Gebäudesanierungen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3006 Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht das Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft zu konkretisieren. Es sollen dabei schweizweit die Potenziale für den Ausrüstungsersatz, den Höherstau und Flussaustiefungen, Stollenaufweitungen bzw. Parallelstollen, Staumauererhöhungen sowie die Fassung neuer Zuflüsse analysiert werden. Er bezieht dabei die Fachstellen der Kantone und die Betreiber bestehender Anlagen ein.

Postulatsbericht vom 13. Juni 2025 «Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 23.3957 Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit. Analyse der rechtlichen Grundlagen im Energiebereich (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darzulegen, ob die bestehenden rechtlichen Grundlagen auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) im Energiebereich anwendbar sind, um ihre Vorteile voll auszuschöpfen und ihre Risiken einzugrenzen. Der Fokus soll auf fortgeschrittene Systeme wie ChatGPT gelegt werden und Sicherheitsfaktoren während der Entwicklung und Anwendung dieser Systeme berücksichtigen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und die Kosten der Energieversorgung entscheidend. Zudem soll der Bundesrat Wege aufzeigen, wie die Regulatoren einen Überblick über den Einsatz von KI erhalten können.

Postulatsbericht vom 19. September 2025 «Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 22.3193 Biogasanlagen sollen ihr Gas als Biomethan verkaufen können (Priska Wismer-Felder)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament rasch die notwendigen rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit in der Schweiz bestehende und zusätzlich gebaute Biogasanlagen das durch sie produzierte Gas vermehrt zu Biomethan aufbereiten und als solches vermarkten können. Der Bund soll neue biomethanproduzierende Biogasanlagen, sowie um die Aufbereitungs- und Einspeiseinfrastruktur zu erweiternde bestehende Biogasanlagen mit einem angemessenen Investitionsbeitrag unterstützen. Das einheimische Biogaspotenzial soll gleichzeitig über den Abbau administrativer Hürden und raschere Bewilligungsverfahren schnell genutzt werden können.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 2. April 2025 die Änderung der CO₂-Verordnung (AS 2025 248) verabschiedet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 23.3022 Sicherung der Winterstromversorgung durch WKK-Anlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in den Gesetzesentwurf zu den Reservekraftwerken als Teil der Energiereserve eine Bestimmung aufzunehmen für eine Massnahme zur Sicherung der Winterstromversorgung durch WKK-Anlagen. Folgende Fragenstellungen sind abzudecken:

- a. Welche zusätzliche Leistung und Energiemenge (Betriebsstunden) aus neuen WKK-Anlagen sind bis 2035 nötig, um einen substanzialen Beitrag an die Stromversorgungssicherheit im Winterhalbjahr zu leisten? Wie sieht der jährliche Zubaufpad aus?*
- b. Wie hoch sind die jährlich nötigen Fördermittel, damit der Zubau gemäss Buchstabe a bis 2035 gewährleistet werden kann? Über welches Gefäss soll die Finanzierung erfolgen (Netzzuschlag, allgemeine Bundesmittel)?*
- c. Wie werden die jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel zugeteilt (Auktionen, Investitionsbeiträge)?*
- d. Wie wird der klimaneutrale Betrieb der WKK-Anlagen innerhalb des CO₂-Regimes sichergestellt (EHS, Bescheinigungen)? Zudem soll auch der Einsatz sowie die Kosten von CCS-Technologien geprüft werden.*
- e. In welchen Fällen werden Anlagen wärme- oder stromgeführt? Welche Voraussetzungen müssen dazu erfüllt sein?*

Der Bundesrat hat am 1. März 2024 den Entwurf zur Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Stromreserve, *BBl* 2024 711) zuhauenden des Parlaments verabschiedet und damit die Motion umgesetzt. Das Gesetz wurde am 20. Juni 2025 vom Parlament verabschiedet (*BBl* 2025 2036).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Strassen

2016 M 13.3818 Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass in der EU genehmigte Neufahrzeuge ohne strassenverkehrsamtliche Prüfung an den Zulassungsschaltern in Verkehr gesetzt werden können. Diese Zulassungsvereinfachung betrifft Neuwagen und Fahrzeuge bis maximal 12 Monate mit einem maximalen Kilometerstand von bis zu 2000 Kilometern.

Dem Anliegen der Motion wurde mit Bundesratsbeschluss vom 21. November 2018 im Rahmen der «Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers» Rechnung getragen. Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS, *SR* 741.41) wird in Kraft gesetzt, wenn die Datenbank für die Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form vorliegt und die Behörden des Bundes und der Kantone die Daten erfassen können. Die technischen Voraussetzungen wurden mit dem Projekt «IVITA-S» per 1. Januar 2025 geschaffen. Die dazugehörigen Rechtsgrundlagen wurden im Rechtsetzungspaket «Neues Zulassungsregime Fahrzeuge» erarbeitet und am 15. Oktober 2025 durch den Bundesrat verabschiedet. Das Inkrafttreten wurde auf den 1. Januar 2026 festgesetzt. Mit den angepassten Rechtsgrundlagen wird das Kernanliegen der Motion erfüllt. So wird eine rein «administrative Zulassung» für neue leichte Personenwagen der Kategorie M1, die über eine elektronische EU-Übereinstimmungsbescheinigung verfügen, im Sinne des fortgeltenden Inhaltes von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a VTS mit dem neuen Artikel 30 VTS möglich sein. Eine künftige Erweiterung auf zusätzliche Fahrzeugarten bzw. Fahrzeugklassen ist mit dem neuen Artikel 30 Absatz 3 VTS gewährleistet. Eine Erweiterung der administrativen Zulassung über die Kategorie M1 hinaus war im Rahmen des erwähnten Rechtsetzungsprojekts indes noch nicht möglich, weil die schweizerischen Karosserieformen der anderen Fahrzeugklassen gegenwärtig nicht mit jenen im europäischen Raum übereinstimmen. Für eine Angleichung ist eine Anpassung verschiedener Inhalte der VTS und anderer Rechtsgrundlagen nötig. Ein Rechtsetzungsprojekt zur Revision der VTS steht unmittelbar bevor. Somit kann die entsprechende Fortsetzungsarbeit geleistet werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 M 16.3846 Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass die bei typengenehmigten Fahrzeugen anfallenden Zusatzkosten nach Anhang 3 der Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (TGV) abgeschafft oder in zeitgemässer Form erhoben werden.

Mit der Verabschiedung des Rechtsetzungspakets «Neues Zulassungsregime Fahrzeuge» durch den Bundesrat am 15. Oktober 2025 wird die Gebührenerhebung angepasst. Im Sinne der Motion erfolgt diese künftig in zeitgemässer Form. Konkret entfällt das bisherige Aufkleben der Kontrollmarke. Zudem werden die Gebühren künftig mittels einer Jahresrechnung beziehungsweise einer Online-Bezahlösung (Micropayment) erhoben. Damit wird das Anliegen der Motion erfüllt, auch wenn an der Gebührenerhebung festgehalten wird. In Abstimmung mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung und dem Preisüberwacher wird ein Jahr nach Einführung des neuen Systems – also im Jahr 2027 – ein Gebührenmonitoring durchgeführt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 M 20.4339 Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereicherter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Massnahmenpaket zu erarbeiten und dem Parlament entsprechende Gesetzesänderungen vorzulegen, damit übermässige Lärmemissionen im Strassenverkehr einfacher und stärker sanktioniert werden können. Der Bundesrat soll:

- 1. Massnahmen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe ausarbeiten, mit denen die Verwendung von illegalen Bauteilen oder Veränderungen an Fahrzeugen bspw. durch zu laute Ersatzschalldämpfer besser sanktioniert oder eingeschränkt werden können; dabei soll neben höheren Bussen auch der Führerausweisentzug oder die Beschlagnahme des betroffenen Fahrzeugs sowie ein generelles Fahrverbot für besonders laute Fahrzeuge auf gewissen Strecken geprüft werden;*
- 2. die gesetzlichen Bestimmungen so anpassen, dass Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, welche übermässigen Lärm verursachen, in Zukunft mit vernünftigem Aufwand zur Rechenschaft gezogen werden können. Zudem soll der Bundesrat die Kantone im Vollzug besser unterstützen;*
- 3. Massnahmen zur Intensivierung der polizeilichen Kontrollen von Verkehrslärm prüfen; dabei soll insbesondere ein Vorgehen analog der Vereinbarung des Bundes mit den kantonalen Polizeien für die Schwerverkehrskontrollen geprüft werden;*

4. darlegen, mit welchen Instrumenten der Bund die Vollzugstätigkeit unterstützen kann, insbesondere durch die Entwicklung und den Einsatz von Lärmblitzern, und welche rechtlichen Grundlagen dafür notwendig sind.

Eine Minderheit der Kommission (Wobmann, Egger Mike, Imark, Page, Rüegger, Ruppen, Steinemann) beantragt, die Motion abzulehnen.

Der Bundesrat hat im Rahmen der Erfüllung der Motion am 16. Oktober 2024 die Anpassung mehrerer Rechtsgrundlagen beschlossen, um übermässigen Fahrzeuflärm einfacher und wirksamer sanktionieren zu können. In diesem Zusammenhang hat er die Vorschriften zur vermeidbaren Lärmbelästigung aktualisiert und unnötigem Lärm aufgrund von Auspuffanlagen neu in die Liste der zu vermeidenden Geräusche aufgenommen. Ausserdem wurden Massnahmen ergriffen, um den Vollzug der bereits geltenden Regelungen zu erleichtern. Die Verordnungsänderungen traten am 1. Januar 2025 in Kraft.

Vor einer Schaffung rechtlicher Grundlagen betreffend Lärmblitzer mussten die Abklärungen zur Machbarkeit mit dem Bericht vom 12. Dezember 2025 «Rechtliche und technische Abklärungen zur Anwendung von Lärmblitzern» (abrufbar unter: www.astra.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen) weiter vertieft werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2021 P 20.4135 Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, damit der Hochbau kompatibel mit dem Ziel Netto Null 2050 wird. Dabei sind insbesondere folgende Themen zu diskutieren: Einsatz von Holz und nachwachsenden Dämmstoffen, Recycling und Reuse von Baustoffen, Rekarbonisierung von Beton.

Der Bundesrat wird gebeten, aufzuzeigen wie ein Absenkpfad für die graue Energie im Hochbau aussieht und welchen Beitrag die einzelnen Massnahmen leisten können.

Wie gedenkt der Bundesrat, solche Massnahmen finanziell zu fördern resp. auf der regulatorischen Ebene vorzuschreiben oder zu erleichtern?

Postulatsbericht vom 20. August 2025 «Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden?».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 P 22.3915 Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Roger Nordmann)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, den Stand der Dinge bei der Bewirtschaftung von gebrauchten Textilien in der Schweiz zu erläutern und seine Politik in Bezug auf die zukünftige Förderung der Verwertung von gebrauchten Textilien in der Schweiz darzulegen. Wird die Verwertung von Textilien in der Schweiz gefördert, kann der Anteil an Textilien, die in Drittländer exportiert werden, reduziert, die Bewirtschaftung von Textilien in der Schweiz optimiert, und so die damit verbundene verantwortungsvolle wirtschaftliche Entwicklung begünstigt werden.

Postulatsbericht vom 16. April 2025 «Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 P 21.3898 Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Christophe Clivaz)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, in dem er eine Strategie und Massnahmen dazu vorschlägt, wie in Zusammenarbeit mit der Recyclingbranche das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz verbessert werden kann.

Postulatsbericht vom 12. November 2025 «Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2023 M 22.3388 Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Lärmschutzverordnung wie folgt zu ändern:

Art. 7 Emissionsbegrenzungen bei neuen ortsfesten Anlagen

1. Die Lärmemissionen einer neuen ortsfesten Anlage, ausgenommen Luft/Wasser-Wärmepumpen gemäss Absatz Ibis, müssen nach den Anordnungen der Vollzugsbehörde so weit begrenzt werden:

a. als dies technisch und betrieblich möglich sowie wirtschaftlich tragbar ist und

b. dass die von der Anlage allein erzeugten Lärmemissionen die Planungswerte nicht überschreiten.

Ibis Eine neue Luft/Wasser-Wärmepumpe für Raumheizung und Warmwasser ist so zu erstellen, dass die von der Anlage allein erzeugten Lärmmissionen die Planungswerte nicht überschreiten. Massgebend für die Beurteilung des Heizbetriebs bei leistungsvariablen Wärmepumpen sind die Lärmmissionen bei einer Aussentemperatur von 2°C.

Eine Minderheit der Kommission (Suter, Schneider Schüttel) beantragt, die Motion abzulehnen.

Der Bundesrat hat am 29. September 2023 eine Änderung der Lärmschutz-Verordnung (AS 2023 582) verabschiedet. Sie ist am 1. November 2023 mit Ausnahme von Anhang 6 Ziffer 34 in Kraft getreten. Dieser ist am 1. November 2024 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2023 P 22.4585 Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (Tiana Angelina Moser)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (forever chemicals) wie z.B. PFAS, PCB zu prüfen. In Anlehnung an den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, könnte der AP die Beschreibung der Risiken für Mensch und Umwelt sowie Reduktionsziele und Massnahmen enthalten. Dadurch würden die laufenden Aktivitäten aufeinander abgestimmt. Zu prüfende Massnahmen wären insbesondere Einschränkungen des Einsatzes von langlebigen Chemikalien, Säuberungen und Sanierungen von "hot spots" wie Seesedimenten, Altlasten und Deponien, Festlegung von Grenz- und Sanierungswerten in Lebensmitteln, Trinkwasser und Umweltkompartimenten sowie die Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über Risiken.

Postulatsbericht vom 19. Dezember 2025 «Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2024 M 21.4318 Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO₂-Abgabe (Niklaus-Samuel Gugger)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird aufgefordert die gesetzlichen Grundlagen dahin anzupassen, dass über das Gasnetz importierte erneuerbare Gase vollständig von der CO₂ Abgabe auf fossile Brennstoffe befreit werden.

Die Doppelanrechnung von CO₂ im Produktions- und Verbrauchsland muss dabei verhindert werden.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. April 2025 die revidierte CO₂-Verordnung (AS 2025 248) verabschiedet und teilweise rückwirkend per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 M 23.3998 Endlich Taten statt schöner Worte bei der Bekämpfung von invasiven Organismen (Hegglin Peter)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Bekämpfung invasiver gebietsfremder Organismen, namentlich der Kirschesigfliege und der Asiatischen Hornisse, die ChemRRV und, falls nötig, andere Verordnungen möglichst rasch anzupassen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 3. September 2025 eine Änderung von Anhang 2.4 der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (AS 2025 544) verabschiedet. Sie ist am 1. Oktober 2025 in Kraft getreten. Zudem hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 29. Oktober 2025 eine neue Verordnung über koordinierte Massnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen der Kulturpflanzen (AS 2025 722) verabschiedet. Sie ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2024 P 23.4451 Ziele zur Ressource Holz in der Schweiz (Stark)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten über die Ziele zur Ressource Holz in der Schweiz sowie der dafür notwendigen zukünftigen Entwicklung der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft in kurzer, mittlerer und langer Frist.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 12. Dezember 2025 die Integrale Wald- und Holzstrategie 2050 gutgeheissen (abrufbar unter: www.bafu.admin.ch > Themen > Wald und Holz > Wald- und Holzpolitik > Integrale Wald- und Holzstrategie 2025).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2025 M 24.4064 Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (Stark)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat hat sicherzustellen, dass alle Arten von Holzaschen auch in Zukunft solange deponiert werden können, bis sinnvolle Verwertungspfade verfügbar sind. Zu diesem Zweck ist die Abfallverordnung VVEA für Filteraschen aus der Verbrennung von Altholz entsprechend anzupassen. Zudem sollen die Kantone dafür sorgen, dass für alle Holzaschen genügend Deponieraum zur Verfügung gestellt wird.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 26. November 2025 eine Änderung der Abfallverordnung (AS 2025 799) verabschiedet. Sie ist am 1. Januar 2026 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Raumentwicklung

2022 P 22.4053 Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Marianne Maret)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Gründe für die Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen aufzeigt.

Je nach Art der festgestellten Hindernisse wird er ausserdem beauftragt, einen Massnahmenplan, inklusive rechtlicher Massnahmen, vorzuschlagen, um die Umsetzung dieser Projekte, die von den lokalen Behörden und vom Bundesparlament politisch abgesegnet wurden, zu fördern und zu beschleunigen.

Postulatsbericht vom 20. Juni 2025 «Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Kapitel II

An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind

Schweizerische Bundeskanzlei

- 2021 M 20.3419 Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)
- 2022 M 22.3371 Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
- 2023 M 22.3933 Neuausrichtung des Rechtsmittelwegs bei eidgenössischen Abstimmungsbeschwerden (Hans Stöckli)
- 2025 M 24.3425 Ersetzung der privaten Wohnadresse als Identifikator der Urheber von Volksinitiativen (Badran Jacqueline)
- Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.047: Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme im Bereich der Binnenmarktakkord vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe vorschlagen. Entsprechend wird dieses Thema Gegenstand der Botschaft über das Paket Schweiz–EU (Bilaterale III) sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat ist bereit, sich für die Menschenrechte aller Bürger Syriens einzusetzen und einen Fokus auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich insbesondere im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung für die Bekämpfung von Straflosigkeit und zur Rechenschaftslegung ein, und zwar für alle Konfliktparteien. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Verstössen gegen die Menschenrechte, einschliesslich der Rechte von Minderheiten. Zudem unterstützt die Schweiz weiterhin finanziell den internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus (IIIM), den die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingerichtet hat. Sie hat bisher zusammen mit den Niederlanden dreizehn Konferenzen mitorganisiert. Diese Unterstützung wird sie auch 2026 weiterführen. Die Schweiz hat seit 2011 über 610 Millionen Franken für die Bevölkerung in Syrien und der Region bereitgestellt. Zudem beteiligte sie sich an der Konfliktlösung. Seit der Ernennung von Ahmed al-Sharaa zum Präsidenten am 29. Januar 2025 und der Bildung einer Übergangsregierung betont die Schweiz sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene, dass ein inklusiver politischer Übergangsprozess gewährleistet sein muss, der den Schutz aller Gemeinschaften garantiert – insbesondere der religiösen und ethnischen Minderheiten, die weiterhin Gewalt ausgesetzt sind.

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (Peter Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme sowie über das Übernahmeverfahren vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur Verbesserung der Information der Schweizer Entscheidungsträger über relevantes EU-Recht vorschlagen. Auch das vorgesehene Übernahmeverfahren und der Unterschied zwischen der dynamischen Rechtsübernahme und dem sogenannten autonomen Nachvollzug von EU-Recht wird Gegenstand der Botschaft über die Bilaterale III sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Mit dem Paket Schweiz–EU (Bilaterale III) kann der bilaterale Weg mit der EU für die Zukunft gesichert und dessen Ausbau ermöglicht werden. Das Paket Schweiz–EU (Bilaterale III) und die diesbezügliche Umsetzungsgesetzgebung werden Gegenstand der Botschaft sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)

Die Schweiz verurteilt regelmässig jede Form von Gewalt gegen Angehörige religiöser Gemeinschaften. Dazu gehört auch Gewalt, die im Namen der Religion ausgeübt wird, insbesondere gegen religiöse Minderheiten, Dissidenten, Frauen oder schutzbedürftige Gruppen.

Bilateral pflegt die Schweiz Kontakte zu Ländern, die in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehmen (z. B. mit Norwegen, dem Vereinigten Königreich, oder dem Vatikan). Darüber hinaus hat sie sich wiederholt im bilateralen Austausch zu Respekt und Nichtdiskriminierung von religiösen Minderheiten geäussert (z. B. Myanmar, Indien, China oder Iran).

Multilateral unterstützte die Schweiz Resolutionen zur Religions- und Glaubensfreiheit der UNO-Generalversammlung: bei den Verhandlungen der Resolutionen A/77/318 «Promoting interreligious and intercultural dialogue and tolerance in countering hate speech» und A/78/211 «Effective promotion of the Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities» brachte sich die Schweiz in die Verhandlungen ein. Beide Resolutionen wurden durch Abstimmung angenommen. Ausserdem unterstützte die Schweiz als Co-Sponsorin die Resolution «Freedom of Religion of Belief» in der

Frühlingssession des Menschenrechtsrats 2025, welche im Konsens angenommen wurde. Schliesslich brachte sich die Schweiz auch an der OSZE-Antisemitismuskonferenz im April 2025 ein und forderte die rasche Umsetzung konkreter Massnahmen gegen Antisemitismus.

2016 M 16.3155 Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea seit Überweisung der Motion verstärkt. Der Austausch mit den eritreischen Behörden erfolgt regelmässig, namentlich durch regelmässige Missionen des bilateral akkreditierten Botschafters nach Eritrea, durch Vertreter des Staatssekretariats für Migration, seit 2023 durch den Sonderbotschafter für das Grosse Horn von Afrika sowie durch die seit 2025 in Nairobi tätige Immigration Liaison Officer.

2024 konnte zum ersten Mal ein strukturierter bilateraler Dialog mit Eritrea durchgeführt werden. Dieses Format soll über die nächsten Jahre regularisiert werden und auch regelmässige Diskussionen zur Migration und sowie zu Menschenrechten erlauben. Damit ist die Schweiz – neben Italien – das einzige westliche Land, mit dem Eritrea derzeit zu einem offiziellen Dialog bereit ist.

Seit Überweisung der Motion hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Eritrea Projekte im Bereich Berufsbildung umgesetzt. 2024 wurden diese einer externen Evaluation unterzogen, aufgrund deren gemischter Resultate eine signifikante Reduktion des Mitteleinsatzes in Eritrea in Planung ist. Die DEZA hat zudem ab Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert, das jedoch aufgrund fehlender Genehmigungen durch Eritrea nie richtig umgesetzt werden konnte und 2022 eingestellt wurde.

2018 M 17.3098 Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Motion wurde am 4. Dezember 2017 vom Ständerat abgeändert, mit dem neuen Auftrag an den Bundesrat, in Eritrea die diplomatische Präsenz zu stärken.

Die Schweiz hat ihre Präsenz in Eritrea seit Überweisung der Motion verstärkt. Der Austausch mit den eritreischen Behörden erfolgt regelmässig, namentlich durch regelmässige Missionen des bilateral akkreditierten Botschafters nach Eritrea, durch Vertreter des Staatssekretariats für Migration, seit 2023 durch den Sonderbotschafter für das Grosse Horn von Afrika sowie durch die seit 2025 in Nairobi tätige Immigration Liaison Officer, in deren Zuständigkeitsbereich auch Eritrea fällt. 2024 konnte zum ersten Mal ein strukturierter bilateraler Dialog mit Eritrea durchgeführt werden. Dieses Format soll über die nächsten Jahre regularisiert werden.

2018 M 17.4241 Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)

2021 P 21.3960 Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat hat 2018 und 2019 beschlossen, dem Vertrag nicht beizutreten. Er hat diese Entscheide 2024 bestätigt. Wie in der Antwort auf die Motion 17.4241 in Aussicht gestellt, hat der Bundesrat die Beitrittsfrage unter Einbezug der involvierten Dienste sowie mit Beiträgen von externen Sachverständigen geprüft. Die Berichte von 2018 und 2024 sind öffentlich und stellen eine Auslegeordnung aller Argumente dar. Sie fassen auch auf den Erfahrungen an der 10. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) im August 2022 sowie den ersten beiden Staatenkonferenzen des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW), an denen die Schweiz als Beobachterin teilnahm. Mit dem Entscheid, in der aktuellen globalen Sicherheitslage die Schweizer Position nicht zu verändern, sendet der Bundesrat ein Signal der Kohärenz an die engsten Partner der Schweiz. Nach erfolgter Neubeurteilung erachtet der Bundesrat zurzeit keine weiteren Schritte als notwendig. Wenn sich die Ausgangslage merklich verändert, kann er eine erneute Standortbestimmung vornehmen. Zwischenzeitlich sind Unterschriften für eine eidgenössische Volksinitiative zum Beitritt der Schweiz zum TPNW eingereicht worden. Gleichzeitig setzt die Schweiz ihre Abrüstungsbemühungen im NPT-Prozess fort. Unabhängig von ihrer Position zum TPNW setzt sich die Schweiz weiterhin in der nuklearen Abrüstung ein.

2020 P 18.3059 Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme vorliegt, kann der Bundesrat Massnahmen zur Mitwirkung des Parlaments vorschlagen. Entsprechend wird dieses Thema auch Gegenstand der Botschaft über das Paket Schweiz–EU (Bilaterale III) sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2020 M 19.4376 Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Der Bundesrat verabschiedete am 11. November 2020 eine Änderung der Verordnung über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (VPS; SR 935.411, AS 2020 5323). Sie trat am 1. Januar 2021 in Kraft. Am 28. Januar 2021 beauftragte der Bundesrat das EDA und das WBF, diese Teilrevision nach drei Jahren auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und dem Bundesrat bis 31. August 2024 über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Die Überprüfung im Rahmen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG) kam zum Schluss, dass die neuen Bestimmungen der VPS wirksam sind. Die präzisere Definition und die Ausnahme von der Meldepflicht führten zu einem signifikanten Rückgang der Meldungen. Die interdepartementale Zusammenarbeit wurde durch die Änderungen gestärkt, was zu einer kohärenteren Verwaltungspraxis führte. Der Bundesrat hat den Bericht der IDAG am 28. August 2024 zur Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass alle Anliegen der Motionen 19.4376 und 19.3991 mit der Inkraftsetzung der Verordnungsanpassung umgesetzt werden konnten. Entsprechend erachtete er das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragte deren Abschreibung.

Die SiK-S und die SiK-N waren jedoch im Juli 2025 der Ansicht, dass eine Abschreibung der Motion wegen der Verabschiedung einer neuen rüstungspolitischen Strategie im Juni 2025 und der Revision des Kriegsmaterialgesetzes (Frage des Erhalts einer sicherheitsrelevanten Industriebasis in der Schweiz) verfrüht wäre.

2021 M 19.3170 Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme vorliegt, kann dieser Motion entsprochen werden. Die genannten Themen werden Gegenstand der Botschaft über das Paket Schweiz–EU (Bilaterale III) sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2023 P 22.3585 Die Attraktivität und Effizienz des internationalen Genf für Aktivitäten und Organisationen im Zusammenhang mit Friedensprozessen stärken (Nicolas Walder)

Der Bundesrat hatte ursprünglich vorgesehen, das Postulat im Rahmen seiner Strategie «Multilateralismus und Gaststaat 2026–2029» zu beantworten. Im Mai 2025 wurde die Ausarbeitung dieser Strategie jedoch aufgrund der instabilen internationalen Lage und ihrer Auswirkungen auf den Multilateralismus vertagt. Das Postulat bietet zudem die Gelegenheit, auf die Reform «UN80» und ihre Auswirkungen einzugehen. Der Bericht zur Beantwortung des Postulats wird derzeit ausgearbeitet und soll bis Ende des zweiten Quartals 2026 veröffentlicht werden.

Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719 Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)

Die Schweiz setzt sich seit 2005 gemeinsam mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten für eine stärkere Berücksichtigung der Menschenrechte bei UNO-Sanktionen ein. Ein Erfolg war 2009 die Einführung des Amtes der Ombudsperson für das Sanktionsregime gegen den Islamischen Staat und Al-Qaida. Am 22. März 2010 informierte der Bundesrat den UNO-Sicherheitsrat über die Annahme und Folgen der Motion Marty, die für gelistete Personen in der Schweiz ein Rechtsmittel gegenüber UNO-Sanktionen verlangte. Dieses Recht wurde durch ein Urteil des Bundesgerichts bestätigt. Während ihrer Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 2023-2024 forderte die Schweiz, die Zuständigkeit der Ombudsperson auf alle 14 Sanktionsregime auszuweiten. Aufgrund nationaler Widerstände konnte dies nicht durchgesetzt werden. Dennoch erreichte die Schweiz eine Verbesserung der Effizienz und Fairness der Verfahren. Am 19. Juli 2024 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, unterstützt von über 50 Staaten, die die Einführung eines "Focal Points" vorsieht. Dieser prüft Gesuche gelisteter Personen und Organisationen auf Streichung von der Sanktionsliste und legt seine Erkenntnisse dem Sanktionsausschuss vor, der einstimmig entscheidet. Allerdings konnte die Stelle des «Focal Points» bisher noch nicht besetzt werden. Unter der Führung der Schweiz hat die Gruppe der gleichgesinnten Staaten am 6. Oktober 2025 daher beim UNO-Sicherheitsrat interveniert, um auf die umgehende Schliessung dieser Vakanz hinzuwirken.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 17.3972 Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Gemäss Postulat soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Hindernisse, welche Menschen mit Behinderung die politische Partizipation erschweren, beseitigt werden können. Das Postulat sieht die Möglichkeit vor, die Antwort im Rahmen der regelmässigen Berichterstattung der Schweiz zur Umsetzung der Uno-Behindertenrechtskonvention zu erstatten. Die nächste Prüfung vor dem Behindertenrechtsausschuss findet voraussichtlich 2028 statt. Der Bericht vom 25.10.2023 in Erfüllung von Po. 21.3296 Carobbio Guscetti, «Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können», beantwortet die im Postulat aufgeworfenen Fragen teilweise. Einem zentralen Aspekt der Gleichstellung im Rahmen der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird derweil in dem sich in Arbeit befindenden Bericht in Erfüllung von Po. 24.3001 SPK-N, «Prüfung von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geleistet werden. Der Bericht soll 2026 abgeschlossen werden.

2022 M 22.3233 Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Marina Carobbio Guscetti)

In Folge des Postulats 20.3886 befinden sich verschiedene Massnahmen in der Umsetzung. Bezüglich Datengrundlagen wurden seitens BFS verschiedene Massnahmen geprüft und teilweise bereits umgesetzt, um die Integration der Perspektive von Menschen mit Behinderungen in die Bundestatistiken zum Thema Gewalt zu verbessern. Diese Arbeiten werden laufend fortgeführt. Mit verschiedenen Massnahmen wird zudem die Barrierefreiheit der nationalen Kampagne «Gleichstellung verhindert Gewalt» sichergestellt (barrierefreie Website, Informationen in Leichter Sprache und ggf. auch in Gebärdensprache). Die Erarbeitung eines Online-Hilfsmittels zur Gestaltung barrierefreier Beratungs- und Schutzangebote und Informationen für gewaltbetroffene Personen sowie für weitere Angebote im Bereich der Sozialberatung steht kurz vor dem Abschluss. Die Publikation der Website in den drei Amtssprachen ist für Anfang 2026 vorgesehen. Die SODK hat die Empfehlungen des Bundesrats an die Kantone bezüglich Verbesserungen im Bereich Opferhilfe und Meldewesen im institutionellen Bereich im Juni 2024 in einem Positionspapier aufgenommen. Die weitere Umsetzung erfolgt durch die SODK.

2022 M 22.3373 Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.020: Botschaft vom 20. Dezember 2024 zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Beseitigung der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen.

2023 M 22.4423 Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln und Packungsbeilagen soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen (Marcel Dobler)

Die für die Erfüllung der Motion notwendigen Anpassungen der Arzneimittel-Zulassungsverordnung (AMZV, SR 812.212.22) sind in Überarbeitung. Das Inkrafttreten ist für Ende 2026 vorgesehen.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.4451 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)

2021 M 20.4452 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)

2021 M 20.4463 24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)

Die für November 2025 geplante Inbetriebnahme der zentralen dreistelligen Telefonnummer für Opfer von Gewalt verschiebt sich um sechs Monate auf den 1. Mai 2026. Gründe für die Verzögerung sind einerseits rechtliche Herausforderungen (die notwendige Anpassung der entsprechenden Bundesratsverordnung durch das UVEK/BAKOM) sowie die hohe Komplexität der Implementierung auf technischer Ebene, insbesondere die geografische Zuordnung von Anrufen. Es ist vorgesehen, die zentrale dreistellige Telefonnummer im Rahmen der nationalen Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt bekannt zu machen.

2022 P 20.3820 Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes" (Angelo Barrile)

Die für Dezember 2025 geplante Verabschiedung des «Nationalen Aktionsplans gegen Hate Crimes gegenüber LGBTIQ-Personen 2026-2030» durch den Bundesrat verschiebt sich aus terminlichen Gründen auf anfangs 2026.

Bundesamt für Gesundheit

2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)

Die Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin (NEK) hat sich im Herbst 2020 zu verschiedenen ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit den Kosten von Arzneimitteln geäussert. Die entsprechenden Antworten werden künftig im Rahmen der Beurteilung von Arzneimitteln durch Fragestellungen zur Einhaltung ethischer Grundprinzipien berücksichtigt.

Zudem fliessen diese Erkenntnisse in die Weiterentwicklung von Preismodellen im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 und in die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln ein (Kosten/Nutzen; Budget Impact, Evidenz). Das Parlament hat die Beratung des Kostendämpfungspakets 2 im März 2025 abgeschlossen. Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Preisfestsetzung von Arzneimitteln auf Verordnungsstufe wurden an die Hand genommen. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für Anfang 2026 vorgesehen. Der Bundesrat plant zudem, den Bericht in der Erfüllung des Postulates 11.3218 im 2027 zu verabschieden.

2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)

Die Möglichkeit der Spitäler, im Rahmen ihrer Leistungserbringung zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung so genannte Effizienzgewinne erzielen und einbehalten zu dürfen, wurde durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt. Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) wurde 2020 durchgeführt (www.bag.admin.ch > Politik & Gesetze > Rechtsgrundlagen > Gesetzgebung Versicherungen > Gesetzgebung Krankenversicherung > laufende Rechtsetzungsprojekte > Änderung der KVV: Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifiermittlung). Nach Auswertung der Vernehmlassung wurde die Frage der Tarifiermittlungsgrundsätze für eine vertiefte Analyse im Austausch mit den Stakeholdern zurückgenommen. Es fanden zwei runde Tische unter Leitung des Bundesamts für Gesundheit statt. In Folge dieser Austausche haben die Tarifpartner ein Projekt zur Ausarbeitung eines Modells zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Kosten der Spitäler lanciert und ein externes Büro mit der Erarbeitung eines Modells beauftragt. Konkrete Resultate sollen vor der Sommerpause 2026 vorliegen. Da die Arbeiten an der Verordnung parallel zu diesem Projekt laufen, soll dem Bundesrat voraussichtlich Ende 2026 eine konkrete Vorlage unterbreitet werden.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)

Die Arbeiten zur Änderung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR 832.102.4) wurden in Anbetracht laufender Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet, sistiert. Aufgrund dringlicher Arbeiten zur Bewältigung der Covid-19-Krise musste die Aufnahme der Arbeiten in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ausgesetzt werden. Im Jahr 2023 wurden die Arbeiten wieder aufgenommen und im September Lösungsansätze mit den Stakeholdern besprochen. Die Umsetzung hängt von den Massnahmen der betroffenen Stakeholder ab, welche im Rahmen der Umsetzung der Motion 23.3014 «Nationaler Krebsplan» der SGK-S weiter vertieft werden. Die Arbeiten zum nationalen Krebsplan wurden 2025 aufgenommen und eine Verabschiedung durch den Bundesrat ist im zweiten Halbjahr 2026 geplant.

2017 P 15.3464 Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)

2018 P 17.4160 Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)

2019 P 19.3423 Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2024 P 24.3029 Interkantonale Spitalplanung für eine bessere und effizientere Versorgung (Wyss [Gartmann])

2025 P 23.4275 Für eine Westschweizer Gesundheitsregion (de Montmollin)

Die Frage der Rollen der Kantone wurde in unterschiedlichem Kontext aufgenommen. Mit der Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) soll künftig kein Anreiz mehr bestehen, stationäre oder ambulante Leistungen zu bevorzugen (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen). Die Wettbewerbsverzerrung zwischen ambulanten und stationären Leistungen wird damit behoben. Zudem erhielten mit der Änderung vom 30. September 2022 des KVG; (AS 2023 630; Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b) die Versicherer ein Beschwerderecht gegen Beschlüsse der Kantonsregierungen zur Planung der Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime. Derzeit wird zudem ein umfassender Bericht zu den Investitionen der Schweizer Spitäler und zur kantonalen Spitalplanung erarbeitet. Neben den aufgeführten Postulaten sollen dabei auch die Postulate 23.4275 de Montmollin «Für eine Westschweizer Gesundheitsregion» und 24.3029 Wyss «Interkantonale Spitalplanung für eine bessere und effizientere Versorgung» beantwortet werden. Der Bericht soll dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2026 vorgelegt werden.

2018 P 17.4182 Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)

Der Bundesrat hat im Rahmen seines Kostendämpfungsprogrammes zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung das Thema der angemessenen Versorgung aufgenommen und entsprechende Ressourcen für das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gesprochen. Im Jahr 2020 wurden diesbezüglich konzeptuelle Arbeiten zur Projektplanung aufgenommen, mussten aber wegen dringlicheren Geschäften zur Bewältigung der Covid-Krise im 2021 und 2022 wieder sistiert werden. 2024 hat das BAG die Beantwortung des Postulats im Rahmen der Initiative «angemessene Patientinnen- und Patientenversorgung» wieder aufgenommen. Gemeinsam mit den betroffenen Kreisen wurde eine Auslegeordnung der bereits laufenden Aktivitäten der Stakeholder zur angemessenen Patientinnen- und Patientenversorgung vorgenommen und in einem Masterplan aufgezeigt. Dieser wird anfangs 2026 publiziert. Das BAG analysiert derzeit die Thematik der Zweitmeinung separat. Der Bericht in Erfüllung des Postulates soll 2027 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2018 P 18.3602 Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)

2023 M 22.3163 Stärkung der digitalen Kompetenzen von Gesundheitsfachpersonen (Andri Silberschmidt)

2023 P 23.3292 Wie wirken sich Temporärpflegefachkräfte auf Spitäler und Arbeitsplätze aus? (Emmanuel Amoos)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.054: Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege sowie zur Änderung des Gesundheitsberufegesetzes wurde vom Bundesrat am 21. Mai 2025 ans Parlament überwiesen.

2019 M 18.3512 Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)

2020 M 19.4119 Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)

2022 M 20.3209 Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Damian Müller)

2023 M 20.3770 Einführung eines E-Rezepts (Regine Sauter)

2023 M 21.3294 Erstellen und Bewirtschaften von Medikationsplänen zur Erhöhung der Medikationsqualität und Patientensicherheit von polymorbiden Patientinnen und Patienten (Hans Stöckli)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.074: Botschaft zur Änderung des Heilmittelgesetzes. Die Botschaft wurde am 3. September 2025 überwiesen und die parlamentarische Beratung begann am 31.10.2025.

2020 M 19.3703 Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)

Der Bundesrat wird im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 die Möglichkeit der Umsetzung von Preismodellen stärken. Mit Preismodellen können neben der Preisfestsetzung auch Prävalenz resp. Menge und Kosten, sowie der Nutzen von Arzneimitteln besser berücksichtigt werden. Das EDI (Bundesamt für Gesundheit) hat diese Regelungen in die Ausführungsverordnungen (KVV, KLV) ausgeführt, indem die bestehenden Preisfestsetzungskriterien durch weitere von der Motion geforderten Elemente (Kosten/Nutzen, Budget Impact) ergänzt wurden. Das Verordnungspaket befindet sich aktuell in der Ämterkonsultation, die Vernehmlassung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2026 eröffnet.

2020 M 19.3743 Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)

Die Abschreibung dieser Motion wurde von beiden Räten in der Sommer- und Herbstsession 2024 abgelehnt. Von beiden Räten wurde verlangt, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben, bis besser dargelegt wird, wie das Programm umgesetzt wird und welche Konkretisierungen es gibt.

Bis Mitte 2025 werden die Umsetzungsschwerpunkte sowie die prioritären Umsetzungsmassnahmen bis 2030 in Zusammenarbeit mit den Kantonen festgelegt. Bis Ende 2025 wird gemeinsam mit den Kantonen und weiteren Stakeholdern ein Governance-Prozess und eine Governance-Struktur zur koordinierten Programmumsetzung aufgebaut. Mit den für das Jahr 2025 geplanten Arbeiten soll die Motion anschliessend erneut zur Abschreibung beantragt werden.

2020 P 19.4278 Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)

Das Postulat soll im Rahmen der zweiten Etappe zur Umsetzung der Pflegeinitiative erfüllt werden. Konkret sind zwei Gesetzesänderungen vorgesehen. Die Änderung des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG, SR 811.21) sieht vor, zu reglementieren, welche Bildungsabschlüsse für die Ausübung der Tätigkeit als Pflegeexpertin bzw. Pflegeexperte APN in eigener fachlicher Verantwortung berechtigen. Der Bundesrat hat die Botschaft am 21. Mai 2025 ans Parlament überwiesen. Gemäss Auftrag des Bundesrates vom 8. Mai 2024 wird das EDI dem Bundesrat zudem bis Mitte 2026 einen Vorschlag zur Reglementierung der Kostenübernahme für Leistungen von Pflegeexpertinnen und Pflegeexperten APN im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10) unterbreiten.

2020 M 20.3166 Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Auf der Grundlage des Berichtes «Versorgungsengpässe mit Humanarzneimitteln in der Schweiz: Situationsanalyse und zu prüfende Verbesserungsmassnahmen» verabschiedete der Bundesrat in mehreren Schritten im April 2023, Januar und August 2024 ein Massnahmenbündel zur Stärkung der Versorgungssicherheit. Die Umsetzung erfolgt in den dafür zuständigen Departementen und Verwaltungseinheiten. Ein Teil der Umsetzung sieht heilmittelrechtliche Anpassungen zur Stärkung der Versorgungssicherheit in den Bereichen des Marktzutritts und Eigenherstellung durch den Bund vor, welche dem Bundesrat bis Mitte 2026 zur Vernehmlassungseröffnung beantragt werden.

Gleichzeitig mit dem Bundesratsbeschlüssen vom August 2024, nahm der Bundesrat davon Kenntnis, dass das EDI, in Zusammenarbeit mit dem WBF, eine Expertengruppe Versorgungssicherheit (EGV) einsetzt, um weitere Massnahmen zu eruieren. Die Expertengruppe konzentrierte ihre Überlegungen auf die Erarbeitung von Vorschlägen, die insgesamt die Markthürden für niedrigpreisige Arzneimittel ohne Patentschutz und Generika senken sollen. Die Expertengruppe hat ihre Arbeiten mit einem Bericht abgeschlossen. Im Oktober 2025 wurde der Bundesrat über die Ergebnisse der EGV informiert und der EGV-Fachbericht publiziert. Im März 2026 soll der Bundesrat über das weitere Vorgehen entscheiden.

2020 P 20.3241 Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)

Die «Impfstoffstrategie 2035», die Strategie zur langfristigen Förderung der Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen wurde am 29. November 2023 verabschiedet und sieht Möglichkeiten zur Förderung der Erforschung und

Entwicklung von Pandemieimpfstoffen sowie den Abschluss von sogenannten Reservationsverträgen mit Impfstoffanbietern vor. Reservationsverträge zum raschen Schutz der Schweizer Bevölkerung im Falle einer Pandemie stehen derzeit im Fokus der Arbeiten. Das Konzept für eine risikodiversifizierte und redundante Absicherung mit Impfstoffen, um den Schutz der Schweizer Bevölkerung mit Impfstoffen in einer nächsten Pandemie zu verbessern ist in Bearbeitung. Für die nächsten Schritte braucht es teils erhebliche finanzielle Mittel, teils die zusätzlichen Möglichkeiten der Revision des Epidemiengesetzes.

Parallel dazu wird im Projekt «Pandemieversorgung» basierend auf dem Bundesratsbeschluss vom 21. August 2024, an der Umsetzung von sechs Lösungsansätzen entlang des gesamten Versorgungsablaufs gearbeitet, um auf eine kommende Pandemie besser vorbereitet zu sein. Bis Ende 2025 wurde eine Liste medizinischer Güter, die in einer Pandemie wichtig sind, erarbeitet. Die Liste dient als Grundlage für ein Monitoring des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung und die weiteren Lösungsansätze.

2021 M 18.4210 Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat zur Einschätzung des Handlungsbedarfs im Jahr 2020 ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Das Gutachten «Berichtssysteme in Spitälern – Rechtsfragen rund um den Schutz von Berichts- und Lernsystemen in Spitälern vor gerichtlichem Zugriff» von Prof. Th. Gächter und Prof. K. N. Vokinger der Universität Zürich liegt vor (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Qualitätsentwicklung in der Schweiz). Die Thematik wurde zudem im Rahmen der Arbeiten zum Postulat 20.3463 RK-S, «Redlichkeitskultur im Schweizer Recht» aufgenommen.

Im Rahmen der Vierjahresziele des Bundesrates 2022-2024 hat die Eidgenössische Qualitätskommission (EQK) die Stiftung Patientensicherheit Schweiz zudem mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Just Culture beauftragt. Die EQK hat aus den Ergebnissen Empfehlungen an das BAG formuliert. Im 1. Halbjahr 2026 wird evaluiert, wie Personen und / oder Systeme vor Strafverfolgung geschützt werden können. Auf Basis der Berichte und Empfehlungen wird das weitere Vorgehen definiert.

2021 P 19.3318 Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)

Im Rahmen des Kostendämpfungspakets 2 werden die Fragen des Postulats grösstenteils aufgenommen und soweit wie möglich berücksichtigt. Das Parlament hat das Paket am 21. März 2025 verabschiedet. Mit dem neuen Artikel 52b nKVG wurden insbesondere die rechtlichen Grundlagen für Rückerstattungen (Preismodelle) geschaffen. Das Bundesamt für Gesundheit beabsichtigt, für die entsprechenden Änderungen in den Ausführungsbestimmungen (KVV und KLV) nach entsprechendem Beschluss des Bundesrates im Verlaufe des ersten Quartals 2026 ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

2021 M 19.3861 One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)

2020 P 20.3453 Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2020 P 20.4153 Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)

2021 M 20.3263 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

2021 M 20.3282 Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlín)

2021 P 21.3195 Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)

2022 M 20.4702 Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Marcel Dobler)

2022 M 21.3698 Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Eva Herzog)

2023 P 22.4271 Institutionalisierung des Abwassermonitorings und der Sequenzierung der Krankheitserreger für eine sichere Schweiz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.069: Botschaft zur Teilrevision des Epidemiengesetzes.

2021 M 19.3955 Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2022 M 22.3015 Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

2023 P 23.3674 Schnellere Einführung des elektronischen Patientendossiers (Erich Ettlín)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.082: Botschaft vom 5. November 2025 zum Bundesgesetz über das elektronische Gesundheitsdossier.

2021 P 19.4174 Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)

Das EDI hat im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert. In Zusammenarbeit mit den Akteuren des Bereichs Grundversorgung sollen Handlungsbedarf und Massnahmenvorschläge erarbeitet werden, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Unter anderem soll eine ausreichende Versorgung mit Haus- und Kinderärzten sichergestellt werden. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der «Agenda Grundversorgung» erfüllt. Erste Vorarbeiten wurden umgesetzt: So wurde im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) eine Studie zum Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendmedizin erarbeitet und im Frühjahr 2025 publiziert. Zudem findet eine enge Abstimmung mit den bereits laufenden Aktivitäten in den

Bereichen kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung und Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit im BAG und unter Einbezug der Akteure statt.

2021 M 21.3453 Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Abschreibung dieser Motion wurde von beiden Räten in der Sommer- und Herbstsession 2024 abgelehnt. Dem Bund fehlen für die vollständige Umsetzung der Motion die Kompetenzen. So fallen die medizinische Begleitung von Long-Covid-Fällen in den Aufgabenbereich der Gesundheitseinrichtungen und die Erarbeitung von entsprechenden Diagnose- oder Therapieempfehlungen in die Zuständigkeit ärztlicher Fachgesellschaften. Aufgrund der angespannten Situation des Bundeshaushaltes verfügt der Bundesrat zudem über keine Möglichkeit, die Forschung im Bereich der Post-Covid-19-Erkrankung gezielt zu fördern. Der Bundesrat ist jedoch bereit, die Umsetzung des Anliegens im Rahmen der Arbeiten in Erfüllung der Motion 24.4452 Hess Lorenz «Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid» nochmals zu prüfen. Der Entwurf der Strategie sollte im ersten Halbjahr 2027 vorliegen.

2022 M 19.3005 Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

In seiner Stellungnahme zur Motion 19.3005 SGK-N hat der Bundesrat das Bundesamt für Gesundheit beauftragt, eine Gesamtbetrachtung der Gesamtkosten der ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21) hinsichtlich der Neugestaltung der Medikamenteneinteilung vorzunehmen und zu prüfen, wo durch punktuelle Anpassungen Optimierungen vorgenommen werden können. Die Resultate dieser Gesamtkostenbetrachtung inklusive Optimierungsvorschläge wurden im Bericht «Gesamtbetrachtung der Gesamtkosten der ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes hinsichtlich der Neugestaltung der Medikamenteneinteilung» zusammengefasst und vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. Februar 2025 angenommen. Der Bundesrat gab dem EDI drei weiterführende Massnahmen, die die erleichterte Abgabe umgeteilter Arzneimittel durch Apotheken fördern, zur Umsetzung bis Ende 2026 in Auftrag.

2022 M 19.3221 Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Bea Heim [Angelo Barrile])

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. August 2024 ein Massnahmenpaket diskutiert und verschiedene Umsetzungsaufträge erteilt, welche die Anliegen der Motionärin erfüllen. Die Grundlage bildete der Schlussbericht einer dafür eingesetzten Interdisziplinären Arbeitsgruppe. Bei den erteilten Umsetzungsaufträgen handelt es sich um strukturelle Massnahmen, die auf alle Arzneimittelgruppen wirken (z.B. Impfstoffe, Antibiotika) und die Versorgung mit Arzneimitteln stärken sollen. Die Umsetzungsaufträge sehen rechtliche Anpassungen im Bereich der Marktzulassung vor, wie beispielsweise die Ausweitung der Einfuhrbestimmungen nach Art. 9b und 20 Heilmittelgesetz (HMG; SR 812.21) sowie Vereinfachungen bei der erleichterten Zulassung von Arzneimitteln nach Art. 14 HMG. Zu den geplanten Änderungen soll Mitte 2026 die Vernehmlassung eröffnet werden (HMG-Revision 3b).

Bei bevorstehenden oder bestehenden Versorgungsengpässen spezifisch bei Impfstoffen übernimmt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Erstellung von Ersatz Impfpfehlungen zusammen mit der EKIF und gegebenenfalls medizinischen Fachgesellschaften, und publiziert diese anschliessend auf der BAG-Homepage (www.bag.admin.ch > Impfstoffversorgung). In Situationen, in welchen der Bedarf an Impfdosen in der Schweiz nicht mehr durch den Markt und/oder die Bestände aus den Pflichtlagern abgedeckt werden kann, kommen vorübergehende Ersatz-Impfpfehlungen zum Tragen.

2022 M 19.4134 Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Verena Herzog)

Auch zukünftig eine ausreichende Versorgung mit Haus- und Kinderärztinnen sicherstellen zu können, ist eine der zentralen gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Diese erfordert breit angesetzte Anstrengungen, weshalb das EDI im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert hat. In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Grundversorgung sollen Handlungsbedarf und Massnahmenvorschläge erarbeitet werden, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Die Motion soll im Zuge der «Agenda Grundversorgung», über die der Bundesrat voraussichtlich im Jahr 2026 entscheiden wird, erfüllt werden.

2022 M 20.3211 Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Damian Müller)

Die Motion zielt darauf ab, die Versorgungsquellen für Medizinprodukte über die Europäische Union hinaus zu erweitern, insbesondere auf Medizinprodukte, die bereits in den USA auf dem Markt sind. Am 30. April 2025 wurde dem Bundesrat ein Aussprachepapier mit verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten unterbreitet. Der Bundesrat hat entschieden, dass in den USA marktfähige Medizinprodukte gewisse Voraussetzungen erfüllen sollen, um in der Schweiz in Verkehr gebracht werden zu können. Diese Voraussetzungen für die Marktfähigkeit in der Schweiz sollen von unabhängigen, privaten Stellen in einem vereinfachten Konformitätsbewertungsverfahren kontrolliert werden. Für die Marktüberwachung der Produkte ist Swissmedic zuständig.

Die Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitenden vom Bundesamt für Gesundheit, Swissmedic, Staatssekretariat für Wirtschaft und EDA erarbeitet zurzeit die notwendigen Anpassungen auf Verordnungsstufe.

2022 P 20.3700 Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Judith Bellaiche)

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Projekts «Datenraum für die gesundheitsbezogene Forschung (DgF)» bearbeitet, das sich zentral um die Schaffung der Voraussetzungen für eine sichere und rechtskonforme Weiterverwendung/Sekundärnutzung von persönlichen Daten kümmert. Das Projekt DgF ist Teil des Pakets IV «Sekundärnutzung für Planung, Steuerung und Forschung» des Programms DigiSanté (2025-2034) (vgl. 23.076 Programm zur Förderung der digitalen

Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté)). Als Grundlage für die weiteren Arbeiten wurden in zwei Studien der Begriff und das Konzept der «Datenspende» geklärt und Fragen zu Public Trust untersucht.

Diese Vorarbeiten fliessen in die laufenden Arbeiten des Projekts zum neuen Bundesgesetz über den digitalen Datenraum Gesundheit (BDG) ein. Die Überweisung der Botschaft ans Parlament zu diesem Gesetzgebungsprojekt ist auf spätestens 2028 geplant.

2022 M 21.3957 Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Erich Ettlin)

Die Umsetzung des Programms «Digisanté» (23.076) startete anfangs 2025. Mit dem Programm werden die meisten der in der Motion genannten Punkte aufgegriffen. Mit den vier strategischen Zielen digitalisieren, orchestrieren, standardisieren und verankern werden die Leitplanken für einen medienbruchfreien Datenfluss in den Bereichen Versorgung, Abrechnung, Behördenleistungen sowie Sekundärnutzung von Gesundheitsdaten geschaffen.

Der enge Einbezug der relevanten Akteure ist im Rahmen verschiedener Gremien (Branchengremium, Fachgruppe Datenmanagement im Gesundheitswesen, projektbezogene Fachgremien) gewährleistet. Zur Erarbeitung von regulatorischen Grundlagen wurde das Projekt zum neuen Bundesgesetz über den digitalen Datenraum Gesundheit gestartet. Die Überweisung der Botschaft ans Parlament zu diesem Gesetzgebungsprojekt ist auf spätestens 2028 geplant.

2022 M 21.3978 Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

2022 M 22.3379 Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung seltener Krankheiten (BSKG) vom 12. September bis am 12. Dezember 2025 durchgeführt. Der Vorentwurf schlägt eine rechtliche Grundlage für die Einrichtung, den Betrieb und die Finanzierung eines Registers für seltene Krankheiten, für die finanzielle Förderung der koordinierten Information über geeignete, spezialisierte Versorgungsstrukturen zur Bekämpfung seltener Krankheiten und für die finanzielle Förderung der Informations- und Beratungstätigkeit öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Organisationen zu seltenen Krankheiten vor. Die Verabschiedung der entsprechenden Botschaft ist für das 2. Halbjahr 2026 geplant.

2022 M 21.4341 Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 29. Januar 2025 entschieden, das Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG, SR 810.11) umfassend zu überarbeiten, um es den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Im Zentrum steht die Zulassung der Eizellenspende, wie sie das Parlament mit der Motion «Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren» verlangt. Der Bundesrat hat dazu die Eckwerte festgelegt. Er schlägt zudem vor, die Ei- und Samenzellenspende auch unverheirateten Paaren zu ermöglichen. Des Weiteren sollen die Erkenntnisse aus der Evaluation des FMedG berücksichtigt werden, die im Sommer 2024 abgeschlossen wurde. Der Bundesrat hat das EDI beauftragt, bis Ende 2026 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2022 M 21.4373 Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Andri Silberschmidt)

Die Umsetzung des Programms «Digisanté» (23.076) startet anfangs 2025. «Digisanté» fördert die Umsetzung des Gesundheitsdatenraums Schweiz und etabliert digitale und standardisierte gesundheitsbezogene Behördenleistungen beim Bund. Zudem sollen die Festlegung von Standards und Interoperabilitätsvorgaben sowie die Bereitstellung notwendiger Infrastrukturkomponenten und Services nahtlose und flächendeckende Datenflüsse hinsichtlich der relevanten Versorgungs- und Abrechnungsprozesse ermöglichen. Diese Arbeiten inkludieren auch die Prüfung über die Einführung eines eindeutigen Identifikators. Unter Einbezug von Behördenstellen auf Ebene des Bundes und der Kantone sowie weiterer Akteure im Gesundheitswesen wurde ein Konzept erarbeitet, welches für die verschiedenen Anwendungsfälle die bestehenden Personenindikatoren bzw. das Fehlen dieser aufzeigt und eine für alle Anwendungsfälle kohärente Lösung vorschlägt. Diese Vorarbeiten fliessen in die laufenden Arbeiten des Projekts zum neuen Bundesgesetz über den digitalen Datenraum Gesundheit ein. Die Überweisung der Botschaft ans Parlament zu diesem Gesetzgebungsprojekt ist auf spätestens 2028 geplant.

2022 M 21.4374 Einführung einer digitalen Patientenadministration (Andri Silberschmidt)

Die Umsetzung des Programms «Digisanté» (23.076) startet anfangs 2025. Der im Programm vorgesehene Aufbau eines Schweizer Gesundheitsdatenraums wird dazu beitragen, dass auch Prozesse rund um die Patientenadministration in Zukunft vernetzt digital abgewickelt werden können. Das Projekt Gesundheitsdatenraum Schweiz wurde Anfang 2025 initialisiert. Gemeinsam mit der Branche werden Zielbilder für Ende-zu-Ende digitalisierte Behandlungs- und Vergütungsprozesse definiert. Zudem wird eruiert, welche Basisdienste prioritär aufgebaut werden sollen. Das Projekt geht 2026 in die Umsetzungsphase.

2022 P 21.4474 Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (Erich von Siebenthal)

Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Beantwortung der im Postulat gestellten Fragen liegen vor. Der darauf aufbauende Bericht in Erfüllung des Postulats wird in Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Gesundheit, Bundesamt für Justiz und dem eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau erstellt und dem Bundesrat voraussichtlich im 1. Quartal 2026 unterbreitet.

2023 P 21.4115 Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie aufzeigen und Sparpotenzial nutzen (Susanne Vincenz-Stauffacher)

Aufgrund der eingeschränkten Ressourcenlage beim Bundesamt für Gesundheit und Priorisierung anderer Gesetzesprojekte (KVG-Änderung zum Kostendämpfungspaket 2 sowie deren Ausführungsrecht) konnte die Bearbeitung des Postulats noch nicht begonnen werden. Eine Bearbeitung ist ab 2027 geplant.

2023 P 21.4226 Die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum und in den Berggebieten sicherstellen (Christine Bulliard-Marbach)

Das EDI hat im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert. In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Grundversorgung wurden Massnahmenvorschläge erarbeitet, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Der Bericht inkl. der vorgesehenen Massnahmen wurde im Dezember 2025 veröffentlicht. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der «Agenda Grundversorgung» erfüllt.

2023 M 22.3372 Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Parlament hat am 22. Dezember 2023 eine KVG-Änderung zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen verabschiedet (BBl 2024 31; Einheitliche Finanzierung der Leistungen). Am 24. November 2024 hat auch die Stimmbevölkerung die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung angenommen. Die Umsetzung der Gesetzesänderungen wird in zwei Schritten geschehen. Ab 1. Januar 2028 werden alle ambulanten und stationären Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von Versicherern und Kantonen nach gleichem Verteilschlüssel finanziert. Ab 1. Januar 2032 sollen dann auch die Pflegeleistungen nach dem neuen Verteilschlüssel finanziert werden. Die vom Vorstoss geforderte Evaluation der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG, wird erst in den Jahren nach der vollumfänglichen Einführung der einheitlichen Finanzierung durchgeführt werden können.

2023 P 22.3671 Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung (Flavia Wasserfallen)

Die notwendigen Vorarbeiten und Analysen wurden abgeschlossen. Der Bericht wird im ersten Quartal 2026 dem Bundesrat unterbreitet.

2023 M 22.3859 Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten (Erich Ettlín)

Mit der Botschaft zum Verpflichtungskredit für das Programm «Digisanté» (23.076) wurde dem Parlament bereits ein erster Plan zur Umsetzung der Motion Ettlín 21.3957 "Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen!" vorgelegt. Die Umsetzung des Programms startete anfangs 2025. Dem Parlament wurde im September 2025 das erste Mal Bericht über den Stand der Arbeiten erstattet. Die nächste Berichterstattung ans Parlament findet im September 2026 statt.

Der Auftrag gemäss Ziffer 2 im ersten Satz war vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung umzusetzen. Der zweite Satz fiel in die Zuständigkeit des BAG.

Das Rechtssetzungsprojekt zur obligatorischen Anbringung und Überprüfung der individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf Humanarzneimittelverpackungen wurde im Rahmen einer Ordnungsrevision umgesetzt. Die Vernehmlassung dazu lief vom 6. Mai - 27. August 2025 und wurde durch das EDI eröffnet. Insgesamt nahmen 67 Akteure an der Vernehmlassung teil. Lediglich 11 Stakeholder befürworteten das Obligatorium, 31 äusserten sich kritisch und 25 lehnten die Verordnung mitsamt Obligatorium vollständig ab.

Angesichts des deutlichen Widerstands wurden intern verschiedene Varianten zur Weiterführung des Projekts geprüft, einschliesslich der Möglichkeit, die Motion ohne Erfüllung des Auftrags abzuschreiben. Eine parlamentarische Beratung wäre frühestens im Sommer 2026 möglich.

2023 M 22.3869 Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das NFP 83 bietet den Rahmen für die gezielte Erforschung von frauenspezifischen Krankheiten. Die Eidgenössische Qualitätskommission (EQK) wurde im Bericht zur Erfüllung des Postulates 19.3910 Fehlmann Rielle «Gesundheit der Frauen. Bessere Berücksichtigung ihrer Eigenheiten» beauftragt, frauenspezifischen Bedürfnissen bei der Durchführung von Programmen und der Unterstützung von Projekten Rechnung zu tragen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden den Fachgesellschaften zwecks Erstellung von Guidelines zur Verfügung gestellt.

2023 P 22.4047 Drug Checking in der Schweiz. Mit welchen Massnahmen kann das bestehende Angebot unterstützt und verbessert werden? (Fabian Molina)

Die notwendigen Vorarbeiten und Analysen wurden abgeschlossen. Der Bericht wird im zweiten Quartal 2026 dem Bundesrat unterbreitet.

2023 P 23.3009 Strategie für die frühzeitige Erkennung von Endometriose (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Die notwendigen Vorarbeiten und Analysen wurden abgeschlossen. Der Bericht wird dem Bundesrat im zweiten Quartal 2026 unterbreitet.

2023 P 23.3496 Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Grundlagen, die für die Beantwortung des Postulats nötig sind, zusammengetragen. Unter anderem wurde ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben und ein Workshop mit betroffenen Organisationen durchgeführt.

Der Bericht zur Beantwortung des vorliegenden Postulats ist zurzeit in Erarbeitung und wird voraussichtlich bis Mitte 2026 dem Bundesrat unterbreitet.

2023 P 23.3505 Beitritt zur Beneluxa-Initiative (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das Bundesamt für Gesundheit hat die Grundlagen, die für die Beantwortung des Postulats nötig sind, zusammengetragen. Derzeit wird ein Bericht zur Beantwortung des Postulats erarbeitet. Der Bericht soll in der zweiten Jahreshälfte 2026 dem Bundesrat vorgelegt werden.

2023 P 23.3675 Unabhängige Aufarbeitung der Corona-Krise nach Public Health. Grundsätzen (Ruedi Noser)

Der Bundesrat zieht aus der Covid-19-Pandemie systematisch Lehren und lässt diese in verschiedene Arbeiten einfließen. Die Botschaft zur Teilrevision des Epidemiengesetzes wurde inzwischen dem Parlament überwiesen, und der revidierte Pandemieplan ist bereits publiziert. Das Nationale Forschungsprogramm NFP 80 liefert laufend neue Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Pandemie, die endgültigen Resultate werden bis Frühling 2026 vorliegen; anschliessend wird der Bundesrat bis Ende 2026 prüfen, ob und inwieweit noch Lücken bestehen und entscheiden, ob aufgrund der neuen und zusätzlichen Erkenntnisse weiterer Handlungsbedarf besteht.

2023 P 23.3678 Wie kann dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten sowie Ärztinnen und Ärzten in bestimmten Fachgebieten sofort begegnet werden, insbesondere in bestimmten Regionen der Schweiz? (Charles Juillard)

Das EDI hat im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert. In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Grundversorgung wurden Massnahmenvorschläge erarbeitet, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Der Bericht inkl. der vorgesehenen Massnahmen wurde im Dezember 2025 veröffentlicht. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der «Agenda Grundversorgung» erfüllt.

2023 P 23.3864 Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vermeiden wir einen Mangel an Lösungen! (Baptiste Hurni)

Das EDI hat im Herbst 2024 die Erarbeitung der «Agenda Grundversorgung» lanciert. In Zusammenarbeit mit den Akteuren der Grundversorgung wurden Massnahmenvorschläge erarbeitet, um die Grundversorgung in allen Regionen zu stärken. Der Bericht inkl. der vorgesehenen Massnahmen wurde im Dezember 2025 veröffentlicht. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der «Agenda Grundversorgung» erfüllt.

2023 P 23.3965 Stärkung von Aufsicht und Kontrolle über biologische Hochsicherheitslabore (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Zusammen mit den Kantonen wurden verschiedene Arbeiten durchgeführt, um die Kontrollen der Hochsicherheitslabors zu vereinheitlichen und zu verstärken sowie die Aufsicht und Unterstützung des Vollzugs durch den Bund zu verbessern. In einem ersten Schritt wurde bei den fünfzehn Kantonen mit Hochsicherheitslaboratorien eine Umfrage durchgeführt, um eine Bestandesaufnahme hinsichtlich ihrer Kontrollpraxis, der interkantonalen Zusammenarbeit sowie der Ressourcenlage in den Kantonen zu erstellen. Auf dieser Grundlage wurde gemeinsam mit den Kantonen die Diskussion über verschiedene mögliche Massnahmen begonnen um einerseits die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Bund und Kantonen zu verstärken und andererseits die Frequenz und den Umfang der Kontrollen zu harmonisieren. Ein Entwurf eines neuen Formulars zur Erfassung der Kontrollen gemäss ESV und StFV spezifisch für Hochsicherheitslabors liegt vor und wird voraussichtlich ab 2026 für die Erfassung der Kontrollen verwendet werden. Schliesslich wurde das Weiterbildungsangebot für die kantonalen Fachstellen im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu Hochsicherheitslabors (Erfahrungsaustausch zum S3-Vollzug, Erfa S3) verstärkt und bereits zwei Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Die Ämterkonsultation für den Bericht ist Mitte 2026 vorgesehen.

2023 P 23.4004 Qualitätsentwicklung. Ein Zeitplan zur Steigerung der Transparenz im Gesundheitswesen (Fraktion RL)

Die Entwicklung von Qualitätsindikatoren und deren Veröffentlichung erfordert die Beteiligung aller Akteure auf sämtlichen Ebenen des Systems, den Aufbau digitaler Infrastrukturen sowie die Vereinfachung und Standardisierung der Datenerhebung. Es laufen intensive Arbeiten, die konkrete Ergebnisse liefern müssen, um die Forderung des Postulats zu erfüllen: Das BAG berechnet und veröffentlicht medizinische Qualitätsindikatoren sowohl für den Bereich der Schweizer Akutspitäler als auch für den Bereich der Pflegeheime. Das Kompetenzzentrum für Qualitätsmessungen in Spitälern und Kliniken (ANQ) veröffentlicht weitere Qualitätsindikatoren für die Bereiche Akutomatik, Rehabilitation und Psychiatrie. In seinen Vierjahreszielen hat der Bundesrat zwei entsprechende Ziele festgelegt: den Aufbau eines Monitoringsystems („Das nationale Monitoringsystem ist aufgebaut und wird betrieben“) sowie die Entwicklung eines nationalen Qualitäts-Dashboards („Eine Übersicht über den Wissensstand zur Qualität der Leistungen in der Schweiz ist öffentlich einsehbar“). Zudem hat die Eidgenössische Qualitätskommission (EQK) den Auftrag, Dritte mit der Erarbeitung neuer Qualitätsindikatoren sowie der Weiterentwicklung bestehender Indikatoren zu betrauen. Ergänzend dazu werden die Jahresberichte der Vertragspartner zusätzliche Informationen zur Qualitätsmessung liefern.

2023 P 23.4315 Allgemeine Bilanz über das Contact-Tracing in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

In enger Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der GDK und Vertretern der Kantonsärzte hat das BAG im Jahr 2025 mit einer Analyse der im Postulat aufgeführten Punkte begonnen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die während der Covid-19-Krise gewonnenen Erfahrungen sowie auf die aktuellen und künftigen Bedürfnisse auf kantonomer, interkantonomer und nationaler Ebene gelegt. Der Bericht soll 2026 fertiggestellt werden.

2023 P 23.4319 Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie DigiSanté und/oder bei der Revision des EPDG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Basierend auf den Sparmassnahmen des BAG (Verzicht auf die Sektion gesundheitliche Chancengleichheit) muss auf die geplante Erstellung des Grundlagenberichtes und damit auch des Postulatsberichtes verzichtet werden. Wie die Umsetzung aussehen soll, ist Stand heute noch offen, da der Bundesrat bereits in der Stellungnahme zum Postulat festgehalten hatte, dass diese Arbeiten «ausserhalb des Programms «DigiSanté», das an sich ein Infrastrukturprojekt ist, wie auch ausserhalb der Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG; SR 816.1) erfolgen.».

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011 Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat will die Unternehmen und die Bevölkerung durch wegfallende Datenlieferungen entlasten. Dazu hat er Pilotprojekte in die Wege geleitet, welche beim Bundesamt für Statistik (BFS) umgesetzt werden. Um doppelte Erhebungen zu verhindern (Once-Only-Prinzip), sind die Daten der Bundesverwaltung zu harmonisieren. Technisches Kernstück zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips ist eine öffentliche Plattform, welche Informationen zu den Daten der Bundesverwaltung publiziert (www.il4y.admin.ch). Deren Aufgaben werden im Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (Art. 14 EMBAG) geregelt (BBI 2022 805). Neben der Dokumentation der Datensammlungen sind dies ein Verzeichnis der elektronischen Schnittstellen sowie eine Übersicht über die elektronischen Leistungen der Behörden. Im Gremium Data Board Bund werden departementsübergreifend Fragen zum Datenmanagement koordiniert. Der Bundesrat hat das Gremium mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Wirkungszielsetzung mit einem Umsetzungsplan der Interoperabilität von Daten bis Ende 2026 beauftragt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Förderung des Once-Only-Prinzips auch nach Abschluss der Pilotprojekte Ende 2026 fortgeführt wird. Die Arbeiten werden eng mit der Strategie Digitale Bundesverwaltung koordiniert. Das BFS kann im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen laufende Vorhaben und andere Stellen unterstützen.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2020 M 19.3633 Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 eine Teilrevision der Kinder- und Jugendförderungsverordnung (KJFV, SR 446.11) in die Vernehmlassung geschickt. Mit der Revision wollte der Bundesrat auf dem Verordnungsweg die Kinderrechte stärken und bestehende Lücken im System schliessen, indem eine nationale Kinderrechtsinstitution mit unterstützenden und koordinierenden Aufgaben beauftragt wird (Bereitstellung von Fachwissen, Analysen zur Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz, Beratung von Behörden, Vernetzung der Akteure). Die Vernehmlassung dauerte bis am 29. März 2024. Die Vernehmlassungsvorlage wurde von den Teilnehmenden grossmehrheitlich kritisiert und abgelehnt. Es wurden daraufhin weitere Varianten ausgearbeitet und vertieft. Dem Bundesrat wird in der ersten Hälfte 2026 ein Aussprachepapier zum weiteren Vorgehen vorgelegt.

2021 M 20.3096 Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Unter der Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) werden gegenwärtig der Handlungsbedarf und der Handlungsspielraum für Anpassungen geprüft. Die Entwicklung des Gesetzes über Überbrückungsleistungen für Personen, die von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, verlief nicht gemäss Einschätzungen des Bundesrates. Nur sehr wenige Personen beziehen Leistungen. Die aktuellen Daten zeigen keine Doppelspurigkeiten mit den Branchenlösungen. Angesichts dessen soll die Motion im Rahmen der Gesamtevaluation des Gesetzes behandelt werden. Die entsprechenden Arbeiten werden im 2026 aufgenommen.

2021 M 21.3462 Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Vorbereitungsarbeiten für die nächste AHV-Reform sind im Gang. Gemäss Zeitplan wird die Botschaft für Ende 2026 erwartet. Die Eckwerte der Reform hat der Bundesrat am 26. November 2025 verabschiedet.

2021 P 21.3877 Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)

2021 P 21.3968 Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die drei unabhängigen Forschungsarbeiten wurden im Oktober 2023 abgegeben. Die sehr umfangreichen Arbeiten dienen als Grundlage für den Bericht des Bundesrates, den die Verwaltung derzeit erstellt. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im Frühjahr 2026 verabschieden

2022 M 20.4078 Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Andri Silberschmidt)

Diese Motion wird im Rahmen der nächsten AHV-Reform gemäss Mo. 21.3462 umgesetzt. Der Bundesrat hat die Grundzüge der Reform am 26. November 2025 festgelegt.

2022 P 21.4430 Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)

2023 P 22.4476 AHV-Renten für Ehepaare. Gleichberechtigung anstreben (Jean-Pierre Grin)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.035: Botschaft zur Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» vom 7. März 2025.

2022 P 21.4586 Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Barbara Gysi)

Das die Jahre 2023-2028 umfassende 4. Forschungsprogramm der IV (FoP4 IV) sieht im Rahmen der Auswertung der Änderung vom 19. Juni 2020 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (SR 831.20; AS 2021 705) auch die Analyse des linearen Rentensystems vor. Der Bundesrat wird die Resultate der im Postulat verlangten Analysen im Rahmen des FoP4 IV und nicht im Rahmen eines eigenen Berichts in Erfüllung des Postulats präsentieren. Diese Evaluationen brauchen jedoch Zeit, da frühestes 2027 verwertbare Daten vorliegen.

2022 P 22.3370 Care-Arbeit, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten AHV-Reform behandelt; die Vorbereitungen dazu laufen bereits. Der Bundesrat hat die Eckwerte der Reform am 26. November 2025 festgelegt.

2022 M 22.3792 Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion, Die Mitte, EVP.)

Punkt 1 wurde im Rahmen der Botschaft (23.016) zur Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Anpassung der Renten an die Teuerung) behandelt. Punkt 2 soll im Rahmen der nächsten AHV-Reform gemäss Mo 21.3462 umgesetzt werden. Der Bundesrat hat die Grundzüge der Reform am 26. November 2025 festgelegt.

2022 P 22.4262 Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Arbeiten sind im Gang. Ende 2023 wurde einem externen Forschungsbüro ein Auftrag erteilt, damit das Postulat teilweise beantwortet werden kann. Der Schlussbericht des Forschungsbüros lag erst Ende August 2025 vor, das heisst später als ursprünglich geplant. Der Bericht dient als Grundlage für die Ausarbeitung des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulats; der Bericht soll im ersten Halbjahr 2026 verabschiedet werden.

2023 M 21.4142 Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan (Josef Dittli)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.097: Botschaft zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes

2023 M 22.3389 Auch Nebenerwerbseinkommen ins BVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Die Motion möchte die berufliche Vorsorge für Arbeitnehmende mit mehreren Arbeitgebern verbessern. Für die Umsetzung der Motion wurde die Volksabstimmung vom September 2024 zur Reform der beruflichen Vorsorge abgewartet, die ebenfalls Massnahmen mit diesem Ziel vorsah. Nach Ablehnung der Reform reichten die Parlamentsmitglieder mehrere Vorstösse ebenfalls zu diesem Thema ein. Der Bundesrat hat diese Vorstösse alle im Postulatsbericht zum Postulat Rechsteiner 23.4168 «Situation der Mehrfachbeschäftigten in der 2. Säule verbessern» behandelt, so auch die Motion 22.3389. Der Bundesrat wird nun voraussichtlich im 2. Halbjahr 2026 eine Vorlage zur Umsetzung der Motion in die Vernehmlassung geben.

2023 M 22.3888 Keine Kürzung der Hilflosenentschädigung für Kinder, deren Eltern die Kosten des Heimaufenthalts selber tragen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Motion wurde umgehend im Rahmen einer Weisungsanpassung umgesetzt. Zwecks Rechtssicherheit werden die betreffenden Verordnungsbestimmungen in die nächste ordentliche Überarbeitung der IVV integriert.

2023 M 22.4256 Entschuldung der Invalidenversicherung, Rückzahlung des Darlehens an die AHV (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)

Der Bundesrat hat am 20. Juni 2025 die Grundzüge der nächsten IV-Revision beschlossen. Die Prüfung einer Zusatzfinanzierung sowie die Möglichkeiten zur Entschuldung werden im Rahmen dieser nächsten Revision, zusammen mit strukturellen Massnahmen behandelt. Die Leitlinien der Revision sollen Anfang 2026 durch den Bundesrat verabschiedet werden. Grund für die Verzögerung der Umsetzung der Motion ist die aufwändige Koordination zahlreicher finanzrelevanter Projekte und die Sicherstellung einer Gesamtsicht. Ein weiterer Grund für die Verzögerung ist dem Umstand geschuldet, dass die Motion im Rahmen der anstehenden IV-Revision umgesetzt werden soll. Am 19. Juni 2024 wurde die Subkommission 3 der Finanzkommission (FKNS3) über die Verzögerung und deren Gründe informiert.

2023 M 22.4261 Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine "smarte" Auswahl an Hilfsmitteln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Die Arbeiten sind im Gange und laufen parallel zu jenen zum Postulat Hurni 23.3167 *Koordinationsprobleme zwischen der IV und der AHV bei Hilfsmitteln. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlungen zu beseitigen!* Der Bericht des Bundesrates beziehungsweise die Änderung der Verordnung sollen im Laufe des Jahres 2026 verabschiedet werden.

2023 P 22.4430 Lebensarbeitszeit in der AHV (Ruth Humbel)

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten AHV-Reform behandelt; die Vorbereitungen dazu laufen bereits. Der Bundesrat hat die Eckwerte der Reform am 26. November 2025 festgelegt.

2023 P 23.3004 Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospiele (Mikrotransaktionen) (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Das BSV hat mit der Arbeit am Bericht im Juli 2024 begonnen und dafür eine Begleitgruppe eingesetzt, in der neben Expertinnen und Experten für den Jugendmedienschutz auch Vertreterinnen der Videospielebranche, des Bundesamts für Justiz und des Staatssekretariats für Wirtschaft vertreten waren. Auf dieser Basis werden mögliche Massnahmen geprüft. Der Bundesrat wird im zweiten Semester 2026 dazu seinen Bericht verabschieden.

2023 P 23.3011 BVG. Splitting der erworbenen Altersguthaben für Eltern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)

Das Postulat betrifft ein Thema, das Schnittstellen hat mit anderen laufenden Rechtssetzungsdossiers (z.B. PACS). Es ist deshalb eine Koordination mit dem Bundesamt für Justiz erforderlich. Der Postulatsbericht kann voraussichtlich im 2. Halbjahr 2026 verabschiedet werden.

2023 P 23.3167 Koordinationsprobleme zwischen der IV und der AHV bei Hilfsmitteln. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlungen zu beseitigen! (Baptiste Hurni)

Die Arbeiten sind im Gange und laufen parallel zu jenen zur Motion 22.4261 Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine «smarte» Auswahl an Hilfsmitteln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat). Der Bericht des Bundesrates beziehungsweise die Änderung der Verordnung sollen im Laufe des Jahres 2026 verabschiedet werden.

2023 P 23.3207 Artikel 64 AHVG. Zwingende Einhaltung der zugeteilten Rollen durch die kantonalen Ausgleichskassen (Thierry Burkart)

Die Arbeiten sind weit fortgeschritten. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im 1. Quartal 2026 verabschieden.

2023 P 23.3831 Stellung der Alleinlebenden in der Schweiz (Andrea Caroni)

Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange. Im Mai 2025 wurde ein externes Forschungsbüro mit einer rechtswissenschaftlichen Analyse sowie mit der Quantifizierung der Transfers und Belastungsrelation von Alleinlebenden im Vergleich zu anderen Haushaltstypen beauftragt. Der Schlussbericht des Forschungsbüros soll vor dem Sommer 2026 vorliegen und als Grundlage für den Bundesratsbericht in Erfüllung des Postulats dienen, der Ende 2026 verabschiedet werden soll.

2023 P 23.3962 Unterstützung für Frauen nach einer Fehl- oder Totgeburt (Josef Dittli)

Die Arbeiten sind im Gange. Eine Studie wurde erarbeitet; der Schlussbericht wird für Ende 2025 erwartet. Der Bericht des Bundesrates soll im Sommer 2026 verabschiedet werden.

2024 M 23.4041 Sozialversicherung. Umfassende und einheitliche Rechtsgrundlage für das elektronische Verfahren schaffen (eATSG) (Kuprecht [Friedli Esther])

2024 M 23.4435 AHV endlich digitalisieren (Rechsteiner Thomas [Friedli Esther])

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.075: Botschaft zum Bundesgesetz über die Informationssysteme in den Sozialversicherungen vom 12. September 2025.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2021 M 20.4267 Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion am 28. Mai 2025 die Änderung der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV; SR 817.02, AS 2025 369) verabschiedet. Die Änderung trat am 1. Juli 2025 in Kraft. Bei Lebensmitteln tierischer Herkunft nach Anhang 2 LGV ist ein entsprechender Hinweis auf die Herstellungsmethode anzugeben (Art. 36 Abs. 1 Buchstabe j LGV). Bei Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft hatte das Vernehmlassungsverfahren deutlich gezeigt, dass die Kennzeichnungspflicht für diese nicht umsetzbar ist. Das EDI wird prüfen, ob im Bereich der Deklaration von pflanzlichen Lebensmitteln Verbesserungen möglich wären.

2022 M 19.4083 Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Jacques Nicolet)

Der Bundesrat hat zur Umsetzung der Motion in der Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV; SR 817.022.16) vom 10. April bis zum 12. Juli 2024 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vernehmlassungsvorlage sah eine Anpassung der Regelung zur Angabe des Herkunftslandes von Zutaten vor. Das Ergebnis der Vernehmlassung hat gezeigt, dass die Umsetzung der Motion zu bedeutenden Handelshemmnissen gegenüber der EU führen und die Schweizer Lebensmittelwirtschaft stark belasten würde. Aufgrund dieser Ergebnisse verfolgt das EDI die Umsetzung aktuell nicht weiter. Die Umsetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt in Abhängigkeit zum Lebensmittelsicherheitsabkommen mit der EU geprüft.

2022 M 21.3691 Stopp dem Lebensmittelbetrug (Martina Munz)

2022 M 21.3903 Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Mike Egger)

2022 M 21.3936 Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Sophie Michaud Gigon)

Die Motionen sollen mit der Totalrevision des Lebensmittelgesetzes (LMG; SR 817.0) zur Umsetzung des mit der EU verhandelten Lebensmittelsicherheitsabkommens im Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» erfüllt werden. Der Bundesrat führte dazu vom 13. Juni bis 31. Oktober 2025 ein Vernehmlassungsverfahren durch. Er wird voraussichtlich im ersten Quartal 2026 eine Botschaft an das Parlament überweisen.

2022 M 21.4622 Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Martina Munz)

Die Grundlage für den Datenaustausch muss im Rahmen der nächsten Revision des Tierschutzgesetzes (TSchG; SR 455) geschaffen werden. Aufgrund der umfassenden Rechtsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Lebensmittelsicherheitsabkommen mit der EU im Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» konnten die Arbeiten dafür noch nicht begonnen werden.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

2021 M 21.3591 Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

2017 hat die Schweiz eine Verschärfung der Markeneintragungspraxis in China erreicht. Seither haben Markenregistrierungen, die sich unrechtmässig der Swissness bedienen, markant abgenommen. Um die Swissness-Durchsetzung im Markt zusätzlich zu erleichtern, exploriert die Schweiz im Rahmen des Dialogs über das geistige Eigentum mit China ein bilaterales Abkommen über den Schutz von geografischen Angaben und Herkunftsangaben. 2022 und 2023 führte die Schweiz zusätzlich vertiefte Expertengespräche über ein solches Abkommen. Dabei erwies sich 2024, dass in China noch keine genügende gesetzliche Grundlage besteht, aufgrund welcher über ein Abkommen geografische Angaben und insbesondere «Swiss» für Uhren und Kosmetika geschützt werden könnten. Somit bemühte sich die Schweiz 2025 im genannten Dialog, auf eine geeignete gesetzliche Grundlage hinzuwirken. Parallel erwirkte sie 2025 gegenüber Alibaba, dass die Schweizer Behörden direkt bei Swissness-Missbrauch auf deren Plattformen tätig werden können.

Die Durchsetzung von Markenrechten ist hingegen nicht Aufgabe des Staates, sondern der privaten Markeninhaberinnen. Die Schweiz thematisiert aber laufend mit China die Rahmenbedingungen für den Markenschutz, basierend auf konkreten Anliegen der Schweizer Wirtschaftskreise.

Per 1. Juli 2025 trat in der Schweiz das vereinfachte Verfahren zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht in Kraft. Diese Vorlage wird zu einer Effizienzsteigerung im Kampf gegen die Einfuhr gefälschter Waren führen.

2022 M 22.3014 Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Im Dezember 2025 ist das Trilogverfahren der EU zu einem vorläufigen Kompromiss gelangt, der noch vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union verabschiedet werden muss. Der Kompromiss sieht eine branchenspezifische Lösung zur Verbesserung der Transparenz bei Patenten im Bereich der Pflanzenzüchtung vor. Das IGE wird bis Ende 2026 einen Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes sowie eine Botschaft vorlegen.

Bundesamt für Justiz

2014 P 14.3782 Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)

2020 P 20.3797 Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)

Die Anliegen dieser drei Vorstösse sollen zusammen mit anderen Punkten in der nächsten Erbrechtsrevision behandelt werden. In Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten sind entsprechende Arbeiten in Gang. Diese erweisen sich als umfangreich und komplex. Der Bundesrat wird die Vernehmlassung zu dieser Vorlage voraussichtlich in der 1. Jahreshälfte 2026 eröffnen.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)

Die Stellungnahmen aus der Vernehmlassung wurden ausgewertet. Die finanziellen Auswirkungen der Revision bedürfen jedoch noch einer vertieften Prüfung. Entsprechend deren Ergebnis kann danach über das weitere Vorgehen entschieden werden.

2017 M 14.3801 Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)

2018 P 18.4004 Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)

Mit der Motion 14.3801 wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass wirksame Sanktionen bestehen, falls Reiseveranstalter und -vermittler ihre gesetzliche Sicherstellungspflicht verletzen. Mit dem Postulat 18.4004 wurde der Bundesrat zudem beauftragt, eine Anpassung des Bundesgesetzes über Pauschalreisen an die EU-Richtlinie 2015/2302 zu prüfen. Die Eröffnung der Vernehmlassung und Beantwortung des Postulates waren für 2020 geplant, die Corona-Pandemie und die Insolvenz eines grossen Reiseanbieters kurz zuvor haben nun jedoch neue Fragestellungen im Zusammenhang mit der Sicherstellungspflicht und der Pauschalreisegesetzgebung aufgeworfen. Zudem laufen derzeit Revisionsbestrebungen innerhalb der EU, die einen grossen Einfluss auf den Schweizer Markt haben dürften und die von den Vorstössen aufgeworfene Fragen betreffen. Es scheint derzeit kaum möglich oder sinnvoll, eine nachhaltige Position zu den Vorstössen im Reiserecht zu entwickeln. Sobald die Rechtentwicklung in der EU abgeschätzt werden kann, muss eine Neubeurteilung vorgenommen werden. Die entsprechenden Arbeiten der EU werden verfolgt, sie sind nach wie vor nicht abgeschlossen.

2018 M 18.3379 Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2019 M 18.3306 Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)

Die Schweiz beteiligt sich an den Arbeiten des Europarats für die Weiterentwicklung des Übereinkommens über die Cyberkriminalität (SR 0.311.43). Das mittlerweile erarbeitete zweite Zusatzprotokoll ist dabei noch nicht in Kraft getreten.

Daneben hat sich die Schweiz massgeblich an den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zu einem Übereinkommen gegen die Cyberkriminalität beteiligt. Das Übereinkommen wurde am 24. Dezember 2024 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und am 25. Oktober 2025 in Hanoi, Vietnam, zur Unterzeichnung durch die Staaten aufgelegt. Die Schweiz prüft den Inhalt auf seinen Mehrwert punkto Strafverfolgung und Zusammenarbeit und analysiert den Anpassungsbedarf im innerstaatlichen Recht. Das totalrevidierte Datenschutzgesetz (DSG) ist am 1. September 2023 in Kraft getreten. Neu verpflichtet das DSG Datenbearbeiter mit Sitz im Ausland, eine Vertretung in der Schweiz zu bezeichnen, wenn sie Personendaten von Personen in der Schweiz bearbeiten und diese Datenbearbeitung weitere Voraussetzungen erfüllt. Diese Regelung überschneidet sich mit dem Anliegen der Motion 18.3379. Es bleibt nun zu prüfen, wie sich die Vertretungspflicht für ausländische Datenbearbeiter in der Praxis entwickelt. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat ausserdem den US CLOUD Act und die e-Evidence-Gesetzgebung der EU analysiert, welche beide das Ziel haben, den grenzüberschreitenden Zugriff auf Daten als Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren zu vereinfachen. Im Rahmen von Berichten wurden die Auswirkungen auf die Schweiz und die Handlungsoptionen für die Schweiz aufgezeigt. Gestützt auf die Berichte wurde im ersten Halbjahr 2024 eine Konsultation zum weiteren Vorgehen durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse hat der Bundesrat am 9. April 2025 dem EJPD (BJ) den Auftrag erteilt, die Schaffung von Gesetzesgrundlagen für die effizientere Sicherstellung von elektronischen Beweismitteln zu prüfen und zu evaluieren, ob in diesem Bereich enger mit der EU zusammengearbeitet werden kann. Die entsprechenden Arbeiten (Erarbeitung Normkonzept) laufen im BJ und auch die exploratorischen Gespräche mit der EU-Kommission werden gemeinsam mit dem EDA STS geführt. Im ersten Halbjahr 2026 wird dem Bundesrat darüber berichtet und ggf. ein Verhandlungsmandat beantragt.

2019 M 16.3335 Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen (Martin Candinas)

2020 M 19.3694 Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)

2021 M 20.4035 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.065: Botschaft vom 14. August 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Betreibungsauuskunft, elektronische Zustellungen und Online-Versteigerung).

2019 M 18.3408 Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)

2021 M 21.3009 Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Die Motion SPK-N 21.3009 beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Änderung des Strafrechts vorzulegen, durch die 1. bei leichten, aber eindeutigen Fällen die Anordnung einer Landesverweisung per Strafbefehl ermöglicht wird, 2. eine notwendige Verteidigung nicht nur aufgrund der Tatsache, dass eine Landesverweisung angeordnet werden könnte, bestellt werden muss, und 3. die Katalogstraftaten in denjenigen Fällen präzisiert werden, bei denen besonders viele Bagatelldelikte auftreten. Sie wurde in der Wintersession 2021 vom Parlament teilweise (nur Punkt 3) angenommen und überwiesen. Das Bundesamt für Justiz hat gestützt auf die Motionen 21.3009 der SPK-N und 18.3408 Müller Anpassungen geprüft und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Die Vernehmlassungsvorlage wurde ausgearbeitet. Es ist geplant, diese im ersten Halbjahr 2026 in die Vernehmlassung zu schicken. Die ursprünglich vom Bundesrat für 2024 geplante Ausarbeitung wurde wegen einer laufenden politischen Neueinschätzung bzw. Neujustierung des Themas Landesverweisung im Parlament nach hinten verschoben.

2019 M 18.3510 Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)

2019 M 18.3683 Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.019: Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen).

2019 P 18.4063 Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 19.048: Botschaft vom 28. August 2019 zur Änderung der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion 14.3383 Kommission für Rechtsfragen des Ständerats, Anpassung der Strafprozessordnung). Der Nationalrat hat die Abschreibung des Postulates in der Frühjahrsession 2021 abgelehnt. Das Postulat wird im Rahmen der Umsetzung der Motion 21.4336 (RK-SR. Justice restaurative) erledigt werden.

2019 P 19.3067 Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)

2019 P 19.3880 Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)

2021 M 19.4072 Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)

2021 M 19.4586 Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.096: Botschaft vom 5. Dezember 2025 zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz).

2019 M 19.3410 55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)

Mit der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, das Stockwerkeigentumsrecht anzupassen. Ausgangslage bildet der Bericht zum Postulat 14.3832 Caroni [Feller] (Fünfundzwanzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau). Nach Durchführung der Vernehmlassung Ende 2024 wird aktuell gestützt auf das Ergebnis der Vernehmlassung die Botschaft ausgearbeitet. Sie soll dem Bundesrat im ersten Halbjahr 2026 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

2020 M 19.4122 Stimmrechtsberater und börsennotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)

Nachdem der Entwurf eines Sondergesetzes durch die Eidg. Fachkommission für das Handelsregister und durch ein Gutachten als nicht zielführend eingestuft wurde, hat der Bundesrat am 25.06.2025 das EJPD (BJ) beauftragt, für die Umsetzung der Motion dem Bundesrat bis Ende Dezember 2026 eine Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Obligationenrechts vorzulegen. Diese soll sich auf die Adressierung von Interessenkonflikten, in welchen sich Stimmrechtsberater von (börsennotierten) Aktiengesellschaften befinden, beschränken.

2021 P 19.4567 Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)

Zur Umsetzung des Postulats wurde eine Studie extern in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Studie liegen vor. Der Bericht wird derzeit fertiggestellt. Aufgrund seines bereichsübergreifenden Charakters erforderte die Ausarbeitung des Berichts jedoch einen grösseren Koordinationsaufwand als erwartet, insbesondere hinsichtlich der eher technischen Fragen im Zusammenhang mit dem Datenaustausch. Der Postulatsbericht soll dem Bundesrat im ersten Quartal 2026 vorgelegt werden.

2021 M 20.3066 Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)

Die Motion sollte im Rahmen einer breiteren Vorlage zur Optimierung und Vereinfachung der Prozesse im Handelsregister umgesetzt werden. Der Bundesrat hat am 26. Juni 2024 beschlossen auf den Gesetzgebungsauftrag zur Optimierung und Vereinfachung der Prozesse im Handelsregister zu sistieren. Er hat das EJPD beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Möglichkeiten für die Entwicklung einer einheitlichen IT-Infrastruktur zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, inwieweit die Prozesse des Handelsregisters verbessert werden können, insbesondere durch die Umsetzung der Motion. Dem Bundesrat ist bis Ende Juni 2026 über den Stand der Arbeiten zu berichten.

2021 M 21.3024 Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Das Bundesamt für Justiz hat eine Gruppe von Expertinnen und Experten mit dem Auftrag eingesetzt, um die Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen zu überarbeiten und eine Vernehmlassungsvorlage vorzubereiten. Dabei hat sich gezeigt, dass nicht nur die einzelnen Gebührenpositionen, sondern auch der allgemeine Teil der Verordnung revisionsbedürftig ist. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat gestützt auf diese Arbeiten im Jahr 2026 eine Vernehmlassung eröffnen wird.

2021 M 21.3970 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2021 M 21.3972 Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Die Motionen werden zusammen mit den Arbeiten, die sich aus dem Bericht des Bundesrates vom 11. Oktober 2023 zum Postulat 19.3570 Jositsch ergeben, umgesetzt werden. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist für das erste Halbjahr 2026 geplant.

2022 P 20.3879 Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Kathrin Bertschy)

Das BJ/SECO haben anfangs 2025 eine vertiefte Regulierungsfolgenabschätzung RFA in Auftrag gegeben. Diese wurde im November 2025 abgeschlossen und zeigt, wie von der Postulantin gefordert, die Auswirkungen einer Liberalisierung des Notariatswesens auf die Volkswirtschaft und die Konsumentinnen und Konsumenten auf. Gestützt auf die RFA sowie weiterer rechtlicher Abklärungen wird aktuell der Postulatsbericht ausgearbeitet, welcher dem Bundesrat im 2. Halbjahr 2026 zur Verabschiedung vorgelegt werden soll.

2022 M 21.3981 Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Am 27. November 2024 hat der Bundesrat die Eckwerte für eine Vernehmlassungsvorlage festgelegt. Die Vernehmlassung wurde am 19. September 2025 eröffnet und dauerte bis am 19. Dezember 2025.

2022 M 21.4183 Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Thomas Minder)

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2026 eine Vernehmlassung zu einer Revision des ZGB eröffnen, mit welcher das Anliegen der Motion umgesetzt werden soll. Die ursprünglich für 2025 geplante Eröffnung der Vernehmlassung musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden

2022 M 21.4191 Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Eva Herzog)

Zur Umsetzung der Motion sollte in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Der Bundesrat wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2026 über das weitere Vorgehen beschliessen.

2022 M 21.4336 Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Die ursprünglich vom Bundesrat für 2025 geplante Ausarbeitung musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden.

2022 P 21.4343 Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Die ursprünglich im zweiten Halbjahr 2025 geplante Verabschiedung des Postulatsberichtes vom Bundesrat musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden.

2022 P 21.4482 Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Sibel Arslan)

Das Bundesamt für Justiz hat im Jahr 2023 eine Gruppe mit Expertinnen und Experten eingesetzt, um die Arbeiten an diesem Postulat zu begleiten. In der Folge wurde eine externe Organisation beauftragt, einen Bericht zu erstellen, welcher eine Übersicht über die Probleme in der Praxis sowie mögliche Lösungsvorschläge enthält. Dieser Bericht liegt seit Januar 2025 vor. Basierend darauf wird zurzeit der Postulatsbericht vorbereitet; geplant ist eine Verabschiedung durch den Bundesrat im ersten Quartal 2026.

2022 P 22.3002 Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Zur Beantwortung des Postulates wurde ein rechtsvergleichendes Gutachten eingeholt. Der Bericht des Bundesrates wird voraussichtlich in der 1. Jahreshälfte 2026 verabschiedet.

2022 P 22.3201 Digitale Gewalt eindämmen (Judith Bellaiche)

Das Postulat versteht unter dem Begriff «digitale Gewalt» Verhaltensweisen wie Mobbing, Stalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung, die mit Hilfe von elektronischen Kommunikationsmitteln ausgeführt werden. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zur Ip. 22.4361 Bellaiche «Schutz vor Doxing» in Aussicht gestellt, sich im Rahmen des Berichts in Erfüllung des Postulats auch zu einem allfälligen Handlungsbedarf in Sachen Doxing zu äussern.

Einige dieser Verhaltensweisen wurden oder werden im Rahmen anderer Geschäfte untersucht (bereits abgeschlossen: Po. 21.3969 RK-N «Ergänzungen betreffend Cybermobbing im Strafgesetzbuch», Pa.Iv. 21.3450 SIK-S «Hassreden. Bestehen gesetzliche Lücken?», Pa.Iv. 19.433 RK-N «StGB-Tatbestände mit Stalking ergänzen»; noch hängig: Pa.Iv. 20.445 Suter «Neuer Straftatbestand Cybermobbing»). Diese Arbeiten haben einen Einfluss auf die Beantwortung der Fragestellungen des Postulats, weshalb ihr Abschluss abgewartet wurde.

2022 M 22.3250 Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Nicolò Paganini)

Die Vernehmlassung wurde am 29. Oktober 2025 eröffnet und dauert bis Mitte Februar 2026.

2022 M 22.3382 Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.073: Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Erleichterte Stiefkindadoption).

2022 P 22.3857 Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Mathias Zopfi)

Im Bereich der Strafbarerklärung von völkerrechtlich geächteten Delikten sind zurzeit mehrere gesetzgeberische Vorlagen in Ausarbeitung. Als Folge der durch das Parlament überwiesenen Motion Sommaruga 22.3362 «Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht» werden zurzeit die Botschaft und Gesetzesvorlage ausgearbeitet, mittels welcher ein spezifischer Straftatbestand des Aggressionsverbrechens in das schweizerische Recht eingefügt wird. Gleichzeitig wurde, basierend auf der Pa.Iv. Flach 20.504 «Folter als eigener Straftatbestand im Schweizer Strafrecht», die Vernehmlassung zur Einführung eines spezifischen Foltertatbestandes in das schweizerische Recht durch die Rechtskommission des Nationalrates durchgeführt und ausgewertet. Daneben finden im Januar 2026 an den Vereinten Nationen in New York Vorverhandlungen zu einem Übereinkommen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit statt, an welchen die Schweiz teilnehmen und ihre Positionen einbringen wird. Angesichts dieser laufenden Arbeiten erscheint es nicht als zielführend, gleichzeitig einen Prüfungsbericht in derselben, im Wandel begriffenen Materie zu erstellen. Ein solcher Bericht könnte vielmehr im Anschluss an die laufenden Gesetzgebungsarbeiten und internationalen Verhandlungen eine abschliessende Übersicht liefern.

2022 M 22.4249 Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

2022 M 22.4250 Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

2024 M 24.3023 Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Caroni)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.088: Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über das Bundesgericht vom 5. Dezember 2025.

2023 P 21.4660 Welche Regulierung braucht es für Produkte, die den Schutz der Privatsphäre stark beeinträchtigen? (Samuel Bendahan)

Wegen mangelnder Ressourcen und anderer Prioritäten mussten die Arbeiten verschoben werden. Es ist vorgesehen, dieses Postulat im Rahmen des Postulats 24.3479 *Schutz der Rechte im digitalen Bereich* (angenommen am 12. September 2024) zu realisieren.

2023 M 22.3234 Krisenzentren für Opfer von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt (Marina Carobbio Guscetti)

2023 M 22.3333 Krisenzentren gegen Gewalt (Tamara Funicello)

2023 M 22.3334 Krisenzentren gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.080: Botschaft vom 22. Oktober 2025 zur Änderung des Opferhilfegesetzes.

2023 M 22.3235 Zeitgemässes Abstammungsrecht (Andrea Caroni)

Aufgrund der hohen Komplexität und des Koordinationsbedarfs mit der Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) erweisen sich die Arbeiten als ausserordentlich umfangreich und zeitintensiv. Die Vernehmlassung kann frühestens im 2. Halbjahr 2026 eröffnet werden.

2023 M 22.3362 Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht (Carlo Sommaruga)

Die innerstaatliche Übernahme des Verbrechens der Aggression wurde mit der innerstaatlichen Umsetzung des Übereinkommens von Ljubljana-Den Haag in einem Gesetzgebungsprojekt vereint. Dieses wurde im Frühjahr 2025 in die Vernehmlassung verabschiedet. Zurzeit bereitet das BJ die entsprechende Botschaft und Gesetzesvorlage vor. Die Botschaft soll im ersten Halbjahr 2026 durch den Bundesrat verabschiedet werden. Jedoch bestehen momentan noch Divergenzen in den offiziellen Sprachversionen des Übereinkommens von Ljubljana-Den Haag, welche zurzeit durch Belgien bereinigt werden.

2023 M 22.3890 Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Im Rahmen der Vorarbeiten wurde unter anderem eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund und aus der Privatwirtschaft gegründet. Diese Arbeitsgruppe hat sich bislang drei Mal getroffen und wird ihre Arbeit fortsetzen. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geistiges Eigentum (IGE) eine Umfrage zum Thema Daten bei KMU durchgeführt. Die Vernehmlassung soll Ende 2026 eröffnet werden.

2023 M 22.4254 Revision des Mobiliarsicherungsrechts (Eigentumsvorbehalt) (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

In einem ersten Schritt wurde ein Austausch mit Wirtschaftsverbänden und weiteren Stakeholdern durchgeführt. Zur Begleitung der Arbeiten wird eine Expertengruppe eingesetzt. Mit der Eröffnung der Vernehmlassung ist nicht vor der ersten Jahreshälfte 2027 zu rechnen.

2023 P 22.4407 Ein zeitgemässer Handlungsrahmen für die ausserfamiliäre Begleitung von Kindern tut not (Benjamin Roduit)

Ein Austausch mit verschiedenen Stakeholdern hat stattgefunden. In einem nächsten Schritt wird eine Begleitgruppe gebildet, sowie eine Bestandesaufnahme der Situation in den Kantonen durchgeführt.

2023 P 22.4412 Für ein zeitgemässes Sprengstoffstrafrecht (Andrea Caroni)

Die Ausarbeitung des Berichts musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden.

2023 M 22.4413 Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Martin Schmid)

Die geforderte Lockerung des Erwerbs von Personalwohnungen erfordert eine Anpassung auf Stufe Gesetz. Sie wurde zusammengeführt mit der Revision des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG), welche der Bundesrat am 29. Januar 2025 als Begleitmassnahme im Zusammenhang mit der Ablehnung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» in Auftrag gegeben hat (Verschärfungen betreffend den Erwerb von Betriebsstätten, Hauptwohnungen und den Erwerb von Anteilen an Wohnimmobilien-gesellschaften). Die Eröffnung der Vernehmlassung ist geplant im 1. Halbjahr 2026.

2023 P 22.4565 Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Patricia von Falkenstein)

2023 P 22.4566 Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Tamara Funicello)

Der Fachhochschule Nordwestschweiz ist der Auftrag erteilt worden, die in den Postulaten aufgeworfenen Fragen zu untersuchen und in diesem Kontext eine Befragung durchzuführen. Diese Studie verfolgt einen opferzentrierten Ansatz und fokussiert auf die Wahrnehmung und die Erfahrungen von Personen, welche sexualisierte Gewalt erfahren mussten und sich mit Hindernissen im Rahmen der Kontaktaufnahme mit Behörden konfrontiert sahen. Die Forschungsergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2026 vorliegen und als Grundlage für einen Bericht des Bundesrates dienen.

2023 P 23.3963 Aufsicht über von der AB-BA eingesetzte ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Bundes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

Die Ausarbeitung des Berichts musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden.

2023 M 23.4316 Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2023 M 23.4345 Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Zur Begleitung der Arbeiten wurde eine Expertengruppe eingesetzt. Die Vernehmlassung wird voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2026 eröffnet.

2023 P 23.4317 Prüfung einer Kronzeugenregelung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

Die Ausarbeitung des Berichts musste wegen neuer Prioritäten und unvorhergesehener neuer fristgebundener Geschäfte nach hinten verschoben werden.

2023 P 23.4322 Handhabung der weiteren Verwendung illegal erworbener Daten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Die Ausarbeitung des Postulatsberichts ist im Gange. Aufgrund des Querschnittcharakters und der Breite der Fragestellung im Postulat bedarf die Ausarbeitung einer entsprechenden Koordination über verschiedene Rechtsbereiche hinweg. Damit beansprucht die Finalisierung des Berichts Zeit. Involviert sind die Bereiche des Strafrechts, Datenschutzes und Zivilrechts, beleuchtet werden auch grundrechtliche Fragen bzw. die Medienfreiheit sowie Fragen rund um entsprechende Interessenabwägungen.

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325 Datenaustausch zwischen dem Grenzschutzkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])

2019 M 18.3592 Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther [Marco Romano])

2020 P 20.3809 Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg [Marco Romano])

2021 P 21.4219 Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano [Marco Romano])

Die Motion 18.3592 und die beiden Postulate (15.3325, 20.3809) sollen mit der Schaffung einer polizeilichen Abfrageplattform (POLAP) erfüllt werden. POLAP wird die Abfrage aus den polizeilichen Informationssystemen der Kantone, des Bundes und der EU erheblich erleichtern. Es sollen Informationen mit einer einzigen Abfrage ersichtlich werden. Gemäss aktueller Planung soll das Programm POLAP Q4 2026 zum Abschluss gebracht werden. Die Anbindung der kantonalen Vorgangsbearbeitungssysteme (und Waffenregister) wird voraussichtlich bis Ende 2028 dauern.

Der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über die Abfrageplattform POLAP erfordert die Schaffung und Anpassung von Rechtsgrundlagen in den Kantonen. Ob der polizeiliche Datenaustausch zwischen den Kantonen über ein Konkordat, einzelne kantonale Gesetze oder eine Bundesregelung geregelt wird, war längere Zeit unklar. Die von den Kantonen angestrebte Lösung mittels eines Konkordats erwies sich als schwierig und zeitaufwändig. In der SiK wurde die Umsetzung der Motion mehrmals besprochen. 2025 wurde die Motion SiK-N 23.4311 «Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustauschs» an den Bundesrat überwiesen. Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine Revision der Bundesverfassung zu unterbreiten, mit welcher dem Bund die Kompetenz eingeräumt wird, die Abfrage polizeilicher Daten unter den Kantonen sowie zwischen dem Bund und den Kantonen zu regeln. Die Umsetzung dieser Motion erfolgt in enger Absprache mit den Kantonen. In der Zwischenzeit beabsichtigt die KKPKS, ein Konkordat ausschliesslich für POLAP umzusetzen. Die Arbeiten auf Stufe Bund und Kantone laufen parallel.

Parallel zur Verfassungsrevision zur Regelung des polizeilichen Datenaustauschs soll auch das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI, SR 361) revidiert werden. Im BPI soll der Betrieb der POLAP durch fedpol für den Bund und die Kantone geregelt werden.

Die Arbeiten für diese Gesetzesanpassung sind in Gang und wurden mit den betroffenen Bundesbehörden und den Kantonen abgestimmt. Die Vernehmlassung zur Teilrevision der Bundesverfassung und des BPI ist im 1. Halbjahr 2026 vorgesehen. Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2025 die Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) gutgeheissen. Sie bildet die Grundlage, damit alle Staatsebenen behördenübergreifend und wirksam der wachsenden Bedrohung durch kriminelle Netzwerke begegnen. Die Strategie legt Aktionsfelder für das Erkennen, Verhindern und Bekämpfen der OK fest. Das EJPD wird zusammen mit der KKJPD und weiteren Stellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden bis Ende 2026 einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der OK mit konkreten Massnahmen, Zuständigkeiten und Fristen ausarbeiten. Auf Bundesebene sollen verschiedene rechtliche Anpassungen in ein Gesetzespaket zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität fliessen.

Die Berichterstattung zum Postulat Romano 21.4219 wird zusammen mit dem Postulat 20.3809 Guggisberg und der Motion 18.3592 Eichenberger geprüft.

2018 M 17.3862 Ausreiseperrn für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)

Das Anliegen der Motion wurde in die laufende Revision des Gesetzes über den Nachrichtendienst (NDG; SR 121) integriert. Mit dieser Revision werden unter anderem Vorschläge zur besseren Bekämpfung des Gewaltextremismus geprüft. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Vorschläge zur Umsetzung dieser Motion im Zusammenhang mit den NDB-Massnahmen gegen Gewaltextremismus zu diskutieren. Die Revisionsvorlage wurde in drei Teile aufgeteilt. Die Botschaft zum Grundpaket (Teil 1) wird der Bundesrat am 28. Januar 2026 zuhänden des Parlaments verabschieden.

2023 P 23.4313 Sanktionen gegen die Hamas prüfen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

2024 P 23.4339 Überprüfung allfälliger Finanzierungstätigkeiten über die Schweiz von terroristischen Gruppierungen sowie von nichtstaatlichen Akteuren, welche das Völkerrecht verletzen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Der Postulatsbericht «Massnahmen gegen die Hamas, weitere terroristische Organisationen sowie Akteure, welche das Völkerrecht verletzen» liegt vor und wird dem Bundesrat im ersten Quartal 2026 vorgelegt.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Seit 2014 wurden insgesamt vierundzwanzig Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Ägypten, Äthiopien, Algerien, Angola, Aserbaidschan, Bangladesch, Botsuana, Cabo Verde, Chile, DR Kongo, Elfenbeinküste, Gambia, Georgien, Guinea-Bissau, Irak, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Mongolei, Nordmazedonien, Sri Lanka, Tunesien, Turkmenistan und Ukraine). Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten: Indien, Türkei, Sudan, Nepal, Bahrein, der Dominikanischen Republik, Sambia, Mali, den Malediven und Pakistan. Im Gesamttotal hat die Schweiz 71 Vereinbarungen mit 70 Staaten im Rückkehrbereich abgeschlossen.

2017 M 16.4151 Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Abschreibung beantragt mit Bericht des Bundesrates vom 15. März 2024 «Gesamtschau zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials (Umsetzung Art. 121a BV)» (abrufbar unter: www.sem.admin.ch > Das SEM > Medien > Medienmitteilungen > 15.3.2024). Der Ständerat sowie der Nationalrat beantragten, die Motion nicht abzuschreiben. Der Bundesrat stimmt diesem Anliegen zu. Somit bleibt die Motion bestehen. Das EJPD prüft, wie der Auftrag umgesetzt werden soll.

2019 M 18.3758 Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)

In einer ersten Phase wurden Massnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und -übermittlung im Meldeverfahren für die kurzfristige Erwerbstätigkeit im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ergriffen und das bisherige Kundenportal durch EasyGov abgelöst. Die Realisierung dieser ersten Phase wurde im März 2025 abgeschlossen. In einer zweiten Phase werden Massnahmen zur Weiterentwicklung des Meldeverfahrens geprüft und umgesetzt (z.B. Verbesserungen der Identifikation von Privatpersonen sowie den gemeldeten Arbeitnehmenden). Diese Arbeiten sind Teil des Projekts Digital@AIG und erfolgen im Rahmen der laufenden Gesamterneuerung des ZEMIS (Programm ERZ). Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die Kantone und Sozialpartner werden in die materiellen Projektarbeiten miteinbezogen.

2022 P 20.4421 Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Samira Marti)

Zur Beantwortung der im Postulat aufgeworfenen Fragen wurde eine externer, unabhängiger Studienauftrag im Rahmen eines Einladungsverfahrens vergeben. Aufgrund der Vielfältigkeit der im Postulat geäusserten Anliegen wurde zusätzlich entschieden, eine externe Begleitgruppe bestehend aus wichtigen Akteurinnen und Akteuren des Asyl- und Migrationsbereichs einzusetzen. Diese Begleitgruppe hat die Anliegen des Postulats in vier Sitzungen) auf der Grundlage der Studie eingehend analysiert und diskutiert. Die Ergebnisse der Studie sowie die Haltungen der Begleitgruppe werden im Bericht des Bundesrates gespiegelt.

Die externe Studie wurde im Mai 2025 finalisiert. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Quartal 2026 vorgelegt.

2022 M 21.4076 Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Piero Marchesi)

Die Umsetzung der Motion 21.4076 Marchesi soll in eine Vorlage zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Erleichterung der selbstständigen Erwerbstätigkeit, Berücksichtigung des Lebensmittelpunkts und Zugriffe auf Informationssysteme) erfolgen. Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 29. März 2024. Der Bundesrat wird die Botschaft voraussichtlich im zweiten Quartal 2026 zuhänden des Parlaments verabschieden.

2023 M 22.4186 Ein Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich zur erleichterten Rückübernahme im Migrationsbereich (Marco Romano)

In den vergangenen Jahren fanden mehrere bilaterale Beratungen mit Österreich in Hinblick auf die Anpassung des Rückübernahmeabkommens mit Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein statt. Österreich machte jeweils rechtliche und politische Gründe geltend, welche gegen eine Anpassung sprechen würden. Nach Neubildung der Regierung in Österreich fand am 13./14. Oktober 2025 am Rande des Rats der europäischen Justiz- und InnenministerInnen ein Gespräch vom Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) mit dem österreichischen Innenminister statt, um die Anpassung des Rückübernahmeabkommens erneut zu thematisieren. Der österreichische Minister lehnte dieses Ersuchen ab, sie sind jedoch übereingekommen, sich bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eng abzustimmen.

2023 M 23.3031 Intervention in Brüssel, damit Italien endlich das Dublin-Abkommen einhält (Damian Müller)

Im Rahmen der Berichte des EJPD zuhänden der GPK-EJPD/BK zum Stand der Umsetzung von Schengen/Dublin 2023/2024 und 2024/2025 wurde die Zahl der von der Aussetzung der Dublin-Überstellungen nach Italien betroffenen Fälle bis Dezember 2024

ausgewiesen. Gemeinsam mit anderen Dublin-Staaten (u.a. Deutschland, Österreich, Frankreich, der Niederlande, Belgien und Dänemark) ist die Schweiz bei der Europäischen Kommission auf verschiedenen Niveaus, darunter auch wiederholt auf Ministerstufe, vorstellig geworden, um auf eine umgehende Wiederaufnahme der Dublin-Überstellungen nach Italien hinzuwirken. Sowohl der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), als auch der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) haben diese Erwartung seit der Aussetzung der Dublin-Überstellungen gegenüber ihren italienischen Amtskollegen systematisch kommuniziert.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Solidaritätsmechanismus im Rahmen des EU-Migrations- und Asylpakts hat die EU-Kommission für Juli und Oktober 2026 eine formelle Evaluation angekündigt, ob die EU-Staaten die Dublin-Regeln einhalten. Stellt die EU-Kommission fest, dass Italien sich weiterhin nicht an seine Verpflichtungen hält, müssen die anderen EU-Staaten keine Solidaritätsmassnahmen leisten. Die Schweiz wird sich weiterhin für eine Wiederaufnahme der Dublin-Überstellungen auf allen Ebenen einsetzen.

2023 P 23.3084 Fehlende Schwankungstauglichkeit im Asylwesen. Lösungsvorschläge präsentieren (Thomas Minder)

Das Asylwesen ist eine Verbundaufgabe aller drei Staatsebenen. Die fehlende Schwankungstauglichkeit zeigt sich demnach einerseits insbesondere bei der Unterbringung bei Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden und andererseits beim Personal des Bundes, um in unterschiedlichen Belastungsszenarien jeweils innert Frist über die Asylgesuche entscheiden zu können. Wirkungsvolle und für alle Staatsebenen wirtschaftlich tragfähige Lösungsvorschläge kann der Bund daher nur gemeinsam mit den anderen Staatsebenen erarbeiten. Daher haben die drei Staatsebenen am 28. November 2025 an der nationalen Asylkonferenz in der Asylstrategie beschlossen, bis Sommer 2026 gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, wie die Infrastrukturen im Asylwesen je nach Szenario auf allen Staatsebenen flexibler und kosteneffizienter genutzt werden können. Das Postulat soll daher beantwortet werden, sobald die Arbeiten in der Asylstrategie gemeinsame Resultate erbracht haben.

2023 P 23.3203 Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen (Samira Marti)

Das SEM hat das Büro BSS Volkswirtschaftliche Beratung beauftragt, eine Studie durchzuführen. Die Studie liegt inzwischen vor. Der Bundesrat wird den Postulatsbericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 verabschieden.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2021 M 19.4059 Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altarmatt])

Die Massnahmen aus dem Aktionsplan «Digitalisierung des geologischen Untergrunds» unterstützen die Sicherung künftiger Investitionen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft im Untergrund durch die Bereitstellung von flächendeckenden und harmonisiert vorliegenden digitalen geologischen Daten. Die dafür bewilligten drei neuen Stellen konnten 2023 besetzt werden. Die Klärung der Finanzierungsmodalitäten mit den Kantonen und die Klärung der Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nahm allerdings mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant, so dass dazu zweckgebundene Reserven gebildet wurden. Die Arbeiten wurden aufgenommen und dauern bis 2029.

2022 P 22.3308 Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Corina Gredig)

Das Postulat wird im Rahmen der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 behandelt und abgeschrieben werden.

2022 M 22.3367 Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Der Bundesrat erstreckte im Januar 2023 die Frist aus finanzpolitischen Überlegungen bis 2035. Die Motion 24.4272 «Aufstockung des Armeebudgets und Gegenfinanzierung über die Periode 2025–2032» fordert, die Armeeausgaben bis im Jahr 2032 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. Die Diskussionen laufen noch.

2022 M 22.3374 Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Der Bundesrat erstreckte im Januar 2023 die Frist aus finanzpolitischen Überlegungen bis 2035. Die Motion 24.4272 «Aufstockung des Armeebudgets und Gegenfinanzierung über die Periode 2025–2032» fordert, die Armeeausgaben bis im Jahr 2032 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen. Die Diskussionen laufen noch.

2023 M 22.3726 Strategie der Schweiz zu Sicherheit und Verteidigung (Thomas Rechsteiner)

Die Motion wird im Rahmen der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 behandelt und abgeschrieben werden.

2023 P 23.3741 Mehr Schutz von Kulturgütern in der Schweiz (Maja Riniker)

Der Bundesrat wurde am 5. November 2025 über die umfangreichen laufenden Arbeiten zur Erstellung des vom Postulat verlangten Konzepts informiert. Da eine umfassende und enge Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen mit allen betroffenen Bundesstellen, den Kantonen und mit den übrigen im Kulturgüterschutz relevanten Akteuren nötig ist, ist die Verabschiedung des Berichts und des dazu gehörenden Konzepts nicht vor Mitte 2027 vorgesehen.

Nachrichtendienst des Bundes

2023 P 23.3136 Gewalttätiger Extremismus in der Schweiz (Fabian Molina)

Der Bericht zur Beantwortung des Postulats ist in Erarbeitung und wird voraussichtlich bis Ende 2026 dem Bundesrat unterbreitet.

Gruppe Verteidigung

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivildienst und Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, die in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit. Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfindenden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei hatte bisher aber weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz erkannt. Anlässlich des offiziellen Arbeitsbesuches vom 14. August 2020 des Aussenministers Mevlüt Çavuşoğlu der Republik Türkei bei Bundesrat Ignazio Cassis in Bern, wurde in Aussicht gestellt, dass das türkische Verteidigungsministerium der Schweiz bald einen Entwurf zur Aufnahme von Verhandlungen für ein bilaterales Militärdienstabkommen zukommen lassen werde. Ziel ist nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es, aus Sicht der Schweiz, nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln. Auf Basis des Schweizer Vorschlags, der eine reziproke Anerkennung der Erfüllung der Dienstpflicht in jeweils einem Staat vorsieht, konnte bislang kein Konsens erzielt werden. Die Armee hat den türkischen Behörden ihr Bereitschaft signalisiert, die Gespräche zu diesem Thema weiterzuführen. Eine weitere Gesprächsrunde ist aktuell nicht geplant.

2022 P 21.4220 Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Priska Seiler Graf)

Nach einer ersten Analyse des Postulats wurde der Forschungsgegenstand konkretisiert und die Bearbeitung im November 2023 einer unabhängigen Forschungsinstitution (universitäre Stufe) übertragen, die Universität hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Endergebnisse liegen frühestens Ende 2026 vor.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2023 M 21.4152 Cell Broadcast. Gezielte Warnung bei Naturkatastrophen (Maja Riniker)

Die Umsetzung der Motion erfolgt im Rahmen der Multikanalstrategie zur Information, Warnung und Alarmierung der Bevölkerung. Für diese hat der Bundesrat am 15. Oktober 2025 die Vernehmlassung für entsprechende Änderungen im Zivil- und Bevölkerungsschutzgesetz (BZG) eröffnet (dauert bis 2. Februar 2026). Anschliessend wird die Botschaft erarbeitet.

2023 M 22.3904 Für einen Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Michel Matter)

Ein Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren ist im Moment aufgrund der rechtlichen Grundlagen der EU nicht möglich. Diese werden aber in den nächsten Jahren angepasst. Der Bundesrat hat im November 2025 das BABS beauftragt, ihm ein Aussprachepapier mit Varianten für das weitere Vorgehen vorzulegen, sobald seitens der EU die rechtlichen Grundlagen für eine Teilnahme in Kraft getreten sind, spätestens jedoch Ende Januar 2028.

2023 M 23.3001 Zeitgemässe Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Die verfassungsmässige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen unterscheidet sich erheblich je nach Sektor der kritischen Infrastrukturen (die nationale SKI-Strategie definiert 27 Sektoren), ebenso der Regulierungsbedarf zur Erhöhung der Resilienz. Aus diesem Grund, und weil die Umsetzung auch auf die Implementierung der Motion 23.3002 abgestimmt werden soll, gestaltet sich die Erarbeitung der möglichen Umsetzungsvarianten als zeitintensiv und aufwändig. Der Bundesrat wird 2026 die Stossrichtung für die Umsetzung definieren.

Bundesamt für Cybersicherheit

2023 M 23.3002 Mehr Sicherheit bei den wichtigsten digitalen Daten der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Das Bundesamt für Cybersicherheit hat mit Vertreterinnen und Vertretern kritischer Infrastrukturen praxisorientierte Workshops durchgeführt, deren Erkenntnisse in einem Bericht vorliegen und die Grundlage für die Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen bilden. Diese sollen eng auf die Motionen 23.3001 und 24.3810 abgestimmt sein, damit die daraus resultierenden Sicherheitsvorgaben sich sinnvoll ergänzen. Der Bundesrat hat entschieden, bis Q3 2026 eine Vorlage zur Motion 24.3810 erarbeiten zu lassen. Es wird geprüft, wie weit die Anliegen der Mo. 23.3002 in dieser Vorlage berücksichtigt werden können.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2023 P 23.3441 Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Ständerates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Ständerat)

Mit dem Bericht zur Bankenstabilität vom 10. April 2024 hat der Bundesrat Antworten zu den im Postulat gestellten Fragen vorgelegt. Am 10. September 2025 hat der Ständerat beschlossen, das Postulat bezüglich des Buchstabens f nicht abzuschreiben, da er die entsprechende Frage nicht als beantwortet erachtete. Der Bundesrat wird einen ergänzenden Bericht zu Buchstaben f im ersten Halbjahr 2026 vorlegen.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2021 M 19.3066 Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)

Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) steht in Kontakt mit dem Bankensektor und den italienischen Amtskollegen in Bezug auf die Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 DBA-I. Die Diskussionen werden fortgesetzt.

2021 M 20.4329 Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.095: Botschaft vom 13. Dezember 2024 zum Bundesbeschluss über die Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben. Der Ständerat hat am 16. Dezember 2025 beschlossen, auf die Vorlage des Bundesrats nicht einzutreten.

2024 M 24.3208 Vermeidung von Standortschäden. Anpassung des Versicherungsaufsichtsrechts zur Vermittlung von Rückversicherungen (Burkart)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.089: Botschaft zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes

Eidgenössische Finanzverwaltung

2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission Nationalrat)

2023 M 22.4273 Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen (Finanzkommission Ständerat)

2024 M 24.3395 Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben mit einschliesst (Finanzkommission Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.063: Botschaft vom 19. September 2025 zum Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27).

2021 M 20.4328 Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Die Arbeiten, insbesondere die Analysen über die Zweckmässigkeit einer Gesetzesanpassung und allfällig zielführende Alternativen, wurden im Sommer 2023 gestartet. Im 2024 hat die EFV Ergebnisse ihrer Analysen der KVF-S und der KVF-N präsentiert. Die KVF-S hat entschieden, ihre Arbeiten zu sistieren, bis die Parlamentarischen Initiativen Caroni 23.461, Rieder 23.469 und Grossen 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» weiter fortgeschritten sind. Mit der gleichen Begründung hat im Februar 2025 auch die KVF-N entschieden, die weiteren Arbeiten zu sistieren.

2023 P 22.4452 Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer (Andrea Gmür-Schönenberger)

Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen des Wirksamkeitsberichts 2026-2029, der voraussichtlich im März 2028 vom Bundesrat genehmigt wird.

2023 P 23.3971 Für eine bessere Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (Finanzkommission Nationalrat)

Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen des Projekts «Entflechtung 27- Aufgabenteilung Bund und Kantone», zu dem der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im Juni 2024 das Mandat verabschiedet haben.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2020 M 18.3235 Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)

Die Motion konnte nicht im Rahmen der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes, die per 1. Januar 2025 in Kraft getreten ist, umgesetzt werden, weil die Vernehmlassung im Zeitpunkt der Überweisung der Motion bereits abgeschlossen war. Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2025 die Vernehmlassung zu einer weiteren Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) unter anderem zur Umsetzung dieser Motion eröffnet. Die Vernehmlassung dauert bis März 2026.

2021 P 21.4079 Wirkungüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)

Die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV verfügt seit Herbst 2023 über die erforderlichen Gewinnsteuerdaten für 2020, das Jahr des Inkrafttretens. Für die empirische Analyse der Auswirkungen der Steuerreform (STAF) mussten diese Daten mit weiteren Daten aus der Statistik der Unternehmensstruktur STATENT (z.B. Anzahl Beschäftigte), der Statistik der Unternehmensgruppen STAGRE (z.B. Informationen zu Unternehmensgruppen mit Sitz in der Schweiz oder im Ausland), Daten der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung LSE (z.B. Informationen zu Lohnsummen) sowie Daten aus dem Handelsregister (z.B. Informationen zu Zu- oder Wegzug von Unternehmen) verknüpft werden. Die Arbeiten zu den Datenverknüpfungen wurden durch das BFS vorgenommen und beanspruchten mehr Zeit als geplant. Im 2025 musste die ESTV zudem eine Ad-hoc-Datenerhebung zu kantonalen Unternehmenssteuerdaten durchführen, um die Relevanz des Step-up und der Sondersatzlösung abschätzen zu können. Deshalb konnten die Arbeiten 2025 nicht abgeschlossen werden. Der Bericht soll 2026 vorliegen.

2022 M 18.3718 Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Der Beteiligungsabzug in der Schweiz unterscheidet sich von Systemen in anderen Ländern. Insbesondere sehen die Regeln der OECD/G20 zur Mindestbesteuerung ein anderes System vor. Dies kann für Unternehmen, die von der Mindeststeuer betroffen sind, zu Über- oder Unterbesteuerungen führen. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat daher im September 2023 entschieden, den Beteiligungsabzug im Rahmen der Gesetzgebung zur Mindeststeuer zu überprüfen. Die Übergangsbestimmung der BV sieht vor, dass der Bundesrat dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Ablösung der Mindestbesteuerungsverordnung MindStV (SR 642.161) innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung, das heisst bis spätestens Ende 2029, unterbreitet.

2022 P 22.3893 OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Das Postulat verlangt eine periodische Berichterstattung. Der erste Bericht wurde vom EFD am 8. August 2023 veröffentlicht. Eine nächste Berichterstattung an das Parlament ist im Rahmen der die Ergänzungssteuerverordnung ablösenden Ausführungsgesetzgebung beziehungsweise im Zuge der kommenden Berichte des Bundesrates über Vollzug und Wirksamkeit des Finanzausgleichs geplant.

2023 M 23.3012 Mehrwertsteuerpflicht für Online-Plattformen bei elektronischen Dienstleistungen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Seit Anfang 2025 gilt die Plattformbesteuerung bei der Mehrwertsteuer für gewisse Warenlieferungen. Im Rahmen der Teilrevision, mit welcher die Einführung der Plattformbesteuerung beschlossen wurde, wurde auch die Ausweitung der Plattformbesteuerung auf elektronische Dienstleistungen diskutiert. Das Parlament war aber der Ansicht, dass eine solche Ausweitung sorgfältig geprüft werden müsse, weshalb die obenstehende Motion eingereicht wurde.

Die ESTV hat die Ausweitung der Plattformbesteuerung auf elektronische Dienstleistungen intensiv geprüft – auch unter Einbezug der Branchen im Rahmen einer informellen Konsultation. Mit der Vernehmlassung zu einer weiteren Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG), die am 5. Dezember 2025 eröffnet wurde, soll auch die Ansicht weiterer interessierter Kreise zur Ausweitung der Plattformbesteuerung eingeholt werden. Die Vernehmlassung dauert bis März 2026.

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2023 M 22.4122 Geschäftsbedingungen für Grenzbetriebe verbessern (Martin Schmid)

Der Bundesrat hat das Anliegen in das Verordnungspaket zur Zollrevision (BAZG-Vollzugsaufgabenverordnung; BAZG-VV) aufgenommen. Die Motion soll umgesetzt werden, indem künftig Fahrten von Grenzgängerinnen und Grenzgängern oder Wochenaufenthalterinnen und Wochenaufhaltern mit im Ausland registrierten und verzollten Privatfahrzeugen zur geschäftlichen Nutzung im Rahmen ihrer Anstellung in der Schweiz zulässig sein sollen. Das BAZG wird gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 E-BAZG-VV eine Ausnahmegewilligung für diese Fälle erteilen. Die Vernehmlassung zur Vorlage erfolgt voraussichtlich im Sommer 2026.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinunternehmen im Bauproduktengesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat seit 2015 das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. Im Rahmen des 2024 beendeten Revisionsprozesses der europäischen Bauprodukteverordnung wurde insbesondere auch der Aspekt der Vereinfachungen von Regeln für Kleinunternehmen, auf die sich die betreffende Definition von Kleinunternehmen bezieht, in grundsätzlicher Weise betont. Die neue europäische Bauprodukteverordnung bezieht sich allerdings weiterhin auf eine Definition von Kleinunternehmen, die auf einer Empfehlung der EU-Kommission aus dem Jahre 2003 fusst. Das BBL setzt sich daher jetzt für eine Aktualisierung dieser Empfehlung der EU-Kommission ein. Im Rahmen der 2024 gestarteten Revisionsarbeiten zur Schweizer Bauproduktengesetzgebung soll in einer zukünftigen Bauproduktengesetzgebung in der Schweiz die bisherige Auslegungspraxis zur Definition von Kleinunternehmen weitergeführt werden. Dabei soll auf den Schwellenwert von 3 Mio. Franken Jahresumsatz

allein mit Bauprodukten abgestellt werden und nicht auf einen Gesamtumsatz mit Bauprodukten und weiteren Produkten wie zum Beispiel mit der Herstellung und dem Verkauf von Möbeln, die keine Bauprodukte sind.

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2019 M 18.3797 Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)

Die Motion fordert im Wesentlichen, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA angestrebt werden soll. Seit der Überweisung der Motion hat sich die handelspolitische Situation in den USA allgemein und mit Bezug auf die Schweiz spezifisch verändert. Die Einführung von US-Zusatzzöllen gegen die Schweiz von zuerst 31% und später 39% führten im Berichtsjahr zu intensiven Verhandlungen zwischen der Schweiz und den USA über eine Reduktion dieser Zusatzzölle. Am 14. November 2025 konnte eine rechtlich nicht verbindliche Absichtserklärung mit den USA abgeschlossen werden, welche die Zusatzzölle auf 15% senkt. Im Rahmen dieser Absichtserklärung ist auch festgelegt, dass die beiden Seiten im ersten Quartal 2026 Verhandlungen über ein rechtsverbindliches Handelsabkommen aufnehmen sollen.

2021 M 19.3234 Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)

2022 M 22.3021 Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.043: Botschaft vom 16. April 2025 zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Beherbergungswirtschaft.

2021 M 20.3127 Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)

Die Motion 20.3127 beauftragt den Bundesrat, auf noch engere Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich hinzuwirken, namentlich durch die Aushandlung eines erweiterten Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Handelsabkommens von 2019 wurden im Mai 2023 aufgenommen. Bis Ende 2025 wurden acht Verhandlungsrunden abgehalten. Die Verhandlungen werden 2026 weitergeführt.

2021 M 20.3268 Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.085: Botschaft vom 12. November 2025 zur Änderung des Landesversorgungsgesetzes.

2021 P 21.3086 Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Postulat darauf hingewiesen, dass eine ex-post Nachhaltigkeitsanalyse, wie sie das Postulat fordert, erst möglich ist, sobald genug Erfahrungswerte vorhanden sind, um fundierte Aussagen zum Funktionieren des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (CEPA) EFTA-Indonesien machen zu können. Das CEPA ist am 1. November 2021 in Kraft getreten (SR 0.632.314.271). Es ist davon auszugehen, dass für eine fundierte Studie Werte aus mehreren Jahren nötig sind.

2021 P 21.3498 Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)

Der Bundesrat hat am 16. Februar 2022 eine Gesamtschau «Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz» mit detaillierten Massnahmen zur Dynamisierung des Wirtschaftsstandorts (www.seco.admin.ch > Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik > Wirtschaftspolitik > Wachstum) sowie am 22. Mai 2024 eine wirtschaftspolitische Agenda zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in seinem «Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft 2024» (www.seco.admin.ch > Publikationen und Dienstleistungen > Publikationen > Strukturwandel und Wachstum > Wachstum) veröffentlicht. Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Der hindernisfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt ist das Kernstück des Pakets. In diesem Sinne wird das Anliegen des Postulats auch Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2022 M 20.3531 Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)

2022 M 20.3532 Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Beat Rieder)

Der Bundesrat hat in Erfüllung der Motionen am 13. September 2024 einen neuen Leitsatz in die Liste der Corporate-Governance-Leitsätze des Bundes (abrufbar unter www.efv.admin.ch > Themen > Finanzpolitik Grundlagen > Corporate Governance) aufgenommen. Gemäss dem neuen Leitsatz 15a dürfen Bundesunternehmen über keine relevanten Wettbewerbsvorteile verfügen, wenn sie ausserhalb der ihnen im Rahmen des Service public übertragenen Aufgaben Dienstleistungen am Markt erbringen. Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt. Er wird deren Abschreibung in 2026 beantragen, nachdem die Erläuterungen zum neuen Leitsatz veröffentlicht werden.

2022 M 20.4738 Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Erich Ettlin)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 24.096: Botschaft vom 13. Dezember 2024 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen).

2022 M 21.3595 Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Die Verbesserung des Marktzugangs für Schweizer Investitionen in China ist neben dem verbesserten Marktzugang beim Warenhandel und der Verstärkung der Bestimmungen zur Nachhaltigkeit eines der drei Hauptziele der Schweiz in den 2024 lancierten Verhandlungen zur Weiterentwicklung des bestehenden Freihandelsabkommens Schweiz-China. Die Schweiz setzt sich entsprechend im Rahmen der Verhandlungen für solche Verbesserungen ein und berücksichtigt dabei je nach Sektor ihre offensiven und defensiven Interessen. Es dürfte hingegen weder möglich noch zielführend sein, in allen Sektoren eine vollständige Reziprozität zu erreichen. Die Verhandlungen zur Modernisierung des Freihandelsabkommens werden 2026 weitergeführt.

2022 M 21.3743 Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Hans Stöckli)

Die Motion befindet sich in Umsetzung. Es wurden, unter Einbezug touristischer Stakeholder, umfassende Grundlagenarbeiten durchgeführt und Umsetzungsvarianten erarbeitet. Parallel dazu wurde Innotour einer umfassenden externen Evaluation unterzogen, welche einige Hinweise ergeben hat, wie die Wirkung und der Vollzug von Innotour weiter optimiert werden könnten. Der Start des Innotour Recovery Programms im Sommer 2023, einhergehend mit deutlich mehr Projektanträgen, sowie die parallel laufende Innotour-Evaluation haben die Verzögerung mitverursacht.

Für die Umsetzung der Motion wurde entschieden, ein Merkblatt zur Systematisierung der Innotour-Vollzugspraxis auszuarbeiten. Dieses wurde publiziert. Im Rahmen der Botschaft über die Standortförderung des Bundes 2028-2031 wird die Abschreibung der Motion beantragt.

2022 M 21.4426 Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Andrea Gmür-Schönenberger)

Das Meldewesen wird von den Kantonen vollzogen. Der Vollzug erfolgt sehr heterogen und es sind sehr viele Akteure in den Vollzug involviert. Bei den Meldedaten handelt es sich um sensible Daten. Im Januar 2025 wurde eine Grundlagenstudie zur Digitalisierung des Meldewesens veröffentlicht. Aufgrund der hohen Komplexität der Arbeiten und des erheblichen Koordinationsaufwands wird die Umsetzung der Motion voraussichtlich mindestens bis 2028 dauern.

2023 M 22.3229 Touristischer Verkehr. Ein vernachlässigter Bereich im öffentlichen Verkehr? (Marianne Maret)

Die Motion Maret wurde im Oktober vom UVEK/BAV ans WBF/SECO bzw. ans Ressort Tourismuspolitik der Direktion für Standortförderung (DSTO) überwiesen. Es besteht die Absicht, auf das Anliegen der Motion im Rahmen eines neuen strategischen Handlungsfelds mit dem Titel «Touristische Mobilität weiterentwickeln» als Teil der künftigen Tourismusstrategie des Bundes einzugehen. Die Koordination zwischen den verschiedenen für Verkehr zuständigen Bundesämtern und Förderinstrumenten soll zugunsten des öffentlichen Verkehrs im Tourismus verstärkt werden.

2023 P 22.3296 Europadossier. Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und Ansätze des Bundesrates (Sophie Michaud Gigon)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Die genannten Themen werden Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird. Namentlich werden in der Botschaft die geprüften Alternativen sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen des Pakets erläutert.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630 Vollasoziiierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

2020 P 20.3928 Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Bundesrat Guy Parmelin und EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva haben am 10. November 2025 das Programmabkommen Schweiz–EU unterzeichnet. Dieses bietet einen Rechtsrahmen für die Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme für Bildung, Forschung und Innovation. Damit soll die Zusammenarbeit mit der EU in diesen Bereichen langfristig gestärkt werden. Konkret deckt das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU die Teilnahme an Horizon Europe, dem Euratom-Programm, der Forschungsinfrastruktur ITER, dem Digital Europe Programm (diese vier Programme werden zusammengefasst als Horizon-Paket 2021–2027 bezeichnet), Erasmus+ und EU4Health ab.

Dank dem Abkommen wird also eine Assoziierung an Erasmus+ möglich. Der Bundesrat strebt die Teilnahme ab dem 1. Januar 2027 an, wofür er dem Parlament die notwendigen Finanzmittel beantragen wird. Bis dahin werden auf nationaler Ebene die erforderlichen Vorarbeiten für eine Assoziierung umgesetzt und die aktuelle Schweizer Lösung für die Förderung von internationaler Mobilität und Kooperation in der Bildung weitergeführt.

Diese Elemente werden Gegenstand der Botschaft über das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2023 P 22.4265 Gezielte Datenerhebung als Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

2023 P 22.4266 Um das Problem des Lehrermangels längerfristig lösen zu können, sind umfassende, systematische, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von Schulreformen durch die Kantone unabdingbar (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung der Postulate 22.4265 und 22.4266 voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 genehmigen.

2023 P 23.3841 Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich (Olivier François)

Die Ergebnisse des Evaluationsberichts vom Juli 2025 werden den relevanten Akteuren unterbreitet; aufgrund der unterschiedlichen Sitzungstermine der Gremien dauert die Konsultation jedoch länger als geplant. Der Bericht wird voraussichtlich bis Ende 2026 vorliegen.

2023 P 23.3960 Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Doktoratsausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Das zu evaluierende Projekt im Rahmen der projektgebundenen Beiträge 2021-2024 «P-1 Mobilitätsförderung von Doktorierenden und Weiterentwicklung des 3. Zyklus» wurde bis Mitte 2025 verlängert und die externe Evaluation entsprechend erst nach Beendigung des Projekts durchgeführt. Diese ist nun abgeschlossen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz SHK wird nun zu den Ergebnissen angehört. Der Bundesratsbericht wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2026 vorliegen.

Bundesamt für Landwirtschaft

2022 P 22.4252 Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

2023 P 21.3831 Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel (Meret Schneider)

Aufgrund der thematischen Schnittstellen wird ein gemeinsamer Bericht zu den Postulaten 21.3831 «Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel» Meret Schneider, 22.4252 «Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt» Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat und 24.3673 «Richtpreise repräsentieren nicht die effektiv bezahlten Preise ab Hof» Martin Haab erstellt. Zudem sind die Arbeiten an diesem Bericht in die Arbeiten zur AP30+ eingebettet.

2024 wurden Grundlagenarbeiten durchgeführt, ein erster Einbezug der Branche hat stattgefunden. 2025 wurden die inhaltlichen Arbeiten abgeschlossen. Der Bericht wird vom Bundesrat voraussichtlich im ersten Quartal 2026 behandelt.

2023 M 22.4251 Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik. Konkretisierung des Konzepts (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2030 (AP30+) laufen planmässig. 2024 wurden relevante Aspekte im Rahmen von 16 Arbeitsschwerpunkten, 2025 im Rahmen von 10 instrumentellen Schwerpunkten vertieft. Die Inhalte der AP30+ werden unter Einbezug einer Begleitgruppe mit externen Stakeholdern erarbeitet. Bisher wurden 5 Begleitgruppensitzungen durchgeführt. Die Vernehmlassung soll voraussichtlich im 4. Quartal 2026 erfolgen; die Verabschiedung der Botschaft im 4. Quartal 2027.

Die Motion soll im Rahmen der Botschaft zur AP30+ zur Abschreibung beantragt werden.

2023 M 22.4253 Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+ (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

2025 M 24.4420 Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten (Hegglin Peter)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.079: Botschaft vom 8. Oktober 2025 zu Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht.

2023 P 22.4440 Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Anna Giacometti)

2023 P 22.4556 Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Meret Schneider)

Im März 2025 wurde die Studie «Hidden costs of the Swiss Agrifood System: Case study for the State of Food and Agriculture Report of the FAO – SOFA 2024» (FiBL März 2025) publiziert, welche die Anliegen der Postulantinnen aufnimmt.

Der Bundesrat plant für 2026 eine Vernehmlassung zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik ab 2030 (AP30+) durchzuführen. Darin wird er die Konkretisierung der Massnahmen bezüglich Transparenz und Kostenwahrheit zur Diskussion stellen. Die Vernehmlassung soll voraussichtlich im 4. Quartal 2026 erfolgen; die Verabschiedung der Botschaft im 4. Quartal 2027.

Die Postulate sollen im Rahmen der Botschaft zur AP30+ zur Abschreibung beantragt werden.

2023 P 23.4074 Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft? (Bourgeois [de Montmollin])

Im Rahmen eines Forschungsauftrags zur Beantwortung dieses Postulats erstellt Agroscope in einem Teilprojekt 1 für ausgewählte Kulturen Profile mit relevanten Daten zur Produktion (Ertrag und Qualität) und zu Faktoren, welche einen Einfluss auf die pflanzenbauliche Produktion haben (Fokus Pflanzenschutz und Dünger). In einem möglichen Teilprojekt 2 werden vertiefte

Evaluationen oder Nachhaltigkeitsbeurteilungen durchgeführt. Im Mai 2025 hat Agroscope erste Resultate und einen Vorschlag für die Struktur der Kulturprofile präsentiert. Im August 2025 fand eine erste Sitzung mit der Begleitgruppe (Branchen- und Produzentenorganisationen, Bundesämter) statt.

Der Bericht zum Postulat soll Ende 2027 als Entwurf vorliegen und im zweiten Quartal 2028 vom Bundesrat verabschiedet werden.

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)

Der Bundesrat hat am 21. August 2024 den Schlussbericht «Umsetzungsvorschläge zu den Massnahmen des BAG-Berichts Arzneimittelversorgungengpässe; Schlussbericht 2024 der Interdisziplinären Arbeitsgruppe» (abrufbar unter: www.bag.admin.ch > Themen > Medikamente & Medizinprodukte > Sicherheit in der Arzneimittelversorgung > Berichte) zur Kenntnis genommen und weitere Arbeiten zur Stärkung der Versorgungssicherheit festgelegt. Angestrebt wird unter anderem die Erweiterung der Pflichtlager sowie die erleichterte Zulassung von Importen im Bedarfsfall. Diese Arbeiten dauern an; eine allfällige Pflichtlagererweiterung hängt von der Klärung der Finanzierung ab. Am 2. Juli 2025 hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) den überarbeiteten nationalen Pandemieplan veröffentlicht, der die Lehren aus der Covid-19-Pandemie berücksichtigt. Der Pandemieplan verankert die Versorgungssicherheit als Querschnittsthema, hält Empfehlungen zur Lagerhaltung für die Leistungserbringer des Gesundheitswesens fest und sieht eine Bedarfsmodellierung durch das BAG vor (www.pandemieplan.admin.ch > Querschnittsthemen > Versorgungssicherheit). In diesem Zusammenhang wurde dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung Ende 2025 eine Liste wichtiger medizinischer Güter in einer Pandemie zur Verfügung gestellt, um das Marktmonitoring entsprechend zu erweitern. Diese Liste wird im Jahr 2026 weiter präzisiert und bildet die Grundlage für die nächsten Umsetzungsschritte.

Bundesamt für Wohnungswesen

2023 M 22.4448 Mehr Rechtssicherheit im Mietrecht (Stefan Engler)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Rechtsunsicherheit zu beseitigen, die das Bundesgericht mit einer Praxisänderung zur zulässigen Nettorendite geschaffen hatte. Das Bundesgericht legte die zulässige Nettorendite bei 2 Prozent fest, aber nur so lange der mietrechtliche Referenzzinssatz nicht mehr als 2 Prozent beträgt. Das Anliegen der Motion soll mit einer Teilrevision der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen vom 9. Mai 1990 (VMWG; SR 221.213.11) erfüllt werden. Die Teilrevision der Verordnung wird dem Bundesrat voraussichtlich im 1. Quartal 2026 unterbreitet und dazu ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet.

2023 P 23.4323 Wohneigentumsförderung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Der Bericht «Wohneigentumsförderung» wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 unterbreitet. Der Bericht wird darlegen, welche Massnahmen im Bereich der Wohneigentumsförderung geeignet wären, dem entsprechenden Verfassungsauftrag (vgl. Art. 108 BV) Rechnung zu tragen. Dabei wird auch der gemeinnützige Wohnungsbau als Sonderform des (Mit-)Eigentums beleuchtet und es wird aufgezeigt, welche Auswirkungen die verschiedenen Massnahmen auf die Preisentwicklung haben.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

Das Postulat verlangt vom Bundesrat, nach Abschluss des Verwaltungsstrafverfahrens in einem Bericht eine Gesamtbilanz der PostAuto-Affäre zu ziehen.

Das Verwaltungsstrafverfahren ist nach wie vor hängig, weshalb noch keine Gesamtbilanz zur PostAuto-Affäre gezogen werden kann.

2023 P 21.4100 Zweckmässigkeit einer Privatisierung der öffentlichen Unternehmen prüfen (Philippe Nantermod)

Am 17. Mai 2023 hat der Bundesrat den Corporate-Governance-Leitsatz 17 angepasst und beschlossen, dass er im Rahmen der Erarbeitung der strategischen Ziele regelmässig die Eignerstrategie sowie das öffentliche Interesse an der Aufgabenerfüllung durch die verselbstständigten Einheiten prüft. Die erste Prüfung dieser Art hat der Bundesrat im Jahr 2024 bei der Swisscom AG durchgeführt. Er kam zu dem Schluss, dass die Mehrheitsbeteiligung an der Swisscom noch gerechtfertigt ist. Die Überprüfung der Eignerstrategie der SBB ist für das Jahr 2026 vorgesehen. Der Überprüfungszeitpunkt der Post wird von der EFV nach Abstimmung mit den Eignerstellen in den jährlichen Corporate-Governance-Weisungen festgelegt.

Bundesamt für Verkehr

2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Der Antrag zur Abschreibung des Postulates mit dem Geschäft 23.055: Botschaft von 16. August 2023 zum Stand und zu Änderungen der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur sowie zur Perspektive Bahn 2050 wurde abgelehnt. Mit der räumlichen Konkretisierung der Perspektive BAHN 2050 hat das BAV eine Grundlage für die Planung der nächsten Ausbauschritte der Bahninfrastruktur vorgelegt. Ausgehend vom Verkehrsverlagerungspotenzial zeigt diese Grundlage auf, wo und wie die Bahn im Hinblick auf das Klimaziel entwickelt werden soll. In einem weiteren Konkretisierungsschritt wird derzeit das Zielbild STEP erarbeitet, in dessen Rahmen auch die Absicht zur Weiterentwicklung der Wes-Ost-Achse (und der Nord-Süd-Achse) des Bahnsystems aufgezeigt wird. Der Bundesrat wird eine Abschreibung der Motion mit der Botschaft zu Verkehr '45 (Teil Bahn) beantragen.

2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Zwischen März und Dezember 2024 hat der Bundesrat Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» geführt. Im Mai 2025 wurden diese formell abgeschlossen. Der Bundesrat hiess am 13. Juni 2025 die entsprechenden Abkommen mit der EU gut und eröffnete die Vernehmlassung, die bis am 31. Oktober 2025 dauerte. Da nun das Verhandlungsergebnis über die Informations- und Mitwirkungsrechte der Schweiz im Rahmen der dynamischen Rechtsübernahme vorliegen, kann dieser Motion entsprochen werden. Die genannten Themen werden Gegenstand der Botschaft über das Paket sein, die voraussichtlich im ersten Quartal 2026 an das Parlament überwiesen wird.

2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Die im Februar 2025 vom Bundesrat Röstli und seinem französischen Amtskollegen, Verkehrsminister Tabarot, unterzeichnete Absichtserklärung sieht erste konkrete Schritte zur Entwicklung der linksrheinischen Achse vor. Eine Arbeitsgruppe hat 2025 ihre Arbeit aufgenommen. Bis Ende 2027 sollen alle Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung der Motion (in Verbindung mit den Aufträgen der Motion 24.3389) vorliegen. Diese sollen dann die Grundlage für eine Vereinbarung der Schweiz mit Frankreich und gegebenenfalls Belgien zur Umsetzung der Massnahmen darstellen.

2021 M 19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.058: Botschaft zur Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes (Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe).

2021 M 19.4443 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)

2021 M 19.4444 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)

2021 M 19.4445 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)

2021 M 19.4446 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)

Mit den Motionen wird der Bundesrat beauftragt, einen Massnahmenplan zu erarbeiten, mit dem er darlegt, wie der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr gesteigert werden kann. Im Rahmen einer Studie wurden Massnahmen in verschiedenen Bereichen der Mobilität eruiert. Die Motionen werden mit der Botschaft zu Verkehr '45 zur Abschreibung beantragt.

2022 P 21.3329 Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Florence Brenzikofer)

Abschreibung wird mit einem Bericht resp. mit allfälliger Botschaft frühestens ab 2028 zu Vorlage «Gesetzliche Aufarbeitung Tariflandschaft» beantragt. Die Arbeiten konnten noch nicht abgeschlossen werden, da die Arbeiten der Branche bei den für das Postulat relevanten Projekte «myRIDE» und «integrale Tarif-Governance» aufwändig sind und schwergewichtig erst im 2026 anstehen.

2022 M 22.3000 Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strasbourg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Die Motion ergänzt die dem Bundesrat mit den Motionen 20.3003 und 22.3000 erteilten Aufträge durch eine finanzielle Unterstützung für den Ausbau des Lichtraumprofils zwischen Metz und Strasbourg. Die linksrheinische Linie Strasbourg – Lauterbourg – Wörth bietet schon heute eine begrenzte Alternative für Umleitungen. Frankreich lehnt einen Ausbau dieser Linie für den Güterverkehr ab. Deutschland lehnt den erforderlichen Ausbau des deutschen Abschnitts Wörth – Lauterbourg (Grenze) ab. Der Bundesrat wird seine Bemühungen zur Umsetzung der Motion 20.3003 in Verbindung mit der Motion 24.3389 gegenüber Frankreich und mit Einbezug Belgiens intensivieren und strebt in diesem Zusammenhang an, dass bis im 2. Halbjahr 2027 die Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung konkreter Massnahmen mit einer verlässlichen Kostenschätzung vorliegen. Diese sollen dann die Grundlagen für eine Vereinbarung der Schweiz mit Frankreich und gegebenenfalls Belgien zur Umsetzung der Massnahmen darstellen. Der Bundesrat sieht die Abschreibung der Motion 22.3000 (Ausbau Wörth–Lauterbourg) aufgrund Nichtumsetzbarkeit vor. Sie soll mit dem Verlagerungsbericht 2027 beantragt werden.

2022 P 22.3231 Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Olivier Français)

Abschreibung wird mit einem Bericht beantragt. Die Berichterstattung wird sich auf eine Überprüfung der einzelnen Planungs- und Bewilligungsphasen stützen und Vorschläge zur Optimierung der Prozesse und deren Umsetzung aufzeigen.

2022 M 22.4257 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2022 M 22.4263 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Das Gutachten der ETHZ zeigt, dass die Beschleunigungsmassnahmen auf den genannten Strecken in einen nationalen Kontext einzuordnen sind. Dies erfolgt mit der Erarbeitung des Zielbild STEP, basierend auf der Perspektive BAHN 2050. Die Publikation der verkehrlichen Konkretisierung der Perspektive BAHN 2050 parallel zur Vernehmlassung der Botschaft 2027 zum Bahnausbau bildet den Auftakt der Erarbeitung eines Zielbilds STEP bis zur nächsten Botschaft 2031.

Die Abschreibung wird mit der nachfolgenden Botschaft zu einem Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur beantragt (Botschaft 2031). Die Erarbeitung des Zielbilds STEP und deren Diskussion mit den Planungspartnern ab Herbst 2026 ist die Grundlage für die strategische Weiterentwicklung der West-Ost-Achse und des Bahnnetzes in der Schweiz, abgestimmt mit dem angrenzenden Ausland. Sobald ein gemeinsames Zielbild STEP für die Weiterentwicklung der Bahn vorliegt, können die notwendigen Infrastrukturmassnahmen für die genannten Strecken eruiert und die zugehörigen Studien gestartet werden.

2023 M 22.3632 Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote (Barbara Schaffner)

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus der Mobilitätsbranche, den Kantonen, Gemeinden, Städten und Bundesämtern wurden verschiedene Handlungsfelder eruiert und diskutiert. Die Ergebnisse werden in einem Bericht dargelegt. Die Motion wird anschliessend zur Abschreibung beantragt.

2023 M 22.4258 Perspektive Bahn 2050. Einen Fokus auch auf die Realisierung und Vollendung des "Verkehrskreuzes Schweiz" (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Das Gutachten der ETHZ zeigt, dass die Fernverkehrsachsen in einen nationalen Kontext einzuordnen sind. Dies erfolgt mit der Erarbeitung des Zielbild STEP, basierend auf der Perspektive BAHN 2050. Die Publikation der verkehrlichen Konkretisierung der Perspektive BAHN 2050 parallel zur Vernehmlassung der Botschaft 2027 zum Bahnausbau bildet den Auftakt der Erarbeitung eines Zielbilds STEP bis zur nächsten Botschaft 2031.

Die Abschreibung wird mit der nachfolgenden Botschaft zu einem Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur beantragt (Botschaft 2031). Die Erarbeitung des Zielbilds STEP und deren Diskussion mit den Planungspartnern ab Herbst 2026 ist die Grundlage für die strategische Weiterentwicklung der West-Ost-Achse und des Bahnnetzes in der Schweiz, abgestimmt mit dem angrenzenden Ausland. Sobald ein gemeinsames Zielbild STEP für die Weiterentwicklung der Bahn vorliegt, können die notwendigen Infrastrukturmassnahmen für die genannten Strecken eruiert und zugehörigen Studien gestartet werden.

2023 P 23.3703 Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur (Benedikt Würth)

Das BAV hat erste Analysen zur Frage des Postulanten durchgeführt und insbesondere die in den letzten 10 Jahren eingeführten neuen Normen im Bereich der Bahninfrastruktur geprüft. Auf Basis der Erkenntnisse sind weitere Untersuchungen notwendig, die aktuell in Abstimmung mit Branchenvertretern erstellt werden.

2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)

2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)

Die Postulate verlangen, dass der Bundesrat die betrieblichen Auswirkungen am Flughafen Zürich bei einer Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland aufzeigt und dabei eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sicherstellt.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, falls ein Inkrafttreten des Staatsvertrags absehbar wird. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis heute nicht eingeleitet. Falls der Vertrag in Kraft treten würde, wäre seine Umsetzung auch in der Schweiz neu zu prüfen, weil sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verändert haben.

2017 M 15.3491 Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])

Die Motion fordert den Bundesrat auf, die Altersgrenze von 60 Jahren für Helikopterpilotinnen und -piloten entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 aufzuheben. Seit 2017 setzte sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in der europäischen Diskussion zur Anpassung der Alterslimite ein und beteiligte sich aktiv an einer Studie der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA). Diese leitete daraufhin ein Rechtssetzungsverfahren ein, das dazu führte, dass die EU-Kommission Ende Juni 2024 die Altersgrenze für Rettungseinsätze auf 65 Jahre erhöhte. Die Regelung trat in der EU am 14. August 2024 in Kraft, in der Schweiz gilt sie seit dem 1. Februar 2025. Das Anliegen der Motion ist damit teilweise erfüllt, denn bei kommerziellen Personentransporten gilt weiterhin die Altersgrenze von 60 Jahren. Um die Motion vollständig umzusetzen, wird das Luftfahrtgesetz (LFG) entsprechend angepasst. Die Botschaft zur Änderung des Luftfahrtgesetzes (25.086) wurde am 12. November 2025 vom Bundesrat verabschiedet und das Geschäft ans Parlament überwiesen. Es wurde versäumt, den Vorstoss in der Botschaft zur Abschreibung zu beantragen. Der Vorstoss wird mit der Annahme der Botschaft voraussichtlich im Laufe des Jahres 2027 umgesetzt.

2018 P 18.3245 Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, trat am 1. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft. Die Verordnungen legen fest, dass alle Drohnen, die neu im EU-Markt erhältlich sind, mit einem Fernidentifizierungssystem ausgestattet sein müssen. Auch für Drohnen in höheren Risikokategorien (z.B. Betrieb ausserhalb des direkten Sichtbereichs) ist die Fernidentifikation obligatorisch. Zudem trat am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-Space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Dieses ermöglicht die Identifizierung sämtlicher ziviler Drohnen aus der Ferne durch die Nutzung einer mobilen Applikation. Dazu sind jedoch sogenannte U-Space-Lufträume notwendig. Das BAZL arbeitet aktuell an der Schaffung eines ersten solchen Luftraums im Raum Zürich, welcher ab 2026 zur Verfügung stehen wird. Weitere solche Lufträume sind in stark frequentierten Luftraumgebieten geplant.

2018 M 18.3371 Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)

Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Mitspracherechte basierend auf dem bilateralen Luftverkehrsabkommen mit der EU für die Erarbeitung einer Regulierung eingesetzt, welche Sicherheit und Ordnung beim Betrieb ziviler Drohnen sicherstellt. Ein erstes Verordnungspaket (2019/945 und 2019/947), welches technische Anforderungen an zivile Drohnen sowie operationelle Vorschriften für deren Betrieb beinhaltet, trat am 1. Januar 2023 in der Schweiz in Kraft. Seither besteht für alle Drohnenpilotinnen und -piloten in der Schweiz und in der EU eine Registrations- und Prüfungspflicht. Das Verordnungspaket enthält ebenfalls die Grundlage zur Identifizierung von Drohnen aus der Ferne. Die Rechtsdurchsetzung soll dadurch gestärkt werden. Zudem trat am 26. Januar 2023 das EU-Verordnungspaket (2021/664, 2021/665, 2021/666) zur Einführung der U-Space-Infrastruktur in der Schweiz in Kraft. Die U-Space-Infrastruktur soll neben einem Sicherheitsgewinn auch die Effizienz bei der Bearbeitung und Bewilligung von komplexen Drohnenanwendungen erhöhen, ohne das hohe Sicherheitsniveau in der Luftfahrt zu schmälern. Das BAZL arbeitet aktuell an der Schaffung eines ersten solchen Luftraums im Raum Zürich, welcher ab 2026 zur Verfügung stehen wird. Weitere solche Lufträume sind in stark frequentierten Luftraumgebieten geplant.

2019 M 18.3700 Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)

2021 M 21.3020 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2021 M 21.3095 Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettlin)

2021 M 21.3458 Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.086: Botschaft vom 12. November 2025 zur Änderung des Luftfahrtgesetzes.

2020 M 19.4562 Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)

Die Motion verlangt, zur Bewältigung von Krisen, im Katastrophenfall und zur Rettung von Menschen in Not die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Low Flight Network (LFN) fertig zu stellen und die dafür erforderliche Finanzierung zu regeln. Letzteres und auch die Behandlung von Aspekten des Ausbaustandards des Netzes erweisen sich als

aufwändig. Die geplante Finanzierung durch den Bund ist auf Grund der angespannten Situation bei den Bundesfinanzen zurzeit zurückgestellt. Der weitere Ausbau kann mit gewissen Einschränkungen aber fortgeführt werden.

2021 M 20.4412 Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)

Die Motion verlangt, dass der Bund die heute praktizierte finanzielle Stützung der Regionalflugplätze dauerhaft weiterführt, ohne dass eine Verbundaufgabe mit den Kantonen eingeführt wird. Dabei geht es um die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste. Für die Umsetzung der Motion sind Anpassungen in der Verordnung über den Flugsicherungsdienst (SR 748.132.1; VFSD) und in der Verordnung über die zweckgebundene Mineralölsteuer für Massnahmen im Luftverkehr (725.116.22; MinLV) vorgesehen. Der Entwurf der entsprechenden Verordnungsbestimmungen wurde im ersten Halbjahr 2024 bei den betroffenen Stakeholdern konsultiert. Die Ämterkonsultation wurde im September 2024 abgeschlossen. Auf Basis des Berichts der Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung hat der Bundesrat im September 2024 beschlossen, in Bezug auf die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherung auf den Regionalflugplätzen (heute CHF 30 Mio.) eine Sparmassnahme von 25 Mio. weiterzuverfolgen (Entlastungspaket 2027). Diese Stossrichtung steht im Widerspruch zum Ansinnen der Motion Würth. Das UVEK hat deshalb entschieden, dass der Rechtsetzungsprozess zur Umsetzung der Motion Würth vorläufig nicht weitergeführt wird. Dieser wird wieder aufgenommen, sobald klar ist, ob die geplante Sparmassnahme Bestand hat. Die parlamentarische Beratung des EP 2027 ist für das erste Halbjahr 2026 geplant.

Bundesamt für Energie

2021 M 20.3485 Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)

Das Parlament hat in der Herbstsession 2025 die Abschreibung der Motion abgelehnt und die Frist für die Behandlung bis Mitte 2026 verlängert. Seit 2020 hat der Bundesrat dem Parlament Gesetzesänderungen unterbreitet bzw. Massnahmen ergriffen, damit Biomasseanlagen (Holz und Biogas) auch in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden können. Dank den vorgenommenen Anpassungen im Energiegesetz (SR 730.0, AS 2022 729; AS 2024 679) und im CO₂-Gesetz (SR 641.71, AS 2024 376) sowie den vorgesehenen Änderungen im Raumplanungsgesetz (SR 700, BBl 2023 2301) können Biomasseanlagen besser finanziell gefördert und einfacher ausserhalb der Bauzonen realisiert werden. Weitere Gesetzesanpassungen im Bereich Klima und Energie sind nicht notwendig, um dem Anliegen der Motion nachzukommen. Allenfalls werden noch Anpassungen auf Verordnungsstufe in Betracht gezogen. Im Landwirtschaftsbereich sind die Möglichkeiten für sinnvolle Massnahmen auf Verordnungsstufe jedoch bereits ausgeschöpft.

2021 M 20.4063 Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)

Eine verstärkte Nutzung des Untergrunds ist für die Erreichung der Klimaziele wichtig. Aufgrund ungenügender Daten ist das Nutzungspotential des tiefen Untergrunds der Schweiz heute sehr schlecht bekannt und die Investitionsrisiken für die Privatwirtschaft hoch. Der Bedarf an besseren Kenntnissen zum Aufbau des Untergrunds ist unbestritten. Der Bundesrat hatte die erste Phase der Arbeiten zur Umsetzung der Motion lanciert, um ein Erkundungskonzept sowie eine Finanzierungsbotschaft an das Parlament für dessen Realisierung auszuarbeiten. Für die Realisierung einer Minimalvariante würden Mittel im Rahmen von mindestens 100 Millionen Franken benötigt. Dafür fehlen dem Bund die nötigen Mittel. Die Motion 20.4063 kann deshalb nicht umgesetzt und soll abgeschrieben werden. Der Abschreibungsbericht wurde erfasst und soll bis Mitte 2026 ans Parlament überwiesen werden.

2022 M 19.4202 Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Christoph Eymann)

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 die Eckwerte des Entlastungspaketes für den Bundeshaushalt festgelegt. Aufgrund der darin vorgesehenen Massnahmen im Gebäudebereich wird der Bericht nochmals überprüft.

2022 M 21.4144 Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Jakob Stark)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.063: Botschaft vom 19. September 2025 zum Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt (EP 27).

2022 P 22.4128 Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Thomas Minder)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 25.098: Botschaft vom 12. Dezember 2025 zur Änderung des Stromversorgungsgesetzes (Anforderungen an systemkritische Unternehmen).

2023 P 23.3023 Synthetische Energieträger und saisonale Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit und insbesondere der Stromversorgungssicherheit im Winter. Auslegeordnung und Ausarbeitung einer Grundlage mit Handlungsoptionen insbesondere für die Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bundesrat hat das UVEK im Rahmen der Wasserstoffstrategie beauftragt, einen Runden Tisch zum Thema Energiespeicher durchzuführen. Aufgrund der Vorbereitungen des Runden Tisches Energiespeicher wurde der Berichtsentwurf zum Postulat 23.3023 überarbeitet. Die Verabschiedung des Berichts durch den Bundesrat ist im 2. Quartal 2026 vorgesehen.

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)

Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat daraufhin den Planungsprozess aufgenommen und beabsichtigte, dem Bundesrat ein entsprechendes «Generelles Projekt» zur Genehmigung vorzulegen.

Anlässlich des Ministertreffens vom Dezember 2022 stellte Bundesministerin Leonore Gewessler die Evaluationsergebnisse einer Prüfung von Alternativen vor. Darin wurde insbesondere eine mögliche Verbindung der A13 und der A14 bei Diepoldsau geprüft. Die Alternativen schnitten offenbar besser ab als die Variante, die sich im Genehmigungsverfahren befindet. Österreich wird nun eine weitere Vertiefung der alternativen Varianten in Auftrag geben, ohne aber das laufende Genehmigungsverfahren zu beenden.

Den von Österreich erhofften politischen Support kann die Schweiz nur bedingt leisten, da der schweizerische Anteil nur einen kleinen Prozentsatz am Gesamtprojekt ausmacht, sowie auf dem Autobahnanschluss A13 St. Margrethen beruht. Das ASTRA folgt mit seinem Projekt zudem der Zeitplanung der österreichischen Planung. In der aktuellen Strategie- und Konzeptphase sind ausserdem die Zollverwaltungen der beiden Länder wichtige Taktgeber des Strassenprojektes. Die für die Projektierung des Strassenprojektes notwendigen Betriebskonzepte (für den bisherigen Standort St. Margrethen) liegen derzeit nur für den Schweizer Anlageteil vor.

Das ASTRA wird den Fortschritt des Strassenprojektes wie bis anhin mit den Partnern aus beiden Ländern abstimmen und im Rahmen der Möglichkeiten vorantreiben.

2016 M 16.3066 Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)

2016 M 16.3068 Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)

2018 M 17.3924 Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)

Die drei Motionen wollen mit ihren Begehren gleich lange Spiesse für das traditionelle Taxi-Gewerbe und neue Fahrdienstangebote wie Uber schaffen. Ein Rechtsänderungsvorschlag, der dem Bundesrat die Kompetenz entzogen hätte, Arbeits- und Ruhezeitenvorschriften für Motorwagen zum Personentransport mit bis zu neun Sitzplätzen zu erlassen, wurde Anfang 2019 den betroffenen Vollzugsbehörden und Verbänden vorgestellt und von diesen einhellig abgelehnt. Angesichts der breiten Ablehnung durch die Betroffenen hätte der Vorschlag zur Umsetzung der drei Motionen in der Vernehmlassung kaum Zustimmung gefunden. Zudem haben sich die Verhältnisse seit der Einreichung der Motionen rund um die Fahrdienstangebote geändert. Zum einen wurde Uber Pop (Taxifahrten durch Privatleute in ihrem eigenen Auto) im Jahr 2018 eingestellt, zum anderen haben verschiedene Kantone und Gemeinden die neuen Fahrdienstangebote geregelt. In der Folge wurde anhand einer Studie die Thematik der neuen Fahrdienstangebote im Strassenverkehr samt ihrer erwarteten Entwicklung umfassend beleuchtet und Vorschläge für Rechtsänderungen aufgezeigt. Dieses Vorgehen nimmt die Anregung der Motion 16.3068 auf, einen Bericht zu erstellen. Die Studie wurde 2021 fertiggestellt und dient als Grundlage für das weitere Vorgehen. Am 17. März 2023 hat das Parlament im Strassenverkehrsgesetz (Geschäft 21.080) eine Rechtsgrundlage geschaffen (Art. 25 Abs. 2^{bis} E-SVG), die es dem Bundesrat erlaubt, statt einem Fahrtschreiber auch eine App zur Kontrolle der Arbeitszeit berufsmässiger Motorfahrzeugführer und -führerinnen vorzusehen. Der Bundesrat arbeitet nun gestützt darauf eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der Motionen aus. Die Vernehmlassung wurde am 19. Dezember 2025 eröffnet.

2019 P 19.3422 Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Der Bund hat im Fall des Nationalstrassenprojektes «Bypass Luzern» die geforderte Unterstützung geleistet. Die Portalverlängerung durch die Grosshofbrücken wurde nach entsprechenden Stellungnahmen des Kantons Luzern und der Stadt Kriens ins «Generelle Projekt» aufgenommen. Der Lärmschutz der offenen Strecke wurde entsprechend der Vorgaben der Lärmschutzverordnung im Projekt ergänzt und entspricht den rechtlichen Vorgaben. Ausserdem hat sich das Bundesamt für Strassen (ASTRA) gemeinsam mit seinen Projektpartnern (Kanton Luzern, LuzernPlus und der Stadt Kriens) auf ein schrittweises Vorgehen betreffend Überdeckung A2 Luzern-Süd geeinigt und setzt seine Arbeiten diesbezüglich fort. Ziele der aktuellen Phase sind u. a. die Konkretisierung der nötigen Anpassung der Nationalstrasse. Das gemeinsame Vorgehen haben die Projektpartner in einer Absichtserklärung vom 12. Januar 2024 festgehalten. Die Finanzierung und Kostenbeteiligung des Bundes richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG; SR 725.116.2; vgl. Punkt 3 unten).

Der Bundesrat hat das ASTRA und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Übrigen beauftragt, mögliche Handlungsfelder zur Eindämmung des Strassenlärms auszuarbeiten. Im Bereich des Handlungsfeldes «Überdeckungen» bestehen folgende Strategien:

1. Konsequente «Doppelnutzung» der Autobahnen wie z.B. in den Bereichen Neuenhof, Glattbrugg, Airola oder Weiningen;
2. Unterirdische Linienführung bei Grossprojekten des Entwicklungsprogramms Nationalstrassen, wenn immer möglich und opportun;
3. Opportunitäten für zusätzliche Überdeckungen bei solchen Projekten schaffen: Dank dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds ist über das MinVG eine Kostenbeteiligung von bis zu 60% möglich;
4. Der Bund stellt privaten Investoren einzelne Nationalstrassenabschnitte zur Verfügung, damit diese ihre Projekte zur Überdeckung vorantreiben können.

2020 M 17.3952 Zweisprachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)

Die Motion soll im Rahmen der Revision «Übernahme der wichtigsten Inhalte bestimmter Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen und Verkehrsfachleute (VSS) in die Signalisationsverordnung (SSV)» umgesetzt werden. Der Bundesrat hat bis am 30. September 2024 eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2025 die Änderungen beschlossen.

2020 M 20.3080 Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)

Die Motion wurde im Rahmen der gesetzlichen Revision «Verkehrsflächen für den Langsamverkehr» umgesetzt (Informationen abrufbar unter: www.astra.admin.ch > Fachleute und Verwaltung > Fahrzeuge und Gefahrgut > Bundesrat fördert den Langsamverkehr). Die Vernehmlassung fand vom 28. Juni bis am 18. Oktober 2023 statt. Die entsprechenden Anpassungen wurden in der Vernehmlassung grossmehrheitlich abgelehnt; insbesondere von 18 Kantonen. Hauptgrund für die Ablehnung war die Befürchtung einer Verschlechterung der Verkehrssicherheit im Fall einer Umsetzung der Motion. Langsame E-Bikes sind schneller und schwerer als Fahrräder, und die unter 14-Jährigen verfügen noch über zu wenig Fahrerfahrung, um diese Fahrzeuge sicher zu lenken. Die flankierenden Massnahmen können dieses Risiko nicht kompensieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und hat deren Abschreibung beantragt. Der Ständerat hat der Abschreibung am 10. September 2025 zugestimmt. Der Nationalrat hat die Abschreibung am 18. September 2025 abgelehnt. Somit ist der Bundesrat weiterhin beauftragt die Motion zu erfüllen; das Geschäft befindet sich gegenwärtig in der Kommission des Nationalrats KVF-N.

2023 P 21.4146 Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen. Eine pädagogische Hürde? (Baptiste Hurni)

Die Verwaltung hat einen externen Dienstleister mit der Erstellung eines Berichts zur Thematik beauftragt. Dieser Bericht wird derzeit analysiert und gestützt darauf der Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats erstellt. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im Q2 2026 verabschieden können.

2023 M 22.3907 Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in das Informationssystem Verkehrszulassung (Franz Grüter)

Der Bundesrat hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) und das Bundesamt für Strassen (ASTRA) beauftragt, die Arbeiten zur Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in das Informationssystem Verkehrszulassung (IVZ) zu starten. Dies ist die Voraussetzung dafür, um physische und digitale Ausweise auszustellen. Diese Arbeiten erfolgen in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Schifffahrtsämtern. Derzeit werden die Anforderungen, die Entwürfe zu den Rechtsanpassungen, die Grundlagen der kantonalen Finanzierung sowie die Varianten der Umsetzung im IVZ erarbeitet.

2023 M 23.3346 Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen (Erich Hess)

Der Bundesrat beabsichtigte mit dem Ausbauschnitt 2023 der Nationalstrassen unter anderem Spurerweiterungen auf der A1 im Raum Bern sowie auf dem Abschnitt Le Vengeron-Coppet-Nyon am Genfersee. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen, welches das Stimmvolk im November 2024 ablehnte. Vor dem Hintergrund dieses Entscheids sowie absehbarer Mehrkosten bei der Bahn beauftragte das UVEK die ETH Zürich mit einer Überprüfung der Verkehrsinfrastrukturplanungen des Bundes. Gestützt auf die Ergebnisse dieses Gutachtens wird der Bundesrat 2026 die strategischen Entwicklungsprogramme für Bahn und Nationalstrasse aktualisieren und dabei auch darlegen, welche Spurerweiterungen auf der A1 langfristig vorgesehen sind.

2023 P 23.3497 Eine Korridorstudie für die A2 nach Italien (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Der Bundesrat wird im Jahr 2026 in seiner Botschaft zur Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturen (Verkehr '45) das weitere Vorgehen in Bezug zur Verbindung N24 Stabio-Gaggiolo darlegen und die Motion zur Abschreibung beantragen.

Bundesamt für Kommunikation

2017 M 17.3013 Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2019 M 19.3039 Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)

Der Bundesrat hat am 13. August 2025 die Eckwerte für eine Revision des Postgesetzes beschlossen und das UVEK beauftragt, ihm bis Ende Juni 2026 eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten. Die Grundversorgung soll bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte schrittweise an die veränderte Nachfrage angepasst werden. Die Anpassungen bei der Grundversorgung ziehen auch Änderungen in den Bereichen Aufsicht, Preisgestaltung und Finanzierung nach sich. Die mit den beiden Vorstössen verlangten Revisionsvorhaben werden im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage umgesetzt.

2020 P 20.4066 Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)

Das Bundesamt für Kommunikation hat zu den im Postulat aufgeworfenen Fragen ein Gutachten erstellen lassen. Die Fragen werden darin beantwortet bzw. im Rahmen der Revision der Postgesetzgebung angegangen. Der Bundesrat hat am 13. August 2025 die Eckwerte dazu beschlossen und das UVEK beauftragt, ihm bis Ende Juni 2026 eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten. Das Gutachten vom 23. Juli 2021 wurde zusammen mit dem Bericht des UVEK zur künftigen Ausgestaltung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten vom 14. Juni 2024 veröffentlicht (beide Dokumente abrufbar unter: www.bakom.admin.ch > Post und Presseförderung > Evaluation).

2021 M 21.3000 Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)

Als Grundlage für die Festlegung einer Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen haben die Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit dem BAKOM und der Swisscom ein «Referenzmodell Notrufe» erarbeitet. Ziel dieses Referenzmodells ist es, die Sicherheit und Qualität des Notrufsystems in der Schweiz zu erhöhen und eine Basis für dessen Weiterentwicklung zu schaffen. Das Referenzmodell wurde am 20. Juni 2023 publiziert. Auf dieser Grundlage laufen nun die Arbeiten zur Umsetzung der Motion sowohl auf Verordnungs- als auch auf Gesetzesstufe. Die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über Fernmeldedienste vom 9. März 2007 (FDV; SR 784.101.1) fand vom 20. Juni bis 14. Oktober 2025 statt. Der Bundesrat wird die Verordnungsrevision voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 verabschieden. Weitergehende Massnahmen betreffend die Systemführerschaft werden in der geplanten Revision des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997 (FMG; SR 784.10) mit dem Schwerpunkt «Sicherheit kritischer Infrastrukturen» vorgeschlagen. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 die Vernehmlassung zur Revisionsvorlage eröffnen.

2021 M 21.3063 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)

2021 M 21.3064 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)

2021 M 21.3065 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)

2021 M 21.3066 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)

2021 M 21.3067 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)

2021 M 21.3068 Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)

Die Umsetzung dieser Motionen erfolgt im Rahmen der Arbeiten zur Motion 21.3000 (Festlegung der Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen). Basierend auf einem von den Notruforganisationen in Zusammenarbeit mit BAKOM und der Swisscom erarbeiteten Referenzmodell sind die Arbeiten sowohl für eine Gesetzes- als auch für eine Verordnungsänderung im Gange. Die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über Fernmeldedienste vom 9. März 2007 (FDV; SR 784.101.1) fand vom 20. Juni bis 14. Oktober 2025 statt. Der Bundesrat wird die Verordnungsrevision voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 verabschieden. Weitergehende Massnahmen betreffend die Systemführerschaft werden in der geplanten Revision des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997 (FMG; SR 784.10) mit dem Schwerpunkt «Sicherheit kritischer Infrastrukturen» vorgeschlagen. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 die Vernehmlassung zur Revisionsvorlage eröffnen.

2023 M 20.3237 Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen (FDP-Liberale Fraktion)

Der hat Bundesrat hat am 12. Dezember 2025 die Vernehmlassung für eine Revision des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997 (FMG; SR 784.10) eröffnet. Damit soll die Motion 20.3237 umgesetzt werden. Die Vorlage sieht vor, den Schutz vor nichtionisierender Strahlung aus dem Baubewilligungsverfahren herauszulösen. Künftig müssen Mobilfunkbetreiberinnen strahlenrelevante Inbetriebnahmen nicht mehr baurechtlich bewilligen lassen, sondern bei der zuständigen Behörde – in der Regel die kantonale oder städtische NIS-Fachstelle – melden. Die Betreiberinnen werden neu gesetzlich verpflichtet, ein Qualitätssicherungssystem (QS-System) einzusetzen, das die Einhaltung der rechtlich vorgegebenen Strahlengrenzwerte im Betrieb sicherstellt. Die Transparenz wird erhöht, indem der Zugang zur Antennendatenbank des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) erleichtert und Standortdatenblätter veröffentlicht werden. Der Rechtsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner wird im Nachgang zur Veröffentlichung durch ein Beschwerderecht sichergestellt. Die Vernehmlassung zur Revisionsvorlage dauert bis März 2026.

2023 M 20.3374 Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids# (Niklaus-Samuel Gugger)

Die Motion 20.3374 wird in der vom Ständerat geänderten Fassung im Rahmen der geplanten Revision des Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997 (FMG; SR 784.10) mit dem Schwerpunkt «Sicherheit kritischer Infrastrukturen» umgesetzt. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 die Vernehmlassung zur Revisionsvorlage eröffnen.

Bundesamt für Umwelt

2020 M 19.3207 Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)

2021 M 20.3010 Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bundesrat hat am 20. November 2024 die zweite Umsetzungsphase des Aktionsplans Strategie Biodiversität Schweiz (AP SBS II) verabschiedet. Am 12. Dezember 2025 hat er den AP SBS II mit den Massnahmen der weiteren Bundesämter aktualisiert. Die Massnahmen M12 und M18 adressieren direkt die Aufträge der beiden Motionen; andere Massnahmen tragen indirekt zur Erfüllung bei. Die zuständigen Bundesämter wurden mit der Umsetzung beauftragt.

2021 M 20.3625 Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuflömbereiche (Roberto Zanetti)

2021 M 20.4261 Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

2021 M 20.4262 Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Die drei Motionen werden mit einer Revision des Gewässerschutzgesetzes (SR 814.20) umgesetzt. Die Vernehmlassung wurde am 26. November 2025 eröffnet. Die Vorlage soll dem Bundesrat voraussichtlich bis Ende 2026 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

2021 M 20.3695 Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren (Marcel Dobler)

Die Motion wurde im Rahmen der parlamentarischen Initiative der UREK-NR 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» diskutiert. Das Parlament hat die Revision des Umweltschutzgesetzes (USG; BBl 2024 682) am 15. März 2024 in der Schlussabstimmung angenommen. Die Motion soll mit einer Totalrevision der Verordnung über Getränkeverpackungen (SR 814.621) umgesetzt werden. Die entsprechende Vorlage war bis Mitte Oktober 2025 in Vernehmlassung. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat im 1. Halbjahr 2026 über die Inkraftsetzung entscheiden wird.

2022 M 18.4131 Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Marco Romano)

Der Bundesrat hat am 1. Mai 2024 aufgrund der angespannten Finanzlage des Bundes vorläufig auf eine Beteiligung an der bis Ende 2027 laufenden Programmperiode von Copernicus verzichtet.

Dieser Verzicht bezieht sich auf die laufende Periode. Eine mögliche Teilnahme an der nächsten Programmgeneration (2028-2034) wird in der laufenden Programmperiode geprüft.

2023 M 22.3702 Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung (Matthias Samuel Jauslin)

Die Motion soll mit einer Revision der Gewässerschutzverordnung (SR 814.201) umgesetzt werden. Die Vernehmlassung wurde am 22. Dezember 2025 eröffnet. Es ist vorgesehen, die Vorlage dem Bundesrat im Herbst 2026 zur Verabschiedung vorzulegen.

2023 M 22.3929 Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (Marianne Maret)

Die Anliegen der Motion sollen mit einer Revision der Abfallverordnung (VVEA, SR 814.600), der Altlasten-Verordnung (AltIV, 814.680), der Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBo, SR 814.12) sowie Anpassungen in Vollzugshilfen umgesetzt werden. Die Eröffnung der Vernehmlassung zu den entsprechenden Vorlagen ist für Frühjahr 2026 (VVEA, AltIV), bzw. Frühjahr 2027 (VBBo) vorgesehen.

2023 P 23.3007 Anpassung der Restwasserbestimmungen für bestehende Wasserkraftwerke bei gleichzeitiger Verbesserung der Biodiversität der Gewässer (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Halbjahr 2026 vorgelegt werden.

2023 P 23.3129 Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich (Othmar Reichmuth)

Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Halbjahr 2026 vorgelegt werden.

2023 P 23.3219 Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (Othmar Reichmuth)

Zurzeit laufen die Arbeiten an der künftigen Regelung der Abscheidung und Speicherung von CO₂. Dies umfasst auch die Finanzierung. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der Arbeiten in die Vernehmlassungsvorlage zur Klimapolitik nach 2030 einfließen zu lassen und das Postulat 23.3219 Reichmuth in diesem Rahmen zu erfüllen.

2023 P 23.3676 Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen (Heidi Z'graggen)

Für die Arbeiten in Erfüllung des Postulats wurde die Volksabstimmung vom 22. September 2024 über die Biodiversitätsinitiative abgewartet. Eine Annahme der Initiative hätte die rechtliche Ausgangslage verändert. Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Halbjahr 2027 vorgelegt werden.

2023 P 23.4331 Strategie zur Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen sowie der Wasserversorgungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)

Der Bericht soll dem Bundesrat im 1. Halbjahr 2026 vorgelegt werden.

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3665 Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)

Im Bericht zur Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete «Beitrag des Bundes für eine kohärente Raumentwicklung 2024-20231», den der Bundesrat am 26. Juni 2024 verabschiedet hat, ist ein Monitoring zu den Agglomerationen und auch zu den ländlichen Räumen und Berggebiete als eine Massnahme enthalten. 2025 wurde dazu ein Führungs- und Kontrollinstrument mit 19 Indikatoren aufgebaut. Zunächst sind nun die ersten Ergebnisse des Monitorings, die 2027 vorliegen werden, abzuwarten und diese im Rahmen der Agglomerationspolitik entsprechend in Wert zu setzen. Wichtige Grundlagen dafür wurden aber bereits geschaffen.

2021 M 19.3731 Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)

Der Bericht zur Agglomerationspolitik und der Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete «Beitrag des Bundes für eine kohärente Raumentwicklung 2024-20231», den der Bundesrat am 26. Juni 2024 verabschiedet hat, enthält im Aktionsplan konkrete Massnahmen sowohl für die ländlichen Räume und Berggebiete, als auch für die Agglomerationen. Der Motionär verlangt u. a., dass in einem Aktionsplan aufgezeigt werden soll, welche Beiträge die Sektoralpolitiken des Bundes für die ländliche Räume und Berggebiete leisten. Mit der Umsetzung der Massnahme «Beitrag der Sektoralpolitiken zur Erreichung der Ziele der Agglomerationspolitik und Politik der ländlichen Räume und Berggebiete aufzeigen und stärken» des verabschiedeten Aktionsplans 2024-2031, wird diesem Anliegen Rechnung getragen. Erste Erkenntnisse und Erfahrungen, die mit dieser neuen Massnahme gewonnen werden konnten bzw. gemacht wurden, werden 2027 vorliegen.

2023 M 17.3918 Gewächshäuser auf Fruchtfolgefleichen (Heinz Siegenthaler)

Die Frage ob und wenn ja in welchem Umfang Flächen unter Glashäusern an den von den Kantonen zu sichernden Mindestumfang an Fruchtfolgefleichen (FFF) angerechnet werden dürfen, wurde im Auftrag des Bundes von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften einlässlich untersucht. Die Forschungsergebnisse liegen mittlerweile vor. Sie zeigen, dass dem Anliegen der Motion Rechnung getragen werden kann, ohne dass dazu das Raumplanungsgesetz geändert werden muss. Es ist jedoch wichtig, hier die nötige Transparenz und Rechtssicherheit zu schaffen. Dies wird durch entsprechende Ergänzungen des Erläuternden Berichts zu dem mit Beschluss des Bundesrats vom 8. Mai 2020 aktualisierten Sachplans FFF erfolgen. Die diesbezüglichen Arbeiten stehen kurz vor ihrem Abschluss.

2023 P 22.3640 Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern (Martin Candinas)

Der Entwurf des Berichts liegt vor. Dieser wurde zusammen mit den betroffenen Bundesstellen, dem Schweizerischen Städteverband, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie verschiedenen Interessenvertreterinnen und -vertretern erstellt, die sich mit verkehrsintensiven Einrichtungen befassen. In diesem Bericht wird der Bundesrat den bestehenden Rahmen, den es bei der Erstellung von verkehrsintensiven Einrichtungen zu beachten gilt, vorstellen und Empfehlungen abgeben, wie die raumplanerischen Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessert werden können. Die gesammelten Beispiele müssen jedoch nochmals überarbeitet werden, da einige Massnahmen nicht im vorgesehenen Rahmen umgesetzt werden können.

2023 P 23.3020 Abwärme in grossen Mengen soll genutzt werden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

Der Bericht wurde zusammen mit den betroffenen Bundesstellen erstellt. Dabei waren vorwiegend rechtliche Abklärungen nötig. Gegenstand dieser Abklärungen bildeten insbesondere eine Analyse der Kompetenzen und Pflichten im Bereich der Abwärmenutzung. Geprüft wurde auch die Bundesrechtskonformität der Umsetzung der Abwärmenutzung in der Raumplanung. Die Ergebnisse dieser Abklärungen fanden Eingang in den Bericht, der vom Bundesrat voraussichtlich im ersten Quartal 2026 verabschiedet wird.

2023 P 23.3125 Sektorkopplung und Netzkonvergenz. Geeignete Standorte raumplanerisch sichern! (Barbara Schaffner)

Im Jahr 2025 wurde ein Workshop mit der Branche und Behördenvertreterinnen und -vertretern durchgeführt, an dem auch die Postulantin teilgenommen hat. Dieser hat wichtige Inputs geliefert. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat den Bericht anfangs März 2026 verabschiedet wird.

2023 P 23.3640 Massvolle Kostenaufgabe bei Einsparungen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren (Andrea Gmür-Schönenberger)

2023 P 23.3918 Keine Gratis-Verzögerung von rechtskonformen Bau- und Planungsprojekten (Leo Müller)

Die vorgeschlagene Massnahme ist im Rahmen einer Studie, die vom ARE und vom BWO im Rahmen des Aktionsplans Wohnungsknappheit in Auftrag gegeben und am 1. Juli 2025 publiziert wurde, vertieft untersucht worden. Die Studienergebnisse waren in der Folge Gegenstand von Diskussionen in einer breit abgestützten Begleitgruppe aus Verwaltung, Wirtschaft und Fachpersonen sowie ergänzenden Expertenworkshops. Gestützt auf diese Grundlagen ist vorgesehen, dem Bundesrat den Postulatsbericht im 2. Quartal 2026 vorzulegen.

2023 P 23.3712 Untersuchung des Rückgangs von Alltagsdienstleistungen in Berggemeinden (Emmanuel Amoos)

Der Bericht des Bundesrates vom 26. Juni 2024 zur Agglomerationspolitik und zur Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete «Beitrag des Bundes für eine kohärente Raumentwicklung 2024-2031» trägt zur Erfüllung des Postulats bei. 2025 wurden zwei Workshops mit Berggebiets- und Branchenvertreterinnen und -vertretern durchgeführt. Zudem wurden ein Grundlagenbericht erarbeitet und die Zahlen zu den Distanzen zu Alltagsdienstleistungen aktualisiert. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat den Postulatsbericht spätestens Ende 2026 verabschiedet wird.

Anhang 1: Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2025 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2022 P 21.3791	Covid-19. Auswirkungen auf die Vitalität des Netzwerks der internationalen Organisationen in der Schweiz und auf die Schweizer Gaststaatspolitik? (Nicolas Walder)	25.061
----------------	--	--------

Eidgenössisches Departement des Innern

2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (Christophe Darbellay)	24.056
2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)	24.070
2018 M 17.3969	Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)	24.037
2019 M 18.3716	Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)	24.070
2020 M 19.4270	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Liliane Maury Pasquier [Elisabeth Baume-Schneider])	25.039
2021 M 19.4180	Wiederherstellung der Transparenz bei den Gesundheitskosten (Filippo Lombardi [Beat Rieder])	24.055
2021 M 19.4492	Laborkosten zulasten der OKP (Christian Lohr)	24.037
2021 P 20.4449	Ungleichbehandlung von Witwen und Witwern beheben (Yvonne Feri)	24.078
2022 M 19.4110	Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden (Min Li Marti)	25.039
2023 M 22.3608	Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen (Damian Müller)	25.039
2023 M 22.4019	EO-Entschädigungen. Gleiche maximale Tagessätze bei Militärdienst und Mutterschaft (Eva Herzog)	25.039
2024 M 21.3734	Vaterschaftsurlaub auch beim Tod des ungeborenen Kindes (Greta Gysin)	25.039
2024 M 23.3015	Längeren Spitalaufenthalt der Mutter kurz nach der Geburt beim Mutterschaftsurlaub und bei der Mutterschaftsentschädigung angemessen berücksichtigen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)	25.039

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2014 M 13.3931	Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (Prisca Birrer-Heimo)	25.034
2017 M 15.3531	Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (Olivier Feller)	23.085
2020 M 19.3008	Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung (Staatspolitische Kommission Nationalrat)	25.034
2021 M 20.4465	Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe (Andrea Caroni)	25.027
2022 M 19.4632	Gewaltfreie Erziehung im ZGB verankern (Christine Bulliard-Marbach)	24.077
2022 M 22.3381	Harmonisierung der Fristenberechnung (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)	25.023
2023 P 23.3859	Chancen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für die Schweizer Asylpolitik (Gerhard Pfister)	25.037

Eidgenössisches Finanzdepartement

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (FDP-Liberale Fraktion)	24.026
2007 M 06.3540	Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (Filippo Lombardi)	24.059
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (FDP-Liberale Fraktion)	24.026
2012 M 11.3511	Obligatorische Erdbebenversicherung (Jean-René Fournier)	14.054
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)	24.026
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (Pirmin Bischof)	24.026

2020 M 19.4382	Möglichkeit der Verwaltungseinheiten zum Abschluss von Personalverleihverträgen gesetzlich verankern (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)	24.068
2021 P 21.3284	Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung. Bewertung der beiden Modelle (Benedikt Würth)	24.026
2022 M 21.3001	Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)	24.091
2022 P 22.3394	Transparenz von Finanzflüssen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)	24.046
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung		
2018 M 16.4094	Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (Jean-René Fournier)	23.047
2020 M 18.3021	Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen (Beat Rieder)	23.086
2020 M 20.3919	Forschungs- und Züchtungs-Initiative (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)	24.061
2021 M 18.4282	Die Kartellgesetzrevision muss sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien berücksichtigen, um die Unzulässigkeit einer Wettbewerbsabrede zu beurteilen (Olivier Français)	23.047
2021 M 19.3445	Angemessene Entschädigung von Ehegattinnen und Ehegatten und eingetragenen Partnerinnen und Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall (Fraktion BD)	24.094
2022 M 21.3599	Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)	24.097
2022 M 21.3832	Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen! (Meret Schneider)	24.061
2022 M 21.4189	Untersuchungsgrundsatz wahren. Keine Beweislastumkehr im Kartellgesetz (Hans Wicki)	23.047
2023 M 22.3055	Armeebestand mittels Massnahmen beim Zivildienst stärken (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)	25.033
2023 M 23.3585	Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)	25.024
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation		
2020 M 20.3221	Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (Josef Dittli)	24.017
2020 M 20.3222	Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO2-Ausstosses (Josef Dittli)	24.017
2020 M 20.3286	Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (Eva Herzog)	24.017
2022 P 20.3328	Nationale Strategie für eine bessere Erschliessung der Tourismusregionen durch den öffentlichen Verkehr (Christophe Clivaz)	25.055
2024 P 24.3040	Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen. Es braucht etwas mehr Flexibilität, wenn man diese Energie weiterentwickeln will! (Freymond)	25.057

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2025 noch hängigen Motionen und Postulate

Schweizerische Bundeskanzlei

2021 P 19.3435	Volksabstimmungen. Das Stimmvolk muss korrekt durch den Bundesrat informiert werden (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3419	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft (Beat Rieder)
2022 P 21.4168	Gewährleistung der freien Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger (Christian Dandrès)
2022 M 22.3371	Stimmeheimnis. Ein Recht für alle (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2023 M 22.3933	Neuausrichtung des Rechtsmittelwegs bei eidgenössischen Abstimmungsbeschwerden (Hans Stöckli)
2023 P 23.3042	Positiv geprägte Vision einer 10-Millionen-Schweiz (Judith Bellaiche)
2023 P 23.3958	Datenverkehr der Bundesverwaltung sichern (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.3592	Alle Berichte sollen zumindest eine Zusammenfassung in den drei Amtssprachen enthalten (Alex Farinelli)
2024 P 23.3621	Digitale Kluft. Eine Zweiklassengesellschaft vermeiden (Céline Weber)
2024 M 23.4005	Verfahrensbeschleunigung für Digitalisierungsvorhaben innerhalb der Bundesverwaltung (Silberschmidt)
2024 M 24.3041	Aufbau einer Struktur für die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, der Stadt und dem Kanton Bern für die Nutzung des öffentlichen Raums rund um das Bundeshaus (Büro Nationalrat)
2024 P 24.3582	Effizienzsteigerung von Verwaltungsprozessen durch Prozessautomatisierung und künstliche Intelligenz (Silberschmidt)
2024 P 24.3853	Massnahmen zur Sicherheit bei Unterschriftensammlungen (Schläfli)
2025 M 24.3425	Ersetzung der privaten Wohnadresse als Identifikator der Urheber von Volksinitiativen (Badran Jacqueline)
2025 M 24.3851	Rasche Einführung der digitalen Unterschriftensammlung (Mühlemann)
2025 M 24.3905	Pilotbetrieb für E-Collecting mit der E-ID-Vertrauensinfrastruktur (Michel Matthias)
2025 P 24.4534	Die Krisenfrüherkennung überprüfen und die Rolle der Bundeskanzlei stärken (PUK-V)
2025 M 25.3259	Mehr Beteiligung, bessere Digitalisierung (Michel Matthias)
2025 P 25.3659	Digitale Souveränität. Wo steht die Schweiz? (Häberli-Koller)

Generalsekretariat

2025 P 24.4540	Die Krisenfrüherkennung überprüfen und die Rolle der Bundeskanzlei stärken (PUK-V)
----------------	--

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2010 M 10.3005	Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2012 M 11.4038	Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2013 P 11.3916	Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (Roger Nordmann)
2014 P 14.3557	Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorseilender Gehorsam (Peter Schilliger)
2014 P 14.3577	Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorseilender Gehorsam (Jean-René Fournier)
2015 M 14.3120	Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (Sozialdemokratische Fraktion)
2015 M 14.3824	Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (Marianne Streiff-Feller)
2016 M 16.3155	Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (Claude Béglé)
2018 M 17.3098	Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea. Aussennetz im Dienste der Landesinteressen (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2018 M 17.4241	Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (Carlo Sommaruga)
2020 P 18.3059	Zukünftige parlamentarische Mitwirkung in Angelegenheiten Schweiz/EU (Eric Nussbaumer)
2020 M 19.4376	Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2021 M 19.3170	Gesetzliche Grundlage zur Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts von Parlament, Volk und Kantonen bei der Umsetzung des Rahmenabkommens (Filippo Lombardi [Beat Rieder])
2021 P 21.3960	Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 22.3585	Die Attraktivität und Effizienz des internationalen Genf für Aktivitäten und Organisationen im Zusammenhang mit Friedensprozessen stärken (Nicolas Walder)
2023 P 23.3970	Bericht des Bundesrates zu den Brics-Staaten (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 22.4278	Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.4338	Finanzielle Unterstützung in Palästina. Einsetzung einer Taskforce (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 23.4340	Prüfung von Möglichkeiten der Bekämpfung der aussenpolitischen Dimensionen des massiv zunehmenden Antisemitismus in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 24.3822	Die China-Strategie muss verlängert werden! (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 24.4023	Die Schweiz muss sich für die Rückführung der von Russland illegal verschleppten ukrainischen Kinder der internationalen Gemeinschaft anschliessen (Walder)
2025 M 24.4259	Friedensforum für Bergkarabach. Rückkehr der Armenier ermöglichen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 24.4498	Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien (Molina)
2025 M 24.4499	Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien (Farinelli)
2025 M 24.4500	Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien (Vontobel)
2025 M 24.4501	Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien (Fraktion G)
2025 M 24.4502	Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien (Müller-Altarmatt)
2025 M 25.3169	Das multilaterale System ist bedroht. Die Schweiz muss handeln (Broulis)
2025 P 25.3296	Welche Bedeutung haben die internationalen Organisationen für Bund und Kantone? (Maitre)

Direktion für Völkerrecht

2010 M 09.3719	Die Uno untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (Dick Marty)
2023 P 22.4411	Strategie Digitale Souveränität der Schweiz (Heidi Z'graggen)
2024 M 23.3264	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Gerhard Andrey)
2024 M 23.3265	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Heinz Siegenthaler)
2024 M 23.3266	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Céline Widmer)
2024 M 23.3267	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Roland Fischer)
2024 M 23.3268	Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine (Kurt Fluri)
2025 P 25.3197	Künstliche Intelligenz. Europäischen Effort und Zusammenarbeit stärken (Marti Min Li)

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

- 2022 P 21.3122 Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. Strategie (Claudia Friedl)
- 2025 M 24.3815 Für eine Reform der Flüchtlingshilfe für Palästinenser (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
- 2025 P 24.4387 Weltweit führende Schweizer Armutsbekämpfung mit Best Buys und wirkungsorientierter Entwicklungszusammenarbeit stärken (Pfister Gerhard)
- 2025 P 25.3418 Auswirkungen der Einstellung der Arbeit von USAID auf die internationale Zusammenarbeit der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Direktion für Ressourcen

- 2022 P 22.3751 Personalstrategie im Aussendepartement. Durchlässigkeit und Flexibilität stärken (Corina Gredig)

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 P 20.3456	Unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten. Höhere Sicherheit und besserer Rechtsschutz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 22.3233	Die Massnahmen der Istanbul-Konvention sollen auch für Menschen mit Behinderungen gelten (Marina Carobbio Guscelli)
2022 M 22.3373	Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.4137	Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie (Marianne Binder-Keller)
2023 M 22.4423	Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln und Packungsbeilagen soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen (Marcel Dobler)
2024 P 22.3815	Rechtsgrundlagen mit der Behindertenrechtskonvention harmonisieren (Gabriela Suter)
2024 M 23.4183	Medikamentenpreise. Vereinfachte Regeln für Medikamente in Spitälern, um Kosten zu senken (Dobler)
2024 M 23.4335	Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3001	Prüfung von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3123	Anforderungen, Eignung, Ausbildung und Prüfung von Assistenzhunden (Häberli-Koller)
2024 P 24.3324	Wann wird ein fairer Behindertenausweis auch in der Schweiz eingeführt? (Gugger)
2025 P 24.4213	Inklusive Arbeitswelt fördern (Suter)
2025 P 25.3304	Arzneimittel. Verbot oder Präzisierung des Versandhandels aus dem Ausland für Einzelpersonen in der Schweiz (Bregy)

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2021 M 20.4451	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Tamara Funicello)
2021 M 20.4452	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2021 M 20.4463	24-Stunden-Beratungsangebot für von Gewalt betroffene Personen gemäss Istanbul-Konvention (Eva Herzog)
2022 P 20.3820	Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche "hate crimes" (Angelo Barrile)
2022 M 21.4418	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Marianne Maret)
2022 M 21.4470	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2022 M 21.4471	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2022 M 22.3011	Präventionskampagnen gegen Gewalt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.4215	Für einen angemessenen Schutz der Opfer von sexueller Gewalt (Laurence Fehlmann Rielle)
2023 P 23.3016	Von Gewalt betroffene Minderjährige und junge Erwachsene. Welche Lösungen gibt es in den einzelnen Regionen? (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2025 P 24.4642	Psychischer Gewalt in Paarbeziehungen mehr Beachtung schenken (Docourt)

Bundesamt für Kultur

2024 M 23.3435	Das Isos soll die bauliche Entwicklung und Verdichtung lenken, aber nicht verhindern (Jakob Stark)
2025 P 25.4401	Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz. Auswirkungen neuer Aufgabenteilungen und Wirksamkeit beschlossener Massnahmen evaluieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Bundesamt für Gesundheit

2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (Ignazio Cassis)
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (Ruth Humbel)
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (FDP-Liberale Fraktion)
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (Bea Heim)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (Ignazio Cassis)

2018 P 17.4160	Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (Marina Carobbio Guscetti)
2018 P 17.4182	Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (Rebecca Ana Ruiz)
2018 P 18.3602	Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (Géraldine Marchand-Balet)
2019 M 18.3512	Recht auf einen Medikationsplan zur Stärkung der Patientensicherheit (Hans Stöckli)
2019 P 18.4098	Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2019 P 19.3086	Sozialversicherungen. Vorteile einer Langzeitnachbetreuung prüfen (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3423	Langfristig bezahlbare Krankenversicherung. Wirksame Kostensenkungs- und Effizienzmassnahmen basieren auf verlässlichen Modellen und Zukunftsszenarien (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2020 M 19.3703	Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung (Josef Dittli)
2020 M 19.3743	Die Eliminierung von Hepatitis gehört in ein nationales Programm zu sexuell und durch Blut übertragbaren Infektionskrankheiten (Damian Müller)
2020 M 19.3957	Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 M 19.4119	Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren (Hans Stöckli)
2020 M 19.4120	Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Damian Müller)
2020 P 19.4278	Versorgungslücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle (Marianne Streiff-Feller)
2020 M 20.3166	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2020 P 20.3241	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material (FDP-Liberale Fraktion)
2020 P 20.3453	Vereinfachte Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2020 P 20.4153	Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien (Roland Fischer)
2021 M 18.4210	Lernsysteme in Spitälern zur Vermeidung von Fehlern müssen geschützt werden (Ruth Humbel)
2021 P 19.3318	Kostendämpfende Massnahmen bei patentgeschützten Medikamenten (Angelo Barrile)
2021 M 19.3861	One-Health-Strategie mit systemischer Erforschung der Verbreitung von Antibiotikaresistenzen (Maya Graf)
2021 M 19.3955	Ein elektronisches Patientendossier für alle am Behandlungsprozess beteiligten Gesundheitsfachpersonen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 19.4174	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Nationale Strategie (Ruth Humbel)
2021 M 20.3263	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2021 M 20.3282	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (Erich Ettlin)
2021 M 20.4264	Für eine angemessene Finanzierung der Palliative Care (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2021 P 21.3195	Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz (Josef Dittli)
2021 P 21.3220	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (Benjamin Roduit)
2021 P 21.3232	Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen, die Unternehmen für ihre Angestellten zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung ergriffen haben (Marianne Maret)
2021 M 21.3453	Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 19.3005	Keine zusätzlichen Kosten für unser Gesundheitswesen infolge der Listenumteilung von bisher frei verkäuflichen Arzneimitteln der Liste C in die Liste B (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 19.3221	Impfstoffe. Versorgung verbessern, Zulassung vereinfachen (Bea Heim [Angelo Barrile])
2022 M 19.4134	Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen (Verena Herzog)
2022 M 20.3209	Elektronische Rezepte für Heilmittel. Bessere Qualität und höhere Patientensicherheit (Damian Müller)
2022 M 20.3211	Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung (Damian Müller)
2022 P 20.3700	Nutzung anonymisierter persönlicher Daten im öffentlichen Interesse. Prüfung der Machbarkeit einer freiwilligen Datenspende (Judith Bellaiche)
2022 M 20.4702	Erweiterung des Epidemiengesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft (Marcel Dobler)

2022 M 21.3698	Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten. Ergänzung des Epidemiengesetzes (Eva Herzog)
2022 M 21.3957	Digitale Transformation im Gesundheitswesen. Rückstand endlich aufholen! (Erich Ettlín)
2022 M 21.3978	Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2022 M 21.4341	Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 M 21.4373	Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators (Andri Silberschmidt)
2022 M 21.4374	Einführung einer digitalen Patientenadministration (Andri Silberschmidt)
2022 P 21.4474	Überprüfung der Verbreitung sogenannter Konversionstherapien in der Schweiz und der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung (Erich von Siebenthal)
2022 M 22.3015	Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3196	Welche Massnahmen gegen Gefälligkeitszeugnisse von Ärztinnen und Ärzten? (Philippe Nantermod)
2022 M 22.3379	Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltener Krankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3505	Neue Tarifstruktur im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 22.3867	Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 20.3770	Einführung eines E-Rezepts (Regine Sauter)
2023 M 21.3294	Erstellen und Bewirtschaften von Medikationsplänen zur Erhöhung der Medikationsqualität und Patientensicherheit von polymorbiden Patientinnen und Patienten (Hans Stöckli)
2023 P 21.4115	Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie aufzeigen und Sparpotenzial nutzen (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2023 P 21.4226	Die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum und in den Berggebieten sicherstellen (Christine Bulliard-Marbach)
2023 M 22.3163	Stärkung der digitalen Kompetenzen von Gesundheitsfachpersonen (Andri Silberschmidt)
2023 M 22.3372	Einführung der einheitlichen Finanzierung der Leistungen nach KVG. Kostenneutralität überprüfen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 P 22.3671	Wirksame Prävention in der Gesundheitsversorgung (Flavia Wasserfallen)
2023 M 22.3859	Masterplan zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen. Nutzung von gesetzlichen Standards und bestehenden Daten (Erich Ettlín)
2023 M 22.3869	Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 22.4016	Gerechte Krankenkassenprämien (Michel Matter)
2023 P 22.4047	Drug Checking in der Schweiz. Mit welchen Massnahmen kann das bestehende Angebot unterstützt und verbessert werden? (Fabian Molina)
2023 P 22.4271	Institutionalisierung des Abwassermonitorings und der Sequenzierung der Krankheitserreger für eine sichere Schweiz (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3009	Strategie für die frühzeitige Erkennung von Endometriose (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2023 P 23.3292	Wie wirken sich Temporärplegefachkräfte auf Spitäler und Arbeitsplätze aus? (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3496	Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 P 23.3505	Beitritt zur Beneluxa-Initiative (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3674	Schnellere Einführung des elektronischen Patientendossiers (Erich Ettlín)
2023 P 23.3675	Unabhängige Aufarbeitung der Corona-Krise nach Public Health. Grundsätzen (Ruedi Noser)
2023 P 23.3678	Wie kann dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten sowie Ärztinnen und Ärzten in bestimmten Fachgebieten sofort begegnet werden, insbesondere in bestimmten Regionen der Schweiz? (Charles Juillard)
2023 P 23.3864	Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vermeiden wir einen Mangel an Lösungen! (Baptiste Hurni)
2023 P 23.3965	Stärkung von Aufsicht und Kontrolle über biologische Hochsicherheitslabore (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2023 P 23.4004	Qualitätsentwicklung. Ein Zeitplan zur Steigerung der Transparenz im Gesundheitswesen (Fraktion RL)
2023 P 23.4315	Allgemeine Bilanz über das Contact-Tracing in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

2023 P 23.4319	Massnahmen zur Berücksichtigung unterstützungsbedürftiger Bevölkerungsgruppen in der Strategie Digisanté und/oder bei der Revision des EPDG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 M 21.3264	Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention (Christophe Clivaz)
2024 M 22.3546	Kein WHO-Abkommen ohne parlamentarische Genehmigung (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2024 P 22.3930	Die gesamten Kapitalmarkterträge der Krankenversicherer für die Prämiensenkung verwenden (Olivier Feller)
2024 M 22.4245	Medikamentenverschwendung stoppen (Ruth Humbel)
2024 P 22.4394	Kostensenkung im Gesundheitswesen durch die Überprüfung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung (Verena Herzog [Thalmann-Bieri])
2024 M 23.3014	Nationaler Krebsplan (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 23.3235	Beschleunigter Zugang zu Arzneimitteln zur Bekämpfung von übertragbaren Infektionskrankheiten (Christian Lohr)
2024 P 23.3526	ADHS. Verbesserung der ambulanten Versorgung gefordert (Yvonne Feri [Wyss])
2024 M 23.3601	Schluss mit teuren Doppelspurigkeiten bei Gesundheitsdaten. Mehrfachnutzung jetzt anpacken! (FDP-Liberale Fraktion [Aeschi Thomas])
2024 M 23.3681	Schluss mit Faxen - effiziente Datenbereitstellung der Leistungserbringer an Bund und Kantone während einer Pandemie ermöglichen (Marcel Dobler)
2024 M 23.3967	Verbesserung der Behandlung von Kindern, die mit einer Variation der geschlechtlichen Entwicklung (DSD) geboren wurden (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 P 23.4326	Entwicklung der Hilfslosenentschädigung hin zu einem Betreuungsgeld. Reformbedarf und mögliche Umsetzungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 23.4341	Health Technology Assessments (HTA). Bilanz, Erhöhung der Wirksamkeit und Prüfung der Schaffung einer unabhängigen Einrichtung (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2024 P 23.4342	Abrechnung sehr kostspieliger Medikamente zulasten der OKP klären (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2024 M 23.4343	Überprüfung und Vereinheitlichung der Begriffe „Wohnort“ und „Wohnsitz“ im KVG, damit die Zuständigkeiten klar geregelt sind (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3013	Mindeststandards für Primärsysteme im Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3014	Teuerungsausgleich bei Leistungserbringenden der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3029	Interkantonale Spitalplanung für eine bessere und effizientere Versorgung (Wyss [Gartmann])
2024 P 24.3145	Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern (Roth Franziska)
2024 P 24.3216	Mangel an Medikamenten und Impfstoffen. Sollte sich die Schweiz nicht mit der Europäischen Union einigen? (Golay Roger)
2024 P 24.3224	Umsetzung des KVG. Für die Organisationsfreiheit der Kantone (Poggia)
2024 M 24.3397	Den Verwurf aufgrund von ungeeigneten Packungsgrössen oder Dosisstärken bei den Medikamentenpreisen berücksichtigen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2024 P 24.3465	Handlungsoptionen bei der Krankentaggeldversicherung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 24.3466	Kostenkontrolle bei der Einführung der neuen ambulanten Tarifstrukturen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 P 24.3809	Klärung der Kompetenzen in der Gesundheitspolitik (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 M 22.4199	Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes (Sandra Sollberger)
2025 M 22.4357	KVG. Stärkung der Grundversorgung dank eines besseren Angebots an Hausärztinnen und Hausärzten (Jacques Nicolet)
2025 M 23.3109	Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars) (Christophe Clivaz)
2025 M 23.3854	Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vorbeugen ist besser als Heilen! (Baptiste Hurni [Crottaz])
2025 M 23.4088	Lockerung des Vertragszwangs im KVG (Hegglin Peter)
2025 P 23.4130	Cashbacks bei der Krankenversicherung. Massnahmenkatalog (Nantermod)
2025 P 23.4275	Für eine Westschweizer Gesundheitsregion (de Montmollin)
2025 M 23.4281	Pflege durch Angehörige verbindlich regeln (Rechsteiner Thomas)
2025 M 23.4527	Kostenneutralität von neuen ambulanten Tarifstrukturen sicherstellen (Bircher [Graber])

2025 M 24.3060	Kontrolle der Finanzen der Krankenkassen in Bezug auf die von den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen erhaltenen Retrozessionen (Bläsi)
2025 M 24.3072	Ausfuhr von Psychedelika für internationale Forschung und therapeutische Anwendungen ermöglichen (Jauslin)
2025 M 24.3398	Versorgungssicherheit in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 M 24.3636	Mindestfranchise den realen Gegebenheiten anpassen (Friedli Esther)
2025 M 24.3736	Nationale Präventionsstrategie 2040 (Balmer)
2025 M 24.3977	Brustkrebs. Leben nach einer Mastektomie (Amaudruz)
2025 M 24.4230	Es braucht transparente Preise und keine Preisbekanntgabeverbote für Kundinnen und Kunden von Apotheken, damit die Gesundheitskosten reduziert werden können (Dobler)
2025 M 24.4260	Brustkrebs. Leben nach einer Mastektomie (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 P 24.4352	Definition von pflegenden Angehörigen (Hässig Patrick)
2025 P 24.4413	Gesundheitsförderung und Prävention intensivieren durch eine entsprechende Fachausbildung für Gesundheitsfachleute (Maret Marianne)
2025 M 24.4452	Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME/CFS und Long Covid (Hess Lorenz)
2025 M 25.3013	Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetschleistungen im Gesundheitswesen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2025 M 25.3017	Spitalplanung durch interkantonale Spitallisten stärken (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2025 P 25.3094	Wie steht es um die Nachverfolgung der Dosen von Produkten, die von Suizidhilfeorganisationen eingesetzt werden, und wo landen sie? (Bläsi)
2025 P 25.3431	Forschung zu Risiken und nachhaltigem Umgang mit Chemikalien (Chemikaliensicherheit) (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2025 P 25.4022	Für eine risikobasierte Regulierung von Tabak- und Nikotinprodukten (Rechsteiner Thomas)

Bundesamt für Statistik

2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (FDP-Liberale Fraktion)
2021 M 20.4260	Zukunftsfähige Daten-Infrastruktur und Daten-Governance in der Bundesverwaltung (Finanzkommission Nationalrat)
2022 M 20.3772	Statistik über Kinder, die Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt sind (Christine Bulliard-Marbach)
2023 P 22.4500	Die Ursachen der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern müssen in Bezug auf den Zivilstand vertieft über alle Altersstufen untersucht werden (Marcel Dobler)
2024 P 24.3212	Statistik über Menschen mit einer geistigen, psychischen und/oder mehrfachen Behinderung zum Thema "Herausfordernde Verhaltensweisen" HEVE (Roth Franziska)
2025 M 24.3470	Statistik der Leistungen zulasten der Krankenversicherung. Nationalität der versicherten Personen berücksichtigen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 P 24.3782	Machbarkeitsstudie bezüglich statistischer Erfassung von Femiziden (Arslan)

Bundesamt für Sozialversicherungen

2019 P 19.3417	Strategie zur Stärkung der frühen Förderung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2020 M 19.3633	Ombudsstelle für Kinderrechte (Ruedi Noser)
2020 M 19.3953	Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2021 M 20.3096	Vermeidung von Doppelspurigkeiten zwischen Branchenlösungen und Überbrückungsleistungen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 M 20.4425	Abrechnung der Sozialversicherungen und der Steuern bei Hausdienstangestellten vereinfachen (Josef Dittli)
2021 M 20.4552	Eine Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen und Steuern (Alois Gmür)
2021 P 21.3454	Auswirkungen von Long Covid (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 M 21.3462	Auftrag für die nächste AHV-Reform (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 21.3604	Bericht zu den Durchführungs- und Aufsichtsfunktionen der Zentralen Ausgleichsstelle innerhalb der Bundesverwaltung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2021 P 21.3741	Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für die frühe Kindheit (Elisabeth Baume-Schneider)

2021 P 21.3877	Evaluation der Strukturreform BVG (Melanie Mettler)
2021 P 21.3961	Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2021 P 21.3968	Zielerreichung der Strukturreform BVG evaluieren (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 M 20.4078	Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV (Andri Silberschmidt)
2022 M 21.4340	Sicherstellung der Governance, der Transparenz, der Kohärenz und der Beaufsichtigung der Tätigkeiten des Bundes im Bereich der AHV/IV/EO (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2022 P 21.4430	Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge? (FDP-Liberale Fraktion)
2022 P 21.4586	Auswirkungen des stufenlosen Rentensystems auf die Erwerbstätigkeit (Barbara Gysi)
2022 P 22.3370	Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2022 M 22.3792	Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 P 22.4262	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch Zugang zu Assistenzbeiträgen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 21.4142	Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan (Josef Dittli)
2023 M 22.3389	Auch Nebenerwerbseinkommen ins BVG (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 M 22.3888	Keine Kürzung der Hilflosenentschädigung für Kinder, deren Eltern die Kosten des Heimaufenthalts selber tragen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 M 22.4256	Entschuldung der Invalidenversicherung. Rückzahlung des Darlehens an die AHV (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2023 M 22.4261	Ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung nach Erreichen des AHV-Alters durch eine "smarte" Auswahl an Hilfsmitteln (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 22.4430	Lebensarbeitszeit in der AHV (Ruth Humbel)
2023 P 22.4450	AHV. Prüfung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreformen auf das AHV-Beitragssubstrat (Eva Herzog)
2023 P 22.4476	AHV-Renten für Ehepaare. Gleichberechtigung anstreben (Jean-Pierre Grin)
2023 P 23.3004	Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospiele (Mikrotransaktionen) (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 23.3011	BVG. Splitting der erworbenen Altersguthaben für Eltern (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2023 P 23.3167	Koordinationsprobleme zwischen der IV und der AHV bei Hilfsmitteln. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlungen zu beseitigen! (Baptiste Hurni)
2023 P 23.3205	Haben wir ein Problem mit Jugendkriminalität? (Stefan Engler)
2023 P 23.3207	Artikel 64 AHVG. Zwingende Einhaltung der zugeteilten Rollen durch die kantonalen Ausgleichskassen (Thierry Burkart)
2023 P 23.3831	Stellung der Alleinlebenden in der Schweiz (Andrea Caroni)
2023 P 23.3962	Unterstützung für Frauen nach einer Fehl- oder Totgeburt (Josef Dittli)
2023 P 23.4168	Situation der Mehrfachbeschäftigten in der zweiten Säule verbessern (Rechsteiner Thomas)
2024 M 21.3715	Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter mit Fokus auf Betreuung (Ida Glanzmann-Hunkeler)
2024 M 21.4089	Effizientere Eingliederung am Arbeitsplatz. Auch Arbeitgebende sollen Gesuche für Anpassungen am Arbeitsplatz stellen können (Christian Lohr)
2024 P 22.4425	Waisenrente bei Praktika und anderen praktischen Tätigkeiten zur Aneignung von Branchenkenntnissen und Fertigkeiten ermöglichen (Sarah Wyss)
2024 M 23.4041	Sozialversicherung. Umfassende und einheitliche Rechtsgrundlage für das elektronische Verfahren schaffen (eATSG) (Kuprecht [Friedli Esther])
2024 P 23.4333	Definition der Rechtsstellung betreuender Angehöriger im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Unterstützungsstrategie auf Bundesebene (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2024 M 23.4435	AHV endlich digitalisieren (Rechsteiner Thomas)
2024 M 23.4450	Bekämpfung der Armut durch die Verlängerung des Präventionsprogramms und die Verabschiedung einer nationalen Strategie (Revaz)
2024 P 24.3076	Das Vermögen des AHV-Fonds zugunsten der Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden senken (Feller)
2024 P 24.3085	Überarbeitung und Aktualisierung der nationalen Alterspolitik (Stocker)
2024 P 24.3204	Generationenvertrag stärken (Z'graggen)
2024 M 24.3221	13.AHV-Rente einmal pro Jahr auszahlen (Stark)
2024 P 24.3298	Inzest in der Schweiz wirksam bekämpfen (Clivaz Christophe)

2024 P 24.3334	Ausweitung der Untersuchung des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen (Kamerzin)
2024 P 24.3472	Sexueller Missbrauch in Organisationen mit einem Auftrag in der Betreuung von vulnerablen Personen in der Schweiz (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2024 P 24.3512	Branchenfrührenten für Bundeskasse und Arbeitsmarkt würdigen (Rechsteiner Thomas)
2024 P 24.3683	Sexualisierte Gewalt unter Minderjährigen nicht länger hinnehmen (von Falkenstein)
2024 P 24.3715	Die Schuldenbremse muss zwingend eingehalten werden. Mechanismen zur Herleitung des Bundesbeitrags an die AHV (Mühlemann)
2025 M 23.3808	IV-Verfahren beschleunigen und finanzielle Absicherung der Versicherten während des Verfahrens sicherstellen (Patricia von Falkenstein)
2025 P 23.3883	Ehen, Partnerschaften und Paare stärken. Davon profitiert die Gesellschaft insgesamt (Marc Jost)
2025 P 23.3887	Studie über die Gewalt von Kindern gegenüber ihren Eltern (Jacqueline de Quattro)
2025 M 23.4191	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Funciello)
2025 M 23.4192	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Studer [HERR_NATIONALRAT])
2025 M 23.4193	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Gysin Greta)
2025 M 23.4194	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (von Falkenstein)
2025 M 23.4195	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Wismer Priska)
2025 M 23.4196	Schutzkonzepte zur Prävention von Missbrauch bei Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (Bertschy)
2025 M 24.3003	Das IFEG modernisieren. Gleiche Wahlmöglichkeiten und entsprechende ambulante Unterstützung für Menschen mit Behinderungen im Bereich Wohnen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 M 24.3067	Teilbezug von Vorsorgegeldern ermöglichen (Silberschmidt)
2025 M 24.3372	Öffentlich-rechtliche Pensionskassen dürfen nicht benachteiligt werden (Ettlin Erich)
2025 M 24.4448	Neuberechnung der AHV-Rente nach dem Erreichen des Referenzalters für Selbstständigerwerbende (Page)
2025 P 24.4480	Psychische Gesundheit von Jugendlichen und Exposition gegenüber sozialen Netzwerken. Was wird unternommen? (Vara)
2025 P 24.4592	Kinder und Jugendliche vor schädlichem Konsum von sozialen Medien schützen (Graf Maya)
2025 M 24.4597	Standardisierten Zugang zu persönlichen Vorsorgedaten ermöglichen (Ettlin Erich)
2025 M 24.4618	Die negativen Anreize der IV in Bezug auf die Beschäftigung beseitigen und das Potenzial für die berufliche Wiedereingliederung ausschöpfen (Roduit)
2025 M 25.3006	Neubeurteilung von IV-Leistungsentscheiden bei von der EKQMB festgestellten gravierenden Mängeln bei der Begutachtung (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 P 25.3019	Qualitativ gut geführte Kitas (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2025 P 25.3289	Welche Vorschriften bestehen in den Kantonen für Kinderkrippen? (Steinemann)
2025 M 25.3423	Freibetrag nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhöhen und regelmässig anpassen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Ständerat)
2025 P 25.3731	AHV 2030. Einsetzen einer Expertengruppe für eine nachhaltige und zukunftsfähige Reform (Regazzi)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2021 M 20.4267	Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2022 M 19.4083	Den Konsumentinnen und Konsumenten die eindeutige Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, garantieren (Jacques Nicolet)
2022 P 20.4087	Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil. Wie reagieren und wie die nötigen Sanierungen finanzieren? (Christophe Clivaz)
2022 M 21.3691	Stopp dem Lebensmittelbetrug (Martina Munz)
2022 M 21.3903	Lebensmittelbetrug stärker bekämpfen zum Schutz der heimischen Lebensmittelproduktion und der Konsumenten (Mike Egger)
2022 M 21.3936	Verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug (Sophie Michaud Gigon)
2022 M 21.4073	Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten (Manuel Strupler)
2022 M 21.4125	Tierische Schlachtnebenprodukte verfüttern (Martina Munz)
2022 M 21.4622	Schluss mit tierquälerischem Welpenhandel (Martina Munz)

2023 M 20.3021	Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber (Martin Haab)
2023 M 20.3835	Keine gesundheitsschädigenden Rückstände von verbotenen Pflanzenschutzmitteln in importierten Lebensmitteln (Christine Badertscher)
2023 P 22.4275	Eine CO2-Etikette für unverarbeitete Lebensmittel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 M 21.4164	Anerkennung der EU-Zulassungsentscheide für Pflanzenschutzmittel (Philipp Matthias Bregy)
2024 M 23.3018	Problematischen Einsatz von Nutri-Score unterbinden (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 M 23.3408	Neuartige Lebensmittel testen und bewilligen. Förderung der Innovation in der Schweiz (Meret Schneider)
2024 M 24.4258	Bekämpfung der tödlichen Blauzungkrankheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 M 24.4270	Bekämpfung der tödlichen Blauzungkrankheit (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2025 M 21.3770	Meldeverfahren für Pflanzenstärkungs- und Pflanzenschutzmittel auf Basis von natürlichen Produkten (Andreas Gafner)
2025 M 24.3109	Existenzgefährdung der betroffenen Kreise im Tierseuchenfall verhindern (Regazzi)
2025 P 24.4312	Neue Ernährungsempfehlungen. Wissenschaftliche Grundlagen und vernachlässigte Aspekte (Egger Mike)
2025 P 24.4313	Neue Ernährungsempfehlungen. Wissenschaftliche Grundlagen und vernachlässigte Aspekte (Paganini)
2025 P 24.4334	Neue Ernährungsempfehlungen. Wissenschaftliche Grundlage und vernachlässigte Aspekte (de Montmollin)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

2021 M 21.3591	Schutz der Herkunftsangabe "Schweiz". Stopp chinesischer Piraterieware (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2022 M 22.3014	Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 M 24.3143	Nationalmannschaft verliert gegen das Wappenschutzgesetz? (Müller Damian)
2025 M 24.4596	Besserer Schutz des geistigen Eigentums vor KI-Missbrauch (Gössi)
2025 P 25.3416	Überprüfung des Designgesetzes. Schweizer Wirtschaft gegenüber dem Rest der Welt nicht benachteiligen (Weber)

Bundesamt für Justiz

2014 P 14.3782	Richtlinien für den "digitalen Tod" (Jean Christophe Schwaab)
2015 M 14.4122	Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (Andrea Caroni)
2015 P 15.3213	Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (Anita Fetz)
2016 P 16.3632	Evaluation des Electronic Monitoring (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2017 M 14.3801	Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (Christa Markwalder)
2018 M 18.3379	Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2018 P 18.4004	Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (Prisca Birrer-Heimo)
2019 M 16.3335	Missbrauch von Betreibungsregistrauszügen stoppen (Martin Candinas)
2019 M 18.3306	Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen (Balthasar Glättli)
2019 M 18.3408	Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen (Philipp Müller)
2019 M 18.3510	Wirtschaftliche Wiedereingliederung von Personen ohne konkrete Aussicht auf eine Schuldentilgung (Claude Hêche)
2019 M 18.3683	Sanierungsverfahren für Privatpersonen. Bessere Zukunftsperspektiven für Schuldner und Gläubiger (Beat Flach)
2019 P 18.4063	Wiedergutmachungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren. Es muss mehr getan werden (Lisa Mazzone)
2019 P 19.3067	Kesb. Einsatz von privaten Beiständen (Ursula Schneider Schüttel)
2019 M 19.3410	55 Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für ein Update (Andrea Caroni)
2019 P 19.3478	Kinderbelange ernst nehmen (Pirmin Schwander)
2019 P 19.3503	Weniger Verletzungen beim Kampf ums Kind. Massnahmen für das Wohl von Kind, Mutter und Vater (Stefan Müller-Altermatt)
2019 P 19.3880	Stärkung der Selbstbestimmung im Erwachsenenschutz (Silvia Schenker)
2020 M 19.3694	Elektronische Aufbewahrung der Verlustscheine (Doris Fiala)
2020 M 19.4122	Stimmrechtsberater und börsenkotierte Aktiengesellschaften. Interessenkonflikte offenlegen und vermeiden (Thomas Minder)
2020 P 19.4638	Ausgewogeneres Bauhandwerkerpfandrecht (Andrea Caroni)
2020 P 20.3797	Bei der Errichtung von Testamenten/Vorsorgeaufträgen soll a) die digitale Verfügungsform geprüft werden und b) wie anderweitig eine Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden kann (Marcel Dobler)
2021 M 19.4072	Nur mit einer kantonalen Hinterlegungsstelle wird die Auffindbarkeit eines Vorsorgeauftrags sichergestellt (Marcel Dobler)
2021 P 19.4567	Datenschutz bei den Datenbanken des Bundes und der Kantone - Es braucht eine Gesamtschau (Beat Flach)
2021 M 19.4586	Zuständigkeitsregelung bei Beschwerden betreffend fürsorgerische Unterbringung sowie Verfügungen der Kesb und Artikel 439 ZGB. Kompetenzkonflikte dürfen den Rechtsschutz nicht ausschalten (Lukas Reimann)
2021 M 20.3066	Handelsregister. Auf Zefix verlässliche und rechtswirksame Informationen veröffentlichen (Philippe Nantermod)
2021 M 20.4035	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Elektronische Übertragung der Verlustscheine (Doris Fiala)
2021 M 21.3009	Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2021 M 21.3024	Gestaltung der Gebühren im Zivilstandswesen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)

2021 M 21.3970	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2021 M 21.3972	Reform der Bundesanwaltschaft und ihrer Aufsicht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 P 20.3879	Wettbewerb statt Protektionismus. Schweizweite Liberalisierung des Notariatswesens (Kathrin Bertschy)
2022 M 21.3981	Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 M 21.4183	Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis (Thomas Minder)
2022 M 21.4191	Schaffung einer Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden im Familienrecht (Eva Herzog)
2022 M 21.4336	Justice restaurative (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2022 P 21.4343	Aussergewöhnliche Todesfälle (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2022 P 21.4482	Unbefriedigende Situation bei fehlendem Nachweis von Angaben über den Personenstand (Sibel Arslan)
2022 P 22.3002	Vorsorglicher Rechtsschutz ausserhalb der Geschäftszeiten (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 P 22.3201	Digitale Gewalt eindämmen (Judith Bellaiche)
2022 M 22.3250	Haager Unterhaltsübereinkommen. Vorbereitung und Ratifizierung durch die Schweiz (Nicolò Paganini)
2022 P 22.3380	Für ein Familiengericht (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 M 22.3382	Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2022 P 22.3857	Strafbarkeit von vorsätzlichen Verstössen gegen zwingendes Völkerrecht (Mathias Zopfi)
2022 M 22.4249	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 M 22.4250	Erhöhung der Obergrenze der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesstrafgerichtes (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 P 21.4660	Welche Regulierung braucht es für Produkte, die den Schutz der Privatsphäre stark beeinträchtigen? (Samuel Bendahan)
2023 M 22.3234	Krisenzentren für Opfer von sexualisierter, häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt (Marina Carobbio Guscetti)
2023 M 22.3235	Zeitgemässes Abstammungsrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.3333	Krisenzentren gegen Gewalt (Tamara Funicello)
2023 M 22.3334	Krisenzentren gegen Gewalt (Jacqueline de Quattro)
2023 M 22.3362	Kampf gegen die Straffreiheit. Übernahme des Verbrechens der Aggression gemäss Römer Statut in das Schweizer Recht (Carlo Sommaruga)
2023 M 22.3890	Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2023 M 22.4254	Revision des Mobiliarsicherungsrechts (Eigentumsvorbehalt) (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 22.4407	Ein zeitgemässer Handlungsrahmen für die ausserfamiliäre Begleitung von Kindern tut not (Benjamin Roduit)
2023 P 22.4412	Für ein zeitgemässes Sprengstoffstrafrecht (Andrea Caroni)
2023 M 22.4413	Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Martin Schmid)
2023 P 22.4565	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Patricia von Falkenstein)
2023 P 22.4566	Was brauchen Opfer von sexualisierter Gewalt? (Tamara Funicello)
2023 P 23.3047	Kesb-Zuständigkeiten bei Unterhalts- und Elternverträgen (Yvonne Feri)
2023 P 23.3501	Verbesserung der Situation von nichtbinären Personen (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2023 P 23.3963	Aufsicht über von der AB-BA eingesetzte ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Bundes (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2023 M 23.4316	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 23.4317	Prüfung einer Kronzeugenregelung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2023 P 23.4322	Handhabung der weiteren Verwendung illegal erworbener Daten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 23.4328	Analyse des Unterhaltsbeitrags (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2023 M 23.4345	Modernisierung des Gewährleistungsrechts (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)
2024 M 22.4445	Die Schweizer Familienstiftung stärken. Verbot der Unterhaltsstiftung aufheben (Thierry Burkart)
2024 P 22.4540	Familienrechtliche Verfahren. Verfahrensdauer und Verzögerungen analysieren (Greta Gysin)
2024 P 22.4559	Keine Kinderkopftücher in Schulen und Kindergärten. Eine Frage der Gleichberechtigung, des Kinderschutzes und nicht der Religion (Marianne Binder-Keller [de Quattro])
2024 P 23.3156	Aktionsplan für mehr Rechtssicherheit bei fürsorgerischer Unterbringung, bewegungseinschränkenden Massnahmen und Behandlung ohne Zustimmung (Sarah Wyss)

2024 P 23.3158	Statistische Erfassung fürsorglicher Unterbringung, bewegungseinschränkender Massnahmen und von Behandlungen ohne Zustimmung (Sarah Wyss)
2024 M 23.3734	Stärkung des Jugendurlaubs von einer auf zwei Wochen (Ursula Schneider Schüttel)
2024 M 23.3735	Stärkung des Jugendurlaubs von einer auf zwei Wochen (Maja Riniker)
2024 P 23.3762	Evaluation der Fristenregelung (Susanne Vincenz-Stauffacher)
2024 P 23.3771	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Tamara Funicello)
2024 P 23.3772	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Raphaël Mahaim)
2024 P 23.3773	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Judith Bellaiche [Christ])
2024 P 23.3774	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Vincent Maitre)
2024 P 23.3775	Monitoring der Sexualstrafrechtsreform (Patricia von Falkenstein)
2024 P 23.3799	Opferschutz durch Täterarbeit (Lilian Studer [Gugger])
2024 P 23.3800	Opferschutz durch Täterarbeit (Tamara Funicello)
2024 P 23.3801	Opferschutz durch Täterarbeit (Patricia von Falkenstein)
2024 P 23.3805	Evaluation der Fristenregelung (Min Li Marti)
2024 P 23.4008	Einführung einer Regelung für Kronzeuginnen und Kronzeugen der Mafia (Farinelli)
2024 P 23.4240	Mit digitalisierten Gerichtsurteilen eine Forschungsgrundlage bieten und den Rechtsstaat stärken (Bellaiche [Christ])
2024 P 23.4294	Das Verhältnis von Kirche und Staat auf eine klare und transparente Grundlage stellen (Fischer Roland [Bertschy])
2024 M 23.4318	Verbot der öffentlichen Verwendung von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen, wie beispielsweise nationalsozialistischen Symbolen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 M 24.3000	Einbezug der Steuern in die Berechnung des Existenzminimums (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2024 P 24.3002	Austausch von Strafregisterdaten mit Italien (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 24.3023	Für ein modernes Bundesgerichtsgesetz (Caroni)
2024 P 24.3343	50 Jahre Beitritt der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Bilanz, Herausforderungen und Perspektiven (Cottier)
2024 P 24.3473	Einführung von Bedingungen für die ausländische Finanzierung von Gebetshäusern und Bildungseinrichtungen in der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3479	Schutz der Rechte im digitalen Bereich (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3946	Kosten und Nutzen der Abkommen von Schengen und Dublin aufzeigen (Fraktion RL)
2025 M 19.3597	StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr mit Strafe bedrohen (Philippe Nantermod)
2025 M 20.3067	Tiefere Gebühren bei Schuldbetreibung und Konkurs (Philippe Nantermod)
2025 M 23.4009	Ausweitung der Unverjährbarkeit von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen (Egger Mike)
2025 M 23.4344	Personen in Alters- und Pflegeheimen sollen ihren Wohnsitz behalten dürfen (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Nationalrat)
2025 M 24.3485	Der EGMR soll sich an seine Kernaufgabe erinnern (Caroni)
2025 P 24.3670	Elektronische Überwachung. Zwischenbilanz und Verbesserungsmassnahmen (Jaccoud)
2025 M 24.3819	Strafverfahren gegen eine minderjährige Person wegen einer terroristischen Straftat. Einführung einer Meldepflicht (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 24.4081	Das Wiederholen von Sexualstraftaten erschweren (Rieder)
2025 M 24.4266	Politische Rechte für Menschen mit Behinderungen (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2025 P 24.4537	Aktionariat in systemrelevanten Grossunternehmen stärken (PUK-V)
2025 P 24.4543	Aktionariat in systemrelevanten Grossunternehmen stärken (PUK-V)
2025 P 25.3009	Prüfung von Beschränkungen der Kündigungsformen in Konsumentenverträgen (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2025 P 25.3028	Prüfung des strafprozessualen Instruments der aufgeschobenen Anklageerhebung (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2025 P 25.3164	Bedroht die expansive Auslegung von Grund- und Menschenrechten durch das Bundesgericht den Föderalismus? (Friedli Esther)
2025 P 25.3394	Strafjustiz entlasten. Landesverweisungen den Migrationsbehörden übertragen? (Schmid Pascal)
2025 P 25.3954	Stärkung von Ombudsverfahren (Kommission für Rechtsfragen Ständerat)
2025 P 25.4056	Stärkung des Mediationsgeheimnisses (Michel Matthias)
2025 P 25.4110	Dingliche Absicherung und Eigentumsrechte bei Energie-Contracting-Anlagen (Flach)

Bundesamt für Polizei

2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (Urs Schläfli [Marco Romano])
2018 M 17.3862	Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (Beat Rieder)
2019 M 18.3592	Nationaler polizeilicher Datenaustausch (Corina Eichenberger-Walther)
2020 P 20.3809	Datenaustausch zwischen Behörden bei Ermittlungen verbessern (Lars Guggisberg)
2021 P 21.4219	Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität. Die Prävention und das Aufdecken von Aktivitäten müssen verbessert werden (Marco Romano)
2023 P 23.4313	Sanktionen gegen die Hamas prüfen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 23.4071	Geeignete Massnahmen, um die Anzahl der Angriffe auf Geldautomaten zu reduzieren (Feller)
2024 M 23.4311	Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 23.4339	Überprüfung allfälliger Finanzierungstätigkeiten über die Schweiz von terroristischen Gruppierungen sowie von nichtstaatlichen Akteuren, welche das Völkerrecht verletzen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 23.4349	Ressourcenüberprüfung beim Fedpol (Finanzkommission Nationalrat)
2024 M 24.4255	Die Hisbollah verbieten (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2024 M 24.4263	Die Hisbollah verbieten (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 P 24.3692	Staatsverweigerer. Eine Gefahr für Demokratie und innere Sicherheit? (Schläfli)
2025 P 24.4466	Massnahmen gegen die Radikalisierung (Gössli)
2025 M 25.3256	Die Kleinen hängt man zu Hunderten auf, den Grossen lässt man laufen (Rieder)
2025 P 25.3808	Aktualisierung des 2015 erstellten Berichtes zu Menschenhandel und Prostitution (Binder)
2025 M 25.3941	Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol. Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Staatssekretariat für Migration

2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2017 M 16.4151	Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2019 M 18.3758	Zemis-Datenbank. Verbesserte Kontrollen dank Fehlerbehebung (Fabio Regazzi)
2021 P 20.4333	Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2021 P 20.4344	Protokollierung bei Einbürgerungsverfahren (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2022 P 20.4421	Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht (Samira Marti)
2022 M 21.4076	Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer. Der Grundsatz des Lebensmittelpunkts soll wieder eindeutig anwendbar sein (Piero Marchesi)
2022 P 22.3397	Der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen (Staatspolitische Kommission Ständerat)
2023 M 22.4186	Ein Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich zur erleichterten Rückübernahme im Migrationsbereich (Marco Romano)
2023 M 23.3031	Intervention in Brüssel, damit Italien endlich das Dublin-Abkommen einhält (Damian Müller)
2023 M 23.3032	Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex (Damian Müller)
2023 P 23.3084	Fehlende Schwankungstauglichkeit im Asylwesen. Lösungsvorschläge präsentieren (Thomas Minder)
2023 P 23.3203	Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg. Evaluation des Integrations- und Sparpotenzials einer Verstetigung der privaten Unterbringung im Asylwesen (Samira Marti)
2023 P 23.3837	Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren (Damian Müller)
2023 P 23.4171	Aktualisierter Bericht zur Personenfreizügigkeit und Zuwanderung in die Schweiz (Gössli [de Quattro])
2024 M 23.3082	Rückführungsoffensive und konsequente Ausweisung von Straftätern und Gefährdern (Werner Salzmann)
2024 M 23.3533	Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen (FDP-Liberale Fraktion)
2024 M 23.3838	Migrationspartnerschaften. Eine strategische Neuausrichtung ist notwendig (Philippe Bauer [Müller Damian])
2024 M 23.3968	Schutzstatus S. Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 M 23.4038	Migrationsabkommen mit Eritrea anstreben (Minder [Friedli Esther])

2024 P 23.4287	Fall Félicien Kabuga. Welche Rolle spielte die Schweiz? (Badertscher)
2024 M 23.4351	Kostenbremsen im Asylwesen (Finanzkommission Ständerat)
2024 P 23.4365	Zuwanderungsabgabe. Vor- und Nachteile, mögliche Ausgestaltungen sowie Einbettung (Caroni)
2024 M 23.4440	Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat (Gössli)
2024 M 23.4447	Massnahmen gegen Ausländer, die gewaltsam dasjenige Regime unterstützen, vor dem sie angeblich geflohen sind (Caroni)
2024 P 23.4490	Auslegeordnung zu Asylverfahren und zum Wegweisungsvollzug im Ausland (Caroni)
2024 M 24.3022	Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Würth)
2024 M 24.3035	Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen (Paganini)
2024 P 24.3137	Bericht über die Verwendung der BMVI-Gelder (Fraktion S)
2024 P 24.3165	Wäre die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende auch in der Schweiz eine Möglichkeit? (Friedli Esther)
2024 M 24.3373	Migrationsabkommen mit Marokko anstreben (Müller Damian)
2024 M 24.3378	Schutzstatus S auf wirklich Schutzbedürftige beschränken (Friedli Esther)
2024 P 24.3478	Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende (Staatspolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3934	Umgang mit kriminellen Asylsuchenden (Paganini)
2025 M 24.3059	Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren (Fraktion V)
2025 P 24.3290	Transparenz in die Gründe der Asylgewährungen bringen (Steinemann)
2025 M 24.3498	Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren (Salzmann)
2025 M 24.3716	Bevölkerung schützen. Kein Asylverfahren und kein Bleiberecht für Verbrecher (Schmid Pascal)
2025 M 24.3734	Bevölkerung schützen. Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent einschränken (Riner)
2025 M 24.3937	Wegweisungsverfügungen sind rascher und konsequenter zu vollziehen (Fässler Daniel)
2025 P 24.3938	Umgang mit kriminellen Asylsuchenden und rechtsstaatsfeindlichen Gruppierungen. Bessere Koordination der Behörden (Binder)
2025 P 24.3939	Analyse der Asylverfahren in ausgewählten europäischen Ländern (Z'graggen)
2025 P 24.4038	Herausforderungen im Zusammenhang mit einer 10-Millionen-Schweiz (Broulis)
2025 P 24.4245	Wirksame Migrationspartnerschaften und Rückübernahmeabkommen (Gredig)
2025 M 24.4292	Asylgesuchen, die nur aufgrund einer medizinischen Behandlung in der Schweiz eingereicht werden, ein Ende setzen (de Quattro)
2025 M 24.4481	Förderung der freiwilligen Ausreise straffälliger Asylsuchender (Wasserfallen Christian)
2025 M 24.4508	Unterstützung der Kantone beim Wegweisungsvollzug (Fraktion RL)
2025 M 25.3104	Strategie für den Umgang mit kriminellen minderjährigen Asylsuchenden (Moser)
2025 M 25.3105	Öffentliche Sicherheit. Inhaftierung und Wegweisung von kriminellen Mehrfachtätern im Asylbereich (Moser)
2025 P 25.3129	Verbindlichkeit von Integrationsmassnahmen für Geflüchtete erhöhen (Z'graggen)
2025 M 25.3292	Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen (Gössli)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2021 M 19.4059	Erfolgreiche Investitionen im Untergrund mit der Digitalisierung (Karl Vogler [Stefan Müller-Altmett])
2022 P 21.3815	Teilnahmepflicht am Orientierungstag auch für Frauen (Stefanie Heimgartner)
2022 P 22.3308	Sicherheit durch mehr Kooperation. Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei europäischen und internationalen Sicherheitskooperationen (Corina Gredig)
2022 M 22.3367	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2022 M 22.3374	Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2023 M 22.3726	Strategie der Schweiz zu Sicherheit und Verteidigung (Thomas Rechsteiner)
2023 P 23.3740	Evakuationszenarien müssen im massiv grösseren Massstab gedacht und geplant werden (Maja Riniker)
2023 P 23.3741	Mehr Schutz von Kulturgütern in der Schweiz (Maja Riniker)
2024 M 23.3027	Vorbereitung und Unterstützung der humanitären Minenräumung in der Ukraine (Sozialdemokratische Fraktion)
2024 P 24.3811	Überprüfung der Lärmschutzvorschriften für militärische Waffen-, Schiess- und Übungsplätze (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2025 M 24.3477	Die Kontrolle über Beyond Gravity zu behalten, ist von strategischem Interesse (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 25.3000	Kapazitätserweiterung der Nitrochemie (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)
2025 M 25.3012	Kapazitätserweiterung der Nitrochemie (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 25.3191	Ausreichende Mittel für die zivile Cybersicherheit (Salzmann)

Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

2024 P 24.4203	Personensicherheitsprüfungen. Staatliche Interessen versus persönliche Freiheit? (Golay Roger)
2024 P 24.4265	KI-Strategie für die Sicherheit und Verteidigung der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 24.4036	Erstellung einer Strategie zur Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz in Bezug auf die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz (Z'graggen)
2025 M 25.3015	Einführung der Sicherheitsdienstpflicht (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 P 25.3264	Sicherheitspolitische Neuorientierung. Abhängigkeit von den USA reduzieren, Zusammenarbeit mit Europa intensivieren (Roth Franziska)
2025 M 25.3419	Schutz verfolgter Gemeinschaften vor Beeinflussungsaktivitäten fremder Staaten (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 25.3420	Einführung der Sicherheitsdienstpflicht (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Nachrichtendienst des Bundes

2023 P 23.3136	Gewalttätiger Extremismus in der Schweiz (Fabian Molina)
2024 M 23.3969	Russische und andere ausländische Spione konsequent ausweisen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)

Gruppe Verteidigung

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (Mario Fehr)
2018 M 18.3179	Digitalisierung des Dienstbüchleins (Marcel Dobler)
2022 P 21.4220	Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist (Priska Seiler Graf)
2023 P 22.3410	Wie hoch sind die Gesamtkosten der Armee? (François Pointet)
2023 P 23.3209	Beschaffung von Drohnen für den militärischen Einsatz. Besteht Handlungsbedarf? (Josef Dittli)
2023 P 23.4314	Allgemeine Bilanz über den Einsatz der Armee und des Zivilschutzes zur Unterstützung der Kantone in der Covid-19-Pandemie (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2024 M 24.3605	Zielbild und strategische Ausrichtung einer verteidigungsfähigen Armee (Dittli)
2024 P 24.4261	Bericht zum Projekt "ERP Systeme V/ar" (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 P 25.4108	Erleichterter Zugang zum waffenlosen Militärdienst gemäss Artikel 16 des Militärgesetzes (Binder)
2025 M 25.4396	Wirksame Drohnen- und Luftabwehr schnell sicherstellen (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 25.4405	Wirksame Drohnen- und Luftabwehr schnell sicherstellen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Bundesamt für Rüstung

2024 P 24.3231 Neu entstehende Technologien für die Verteidigung (Fraktion M-E)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2022 M 22.3506 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

2022 M 22.3507 Rechtsgrundlagen für einen "Fach-Krisenstab" (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

2022 P 22.3508 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)

2022 P 22.3509 Gesamtbilanz und Revision der Krisenorganisation des Bundes anhand der Lehren aus der Covid-19-Krise (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)

2023 M 21.4152 Cell Broadcast. Gezielte Warnung bei Naturkatastrophen (Maja Riniker)

2023 M 22.3904 Für einen Beitritt der Schweiz zum EU-Katastrophenschutzverfahren (Michel Matter)

2023 M 23.3001 Zeitgemässe Rechtsgrundlagen für den Schutz kritischer Infrastrukturen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

2025 M 25.3001 Eine robuste und resiliente Gesundheitsversorgung in allen Lagen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

2025 P 25.3016 Verteidigungsfähigkeiten gegen Biowaffen stärken (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Bundesamt für Sport

2022 P 21.4509 Wie können Forschung, Entwicklung und Innovation im Sport effizient institutionalisiert werden? (Marcel Dobler)

2024 M 24.3011 Die Chance der UEFA Women's EURO 2025 nachhaltig nutzen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)

Bundesamt für Cybersicherheit

2023 P 22.3457 Abschaltung von betrügerischen Websites. Nationale Koordination bei Internetbetrug (Stefan Müller-Altermatt)

2023 M 23.3002 Mehr Sicherheit bei den wichtigsten digitalen Daten der Schweiz (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

2023 P 23.3861 Chancen und Risiken von KI-Systemen in der Cybersicherheit (Gerhard Andrey)

2024 M 24.3810 Durchführung dringend notwendiger Cybersicherheitsprüfungen (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

2025 M 25.3011 Die Rolle von Hosting- und Cloud-Anbietern bei der Bewältigung von Cyberbedrohungen stärken (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

2025 P 25.3155 Schutz der Schweizer Spitäler vor Cyberangriffen stärken (Hässig Patrick)

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

- 2023 P 23.3050 Verbindliche Standards für die digitale Verwaltungslandschaft der Schweiz. Braucht es einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung? (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
- 2023 P 23.3441 Nachträgliche Genehmigung der dringlichen Verpflichtungskredite für eine Ausfallgarantie des Bundes an die SNB und die Verlustabsicherung an die UBS AG (23.007). Aus Sicht der Finanzkommission des Ständerates zu prüfende Fragen (Finanzkommission Ständerat)
- 2024 M 22.4255 Finanzierung von dezentralen Digitalisierungsprojekten (Finanzkommission Nationalrat)
- 2025 M 24.4525 Ziele der TBTF-Gesetzgebung anpassen (PUK-V)
- 2025 M 24.4526 Erleichterungen von Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften für SIB beschränken (PUK-V)
- 2025 M 24.4527 Durchsetzungskraft der Finma bei SIB stärken (PUK-V)
- 2025 M 24.4528 Kompetenzen der SNB gegenüber SIB in Bezug auf ausserordentliche Liquiditätshilfen erweitern (PUK-V)
- 2025 M 24.4529 Ziele der TBTF-Gesetzgebung anpassen (PUK-V)
- 2025 M 24.4530 Erleichterungen von Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften für SIB beschränken (PUK-V)
- 2025 M 24.4531 Durchsetzungskraft der Finma bei SIB stärken (PUK-V)
- 2025 M 24.4532 Kompetenzen der SNB gegenüber SIB in Bezug auf ausserordentliche Liquiditätshilfen erweitern (PUK-V)
- 2025 P 24.4533 Interessenskonflikte bei der Revision von Banken vermindern (PUK-V)
- 2025 P 24.4535 Falsche Anreize bei Vergütungen und Ausschüttungen der SIB vermeiden (PUK-V)
- 2025 P 24.4536 Governance der Finma erleichtern (PUK-V)
- 2025 P 24.4538 Gewährskriterien überprüfen, um die Verantwortung der SIB gegenüber der Schweizer Volkswirtschaft und den Steuerzahlenden zu stärken (PUK-V)
- 2025 P 24.4539 Interessenskonflikte bei der Revision von Banken vermindern (PUK-V)
- 2025 P 24.4541 Falsche Anreize bei Vergütungen und Ausschüttungen der SIB vermeiden (PUK-V)
- 2025 P 24.4542 Governance der Finma erleichtern (PUK-V)
- 2025 P 24.4544 Gewährskriterien überprüfen, um die Verantwortung der SIB gegenüber der Schweizer Volkswirtschaft und den Steuerzahlenden zu stärken (PUK-V)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

- 2021 M 19.3066 Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1976. Auslegung und Anwendung der Artikel 5 und 11 klären (Marco Romano)
- 2021 M 20.4329 Schweizerische Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
- 2023 P 23.3445 Überprüfung des Instrumentariums der SNB (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
- 2024 M 23.3604 Bessere Absicherung Freizügigkeits- und Säule 3a-Guthaben (Peter Hegglin)
- 2024 M 24.3208 Vermeidung von Standortschäden. Anpassung des Versicherungsaufsichtsrechts zur Vermittlung von Rückversicherungen (Burkart)
- 2025 M 23.3452 Limitierung der Vergütungen im Bankenwesen (Jakob Stark)
- 2025 P 24.3890 Widerspruch zwischen Mitwirkungspflicht und Selbstanzeigefreiheit in Finma-Verfahren ausräumen (Meier Andreas)
- 2025 M 24.3955 Französische Sprache beibehalten und so Bürokratie und unnötige Kosten vermeiden (Sommaruga Carlo)
- 2025 P 25.3005 Verbesserung der Versicherungsdeckung bei Baumängeln (Kommission für Rechtsfragen Nationalrat)

Eidgenössische Finanzverwaltung

- 2017 M 17.3259 Gebundene Ausgaben reduzieren (Finanzkommission Nationalrat)
- 2021 M 20.4328 Service public stärken (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
- 2023 M 22.4273 Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen (Finanzkommission Ständerat)
- 2023 P 22.4452 Sicherstellung eines funktionierenden Ressourcenausgleichs innerhalb der Schweiz als Folge der OECD-Mindeststeuer (Andrea Gmür-Schönenberger)
- 2023 P 23.3971 Für eine bessere Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (Finanzkommission Nationalrat)
- 2024 P 24.3233 Überprüfung der staatlichen Leistungen. Konzentration der Kräfte (Burgherr)

2024 M 24.3395	Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben mit einschliesst (Finanzkommission Ständerat)
2025 P 24.3704	Neue Ausgaben müssen gegenfinanziert werden (Fraktion RL)
2025 P 24.3927	Subventionsvergabepraxis optimieren (Fraktion RL)

Eidgenössisches Personalamt

2023 P 23.3070	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Nantermod)
2023 P 23.3087	Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors (Philippe Bauer)
2024 P 24.3812	Eingehende Analyse des Verhältnisses zwischen Bewerbungen und Rekrutierungen pro Sprachgruppe (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Eidgenössische Steuerverwaltung

2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (Filippo Leutenegger [Petra Gössi])
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2020 M 18.3235	Mehrwertsteuer-Vereinfachung bei Packages (Stefan Engler)
2021 M 20.4572	Verkürzung der Frist zur Abgrenzung von Neubauten zu bestehenden Bauten bezüglich steuerlicher Abzugsfähigkeit von Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen (Roberto Zanetti)
2021 P 21.4079	Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF (Philipp Kutter)
2022 M 18.3718	Berechnung des Beteiligungsabzugs (Verhinderung einer zusätzlichen Gewinnsteuerbelastung, die sich aus der Emission von Finanzinstrumenten durch die Konzernobergesellschaft und der konzerninternen Weitergabe der Mittel aus diesen Instrumenten ergibt) (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 P 22.3893	OECD-Mindeststeuer. Auswirkungen auf die Disparität zwischen den Kantonen und Formen der kantonalen Umsetzung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 M 23.3012	Mehrwertsteuerpflicht für Online-Plattformen bei elektronischen Dienstleistungen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 23.3132	Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten (Ruedi Noser)
2023 M 23.3225	Steuerabzug der Kosten für die Installation von Ladeinfrastrukturen in Gebäuden (Marianne Maret)
2023 P 23.3262	Emissionsabgabe Startup-freundlicher ausgestalten (Andri Silberschmidt)
2024 M 23.3162	Steuererleichterungen für Dachbegrünungen (Greta Gysin)
2024 M 23.3701	Lotterie- und Glücksspielgewinne am steuerrechtlichen Wohnsitz im Zeitpunkt der Fälligkeit des Gewinnes versteuern (Roberto Zanetti)
2024 P 23.3752	Attraktiv bleiben, Finanzen sichern - Die Schweiz braucht eine langfristige Steuer- und Standortstrategie (Beat Walti)
2024 P 23.4305	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Mahaim)
2024 P 23.4306	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Bendahhan)
2024 P 23.4307	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Nicolet)
2024 P 23.4308	Besteuerung in der Landwirtschaft. Bilanz rund zehn Jahre nach der Änderung der Rechtsprechung (Berthoud [de Montmollin])
2024 P 24.3708	Abzugsfähigkeit von Spenden an Vereine mit gemischten Zwecken (Jost)
2025 M 24.3394	Parteispendenabzug pro Person für beide Ehegatten zulassen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2025 M 24.3635	MWST-Sondersatz. Planungssicherheit für den Tourismus (Friedli Esther)
2025 M 25.3025	Übermittlung von Steuerdaten durch die Kantone an den Bund zu statistischen Zwecken. Für eine formelle Gesetzesgrundlage (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2025 P 25.3079	Lücken im Steuerrecht des Bundes bei der Besteuerung von Plattformen für Fahr- und Essenslieferdienste (Poggia)
2025 P 25.3531	Studie zur Quantifizierung der Steuervergünstigungen in Auftrag geben (Finanzkommission Nationalrat)
2025 P 25.3697	Die Fristen für die Rückerstattung der Verrechnungssteuer kürzen und damit den Bundeshaushalt entlasten (Broulis)

2025 P 25.4023	Altersarbeit steuerlich entlasten (Rechsteiner Thomas)
2025 M 25.4392	Rechtssicherheit bei der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung gewährleisten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2025 M 25.4399	Rechtssicherheit bei der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung gewährleisten (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

2022 M 21.3237	Transparenz beim Veredelungsverkehr (Marcel Dettling)
2023 M 22.4122	Geschäftsbedingungen für Grenzbetriebe verbessern (Martin Schmid)
2023 P 23.3588	Gesamtschau des Markts für Tabak- und Tabakersatzprodukte (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2024 M 21.3680	Schluss mit der aktiven Sterbehilfe für Hausbrennereien und für die damit verbundene ländliche Tradition (Fabio Regazzi)
2024 M 21.4084	Die Digitalisierung muss zu Vereinfachungen führen, auch im Zollwesen (Fabio Regazzi)
2025 P 24.4098	Die Stärkung des Grenzschutzes über den Sommer 2024 hinaus dauerhaft fortführen (de Courten)
2025 P 24.4229	Eine starke Schweiz dank moderaten Tabaksteuern (Gugger)
2025 M 25.3021	Intensivierung der Grenzkontrollen an der Schweizer Landesgrenze (Staatspolitische Kommission Ständerat)
2025 M 25.3026	Intensivierung der Grenzkontrollen an der Schweizer Landesgrenze (Staatspolitische Kommission Nationalrat)

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016	Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktengesetz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2021 M 20.3409	Öffentliche Beschaffungen. Sicherheit und Verlässlichkeit von Lieferketten berücksichtigen (Benedikt Würth)
2024 P 24.3953	Öffentliches Beschaffungswesen. Arbeit der Unternehmen und der Verwaltung vereinfachen (Gobet Nadine)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2019 M 18.3717	Keine Konzessionen beim Palmöl (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2019 M 18.3797	Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA initiieren (Konrad Graber)
2019 M 19.3043	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Hannes Germann)
2020 M 19.3033	Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2021 M 19.3234	Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (Hans Stöckli)
2021 M 20.3127	Schweiz und Vereinigtes Königreich. Von der "Mind the gap"-Strategie zur "Build the bridge"-Strategie wechseln (Damien Cottier)
2021 M 20.3268	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (Brigitte Häberli-Koller)
2021 P 21.3086	Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse beim Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Christine Badertscher)
2021 P 21.3498	Massnahmen für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2022 M 20.3531	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Andrea Caroni)
2022 M 20.3532	Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen (Beat Rieder)
2022 M 20.4738	Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen (Erich Ettlin)
2022 M 21.3595	Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)
2022 M 21.3743	Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken (Hans Stöckli)
2022 M 21.4426	Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung (Andrea Gmür-Schönenberger)
2022 M 22.3021	Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2023 P 21.3900	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Massnahmen zur besseren Nutzung des Potenzials der Familienarbeit (Marianne Binder-Keller)
2023 P 21.4227	Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Anerkennung der durch Familienarbeit erworbenen Kompetenzen (Marianne Binder-Keller)
2023 M 22.3229	Touristischer Verkehr. Ein vernachlässigter Bereich im öffentlichen Verkehr? (Marianne Maret)
2023 P 22.3273	Nach dem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtes. 24-Stunden-Betreuung durch Pendelmigrantinnen endlich dem Arbeitsgesetz unterstellen (Samira Marti)
2023 P 22.3296	Europadossier. Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und Ansätze des Bundesrates (Sophie Michaud Gigon)
2023 P 23.3227	Die Schweizer Metropolitanregionen und Wirtschaftszentren brauchen Entwicklungsperspektiven und die grenzüberschreitende Vernetzung (Maya Graf)
2023 P 23.3444	Zusammenschluss von UBS und CS. Beurteilung der wettbewerbsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2023 P 23.3959	Durchsetzung und Kontrolle der Sanktionen gegen Russland im Rohstoffsektor (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 23.4062	Unterstützung von Schweizer KMU bei der Anwendung von ESG-Richtlinien (Dittli)
2023 P 23.4320	Revision des Aussenwirtschaftsgesetzes (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2023 P 23.4330	Verursacherprinzip bei Retouren im Online-Versandhandel anwenden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2024 P 23.3380	Arbeitskräftemangel. Was sind unsere Hausaufgaben? (Leo Müller)
2024 P 23.3598	Wirksame Durchsetzung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Stefan Müller-Altarmatt)
2024 M 23.3842	Covid-19-Härtefälle. Ein Liquidationsgewinn darf nicht gleichgesetzt werden mit einem Liquiditätsabfluss, der im System der Härtefallhilfen verboten ist (Johanna Gapany)
2024 M 23.3966	Landesausstellung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2024 P 23.4094	Inländisches Arbeitskräftepotenzial ausschöpfen. Die Rolle der Teilzeitarbeit (Paganini)
2024 P 23.4233	Retten wir unsere Alphütten (Roduit)
2024 P 23.4268	Standortentwicklung und internationale Beschaffung von synthetischen Energieträgern (Schaffner)
2024 M 23.4321	Modernisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Republik Korea (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2024 P 24.3157	Schädigen administrierte Preise die Kaufkraft? (Silberschmidt)
2024 P 24.3521	Missbräuchliche, unternehmensschädigende Online-Bewertungen unterbinden! (Regazzi)

2024 P 24.3528	Wert der Bilateralen Verträge für die Schweiz (Fraktion RL)
2025 M 22.3838	Schutz vor der einseitigen Einführung des Agenturmodells im KFZ-Markt (Niklaus-Samuel Gugger)
2025 M 22.4404	Verfahren beschleunigen. Rechtssicherheit erhöhen (Thomas Rechsteiner)
2025 M 22.4544	Versteckte Quersubventionierungen beim Automobilleasing. Fehlende Kostentransparenz (Gerhard Pfister)
2025 M 23.3224	Institutionelle Reform der Wettbewerbskommission (Olivier Français [Wicki])
2025 M 23.4531	Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen (Rieder)
2025 M 24.3202	Mehr Möglichkeiten für die Missbrauchsbekämpfung im Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Candinas Martin)
2025 P 24.4267	Klarheit über die Bedeutung des Upov 91 für die Schweiz und über dessen Auswirkungen (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 P 25.3002	Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse zum Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien (Aussenpolitische Kommission Nationalrat)
2025 M 25.3020	KMU entlasten. Klartext bei Gebühren für bargeldlose Zahlungsmittel (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2025 M 25.3561	Verbrechen Israels im Gaza-Krieg. Massnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung des humanitären und des zwingenden Völkerrechts (Sommaruga Carlo)
2025 P 25.3952	Wie weiter mit der Übernahme internationaler Regulierung ins Schweizer Recht in einer Phase von disruptiver Aussenwirtschaftspolitik wichtiger Handelspartner? (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2017 M 17.3630	Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2020 P 20.3928	Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2022 P 20.4202	Zugang zu Hochschulen (Universitäten/ETH) mit Berufsmatur im entsprechenden Fachbereich (Nadine Masshardt)
2022 P 22.3878	Bericht und Strategie zur Steigerung des Frauenanteils in Mint-Berufen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 21.3839	Eidgenössische Technische Hochschulen. Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik (Jean-Pierre Grin)
2023 P 21.4348	Auslegeordnung zum unternehmerischen Denken und Handeln in der Schweizer Bildungslandschaft (Andri Silberschmidt)
2023 P 22.4265	Gezielte Datenerhebung als Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 22.4266	Um das Problem des Lehrermangels längerfristig lösen zu können, sind umfassende, systematische, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von Schulreformen durch die Kantone unabdingbar (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 22.4267	Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2023 P 23.3663	Chancen eines erfolgreichen Übertritts vom Gymnasium in die Berufslehre erhöhen (Diana Gutjahr)
2023 P 23.3841	Faire und wettbewerbsorientierte Finanzierung im Hochschulbereich (Olivier Français)
2023 P 23.3960	Evaluation der Kooperationsprojekte im Bereich der Doktoratsausbildung (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 22.4202	Wie kann die Attraktivität der Schweizer Berufsbildung sichergestellt werden? (Philippe Nantermod)
2024 M 23.3293	Numerus clausus. Schluss mit dem Ausschluss von Medizinstudierenden aufgrund anderer Kriterien als Kompetenzen und Qualität (Benjamin Roduit)
2024 P 23.3694	Obligatorische Sprachförderung an Berufsschulen (Martina Munz)
2024 P 23.3866	Eine schweizerische Halbleiterstrategie (Swiss Chip Strategy) (Damien Cottier)
2024 P 24.3009	Rücklaufende Innovationsaktivitäten der Schweizer Unternehmen. Ursachen erkennen und Hindernisse abbauen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 24.3010	Verstärkte Unterstützung für Aus- und Weiterbildungen bei der Rückkehr in die Arbeitswelt (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)
2024 P 24.3140	Innovatives Umfeld für KI-Testing und -Förderung (Michel Matthias)
2024 P 24.3808	Aktualisierung der Daten über den Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2025 M 24.3476	Umfassende Kooperation mit der EU im Weltraumbereich (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

2025 P 24.3821	Nationale Massnahmen zur Stärkung des Space-Sektors (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2025 P 24.4345	Kosten-Nutzen-Analyse einer Assoziierung der Schweiz an Erasmus plus im Vergleich zum Schweizer Programm Movetia (Christ)
2025 P 24.4426	Nationales Bildungsmonitoring auf der Sekundarstufe II (Brizzi)
2025 P 24.4511	Quantencomputing. Positionierung der Schweiz als führender Standort für Quantencomputing und Innovation (Christ)
2025 P 25.3427	Finanzierung von Innovationen und Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Ständerat)
2025 P 25.3535	BFI-Botschaft. Berücksichtigung der neuen Herausforderungen im internationalen Wettbewerb um Wissenschaft und Technologie (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur Nationalrat)

Bundesamt für Landwirtschaft

2020 M 18.3404	Forschungsanstalt Agroscope als autonome öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit Rechtspersönlichkeit (Brigitte Häberli-Koller)
2022 M 19.3494	Mehr Forschung für eine moderne Alpwirtschaft (Thomas Egger [Candinas Martin])
2022 P 22.3875	Erhöhung der Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft (Geschäftsprüfungskommission Nationalrat)
2022 P 22.4252	Wettbewerbssituation im Lebensmittelmarkt (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 21.3831	Preistransparenz bei Agrarprodukten im Detailhandel (Meret Schneider)
2023 P 21.4446	Lockerung der Weinhandelskontrolle für kleine Kellereien (Philippe Nantermod)
2023 P 22.3116	Fotovoltaik in der Landwirtschaft. Potenzial besser ausschöpfen! (Thomas Rechsteiner)
2023 M 22.4251	Bericht zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik. Konkretisierung des Konzepts (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 M 22.4253	Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+ (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2023 P 22.4440	Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Anna Giacometti)
2023 P 22.4556	Transparenz und Kostenwahrheit erhöhen (Meret Schneider)
2023 P 23.4074	Wegfall wirksamer Wirkstoffe für den Schutz von Kulturen und Einschränkungen im Bereich der Dünger. Welche Auswirkungen für die Landwirtschaft? (Bourgeois [de Montmollin])
2024 M 21.3896	Transparenz in der Tierverkehrsdatenbank (Marcel Dettling)
2024 M 21.4124	Die Zulagen für verkäste Milch an die Richtpreise der Branchen koppeln, damit sie an die Milchproduzentinnen und -produzenten zurückgegeben werden (Jacques Nicolet)
2024 M 21.4157	Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Frédéric Borloz)
2024 M 21.4210	Wiederbepflanzung von Rebflächen. Flexibilität für die Weinbäuerinnen und Weinbauern (Marco Romano)
2024 M 21.4467	Schneckenzucht zur Landwirtschaft zählen (Bruno Storni)
2024 M 22.3216	RAUS-Programm. Weidezeitpunkt an die Winterfütterung und damit der Realität anpassen (Erich von Siebenthal)
2024 P 22.4168	Wasserversorgung für die Bergland- und Alpwirtschaft (Christine Bulliard-Marbach)
2024 M 23.4212	Bauernfamilien in der Agrarpolitik glaubhaft entlasten (Müller Leo)
2024 M 23.4515	Stärkung der Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft, um die Einkommen zu verbessern (de Montmollin)
2024 P 24.3281	Verringerung von Klimarisiken und Stärkung der Versorgungssicherheit in der nächsten Agrarpolitik (de Montmollin)
2024 M 24.3375	Einkellernde Winzerinnen und Winzer. Unbürokratische und dem Beruf angepasste Kontrollen (Sommaruga Carlo)
2024 P 24.3673	Richtpreise repräsentieren nicht die effektiv bezahlten Preise ab Hof (Haab)
2024 M 24.3814	Stärkeres Engagement für die Einhaltung und die Anerkennung unserer AOP und IGP (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
2025 M 22.3928	Stärkung der einheimischen Gemüseproduktion (Werner Salzmann)
2025 M 24.3020	Schluss mit Kontrollen und Bürokratie, die unsere Bäuerinnen und Bauern zugrunde richten! (Page)
2025 M 24.3068	Die administrative Belastung in der Landwirtschaft verringern. Den Worten müssen Taten folgen! (Freymond)
2025 M 24.3078	Aufhebung der Pflicht zur Verwendung von Digiflux für Landwirtschaftsbetriebe (Kolly)
2025 M 24.3973	Der Steillagebeitrag ist nach dem Anteil der Mähwiese zu berechnen (Z'graggen)

- 2025 M 24.4269 Stärkung der Milchproduktion im Grasland Schweiz (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
- 2025 M 24.4420 Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten (Hegglin Peter)
- 2025 M 24.4586 Einkommenssituation der Bergbauernfamilien verbessern (Kaufmann)

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

- 2020 M 20.3197 Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (Thomas Burgherr)

Bundesamt für Wohnungswesen

- 2023 P 22.4289 Mietexplosion in der Schweiz. Analyse der massgeblichen Faktoren für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 (Damian Müller)
- 2023 P 22.4290 Wohnungsnotstand in der Schweiz. Analyse der tiefen Leerwohnungsquote und mögliche Ansätze zu deren Entschärfung (Damian Müller)
- 2023 M 22.4448 Mehr Rechtssicherheit im Mietrecht (Stefan Engler)
- 2023 P 23.4323 Wohneigentumsförderung (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Ständerat)
- 2025 P 25.3114 Vollzugshilfe für die Interessenabwägung bei Siedlungsentwicklungsprojekten nach innen (Fehr Düsel)

Bundesamt für Zivildienst

- 2024 P 23.4348 Erhöhung des Kostendeckungsgrads des Bundesamtes für Zivildienst auf mindestens 100 Prozent (Finanzkommission Nationalrat)
- 2025 P 25.3010 Prüfung der Wiedereinführung der Gewissensprüfung als Zulassungsvoraussetzung zum Zivildienst (Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat)

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

- 2020 P 19.4385 Gesamtbilanz der Postauto-Affäre (Geschäftsprüfungskommission Ständerat)
2023 P 21.4100 Zweckmässigkeit einer Privatisierung der öffentlichen Unternehmen prüfen (Philippe Nantermod)
2024 M 21.4595 Akquisitionen innerhalb des Leistungsauftrags halten (Thomas Rechsteiner)

Bundesamt für Verkehr

- 2017 P 17.3262 Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2019 M 18.4105 Kooperationsmodell anstelle der Öffnung des internationalen Schienenpersonenverkehrs (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2020 M 20.3003 Staatsvertrag für eine linksrheinische Neat-Zulaufstrecke (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2021 M 19.4381 Rahmenbedingungen für emissionsärmere Nutzfahrzeuge (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2021 M 19.4443 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Martin Candinas)
2021 M 19.4444 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Edith Graf-Litscher)
2021 M 19.4445 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Barbara Schaffner)
2021 M 19.4446 Massnahmenplan zur Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr (Michael Töngi)
2021 M 20.3696 Monitoring des alpenquerenden Gefahrguttransports (Isabelle Pasquier-Eichenberger)
2022 M 20.3736 Das Tessin und die Schweiz enden nicht in Lugano. Das Mendrisiotto muss ins Streckennetz für den Bahnfernverkehr (IC-Streckennetz) eingebunden werden (Marco Romano)
2022 P 21.3329 Finanzielle Anreize zur Vereinheitlichung der Tarifstrukturen im öffentlichen Verkehr (Florence Brenzikofer)
2022 P 21.4366 Zuverlässigkeit und Redundanz der Bahnverbindung Lausanne–Genf. Strategische Studie (Roger Nordmann)
2022 P 21.4518 Sicheren Bahnbetrieb im Fernverkehrsnetz durch Redundanz gewährleisten (Olivier Français)
2022 M 22.3000 Weiterführung der erfolgreichen Verlagerungspolitik und Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit dank Ausbau des linksrheinischen Neat-Zubringers Wörth-Strassburg (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 P 22.3231 Plangenehmigungsverfahren bei den Eisenbahnen. Bestandsaufnahme und Verbesserungen (Olivier Français)
2022 M 22.4257 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2022 M 22.4263 Rasche Gewährleistung einer ausgewogenen, leistungsfähigen und attraktiven Ost-West-Achse der Bahn (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2023 M 22.3632 Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote (Barbara Schaffner)
2023 M 22.4258 Perspektive Bahn 2050. Einen Fokus auch auf die Realisierung und Vollendung des "Verkehrskreuzes Schweiz" (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2023 P 23.3703 Mehr Verhältnismässigkeit und Augenmass bei Projekten des Substanzerhalts und Unterhalts bei der Bahninfrastruktur (Benedikt Würth)
2024 M 21.4584 Bahn 2050. Anschluss der ländlichen Regionen sicherstellen (Thomas Rechsteiner)
2024 P 22.3261 Mehr Digitalisierung für eine höhere Kapazität im Bahnverkehr (Barbara Schaffner)
2024 M 23.4209 Keine massive Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs aus dem und in den Kanton Glarus (Zopfi)
2024 M 23.4276 Barzahlung in subventionierten Transportmitteln beibehalten (Weichelt)
2024 M 23.4291 Der Transportpolizei die Hilfsmittel bieten, damit sie ihre Reaktion der konkreten Situation anpassen kann (Buffat)
2024 P 24.3071 Wiedereinführung der SBB-Direktverbindung Basel-Genf (Imark)
2024 P 24.3136 Planungs-dreieck (Angebot, Infrastruktur, Rollmaterial) im ÖV besser im parlamentarischen Prozess verankern und Folgekosten transparent ausweisen (Würth)
2024 M 24.3389 Ausbau linksrheinischer Neat-Zubringer im Interesse der Verlagerung vorantreiben (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

2024 M 24.3390	Stabilisierung des kombinierten Verkehrs auf der Nord-Süd-Achse durch die Bereitstellung von Puffergleisen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2024 P 24.3468	Stand der Umsetzung des Seilbahngesetzes (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2025 M 22.3827	Gegen die Verringerung des Stellenwertes der Regionen Baden und Brugg bei der Fahrplangestaltung im Step 2035. Gegen einen Ausbau mit Abbau. Weniger Züge sind mehr (Marianne Binder-Keller [Meier Andreas])
2025 M 24.4037	Entwicklung eines Angebotskonzepts 2050 auf nationaler und internationaler Ebene (Broulis)
2025 P 25.3080	Investitionskosten und Vorschriften. Ist wirklich alles notwendig? (Farinelli)
2025 P 25.3177	Erhöhung der Sicherheit im Schienengüterverkehr (Storni)
2025 M 25.3953	Alimentierung und Liquidität des Bahninfrastrukturfonds sicherstellen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2025 P 25.4019	Bereitstellung finanzieller Mittel für die Einführung neuer, innovativer Angebote im regionalen Personenverkehr (Wicki)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Brigitte Häberli-Koller)
2013 P 13.3426	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (Hansjörg Walter)
2017 M 15.3491	Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (Christophe Darbellay [Yannick Buttet])
2018 P 18.3245	Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (Bernhard Guhl)
2018 M 18.3371	Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (Martin Candinas)
2019 M 18.3700	Die strafrechtliche Zuständigkeit bei Flugunfällen und schweren Vorfällen neu an den Bund übertragen (Martin Candinas)
2020 M 19.4562	Luftrettung auch bei schlechtem Wetter ermöglichen (Josef Dittli)
2021 M 20.4412	Regionalflugplätze als Schlüsselinfrastrukturen sichern (Benedikt Würth)
2021 M 21.3020	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2021 M 21.3095	Schaffung einer nationalen Berufspilotenlizenz (Erich Ettlin)
2021 M 21.3458	Sektorenmarkt der Flughäfen im öffentlichen Beschaffungswesen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Bundesamt für Energie

2021 M 20.3485	Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen (Daniel Fässler)
2021 M 20.4063	Schluss mit der Blackbox. Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Erforschung des Untergrunds (FDP-Liberale Fraktion)
2022 M 19.4202	Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich (Christoph Eymann)
2022 P 21.4130	Energetische Gebäudesanierungen. Die Situation ist problematisch, zu viele Gebäude werden nicht saniert, weil den Eigentümerinnen und Eigentümern die Mittel fehlen. Es braucht neue Finanzierungsmöglichkeiten (Bruno Storni)
2022 M 21.4144	Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen (Jakob Stark)
2022 P 22.4128	Too-big-to-fail-Problematik in der Energiebranche entschärfen (Thomas Minder)
2023 P 23.3006	Potenzial für Erneuerungen und Erweiterungen bei der Grosswasserkraft (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3023	Synthetische Energieträger und saisonale Energiespeicher zur Stärkung der Versorgungssicherheit und insbesondere der Stromversorgungssicherheit im Winter. Auslegeordnung und Ausarbeitung einer Grundlage mit Handlungsoptionen insbesondere für die Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3957	Künstliche Intelligenz und Versorgungssicherheit. Analyse der rechtlichen Grundlagen im Energiebereich (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 21.3500	Rechtssicherheit für die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU im europäischen Stromsystem gewährleisten! (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 21.4500	Verhandlung zwischenstaatlicher technischer Vereinbarungen im Bereich Strom (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 21.4606	Solarstrom in synthetische Gase umwandeln, um ihn zu speichern (Rocco Cattaneo)
2024 P 22.3131	Das Potenzial von Speichertechnologien nutzen (Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP.)
2024 M 22.3193	Biogasanlagen sollen ihr Gas als Biomethan verkaufen können (Priska Wismer-Felder)

2024 P 22.3708	Roadmap Stromversorgungssicherheit (Grünliberale Fraktion)
2024 P 22.3843	Geothermie für die Wärmeversorgung. Potenzial prüfen und Roadmap aufzeigen! (Katja Christ)
2024 M 22.4132	Eingrenzung der volkswirtschaftlichen Risiken von systemkritischen Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (Eva Herzog)
2024 M 23.3019	Rahmenbedingungen für eine erneuerbare Gasversorgung schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 23.3022	Sicherung der Winterstromversorgung durch WKK-Anlagen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 M 23.3498	Ehehafte Wasserrechte schützen und einen klaren Rahmen für die Anwendung der Restwasserbestimmungen schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 23.4152	Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke ermöglichen (Burkart)
2024 P 24.3005	Optimierung der Nutzung der Ressource Energieholz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.3007	Inventar der historischen Wasserkraftanlagen in der Schweiz (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2025 M 22.3336	Mehr Energieunabhängigkeit durch weniger Energieverschwendung. Energieeffizienzpotenzial ausschöpfen (Katja Christ)
2025 M 23.3936	Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum (Jürg Grossen)
2025 P 24.4563	Welche Rolle spielt die Energiespeicherung in der Schweiz? (Roduit)
2025 P 24.4679	Stellt der Stromverbrauch der künstlichen Intelligenz eine Gefahr für die Energiestrategie 2050 dar? (Fivaz Fabien)
2025 P 25.3022	Potenzial von Power-to-X als Beitrag zur Versorgungssicherheit (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2025 P 25.3088	Überprüfung der Fotovoltaikförderung (Imark)
2025 P 25.3983	Förderung von Eigenverbrauch und flexibler Netzeinspeisung zur Sicherstellung der Netzstabilität (Farinelli)

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (Walter Müller)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (Christophe Darbellay)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (Philippe Nantermod)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (Fathi Derder)
2018 M 16.3846	Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (Lukas Reimann)
2018 M 17.3924	Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strassen, gleicher Ausweis (Philippe Nantermod)
2019 P 19.3422	Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und bei anderen Nationalstrassen-Bauprojekten (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2020 M 17.3952	Zweispachige Signalisation auf Autobahnen ermöglichen (Manfred Bühler)
2020 M 20.3080	Elektrofahrräder. Gesetzgebung an die Verwendung im Tourismus anpassen (Philippe Nantermod)
2021 M 20.4339	Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 21.4146	Tempo-30-Zonen ohne Fussgängerstreifen. Eine pädagogische Hürde? (Baptiste Hurni)
2023 M 22.3907	Einbindung der Schiffs- und Schiffsführerdaten in das Informationssystem Verkehrszulassung (Franz Grüter)
2023 M 23.3346	Autobahn A1 auf sechs Spuren ausbauen (Erich Hess)
2023 P 23.3497	Eine Korridorstudie für die A2 nach Italien (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2024 M 21.4516	Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern (Peter Schilliger)
2024 M 22.3078	Erleichterung der Umrüstung von Gebrauchtwagen von Verbrennungs- auf Elektromotoren (Bruno Storni)
2024 P 24.4244	Grundlagen für eine nachhaltige Mobilität mit automatisiertem Fahren schaffen (Töngi)
2025 P 24.4303	Pannestreifenumnutzungen mit vereinfachten Verfahren ermöglichen (Imark)
2025 P 24.4504	Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz bleibt für viele Touristen ohne Kostenfolge (Zybach)
2025 P 25.4047	Schweizer Kontrollschilder sicherer machen (Salzmann)

Bundesamt für Kommunikation

2017 M 17.3013	Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2019 M 19.3039	Aufsicht der Postcom über die Einhaltung der Tarife der Brief- und Paketzustellung. Sicherstellen, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert wird (Olivier Feller)
2020 P 20.4066	Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr. Was brauchen wir in Zukunft? (Barbara Schaffner)
2021 M 21.3000	Systemführerschaft für die Abwicklung von Notrufen (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Ständerat)
2021 M 21.3063	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Marco Romano)
2021 M 21.3064	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Jörg Mäder)
2021 M 21.3065	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Franz Grüter)
2021 M 21.3066	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Anna Giacometti)
2021 M 21.3067	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Valérie Piller Carrard)
2021 M 21.3068	Digitalisierung und Weiterentwicklung der Schweizer Notrufe (Gerhard Andrey)
2023 M 20.3237	Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen (FDP-Liberale Fraktion)
2023 M 20.3374	Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids# (Niklaus-Samuel Gugger)
2024 P 23.3764	Keine Versorgungslücken im Mobilfunk mehr! (Katja Christ)
2024 P 24.3632	Unerwünschte Anrufe. Braucht es neue Massnahmen? (Maret Marianne)
2024 M 24.3818	Aufhebung der Wettbewerbsverzerrung bei der Förderung der Mitgliedschafts- und Stiftungspresse (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)
2025 M 25.3950	Neue Ausschreibung für die UKW-Funkkonzessionen ab 1. Januar 2027 (Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen Nationalrat)

Bundesamt für Umwelt

2020 M 19.3207	Das dramatische Bienen- und Insektensterben rasch und konsequent stoppen (Bernhard Guhl)
2021 M 20.3010	Das Insektensterben bekämpfen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2021 M 20.3625	Wirksamer Trinkwasserschutz durch Bestimmung der Zuströmbereiche (Roberto Zanetti)
2021 M 20.3695	Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Schweiz soll mehr Plastik recyklieren (Marcel Dobler)
2021 P 20.4135	Was heisst netto null für den Hochbau, und wie kann dieses Ziel erreicht werden? (Barbara Schaffner)
2021 M 20.4261	Reduktion der Stickstoffeinträge aus den Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2021 M 20.4262	Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen für alle Abwasserreinigungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2022 M 18.4131	Die Schweiz soll am Copernicus-Programm teilnehmen (Marco Romano)
2022 P 22.3915	Verwertung gebrauchter Textilien in der Schweiz (Roger Nordmann)
2023 P 21.3898	Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Christophe Clivaz)
2023 M 22.3388	Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 M 22.3702	Energiezukunft durch sichere Nutzung des Untergrunds zur Speicherung (Matthias Samuel Jauslin)
2023 M 22.3929	Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (Marianne Maret)
2023 P 22.4585	Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (Tiana Angelina Moser)
2023 P 23.3007	Anpassung der Restwasserbestimmungen für bestehende Wasserkraftwerke bei gleichzeitiger Verbesserung der Biodiversität der Gewässer (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3129	Zukunftsfähige Wälder sind nur mit gesetzeskonformem Wildverbiss möglich (Othmar Reichmuth)
2023 P 23.3219	Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (Othmar Reichmuth)
2023 P 23.3676	Biodiversität auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen verbindlich stärken und erhöhen (Heidi Z'graggen)
2023 P 23.4331	Strategie zur Sicherung der Schweizer Trink- und Mineralwasserquellen sowie der Wasserversorgungsanlagen (Kommission für Wirtschaft und Abgaben Nationalrat)
2024 M 21.3848	Für eine vollständige Wertschöpfungskette der Holzwirtschaft in der Schweiz (Benjamin Roduit)

2024 M 21.4318	Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO ₂ -Abgabe (Niklaus-Samuel Gugger)
2024 M 22.3477	Weniger Bürokratie und wirksamere Massnahmen zum Schutz vor Wolfsschäden in der Schweiz (Fabio Regazzi [Roduit])
2024 P 22.3971	Hürden beim Einsatz von Methanol als Energieträger beseitigen (Barbara Schaffner)
2024 P 22.4018	Nachhaltig und innovativ die Auswirkungen der Tigermücken bekämpfen (Sarah Wyss)
2024 M 23.3998	Endlich Taten statt schöner Worte bei der Bekämpfung von invasiven Organismen (Hegglin Peter)
2024 M 23.4028	Sicherung der Insektenbestäubung, insbesondere durch Wild- und Honigbienen (Hegglin Peter)
2024 M 23.4155	Wald. Rasche Anpassung an den Klimawandel ist dringend (Fässler Daniel)
2024 P 23.4334	CO ₂ -Abgabe direkt an Haushalte rückverteilen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 23.4451	Ziele zur Ressource Holz in der Schweiz (Stark)
2024 P 24.3074	Auslandkompensation. Integrität sicherstellen und Empfehlungen für den CO ₂ -Markt formulieren (Girod)
2024 P 24.3277	Luchsbestände in der Schweiz sind bezüglich Nutztier- und Jagdregalschäden zu untersuchen (Hess Lorenz)
2024 M 24.3388	VOC-Lenkungsabgabe aufheben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2024 M 24.3475	Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.4262	Stand und Potenzial der Pyrolyse (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2024 P 24.4264	Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2025 M 23.4379	Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die praktizierte Nutztierhaltung (Salzmann)
2025 M 24.3983	Mehr Flexibilität beim Rodungersatz (Würth)
2025 M 24.4064	Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (Stark)
2025 M 24.4256	Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO ₂ (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2025 P 24.4300	Quantifizierung der Kosten des Wolfsmanagements (Farinelli)
2025 P 24.4378	Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern (Weber)
2025 M 24.4469	Am Herdenschutz sollen alle mitbezahlen. Keine weitere Abwälzung der Kosten im Zusammenhang mit dem Schutz von und vor Wölfen und anderen Grossraubtieren auf die Kantone! (Engler)
2025 P 25.3027	Evaluation des Jagdgesetzes und des Verteidigungsabschlusses als mögliche Ergänzung (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2025 M 25.3422	Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Ständerat)
2025 M 25.3426	Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2025 M 25.3549	Im Rudel lebender Problemwolf. Handeln muss möglich sein! (Broulis)
2025 M 25.3715	Abschlüsse von Wölfen in Jagdbanngeländen ermöglichen (Friedli Esther)

Bundesamt für Raumentwicklung

2019 P 19.3665	Besondere Herausforderungen der Agglomerationen (Philipp Kutter)
2021 M 19.3731	Aktionsplan Berggebiete (Thomas Egger)
2022 P 22.4053	Hindernisse aus dem Weg räumen, die die Umsetzung von Projekten des Langsamverkehrs im Rahmen von Agglomerationsprogrammen erschweren (Marianne Maret)
2023 M 17.3918	Gewächshäuser auf Fruchtfolgefleichen (Heinz Siegenthaler)
2023 P 22.3640	Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern (Martin Candinas)
2023 P 23.3020	Abwärme in grossen Mengen soll genutzt werden (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)
2023 P 23.3125	Sektorkopplung und Netzkonvergenz. Geeignete Standorte raumplanerisch sichern! (Barbara Schaffner)
2023 P 23.3640	Massvolle Kostenaufgabe bei Einsprachen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren (Andrea Gmür-Schönenberger)
2023 P 23.3712	Untersuchung des Rückgangs von Alltagsdienstleistungen in Berggemeinden (Emmanuel Amoos)
2023 P 23.3918	Keine Gratis-Verzögerung von rechtskonformen Bau- und Planungsprojekten (Leo Müller)
2024 P 23.4332	Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie Nationalrat)

2024 P 24.3637	Einsprachen sind wieder auf schutzwürdige Interessen zu beschränken (Caroni)
2024 P 24.4250	Aktualisierung des Sachplans Fruchtfolgeflächen (Hübscher)
2025 M 22.3953	Beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen auf Infrastrukturanlagen (Martina Munz)
2025 P 24.4411	In zwei Jahren von der Baueingabe bis zum Spatenstich. Beschleunigung der Bauverfahren in Abstimmung mit dem Aktionsplan gegen Wohnungsknappheit (Wicki)

Abkürzungsverzeichnis

Departemente

BK	Bundeskanzlei
EDA	Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidg. Departement des Innern
EFD	Finanzdepartement
EJPD	Justiz- und Polizeidepartement
UVEK	Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VBS	Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WBF	Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Kommissionen

APK	Aussenpolitische Kommission
BeK	Begnadigungskommission
FK	Finanzkommission
GK	Gerichtskommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
IK	Immunitätskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
PUK	Parlamentarische Untersuchungskommissionen
RedK	Redaktionskommission
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrates
-S	des Ständerates